

Marco Wähler

# Die „guten Gründe“ politischer Partizipation im Internet

Ein Anreizmodell zur Teilnahme an  
Online-Konsultationsverfahren

OPEN ACCESS

 Springer VS

---

# Die „guten Gründe“ politischer Partizipation im Internet

---

Marco Wähler

# Die „guten Gründe“ politischer Partizipation im Internet

Ein Anreizmodell zur Teilnahme an  
Online-Konsultationsverfahren

 Springer VS

Marco Wähler  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf  
Düsseldorf, Deutschland

Dissertation Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2025  
D61



ISBN 978-3-658-47440-9      ISBN 978-3-658-47441-6 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-47441-6>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk wurde gefördert durch den Open-Access-Fond der HHU, dem NRW Forschungskolleg Online-Partizipation und dem Center for Advanced Internet Studies (CAIS).

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en) 2025. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.

**Open Access** Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor\*in(nen) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des/der betreffenden Rechteinhaber\*in einzuholen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber\*in sind zu beachten.

Der Verlag, die Autor\*innen und die Herausgeber\*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor\*innen oder die Herausgeber\*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Daniel Rost  
Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.  
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

---

# Danksagung

Zuvorderst möchte ich mich bei meinem Erstbetreuer, Ulrich Rosar, für die hervorragenden Bedingungen, die wertvollen Hinweise und die gewährten Freiheiten während der Arbeit an der Dissertation bedanken. Außerdem danke ich meinem Zweitgutachter, Tobias Escher. Tobias Escher begleitet mich seit dem Bachelor-Studium und hat meinen akademischen Werdegang – aber mich auch persönlich – ganz maßgeblich beeinflusst.

Meine Zeit als Doktorand an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ist alles andere als nach Plan verlaufen; immerhin kam eine Pandemie dazwischen. Auch wenn wir deshalb nicht alle großen Ideen umsetzen konnten, möchte ich mich bei allen Kolleg:innen des NRW-Forschungskollegs „Online Partizipation“ bedanken. Außerdem hatten die Kolleg:innen der Soziologie des Instituts für Sozialwissenschaften einen großen Anteil daran, dass ich tiefe Täler während der Arbeit an der Dissertation überwinden konnte. Ich erinnere mich auch heute noch gern an den morgendlichen Online-Kaffee.

Anfang 2022 bin ich dann am Center for Advanced Internet Studies angekommen. Auch hier gilt mein Dank den zahlreichen Kolleg:innen für die stets hoptimistische Arbeitsatmosphäre. Einen besonderen Dank richte ich an Katrin Weller und Johannes Breuer aus dem Team Research Data & Methods für ihr Vertrauen und ihren Zuspruch.

Unabhängig von der akademischen Welt gilt mein Dank dem Verein Fortuna Düsseldorf, der mir stets gezeigt hat, wie man mit (sportlichen) Rückschlägen umgeht – denn es geht immer, Seite an Seite, nach vorne.

Meine tiefe Dankbarkeit für die bedingungslose Unterstützung in all den Jahren, Abende mit Post-its an Fenstern und schlaflosen (Korrektur-)Nächten möchte ich schlussendlich gegenüber meiner Familie und insbesondere Lisa und Mads ausdrücken. Diese und alle nachfolgenden Zeilen gelten euch beiden.

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung – Das Dreiecksverhältnis von Demokratie, Digitalisierung und Partizipation</b>	<b>1</b>
1.1	Zur Relevanz der Top-down Online-Konsultation	2
1.2	Partizipation jenseits der „üblichen Verdächtigen“?	5
1.3	Ein Anreizmodell zur Erklärung politischer Online-Partizipation	8
1.4	Aufbau der Arbeit	11
<b>2</b>	<b>Forschungsstand – Die (persistente) Krise der Demokratie und politische (Online-) Partizipation</b>	<b>15</b>
2.1	Die Rolle der Bürger:innen in der Demokratie: Gegensätze in deskriptiven und normativen Demokratietheorien	18
2.2	Definition und Konzeptualisierung politischer (Online-) Partizipation: Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes	24
2.2.1	Partizipation und der Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung	26
2.2.2	Systematisierung politischer (Online-) Partizipation	28
2.2.3	Einordnung konsultativer Online-Partizipationsverfahren	34
2.3	Partizipation, politische und soziale Ungleichheit	39
2.3.1	Konzeptualisierung politischer Repräsentation	41
2.3.2	Empirische Befunde zu Ungleichheitsdimensionen politischer Partizipation	45

2.3.3	Online-Konsultationen – Wer beteiligt sich und warum? .....	51
2.4	Die lokale Ebene als „Schule der Demokratie“ .....	55
<b>3</b>	<b>Theorie – Die „guten Gründe“ politischer Online-Partizipation .....</b>	<b>61</b>
3.1	Theoretische Reflexion eines rationalen Handlungsmodells .....	64
3.1.1	Eine „enge“ RC-Version .....	65
3.1.2	Exkurs: Das Wahlparadox .....	68
3.1.3	Eine „weite“ RC-Version .....	69
3.1.4	Zusammenfassung: Die „Zwickmühle“ der Kritik .....	72
3.2	Erklärungsmodelle politischer Online-Partizipation .....	74
3.2.1	Warum Bürger:innen nicht partizipieren .....	74
3.2.2	Warum Bürger:innen partizipieren .....	80
3.3	Entwicklung eines Anreizmodells .....	87
3.3.1	Ableitung eines allgemeinen Anreizmodells .....	90
3.3.2	Hypothesen .....	95
<b>4</b>	<b>Daten und Operationalisierung .....</b>	<b>103</b>
4.1	Erhebungsdesign .....	103
4.2	Durchführung der Datenerhebung .....	105
4.3	Beschreibung der Stichprobe .....	107
4.4	Datenerhebung und Beschreibung der Stichprobe aus der Nachbefragung .....	110
4.5	Operationalisierung .....	110
4.5.1	Politische Online-Partizipation .....	111
4.5.2	Die „un-/üblichen Verdächtigen“ politischer Online-Partizipation .....	113
4.5.3	Positive und negative Partizipationsanreize .....	114
4.5.4	Operationalisierung der Kontrollvariablen .....	122
<b>5</b>	<b>Empirische Analysen – Wirkungszusammenhänge zur politischen Online-Partizipation .....</b>	<b>127</b>
5.1	Methodik .....	127
5.2	Deskriptive Verteilung zentraler Variablen .....	129
5.2.1	Univariate Verteilung der zentralen Variablen .....	129
5.2.2	Univariate Verteilung der Kontrollvariablen .....	133
5.2.3	Deskription zur Stratifikation politischer Online-Partizipation .....	135
5.3	Die „guten Gründe“ eines allgemeinen Anreizmodells .....	140

5.3.1	Explorative Faktorenanalysen zur Identifizierung der Anreizstruktur .....	142
5.3.2	Verteilung der motivationalen Anreizstruktur .....	145
5.3.3	Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse .....	147
5.3.4	Schlussfolgerung für ein empirisch modifiziertes Anreizmodell .....	150
5.4	Die sozialstrukturelle Verankerung eines modifizierten Anreizmodells .....	155
5.4.1	Prävalenz positiver und negativer Anreize .....	156
5.4.2	Bivariate und multiple lineare Regressionsanalyse .....	160
5.4.3	Schlussfolgerung zur Prävalenz von Partizipationsanreizen .....	167
5.5	Überprüfung des Anreizmodells zur Erklärung der Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren .....	171
5.5.1	Partizipationsanreize im Vergleich .....	171
5.5.2	Bivariate und multiple logistische Regressionsmodelle .....	175
5.5.3	Schlussfolgerung für ein modifiziertes Anreizmodell zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren .....	184
5.6	Kreuzvalidierung der Befunde .....	189
<b>6</b>	<b>Diskussion – Gute Gründe reichen nicht</b> .....	<b>195</b>
6.1	Zentrale Ergebnisse im Überblick .....	195
6.2	Implikationen der Ergebnisse für die Untersuchung von Online-Partizipation .....	199
6.2.1	Interpretation der Ergebnisse entlang eines Anreizmodells politischer Online-Konsultation .....	199
6.2.2	Politische Online-Partizipation jenseits der „üblichen Verdächtigen“? .....	204
6.2.3	Gibt es „bessere“ Gründe zur Online-Partizipation? .....	207
6.2.4	Praktische Implikationen des Anreizmodells .....	208
6.3	Limitation und Generalisierbarkeit eines Anreizmodells .....	210
<b>7</b>	<b>Schluss – Bedeutung eines Anreizmodells für die politische Soziologie</b> .....	<b>215</b>
7.1	Rekapitulation und Beantwortung der Forschungsfrage .....	216
7.2	Weiterführende Forschung .....	217
7.3	Einordnung der Ergebnisse für die politische Soziologie .....	219
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>223</b>



---

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1	Typologisierung politischer Partizipation übernommen von Teorell et al. (2007, S. 341) .....	30
Abbildung 2.2	Demokratischer Rhombus nach Kersting (2014, 2016) .....	34
Abbildung 3.1	„Zwickmühle der Kritik“ Übernommen von Kroneberg (2011, S. 47) .....	73
Abbildung 3.2	Postulierter Wirkungszusammenhang nach Niedermayer (1989; 2009) .....	89
Abbildung 3.3	Die „un-/üblichen Verdächtigen“ politischer Online-Konsultationsverfahren .....	101
Abbildung 5.1	Logged Representation Scale zur Online-Konsultation .....	139
Abbildung 5.2	Postulierte Wirkungszusammenhänge eines modifizierten Anreizmodells .....	154
Abbildung 5.3	Gruppierte Mittelwerte und Standardabweichung positiver und negativer Partizipationsanreize .....	159
Abbildung 5.4	Prävalenz positiver/negativer Partizipationsanreize nach Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren .....	172

---

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1	Überblick zu unterschiedlichen Anreizmodellen in der Forschungsliteratur .....	87
Tabelle 4.1	Stichprobenverteilung der Befragten je Erhebungskontext .....	107
Tabelle 4.2	Verteilung von Individualmerkmalen in der Gesamtstichprobe .....	108
Tabelle 4.3	Fragestimulus zur Erhebung von Partizipationsanreizen .....	116
Tabelle 4.4	Frageformulierung zur Messung der Anreizstruktur .....	118
Tabelle 5.1	Verteilung von Bildungsressourcen und politischem Interesse der „un-/üblichen Verdächtigen“ .....	130
Tabelle 5.2	Lagemaße der positiven und negativen Partizipationsanreize .....	132
Tabelle 5.3	Univariate Verteilung der Kontrollvariablen .....	134
Tabelle 5.4	Zellenprozent zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren der „un-/ üblichen Verdächtigen“ .....	135
Tabelle 5.5	Spaltenprozente zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren der „un-/ üblichen Verdächtigen“ .....	136
Tabelle 5.6	Die „un-/üblichen Verdächtigen“ und Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren .....	138
Tabelle 5.7	Ergebnisse der Eigenwerte aus PCA und Parallelanalyse für sieben Faktoren .....	143

---

Tabelle 5.8	Ergebnis der promaxrotierten Faktorladungsmatrix (EFA) .....	145
Tabelle 5.9	Lagemaße der Anreiztypen eines modifizierten Anreizmodells .....	147
Tabelle 5.10	Verteilung soziodemografischer Merkmale in der analytischen Stichprobe .....	155
Tabelle 5.11	Lagemaße der Anreiztypen in der analytischen Stichprobe .....	156
Tabelle 5.12	Ergebnisse aus drei Regressionsmodellen positiver Partizipationsanreize .....	164
Tabelle 5.13	Ergebnisse der Regressionsmodelle negativer Partizipationsanreize .....	166
Tabelle 5.14	Übersicht Prävalenzhypothesen .....	170
Tabelle 5.15	Differenzierte Prävalenz der Anreize unter Teilnehmenden an Online-Konsultationsverfahren .....	174
Tabelle 5.16	Ergebnisse der vier logistischen Regressionsmodelle zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren .....	182
Tabelle 5.17	Vergleich der Güte der unterschiedlichen logistischen Regressionsmodelle .....	184
Tabelle 5.18	Überblick Anreizhypothesen und Strukturhypothese .....	188
Tabelle 5.19	Modellgüte der konfirmatorischen Faktorenanalyse an Daten der Nachbefragung .....	190
Tabelle 5.20	Lagemaße der Partizipationsanreize in der Nachbefragung .....	193
Tabelle 6.1	Überblick zu den überprüften Hypothesen der empirischen Analyse .....	198



# Einleitung – Das Dreiecksverhältnis von Demokratie, Digitalisierung und Partizipation

1

*The Internet is filled with junk and jerks*  
(Kollock, 1999)

Das Urteil über das Internet fällt ernüchternd und wenig schmeichelhaft aus. Darauf weist der Soziologe Peter Kollock (1999) mit dem o. a. Zitat schon Ende der 1990er Jahre hin. Im weiteren Sinne umfasst die vorliegende Arbeit den Einfluss des Internets auf demokratische Gesellschaften. Insofern ist das einleitende Zitat seiner Zeit voraus und antizipiert bereits früh die öffentliche Wahrnehmung zum Verhältnis von Internet und Demokratie. Dies betrifft beispielsweise Phänomene wie *Hate Speech* oder *Fake News*, die in Wissenschaft und Öffentlichkeit mit Besorgnis diskutiert werden (Quandt 2018). Trotz allem lässt Kollock Raum für eine optimistische Perspektive auf das Internet und zeigt sich weniger verwundert über „junk and jerks“, sondern vielmehr darüber, dass überhaupt ein signifikanter Anteil der Online-Welt auf Kooperation basiert: „Given that online interaction is relatively anonymous, that there is no central authority, and that it is difficult or impossible to impose monetary or physical sanctions on someone, it is striking that the Internet is not literally a war of all against all“ (Kollock 1999, S. 220).

Mit der Untersuchung politischer Online-Partizipation adressiert die vorliegende Arbeit eine spezifische Form der Kooperation im Internet. Ins Zentrum der Erklärung rücken dabei die „guten Gründe“ einer individuellen Handlungsmotivation (Beyer und Schnabel 2017, S. 75), um Kooperationsprobleme zu überwinden. Es ist das dezidierte Ziel der Untersuchung, ein empirisches Erklärungsmodell zu entwickeln, dass auf unterschiedlichen Beweggründen zur Online-Partizipation

rekurriert und individuell antizipierte Vorteile (oder Nachteile) der Partizipation betrachtet. Angewandt wird das empirische Anreizmodell am Untersuchungsgegenstand Top-down initiiertes Online-Konsultationsverfahren.

Die Betrachtung politischer Online-Konsultationsverfahren ist eingebettet in die Diskussion zu „demokratischen Innovationen“ (Smith 2009), um auf Krisensymptome repräsentativer Demokratien zu reagieren (Geißel 2009; Geißel und Newton 2012; Frieß und Porten-Cheé 2018). Ein Leitmotiv der Partizipationsforschung stellt dabei der Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und demokratischer Repräsentation dar: „‘One man, one vote’ – so lautet das zentrale Gleichheitsversprechen der Demokratie [...] Dieses Versprechen wurde noch nie vollständig eingelöst und das Dilemma politischer Ungleichheiten schon lange konstatiert“ (Geißel 2012, S. 32). Mit politischer Ungleichheit ist gemeint, dass politische Partizipation mitnichten zufällig über die Gesellschaft verteilt, sondern entlang sozioökonomischer und demografischer Charakteristiken stratifiziert ist. Auf der Grundlage eines deskriptiven Repräsentationsverständnisses, stellt eine Verzerrung zugunsten ressourcenstarker respektive wohlhabender Bevölkerungsgruppen eine Herausforderung repräsentativer Demokratien dar (van Deth 2009; Schäfer 2010; Elsässer und Schäfer 2023).

Das Forschungsinteresse ist demnach im Dreiecksverhältnis von Demokratie, Digitalisierung<sup>1</sup> und Partizipation zu verorten. Digitalisierung kennzeichnet hierbei den Einfluss der internetvermittelten Kommunikationen über Online-Plattformen, während Partizipation auf individuelle Bedingungen der politischen Online-Partizipation rekurriert. Mit der Demokratie wird einerseits die Wechselbeziehung zum Internet, andererseits zur politischen Partizipation unter Prämissen politischer Gleichheit und Konzepten politischer Repräsentation hergestellt. Das Zusammenspiel dieser drei Aspekte hat sowohl realweltliche als auch wissenschaftliche Bedeutung.

---

## 1.1 Zur Relevanz der Top-down Online-Konsultation

Der Untersuchungsgegenstand der vorliegenden Arbeit betrifft Top-down durch Politik oder Verwaltung initiierte Online-Konsultationsverfahren, die vorzugsweise (aber nicht ausschließlich) auf der lokalen Ebene durchgeführt werden. An dieser Stelle werden zentrale Charakteristiken dargelegt, eine nähere

---

<sup>1</sup> Die Arbeit fokussiert auf gesellschaftliche Implikationen der Digitalisierung. Siehe hierzu die konzeptionelle Unterscheidung zwischen *digitization* und *digitalization*. Letzteres ist definiert „as the way many domains of social life are restructured around digital communication and media infrastructures“ (Brennen und Kreiss 2016, S. 1).

Betrachtung dieser Partizipationsform findet im weiteren Verlauf der Arbeit insbesondere in Abschnitt 2.2.3 statt. Auf den Ebenen des politischen Systems gibt es entlang der „Ladder of Citizen Participation“ (Arnstein 1969) unterschiedliche Stufen der Bürger:innenbeteiligung von der Bereitstellung von Informationen bis zum Bürger:innen- oder Volksentscheid und der Direktwahl von Oberbürgermeister:innen. Konsultationsverfahren sind hierbei zwischen der Informationsweitergabe und der direkten Mitentscheidung oder *Co-Governance* einzuordnen (Kubicek und Aichholzer 2016, 16 ff.; Nanz und Fritsche 2012, 23 ff.). Der Partizipationsprozess ist in der Regel rechtlich unverbindlich, ermöglicht aber idealerweise die Einflussnahme der Bürger:innen auf den politischen Entscheidungsprozess:

*Am Ende eines partizipativen Prozesses formulieren die beteiligten Bürgerinnen und Bürger Empfehlungen, woraufhin sich politische Repräsentantinnen und Repräsentanten oder Verwaltungsvertreterinnen und -vertreter bereit erklären, diese Ergebnisse in ihrem weiteren Entscheidungsprozess zu beachten (Nanz und Fritsche 2012, S. 97).*

Die Aktivität der Bürger:innen kann verschiedene Formen annehmen vom Wortbeitrag auf vor Ort Veranstaltungen, der Veröffentlichung konkreter Gestaltungsvorschläge, Online-Kommentare und Diskussionen der Bürger:innen untereinander oder ein *like* für gelungene Beiträge, um Unterstützung auszudrücken. Kern der Konsultation ist aber die beratende und dialogisch-diskursive Beteiligung.

Um einen besseren Eindruck über den Untersuchungsgegenstand zu erhalten, werden zwei Verfahren skizziert: Ein typisches Online-Konsultationsverfahren stellt „freiRaum Ottensen – das autoarme Quartier“ dar. Die Bürger:innen des Hamburger Stadtteils Ottensen konnten auf einer Online-Karte Stellen markieren, um zu diesen Vorschlägen, Ideen oder Kommentare zu schreiben oder zu bewerten. Die Beiträge wurden spezifischen Kategorien beispielsweise zum „Parkraum“ oder „Radfahren“ zugeordnet und bilden die Grundlage für die Erarbeitung eines zukünftigen Verkehrskonzepts. Ein weiteres Beispiel ist das Beteiligungsverfahren der Stadt Düsseldorf zur „Oper der Zukunft“. Auch hier konnten die Bürger:innen Beiträge zum Standort eines Neubaus der Oper sowie Vorschläge und Ideen zur zukünftigen Nutzung über eine Online-Plattform veröffentlichen und diskutieren. Beide Verfahren sind in einem breiten, öffentlichen Diskurs

eingebettet und konfliktbehaftet, einerseits aufgrund der Neuverteilung öffentlichen Raumes, andererseits wegen hoher finanzieller Kosten und Risiken für den städtischen Haushalt.<sup>2</sup>

Die Betrachtung der Online-Beteiligung ist aus unterschiedlichen Blickwinkeln relevant: So zeigt eine Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2019, dass Bürger:innen insbesondere in die lokale Politik einbezogen werden wollen und Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Beteiligungsmöglichkeiten vorherrscht (Bertelsmann Stiftung 2019). Ebenso nimmt die Online-Partizipation auf Verwaltungsebene eine relevante Rolle unter dem Dachbegriff der E-Demokratie und E-Governance ein (Frieß 2018). Laut Steinbach (2021) haben mit Stand 2019 insgesamt 62 Städte und Gemeinden mit mehr als neun Millionen Einwohner:innen Leitlinien zur Bürger:innenbeteiligung veröffentlicht. Ferner liegen für Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland der Bundesrepublik, Daten aus einer Vollerhebung der 396 Kommunen zu durchgeführten Online-Partizipationsverfahren vor. Nach Schöttle (2019, 126 ff.) wurde in 130 Kommunen (ca. 35 Prozent) zwischen 2010 und 2015 mindestens ein Online-Partizipationsverfahren durchgeführt.<sup>3</sup> Damit hätten mehr als die Hälfte der volljährigen NRW-Bevölkerung die Möglichkeit gehabt, an Online-Partizipationsverfahren teilzunehmen. Neben der partizipativen Haushaltsgestaltung, nehmen insbesondere Online-Konsultationsverfahren eine Bedeutung bei der Online-Bürger:innenbeteiligung ein (Schöttle 2019, S. 127; Nanz und Fritsche 2012, S. 97). Allerdings unterliegen Online-Beteiligungsverfahren im Allgemeinen und Online-Konsultationsverfahren im Speziellen Herausforderungen, die die Frage betreffen, wer an den Verfahren teilnimmt.

---

<sup>2</sup> Die Online-Plattform aus Ottensen kann über folgenden Link erreicht werden: [www.ottensenmachtplatz.de](http://www.ottensenmachtplatz.de) (zuletzt aufgerufen am 12.12.2023). Die Plattform aus Düsseldorf ist aufrufbar unter [www.stadtgestalten.duesseldorf-marketing.de](http://www.stadtgestalten.duesseldorf-marketing.de) (zuletzt aufgerufen am 13.12.2023). Siehe zusätzlich zwei exemplarische Zeitungsartikel: „Autos raus – Platz zum Leben“ (Knödler 2022) sowie „Die neue Oper – mehr als eine halbe Milliarde nur an Zinsen“ (Ruhnau 2023).

<sup>3</sup> Siehe hierzu der DIID Monitor Online-Partizipation unter <https://www.monitor-online-partizipation.de/> (zuletzt aufgerufen am 12.12.2023).

## 1.2 Partizipation jenseits der „üblichen Verdächtigen“?

Wegmarker der Partizipationsforschung kennzeichnen u. a. die Studierendenbewegung der 1960er und 1970er Jahre und die Diffusion des Internets Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre. Die Online-Partizipationsforschung kann demnach auf eine knapp 25-jährige Diskussion zurückblicken (Ruess et al. 2021; Escher 2013). Während die Studierendenbewegung der 1960er Jahre einen *turn* der klassischen Partizipationsforschung markiert (herausragend beispielsweise ist die Studie der *Political Action Group* (Kaase und Marsh 1979)), können auch für die Online-Partizipationsforschung wesentliche Momente identifiziert werden: Dazu zählt die Etablierung sozialer Netzwerke um 2005, der US-Präsidentenwahlkampf 2008 und 2012, der sich erstmalig durch digitale Wahl-Kampagnen auszeichnet, sowie der US-Wahlkampf 2016, welcher den anfänglichen Technikoptimismus durch Phänomene der *Fake News* oder des *Hate Speeches* ins Gegenteil umkehrt. Das Interesse der Forschung an Modi der politischen Online-Partizipation zeigt entsprechende Spitzen entlang des zeitlichen Verlaufs (Ruess et al. 2021).

Die überwältigende Mehrheit der Bürger:innen sind – abseits von Wahlen – politische Trittbrettfahrer:innen und profitieren von Ergebnissen aus Konsultationsverfahren oder sonstigen nicht-elektoralen Partizipationsformen, ohne selbst dazu beizutragen. Diese Beobachtung ist weder überraschend noch neu. Milbrath (1965) teilte in den 1960er Jahren die amerikanische Bevölkerung nach ihrem politischen Engagement in die Gruppen der Apathischen (30 bis 40 Prozent), der Konsumierenden (ca. 60 Prozent) und der Aktiven (ca. zwei Prozent) ein. Diese Gruppen sind jedoch nicht zufällig über die Bevölkerung verteilt, sondern sozial stratifiziert (Milbrath 1965; Milbrath und Goel 1977; Verba et al. 1995). Kenntnisse über die sozial bedingte Verteilung politischer Partizipation entsprechen weder Zeitgeist noch einer Zeitdiagnose, sondern wurden konstant über die vergangenen Jahrzehnte und in unterschiedlichen demokratischen Kontexten festgestellt (Schäfer 2012; Böhnke 2011).

In der gegenwärtigen Forschungsliteratur findet sich u. a. bei Escher (2010), Pape und Lim (2019) oder Walgrave et al. (2021) die Bezeichnung der „üblichen Verdächtigen“, um politisch aktive Bürger:innen zu charakterisieren. Die „üblichen Verdächtigen“ der politischen (Online-) Partizipation weisen einen höheren sozioökonomischen Status sowie ein hohes Maß an politischem Wissen und Interesse auf und schätzen sich selbst als fähig und kompetent ein, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Darüber hinaus teilen sie zentrale soziodemografische Merkmale, verfügen über ein hohes formales Bildungsniveau, sind



eher männlich und mittleren bis höheren Alters. Im Rückgriff auf die bekannte Formel des *Civic Voluntarism Models* (CVM), handelt es sich hierbei um Bürger:innen, die partizipieren „können“ und „wollen“ (Verba et al. 1995, S. 15). Das heißt, die „üblichen Verdächtigen“ verfügen über die entsprechenden Bildungsressourcen wie kognitive, kommunikative oder internetspezifische Fähigkeiten und Kompetenzen, haben darüber hinaus Zeit oder Geld und sind politisch involviert, was sich durch ein höheres politisches Wissen oder Interesse ausdrückt. Sowohl formales Bildungsniveau als auch politisches Interesse kennzeichnen zwei zentrale Faktoren, um politische Partizipation zu erklären (Smets und van Ham 2013). Ungleiche Beteiligung führt dabei zur ungleichen politischen Repräsentation. Bürger:innen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status haben ein tendenziell niedrigeres Interesse an Politik und halten sich für politisch weniger einflussreich, sodann ist das Risiko politischer Apathie oder Marginalisierung ungleich über die Bevölkerung verteilt. In der Konsequenz, und wie in der Einleitung geschrieben, sind bezüglich der politischen Partizipation Grundsätze der politischen Gleichheit verletzt (Lijphart 1997; Verba et al. 1995; Böhnke 2011; Schäfer 2012; Elsässer und Schäfer 2023).

Zu Beginn der 2000er Jahre und mit zunehmender Verbreitung des Internets wurde die These formuliert, dass das Internet zu einer stärkeren Partizipation bisher unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen führt und damit zur politischen Gleichheit beiträgt (Norris 2001; Escher 2013; Jensen 2013). Die Idee der Mobilisierung durch technischen Fortschritt ist nicht neu und wurde bereits in früheren Jahrzehnten in Bezug auf Zeitungen, Radio oder Fernsehen formuliert (Coleman 2009, S. 363). Dennoch verändern sich durch das Internet wesentliche Bedingungen der politischen Partizipation. Insbesondere die Möglichkeit der orts- und zeitunabhängigen Beteiligung, die individuelle Barrieren beziehungsweise den individuellen Aufwand senkt, sollte zu einer Mobilisierung der Bürger:innen beitragen. Die empirischen Ergebnisse, die für eine Mobilisierung sprechen, sind aber eher durchwachsen. Zwar gibt es Hinweise darauf, dass neue Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel jüngere Menschen, durch das Internet zur Partizipation mobilisiert werden oder Geschlechterdifferenzen durch das Internet eher abnehmen, dennoch sind weiterhin Bürger:innen mit hoher Ressourcenausstattung überrepräsentiert (Schlozman et al. 2010; Escher 2013; Ritzi und Wagner 2018; Schöttle 2019). Die Normalisierungsthese, wonach Online-Partizipation ähnlicher sozialer Stratifikation wie klassischen Partizipationsformen unterliegt, gilt mittlerweile als Fixpunkt der empirischen Forschung. Hiernach sind es in erster Linie die o. a. „üblichen Verdächtigen“, die sich politisch beteiligen. Abweichungen von der Normalisierungsthese sind dann am ehesten durch unterschiedliche Partizipationsformen zu beobachten wie der Online-Partizipation in sozialen

Netzwerken (Theocharis et al. 2021b). Bereits Verba et al. (1995) weisen darauf hin, dass Partizipationsformen unterschiedlichen Restriktionen unterliegen, sodass Spenden an politische Parteien eher von finanziellen Ressourcen und andere Partizipationsformen wie der Kontakt von Politiker:innen eher von Bildungsressourcen abhängen (Verba et al. 1995, 44 ff.). In der Online-Partizipationsforschung wurden teils stark unterschiedliche Operationalisierungen der politischen Beteiligung verwendet und erst in den letzten Jahren stärkere Systematisierungen verfolgt (Ruess et al. 2021).

In ihrer Studie *Moved to Action* argumentiert Hahrie Han (2009), dass die Fokussierung auf die Ressourcenausstattung und die politische Involvierung zur paradoxen Situation führt, dass nur wenig über die Mobilisierung zur Partizipation politisch unüblicher Bürger:innen bekannt ist. Die Untersuchung der Partizipationsmotive könnte zwar konkrete Beweggründe aufdecken, unterliegt in der Regel aber einem engen Verständnis, begrenzt auf das politische Interesse, Wissen oder Selbstwirksamkeit (Han 2009, S. 3). Seltener betrachtet werden dagegen Partizipationsmotive jenseits dieser klassischen politischen Prädispositionen und die Frage, welche Ziele Bürger:innen mit der Partizipation verfolgen. Ansätze zu einer stärkeren Fokussierung auf Motive finden sich beispielsweise bei Norris (2002, S. 29) und der Unterscheidung von instrumentellen und nicht-instrumentellen Zielen. Auch in der bekannten *Voice and Equality*-Studie von Verba et al. (1995, 97 ff.) findet sich ein Kapitel zu kollektiven, selektiven oder sozialen Zielen der politischen Partizipation. Beide Ansätze konnten sich aber im Forschungsdiskurs bislang nicht durchsetzen. Ausnahmen bilden die Protestforschung unter dem Stichwort *Collective Action* sowie die Erklärung von Parteimitgliedschaft und -aktivität durch das *General Incentive Model* (Seyd und Whiteley 1992; Opp 2001). Studien, die Partizipationsmotive jenseits des politischen Engagements untersuchen, sind im Bereich der Online-Partizipation beziehungsweise Konsultation hingegen selten (Gustafson und Hertting 2017, S. 538). Entsprechende Untersuchungen basieren weitestgehend auf Evaluationsstudien oder Befragungen von Teilnehmer:innen (Aichholzer et al. 2016b; Gustafson und Hertting 2017; Aitamurto et al. 2017; Pape und Lim 2019; Font et al. 2021). Erkenntnisse über divergierende Motive zwischen den „üblichen Verdächtigen“, die sich am ehesten an Online-Partizipationsverfahren beteiligen, und denjenigen, die sich üblicherweise nicht beteiligen, liegen hingegen kaum vor (Rottinghaus und Escher 2020; Schöttle 2019).

Die vorliegende Arbeit identifiziert folgende Forschungslücken: Erstens ist es aufgrund unterschiedlicher Konzeptualisierungen notwendig, den Untersuchungsgegenstand der Online-Partizipation klar zu definieren, um un-/übliche Wirkungs- und Mobilisierungsmechanismen aufzudecken. Die Untersuchung fokussiert deshalb auf Top-down initiierte Online-Konsultationsverfahren. Zweitens führt die Fokussierung auf individuelle Ressourcenausstattung und politische Involvierung zu Leerstellen, insbesondere bei der Erklärung von Partizipation jenseits der „üblichen Verdächtigen“. Angesichts der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Relevanz politischer Ungleichheit ist dies überraschend. Dabei besteht drittens kaum Forschung zu den spezifischen Beweggründen, Zielen und Motiven, die Bürger:innen mit der Online-Partizipation verfolgen. Aus der identifizierten Forschungslücke leitet sich die zentrale Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit ab: *Warum und unter welchen Bedingungen partizipieren Bürger:innen an Top-down Online-Konsultationsverfahren, insbesondere diejenigen, die nicht über partizipationsrelevante Ressourcen verfügen?*

Die forschungsleitende Frage umfasst drei Teilaspekte: Erstens, welche (bewussten oder unbewussten) Ziele, Interessen oder Gründe verfolgen Bürger:innen zur Online-Partizipation? Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, aus der Vielzahl möglicher Motive, positive und negative Partizipationsanreize zu identifizieren, um ein Anreizmodell für politische Online-Partizipation zu entwickeln. Zweitens: Unterscheiden sich die „un-/üblichen Verdächtigen“ politischer Partizipation hinsichtlich der Prävalenz der identifizierten positiven und negativen Partizipationsanreize? Dazu wird der Kontrast zwischen Bildungsressourcen und politischem Interesse betrachtet, um zu überprüfen, ob die Prävalenz zwischen den Bevölkerungsgruppen variiert. Drittens: Welchen Mehrwert bieten positive oder negative Anreize, um die Teilnahme an Online-Konsultationen zu erklären? Hier wird untersucht, ob die Variation in der Prävalenz verschiedener Beteiligungsmotive die Varianz in der Online-Partizipation erklärt.

---

### **1.3 Ein Anreizmodell zur Erklärung politischer Online-Partizipation**

Ob Habgier, Eifersucht oder Rache – als Laie im sonntäglichen Fernsehkrimi das Tatmotiv zu ermitteln, zählt zu den gesellschaftlich anerkannten Abendbeschäftigungen. Auch das intendierte Anreizmodell hat das Ziel, Motive der Online-Partizipation zu identifizieren. Es ist deshalb notwendig, den Begriff der Motivation bereits zu Beginn der Untersuchung einzugrenzen und zu bestimmen.

Denn die wissenschaftliche Begriffsbestimmung der Motivation ist trotz Alltagsgebrauch aufgrund zahlreicher Motivationstheorien unscharf.<sup>4</sup> So definieren Ryan und Deci (2000) Motivation als „to be moved to do something“ (2000, S. 54).

Eine zentrale Motivationstheorie des Handelns mit Strahlkraft in die soziologische und politikwissenschaftliche Forschung stellt das Konzept der Bedürfnispyramide nach Abraham Maslow (1943) dar. Hiernach existieren fünf Bedürfnisse in hierarchischer Reihenfolge: Physiologische Bedürfnisse, Sicherheitsbedürfnisse, soziale Bedürfnisse, Individualbedürfnisse sowie Bedürfnisse zur Selbstverwirklichung. Hiernach folgt Handeln der Bedürfnisbefriedigung. Hierarchisch bedeutet in diesem Kontext, dass die Befriedigung physiologischer Grundbedürfnisse die Bedingung aller weiteren Bedürfnisse definiert. Rezipiert wird die Maslowsche Bedürfnispyramide insbesondere durch Ronhald Ingleharts (1977) Unterscheidung von materialistischen und postmaterialistischen Wertorientierungen als Baustein des Zusammenhangs von Werten, Wertewandel und Wahlverhalten (Inglehart 1977; Wurthmann 2022).

Weitere Konzeptualisierungen finden sich in der psychologischen oder verhaltensökonomischen Forschung. So ist in der Verhaltensökonomie die Unterscheidung zwischen extrinsischen und intrinsischen Motiven gängig, um Handeln zu erklären:

*Bei der extrinsischen Motivation werden die Anreize von außen gesetzt. Dazu gehören Strafandrohungen (negative Sanktionen) und monetäre Belohnungen (positive Sanktionen). Intrinsische Motivation geht hingegen von der betrachteten Person selbst aus; sie kommt aus dem Inneren. Dazu gehört etwa, etwas einfach zu tun, weil man Freude und Spaß daran hat (Frey 1997, S. 7).*

Siegwart Lindenberg (2001a) weist darauf hin, dass die Differenzierung zwischen externaler und internaler Motivation mit Max Webers klassischer Unterscheidung zwischen zweck- und wertorientiertem Handeln korrespondiert. Beide Handlungstypen kennzeichnen gesellschaftliche Integration und soziale Beziehung als Vergesellschaftung. Davon abzugrenzen ist die Vergemeinschaftung, die „auf subjektiv gefühlter (affektuellem oder traditionaler) Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruht“ (Weber 1964[1922], S. 29). Eine handlungstheoretische Einbettung der Motivation folgt der Abgrenzung von einer soziologischen Fragestellung, die in erste Linie kollektive Phänomene adressiert (Diekmann 2020,

---

<sup>4</sup> Im Lexikon zur Soziologie, das qua Selbstverständnis die pointierte Bestimmung zentraler Begriffe und Konzepte zum Ziel hat, heißt es zum Handlungsmotiv enttäuschend, „eine einheitliche Definition kann nicht gegeben werden, vielmehr scheinen so viele Definitionen wie Motivationstheorien zu existieren“ (Krohne 2020, S. 519).

S. 325), zu psychologischen oder sozialpsychologischen Fragestellungen, die wenig überraschend eine Vielzahl an Motivationstheorien anbieten (Heckhausen und Heckhausen 2018). Politische Partizipation kann nach Max Weber als soziales Handeln definiert werden, das heißt Handeln mit „subjektiven Sinn“, das „auf das Verhalten anderer bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist“ (Weber 1964[1922], S. 542). Dadurch ist Partizipation abzugrenzen von instinkthaftem oder unterbewusstem Verhalten, sodass die Möglichkeit besteht, die „guten Gründe“ der Partizipationsentscheidung (Beyer und Schnabel 2017, S. 75), kurzum die Motivation einer Handlung, offenzulegen. Entsprechend der Soziologie-Definition Webers, Interdependenzen und (nicht-intendierte) Folgen individueller Handlungen in den Mittelpunkt der Untersuchung zu stellen (Raub 2020, S. 27), werde ich Partizipation im Internet aus der theoretischen Perspektive eines Kollektivgutproblems untersuchen (Ostrom 1999; Olson 2004). Die Interdependenz identifiziert dabei den Konflikt zwischen individueller und kollektiver Rationalität und ist beispielsweise von einem ethischen Dilemma abzugrenzen (Przepiorka 2020). Indem soziale Ordnung als Konsequenz aus Handlungen analysiert wird, folgt die vorliegende Arbeit dem methodologischen Individualismus (Voss 2020, S. 4).

Politische Partizipation als Beispiel eines Kollektivgutproblems wurde in der Forschungsliteratur bereits vielfach und umfänglich betrachtet (Verba et al. 1995, S. 99; Opp 2001; Beyer und Schnabel 2017, S. 77). Für die notwendige Argumentationsbegründung soll deshalb lediglich die Konsequenz aus der Eigenschaft eines Kollektivguts abgeleitet werden: Rationale Akteur:innen profitieren von der Herstellung eines Kollektivguts ohne zur Herstellung beizutragen. Da Akteur:innen einer nutzenmaximierenden Entscheidungsregel folgen, kommt es nicht zur Herstellung eines Kollektivguts. Das handlungsrelevante Motiv des „Trittbrettfahrens“ führt zu diesem sozialen Dilemma (Olson 2004).

Es ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, an den Forschungsdiskurs kollektiven Handelns anzuknüpfen, um Bedingungen zur Überwindung eines Kollektivgutproblems zu identifizieren (Ostrom 1999; Hardin 1982; Olson 2004; Opp 2001). Die handlungstheoretische Fundierung der Untersuchung – darauf weisen bereits zentrale Begriffe hin – bildet die Verhandlung der *Rational Choice Theory* (RCT). Definitorisches Merkmal der Motivation ist aus RC-Perspektive die Annahme über die Realisierung von Nutzen: Handeln ist demnach ziel- beziehungsweise zweckgebunden und stets nutzenmaximierend (Opp 1999, 2001). Durch den Rückgriff auf eine „weite“ Version der RCT wird Handeln nicht ausschließlich auf die Realisierung strikten Eigeninteresses zurückgeführt, sondern auch auf soziale oder moralische Anreize (Opp 1999). Die „weite“ RCT wird auch

für die vorliegende Arbeit zur Identifizierung eines empirischen Anreizmodells verwendet.

Auf den Untersuchungsgegenstand bezogen lautet das Argument der RCT, dass die Partizipationsbereitschaft entlang der Kosten-Nutzen-Erwartung variiert. Bürger:innen nehmen an Online-Konsultationsverfahren teil, wenn sie hierdurch Vorteile erwarten, die den Aufwand zur Teilnahme übersteigen. Während ein kollektives Interesse an einer hinreichend großen Beteiligungsquote an Partizipationsverfahren besteht, unterliegt die individuelle Partizipationsbereitschaft einem Anreizdilemma, dem Trittbrettfahrer:in-Motiv. Hieran schließt sich die Frage an, welche positiven oder negativen Anreize die Handlungsentscheidung zur Online-Partizipation beeinflussen: Für verschiedene Partizipationsformen wie die Wahl, Parteimitgliedschaft und -engagement oder politischen Protest, wurde bereits gezeigt, dass unterschiedliche positive oder negative Anreize die Partizipation beeinflussen und einen relevanten Erklärungsbeitrag leisten (Seyd und Whiteley 1992; Opp und Finkel 2001; Klein 2006). Jedoch existiert in der Forschung kein allgemeingültiges Anreizmodell und auch entsprechende empirische Ergebnisse (mit wenigen Ausnahmen z. B. Gerl et al. (2018)) zur Online-Partizipation fehlen. Ziel der Arbeit ist demnach die Entwicklung eines allgemeinen Anreizmodells, um ein empirisches Anreizmodell zu identifizieren und am Untersuchungsgegenstand der politischen Online-Konsultation zu überprüfen. Damit wird zum einen ein Beitrag zur Erklärung von Partizipation jenseits der „üblichen Verdächtigen“ geleistet, zum anderen werden Erkenntnisse zur Erklärung von Handlungen aus RC-Perspektive angeboten.

---

## 1.4 Aufbau der Arbeit

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Relevanz des Untersuchungsgegenstandes politischer Online-Konsultationsverfahren für Öffentlichkeit und Wissenschaft sowie der theoretische Rahmen der Arbeit skizziert. Im Folgenden wird das weitere Vorgehen erläutert.

Kapitel 2 stellt den Forschungsstand vor. Hierbei liegt der Fokus auf dem Rollenverständnis von Bürger:innen in drei ausgewählten Demokratietheorien; der Definition und Systematisierung politischer Online-Partizipation zur Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes sowie der Konzeption politischer Gleichheit und Repräsentation. Das Kapitel schließt mit einer Betrachtung der lokalen Ebene als „Schule der Demokratie“ ab. In Kapitel 3 wird der theoretische Rahmen

zur Entwicklung eines Anreizmodells erarbeitet. Dies schließt die Auseinandersetzung mit theoretischen Prämissen der *Rational Choice Theory* ein. Hiernach werden zwei Erklärungsmodelle vorgestellt: Das *Civic Voluntarism Model* (Verba et al. 1995) als Ankerpunkt der gegenwärtigen Partizipationsforschung sowie Erklärungsmodelle, die unter dem Begriff *Collective Action* gefasst werden. Die Diskussion ermöglicht die Identifizierung positiver und negativer Partizipationsanreize, die im Anschluss in ein vorläufiges und allgemeines Anreizmodell politischer Partizipation überführt werden. Zur empirischen Überprüfung wird das Anreizmodell in einem Wirkungszusammenhang zwischen Bildungsressourcen/politischen Prädispositionen und politischer Online-Partizipation verortet. Hiernach werden drei zentrale Hypothesen abgeleitet: Die Prävalenzhypothese (H1) zur sozialstrukturellen Verankerung des Anreizmodells; die Anreizhypothese (H2) als Erklärung politischer Online-Partizipation sowie die Strukturhypothese (H3) zur Überprüfung der sozialen Stratifikation von Online-Partizipationsverfahren. Anschließend wird in Kapitel 4 die Datenerhebung beschrieben und die zentralen Variablen operationalisiert. Die Datengrundlage basiert auf Zufallsstichproben in fünf Kontexten und einer postalischen Befragung von Bürger:innen. Die Fallzahl der kumulierten Stichprobe beträgt  $N = 1.504$ . Die Befragungen beinhalten eigene und speziell für die vorliegende Untersuchung entwickelte Frageitems zu positiven und negativen Partizipationsanreizen. Das Erhebungsdesign und die Frageformulierungen ermöglichen es zudem, nicht nur variierende Partizipationsmotive zwischen verschiedenen Gruppen der Teilnehmenden an Online-Konsultationsverfahren darzustellen, sondern auch Vergleiche mit Bürger:innen, die nicht daran teilnehmen. In allen Erhebungskontexten wurden zusätzlich konkrete Online-Konsultationsverfahren durchgeführt, und die Teilnehmenden wurden im Anschluss zu den Gründen für ihre Partizipation befragt ( $N = 255$ ). Diese Stichprobe wird genutzt, um die zentralen Ergebnisse der empirischen Analyse zu validieren.

In Kapitel 5 erfolgt die empirische Analyse. Zunächst wird die deskriptive Verteilung zentraler Variablen vorgestellt. Die Analysestrategie sieht drei getrennte Schritte vor und kombiniert sowohl ein exploratives als auch hypothesentestendes Vorgehen. Im ersten Schritt wird eine explorative Faktorenanalyse durchgeführt. Auf Grundlage der Ergebnisse wird ein modifiziertes, empirisches Anreizmodell zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren identifiziert. Anschließend werden die intendierten Wirkungszusammenhänge zwischen den empirischen Anreizen und der Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren spezifiziert. Dieses Vorgehen folgt der Logik, zunächst allgemeine Anreiztypen zu ermitteln, um anschließend und empirisch informiert diejenigen Anreize zu explorieren,

die gemeinsam variieren und Handlungsgründe (oder -hindernisse) zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren darstellen. Im zweiten Schritt werden die so identifizierten Anreiztypen eines modifizierten Anreizmodells endogenisiert und überprüft, ob die „üblichen Verdächtigen“ Vorteile der Partizipation stärker und Nachteile schwächer wahrnehmen. Im dritten Schritt wird der Einfluss des Anreizmodells sowie die Zugehörigkeit zur Gruppe der „un-/üblichen Verdächtigen“ auf die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren mittels logistischer Regressionsmodelle geschätzt. Zur Kreuzvalidierung der Befunde wird im Anschluss eine konfirmatorische Faktorenanalyse auf Grundlage der Stichprobe aus der Nachbefragung durchgeführt, um die Güte des modifizierten Anreizmodells zu überprüfen. Die Ergebnisse der empirischen Analyse werden in Kapitel 6 diskutiert und Implikationen für die Untersuchung politischer Online-Partizipation erarbeitet. Zusätzlich werden Limitationen der Arbeit sowie die Generalisierbarkeit der Befunde kritisch eingeordnet. Die Arbeit schließt in Kapitel 7 mit einer Zusammenfassung der wesentlichen Befunde, einer Skizzierung potentieller Forschungsdesiderate sowie einer Diskussion über die Bedeutung der Arbeit für die politische Soziologie ab.

Die Ergebnisse der Arbeit tragen einerseits zur empirischen Partizipationsforschung bei, indem Erklärungsfaktoren jenseits der klassischen Ressourcenausstattung und politischer Involvierung näher untersucht werden. In dieser Hinsicht besteht ein mangelndes Verständnis in der Forschung bezüglich Partizipationsmotiven und -erwartungen der Bürger:innen in Bezug auf politischen Online-Konsultationsverfahren (Gustafson und Hertting 2017). Andererseits werden Aspekte der normativen Partizipations- und Demokratieforschung berücksichtigt, die Herausforderungen politischer Un-/Gleichheit und Repräsentation konstatieren. Wenngleich der Bezugsraum der Untersuchung (auch aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen für extra-repräsentative Beteiligungsformen) auf die Bundesrepublik Deutschland begrenzt ist, sollten die Ergebnisse prinzipiell auch über diesen Kontext hinaus informativ sein. So werden Online-Konsultationsverfahren in verschiedenen demokratischen Ländern durchgeführt, die sich allesamt mit ähnlichen Herausforderungen der ungleichen Partizipation konfrontiert sehen (Aitamurto et al. 2017; Gustafson und Hertting 2017; Pape und Lim 2019; Font et al. 2021).

Partizipation wird in dieser Arbeit immer als demokratische Partizipation unter den Prämissen von Gleichheit, Emanzipation und Antidiskriminierung verstanden. Daher endet das Kapitel wie es begonnen hat mit einem Zitat des Soziologen Kollocks:



*As a final note, it is important to point out that a cooperative group is not always a good thing for the wider society. The very same economies that enable people to collaboratively build software and plan school improvements also makes it easier for violent and racists groups to organize and collaborate. To the extent one wishes to fight against such groups, then the lessons of this chapter need to be turned on their heads in order to discourage group cooperation (Kollock 1999, S. 234).*

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





# Forschungsstand – Die (persistente) Krise der Demokratie und politische (Online-) Partizipation

# 2

*Unsere Hoffnung heute ist die Krise*

*(Bertolt Brecht, Interviews 1926–1956)*

Dieses Kapitel hat das Ziel, das Verhältnis zwischen Demokratie, Partizipation und Internet zu diskutieren, bevor spezifische Aspekte der politischen Online-Konsultationsverfahren wie die Verortung im politischen System angeführt werden. Zuvorderst ist der Zusammenhang zwischen Partizipation und Demokratie offensichtlich, denn ein Mindestmaß politischer Partizipation, wie die Teilnahme an Wahlen, ist eine Voraussetzung der Demokratie (van Deth 2009, S. 141).

In der Forschungsliteratur wird die Auseinandersetzung mit „demokratischen Innovationen“ (Smith 2009) mehrheitlich mit der Feststellung einer demokratischen Krise begründet (Levitsky und Ziblatt 2018; Dryzek et al. 2019; Przeworski 2020; Schäfer und Zürn 2021). Eine Krise ist nach Adam Przeworski (2020) „eine Situation, die definitionsgemäß nicht von Dauer sein kann, da eine Entscheidung fallen muss. Eine solche Situation entsteht, wenn der Status quo unhaltbar geworden ist, jedoch noch kein Ersatz dafür bereitsteht“ (Przeworski 2020, S. 20).<sup>1</sup> Die zeitliche Beschränkung als definitorisches Merkmal erscheint problematisch, schließlich wird der Krisendiskurs – in Öffentlichkeit und Wissenschaft – seit vielen Jahrzehnten geführt. Lediglich die Zeitspanne nach dem Zusammenbruch

---

<sup>1</sup> „Krise“ stammt vom altgriechischen Wort *krisis* ab und kann als „Entscheidung“ übersetzt werden.

der Sowjetunion und die (häufig verkürzt dargestellte) These vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) bilden eine kurzzeitige Ausnahme. Hiernach setzt der Postdemokratie-Diskurs ein (Merkel 2015b). Wolfgang Merkel folgert, dass „die Rede von der Krise der Demokratie [...] so alt wie diese selbst [ist] (2015b, S. 7). Freilich ist es nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit, den entsprechenden Diskurs der Krise der Demokratie neu aufzurollen. Dennoch sollte die mahnende Beobachtung von Przeworski nicht ungeachtet bleiben, dass in etablierten Demokratien historisch singuläre Bedingungen zu erkennen sind, die eine Gefahr für die Demokratie und demokratisches Regieren darstellen (2020, S. 11; Levitsky und Ziblatt 2018).

Entlang des Diskurses finden sich unterschiedliche (empirische) Krisensymptome (Merkel 2015a), u. a. eine tendenziell sinkende Wahlbeteiligung (Norris 2002), ein Rückgang der Parteimitgliedschaft und -bindung (Beyme 2000; Klein 2006; Niedermayer 2018) sowie sinkendes Vertrauen in politische Institutionen (Eder und Reinl 2022). Insbesondere konstatieren Zeitdiagnosen wie die bereits thematisierte These der *Postdemokratie* nach Colin Crouch (2008) oder die These der *demokratischen Regression* von Armin Schäfer und Michael Zürn (2021) den westlich-repräsentativen Demokratien Legitimationsdefizite. Letztere führen beispielsweise den Erfolg rechts-autoritärer und populistischer Parteien auf Repräsentations- und in der Konsequenz auf Legitimitätsdefizite des politischen Systems und seiner Akteure und Institutionen zurück. Als Gegenmaßnahme zu diesen Krisensymptomen rekurren die beiden Autoren auf den bekannten Spruch Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“. Plädiert wird für eine stärkere Top-down Beteiligung der Bürger:innen an den politischen Institutionen (Schäfer und Zürn 2021). In eine ähnliche Stoßrichtung zielt der Postdemokratie-Diskurs, der durch die Neuauflage *Postdemokratie revisited* eine ernüchternde Bilanz zieht und eine Verstärkung von demokratischen Erosionsprozessen feststellt (Crouch 2021). Die These der Postdemokratie besagt, dass ökonomische Interessen zunehmend Institutionen und Prozesse der politischen Entscheidungsfindung beeinflussen und demokratische Normen und Werte unterminieren (Ritzi 2016, 200 ff.; Crouch 2008, 10 ff.).<sup>2</sup> Crouch verdeutlicht diese Entwicklung am Beispiel der – wortwörtlichen – Vermarktung des Wahlkampfes:

---

<sup>2</sup> Crouch versteht ökonomische Interessen als Ausdruck neoliberaler Ideologie. Die Verwendung des Begriffs „Neoliberalismus“ ist allerdings problematisch (Ritzi 2016, S. 216). Passender ist der Begriff des Ordoliberalismus. Hierbei besteht die Funktion der Politik in der Kontrolle marktspezifischer Regeln und – falls notwendig – zum Schiedsspruch. Der politische Gestaltungsspielraum ist dementsprechend eng eingefasst. Diese Beobachtung ist auch Ausgangspunkt von Schäfer und Zürn (2021).

*Der Begriff [Postdemokratie] bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben (Crouch 2008, S. 10).*

Krisensymptom der Postdemokratie ist hiernach nicht der Rückgang formaler Rechte, beispielsweise des allgemeinen Wahlrechts, sondern die praktische Rolle der Bürger:innen innerhalb demokratischer Entscheidungsfindungsprozesse: „Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt“ (Crouch 2008, S. 10). Auch wenn Losung und Lösung im Vergleich zu Schäfer und Zürn nicht trennscharf sind, rückt Crouch soziale Bewegungen (in erster Linie die Klimaschutz- und die feministische Bewegung) als Bottom-up Partizipation in den Vordergrund, um Institutionen „aufzurütteln“ (Crouch 2021, S. 250). Exemplarisch wurden die Diagnosen zur *Postdemokratie* und zur *demokratischen Regression* aufgeführt, weil beide stellvertretend für eine Vielzahl von Autor:innen, welche die Ausweitung und Stärkung politischer Partizipation als Ausweg aus einer „demokratischen Malaise“ betrachten (Geißel 2009), stehen.

Im nächsten Kapitel wird das Rollenverständnis der Bürger:innen aus drei demokratietheoretischen Perspektiven betrachtet: Der deskriptiv-repräsentativen, der partizipatorischen und der deliberativen Demokratietheorie. Hiernach wird politische Online-Partizipation definiert und verschiedene Systematisierungen der unterschiedlichen Partizipationsformen (Online und Offline) vorgestellt. Dies ist die Grundlage für die Einordnung des Untersuchungsgegenstandes politischer Online-Konsultationsverfahren. Dazu werden zentrale Charakteristiken der Online-Konsultation erarbeitet und gegenüber weiteren Formen der Bürger:innenbeteiligung abgegrenzt. Im nächsten Kapitel wird politische Partizipation aus der Perspektive der politischen und sozialen Ungleichheit betrachtet. Ziel des Kapitels ist die Vorstellung des Konzepts der deskriptiven Repräsentation, um anschließend empirische Befunde zur Stratifikation politischer Online-Partizipation einzuordnen. Anschließend wird die relevante Forschungsliteratur zur Online-Konsultation vorgestellt. Da Online-Konsultationsverfahren in erster Linie auf kommunaler beziehungsweise lokaler Ebene durchgeführt werden, wird diese abschließend als „Schule der Demokratie“ und günstige Gelegenheitsstruktur der Online-Partizipation betrachtet.

## 2.1 Die Rolle der Bürger:innen in der Demokratie: Gegensätze in deskriptiven und normativen Demokratietheorien

Im folgenden Kapitel wird politische Partizipation in Bezug zu demokratietheoretischen Überlegungen gesetzt. Dadurch wird ein demokratietheoretischer Rahmen gespannt, in den die weitere Arbeit eingebettet ist. Kein Zweifel besteht darüber, dass Demokratie und Partizipation unweigerlich miteinander einhergehen. Jan W. van Deth bringt den Zusammenhang auf die Formel: „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation“ (van Deth 2009, S. 141). Auch Oscar W. Gabriel (1988) unterstreicht die Bedeutung: „In einer repräsentativen Demokratie wie der Bundesrepublik Deutschland bildet die Beteiligung der Bevölkerung an der Wahl der Parlamente sowohl normativ als auch faktisch das Kernstück des Partizipationssystems“ (Gabriel 1988, S. 4). Wahlen – auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems – ermöglichen den Bürger:innen den Ausdruck politischer Präferenzen und den Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments. Partizipation ist demnach ein Mittel, um politischen Willen zu offenbaren und politische Entscheidungen zu legitimieren. Faktisch ist die Wahlbeteiligung ein relevanter Indikator für die tatsächliche Partizipation der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess. Zur Disposition steht somit weniger die Notwendigkeit der Partizipation, sondern vielmehr Umfang und Ausmaß der Teilhabe von Bürger:innen an der politischen Entscheidungsfindung (Pateman 1970; Barber 1984; Warren 1992).

Eine Minimaldefinition der Demokratie findet sich bei Joseph Schumpeter (2005), wonach die politische Teilhabe im Wesentlichen auf den nationalen Wahlakt begrenzt ist, der als Rekrutierungsmethode der politischen Elite fungiert. Wie später insbesondere von Anthony Downs (1957) aufgegriffen, gleicht das politische System den Marktregeln von Angebot und Nachfrage. Responsivität wird durch konkurrierende Parteien beziehungsweise durch Wahl oder Abwahl, das heißt einer Verdrängung vom Markt, hergestellt.<sup>3</sup> Zwar ist ein Minimum der Wahlbeteiligung notwendig, Wahlenthaltung müsse allerdings nicht zwingend als Krisensymptom aufgenommen werden. Nach Schumpeter sei der *ordinary man* nicht in der Lage, komplexe politische Prozesse und Zusammenhänge zu überblicken, um eine informierte Entscheidung zu treffen. Die Funktion der Bürger:innen innerhalb der Demokratie reduziert sich demnach auf die Auswahl und Kontrolle der politischen Elite durch die Teilnahme an Wahlen (Schumpeter

---

<sup>3</sup> Zur theoretischen Fundierung und Funktion der Bürger:innen, siehe *Principal-Agent-Theory*.

2005; Schmidt 2019, 174 ff.). Auch wenn es keiner populären Position innerhalb der Partizipationsforschung entspricht, so können gewichtige Argumente gegen extra-repräsentative politische Partizipation angeführt werden. In der Konsequenz werden nämlich Planungsprozesse, die durchaus auf politischer Abwägung, Interessenausgleich und Gemeinwohl basieren, aus der Hand der Verwaltung, in die Hände der Bürger:innen übertragen, inklusive Kooperationsproblemen und Stratifikation der politisch Aktiven. Anders formuliert: Infrastrukturelle Entscheidungen einer zwar langsamen, aber dennoch sorgsamem Verwaltungsmaschinerie werden an egoistische Bürger:innen, die Entscheidungen lediglich am Eigeninteresse ausrichten, übertragen, sodass sich der Handlungsspielraum für Kommunen verringert (Bogumil und Holtkamp 2006, S. 193). Auf der Individual- beziehungsweise Handlungsebene offenbart sich das Eigeninteresse schließlich als *Not-In-My-BackYard-Problem* (Frey 1997; Radtke 2022).<sup>4</sup>

Es erscheint zielführend, eine deskriptive und beteiligungsskeptische Demokratietheorie mit Theorien zu kontrastieren, die Teilhabe in den Mittelpunkt der Argumentation rücken. Hierzu zählen partizipatorische und/oder deliberative Demokratietheorien, die politische Partizipation zuvorderst als gesellschaftlich integrativ und als Grundvoraussetzung demokratischer Werte und Normen verstehen (Barber 1984; Pateman 1970). Das Bild der Bürger:innen in einer Demokratie unterscheidet sich dabei grundlegend vom *ordinary man*. In *Participation and Democratic Theory* unterstreicht Carole Pateman (1970) einerseits die Rolle politischer Partizipation, um den Zusammenhang zwischen individuellen und kollektiven Interessen offenzulegen (eine Perspektive, die in der Minimaldefinition abgelehnt wird), andererseits das didaktische Potential, um Vertrauen zu demokratischen Prozessen und demokratischen Fähigkeiten zu erlernen: „The major function of participation in the theory of participatory democracy is therefore an educative one, educative in the very widest sense, including both the psychological aspect and the gaining of practice in democratic skills and procedures“ (Pateman 1970, S. 42). Politische Partizipation erfüllt hiernach eine erzieherische beziehungsweise didaktische Funktion, um politische Selbstwirksamkeit zu erlernen (Pateman 1970; Mansbridge 1995). Aus der empirischen Forschung ist die politische Selbstwirksamkeit, als Fähigkeit und Wahrnehmung politischer Responsivität, ein wesentlicher Erklärungsfaktor zur Partizipation (Steinbrecher 2009). Politische Partizipation und partizipative Demokratietheorie können im Verhältnis eines „mutually stimulating effect“ (Quintelier und van Deth 2014, S. 153) interpretiert werden. Während Schumpeter Bürger:innen grundsätzlich

---

<sup>4</sup> Dieses Problem ist insbesondere dann virulent, wenn viele von einem Kollektivgut profitieren, aber nur wenige die Kosten dafür tragen müssen, siehe Thewes 2018.

als uninteressiert, schlecht informiert und wenig kompetent betrachtet, ist dies aus Patemans Sicht kein Naturzustand, sondern durch Sozialisierung und Institutionalisierung der Partizipationsmöglichkeiten veränderbar: „We do learn to participate by participating“ (Pateman 1970, S. 105).<sup>5</sup>

Zunächst gehe ich auf die Begründung einer partizipatorischen Demokratietheorie ein, die die Wirkung der Partizipation in das Zentrum des Erkenntnisinteresses rückt. Auf zwei Schwergewichten der politischen Theorie – Jean-Jacques Rousseau und John Stuart Mill – baut Pateman die Argumentation einer partizipativen Demokratie auf. Partizipation nimmt im *Gesellschaftsvertrag* von Rousseau eine wesentliche und vollumfängliche Rolle ein. Demokratie beruht, in der radikalen Lesart, auf der direkten und unmittelbaren politischen Entscheidungshoheit durch das Volk.<sup>6</sup> Repräsentation wird dagegen abgelehnt (Fraenkel 2015, S. 282–283). Zwei Thesen lassen sie hiernach aufführen: Erstens garantiert nur der direkte Einbezug in die Entscheidung die Durchsetzung individueller Interessen. Zweitens legitimiert die direkte Entscheidung das Ergebnis eines politischen Prozesses (Teorell 2006, S. 804). Rousseaus *Gesellschaftsvertrag* stellt hiernach eine „radikale Theorie der Volkssouveränität“ in Abgrenzung zur repräsentativen Demokratie dar (Schmidt 2019, 67 ff.). Die Argumentation Patemans (1970) zielt auf eine Unterscheidung zwischen einer partizipativen und einer (defizitären) repräsentativ-liberalen Demokratie. Die Autorin plädiert zwar für eine umfängliche Ausweitung politischer Partizipationsmöglichkeiten, aber nicht für die Abschaffung einer repräsentativen Demokratie. Im Vergleich zur vorherigen Diskussion, nämlich der Kontrollfunktion aus Eigeninteresse, geht es hierbei um die Frage eines Gemeinwohls beziehungsweise Kollektivinteresses, im Terminus von Rousseau eines *volonté générale*. Das Interesse bezüglich der Forschungsfrage besteht in der diskutierten Funktion politischer Partizipation: „As a result of participating in decision making the individual is educated to distinguish between his own impulses and desires, he learns to be a public as well as a private citizen“ (Pateman 1970, S. 25). Partizipation ist demnach Voraussetzung

---

<sup>5</sup> Pateman thematisiert in erster Linie den Zusammenhang zwischen partizipatorischer Arbeitsorganisation und politischer Partizipation über die Erfahrung der Selbstwirksamkeit am Beispiel der Selbstverwaltung jugoslawischer Arbeiter:innen. Eine institutionalisierte Mitbestimmung der Arbeit ist – entlang der Argumentation Patemans – Voraussetzung politischer Mitbestimmung. Bei der Rekonstruktion der Argumentation werde ich mich allerdings auf die Funktion und Rolle der Partizipation konzentrieren und weitere Aspekte, wie die Demokratisierung von Arbeit und Kapital, weitestgehend außen vorlassen. Dies schließt in erster Linie die Diskussion zum *Gildesozialismus* nach George D. H. Cole ein (1913, 1921), auf die Pateman Bezug nimmt.

<sup>6</sup> Die wohl umfänglichste Kritik an der Annahme einer Volkssouveränität im Allgemeinen und Rousseau im Speziellen, siehe Fraenkel 2015.

für Kollektivinteressen und erfüllt zugleich die Funktion zur Herstellung von Kollektivinteressen.

Im Anschluss an Rousseau diskutiert die Autorin John Stuart Mill. Teilhabe respektive Partizipation ist Voraussetzung, um demokratische Werte, Normen und Tugenden zu erlernen. Die lokale Ebene nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein. In Mills Argumentation (mit Verweis auf Alexis de Tocqueville) findet sich dort ein demokratietheoretisches Argument der lokalen Partizipation: „We do not learn to read or write, to ride or swim, by being merely told how to do it, but by doing it, so it is only by practising popular government on a limited scale, that the people will ever learn how to exercise it on a larger“ (Pateman 1970, S. 31). Eine Funktion der Partizipation stellt bei Mill die Förderung des Allgemeinwohls und ein Verantwortungsgefühl für die Allgemeinheit dar. Das Kernmotiv kennzeichnet auch hier die Überwindung von individuellen zugunsten von kollektiven Interessen (Seim 2021, S. 103).

Das Motiv einer „starken“ Demokratie, basierend auf dem Gemein- und Allgemeinwohl, findet sich, aufbauend auf den Arbeiten von Carole Pateman, später insbesondere bei Benjamin Barber (1984) wieder. Die Begründung politischer Partizipation impliziert die Herausbildung kollektiver Interessen aus partiellen oder individuellen Interessen (Barber 1984, S. 151). Zugleich nimmt Barber Bezug auf die Unterscheidung Patemans zur pseudo, partiellen und vollständigen Partizipation (siehe Abschnitt 2.2.1). Die Unterscheidung kulminiert in der Rechtfertigung einer „strong democracy“ gegenüber eine „thin democracy“, die Barber im liberal-repräsentativen System erkennt und die die Rolle der Bürger:innen auf Wahlen begrenzt (Seim 2021, S. 105).

Im Zusammenhang zur partizipativen Demokratie wird für gewöhnlich die deliberative Demokratietheorie diskutiert, wenngleich begründbare Unterschiede zwischen beiden Theorietraditionen bestehen (Schmidt 2019, S. 229), so können zwei zentrale Gemeinsamkeiten identifiziert werden: Erstens stimmen beide Theorien den Mehrwert der Teilhabe und Partizipation der Bürger:innen zu, wie folgendes Zitat betont: „If democracy is a good thing [...], then more democracy should presumably be an even better thing“ (Dryzek 1996, S. 475). Freilich entspringt diese Aussage eher einer Behauptung als einer Begründung, unterstreicht allerdings die inklusive Rolle der Bürger:innen. Zweitens gehen beide Theorien von einem positiven Effekt politischer Partizipation für die Demokratie respektive demokratische Qualität aus. Auch in der deliberativen Theorie führt Partizipation zur Erfahrung der Selbstwirksamkeit als Voraussetzung zur Entwicklung demokratischer Einstellungen und Werte, einer stärkeren Gemeinwohlorientierung oder höherer Legitimität der politischen Entscheidung (Frieß und Porten-Cheé 2018, S. 7; Frieß und Eilders 2015, S. 322).



Interessant für die vorliegende Forschungsarbeit ist die deliberative Demokratietheorie aufgrund der kommunikativen Verankerung und der dezidierten Abgrenzung der Konsultationsverfahren von aggregations- und wahlzentrierten Entscheidungsprozessen (Frieß und Eilders 2015, S. 321–322; Bächtiger et al. 2018, S. 2). Als prägender Theoretiker, insbesondere in der deutschsprachigen Forschungsliteratur, ist Jürgen Habermas anzuführen. Die Überlegenheit der Deliberation kommt dabei in der „idealen Sprechsituation“ und dem „zwangslosen Zwang zum besseren Argument“ zur Geltung (Habermas 1971). Die Rationalität der Kommunikation wird als wesentliche Legitimationsressource aufgefasst und definiert den Kern der Theorie. Eine Minimaldefinition von Deliberation beinhaltet die wechselseitige Kommunikation auf der Grundlage des Abwägens und Reflektierens von Präferenzen, Werten und Interessen mit Bezug auf ein kollektives Interesse. Der Praxis der Deliberation wird in einer deliberativen Demokratietheorie ein zentraler Stellenwert eingeräumt, wenngleich weitere Bedingungen hinzu zu zählen sind (Bächtiger et al. 2018, S. 2). Die Funktion der deliberativen Praxis entspricht der konsensualen Entscheidungsfindung, die sich durch hohe epistemische Qualität auszeichnet und in der Konsequenz zur Akzeptanz und Legitimität der Entscheidung führt (Escher et al. 2017, S. 137). Als normative Demokratietheorie basiert die Deliberation auf kategorischen Sollens-Erwartungen, die Bedingungen zur deliberativen Entscheidungsfindung definieren und zugleich die Legitimitätsgrundlage darstellen. Zuweilen als „fuzzy concept“ kritisiert (Frieß und Eilders 2015, S. 321), werden in der Forschungsliteratur unterschiedliche Ansprüche an einen deliberativen Diskurs gestellt: Dazu zählen u. a. der gegenseitige Respekt und Wertschätzung; die sachliche, begründete und fundierte Argumentation; die Konsens- und Kompromissorientierung sowie Gleichberechtigung und Inklusion unabhängig vom sozialen Status, Geschlecht, Herkunft oder weiteren sozioökonomischen oder demografischen Merkmalen (Frieß und Eilders 2015; Bächtiger et al. 2018; Frieß und Porten-Cheé 2018; Steenbergen et al. 2003). Dabei unterliegen diese Ansprüche einer stetigen Entwicklung, informiert und diskutiert auf Basis empirischer Befunde (Bächtiger et al. 2018, S. 5). Entlang der zentralen Bedingungen kann ein deliberativer Diskurs zur Stärkung der Demokratie und zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen, denn: Durch den deliberativen Diskurs setzen sich nicht Vorschläge oder Ideen auf der Grundlage von Machtverhältnissen, sondern auf der Grundlage von Qualität und Argumentation durch (Eilders und Gerlach 2022, S. 24).

Nichtsdestotrotz bezieht sich die gängige Kritik auf den hohen Anspruch deliberativer Kommunikation, die weniger inkludierend als vielmehr exkludierend wirkt, sodass in erster Linie ressourcenstarke und statushohe Bürger:innen

von deliberativen Beteiligungsverfahren profitieren (Bächtiger et al. 2018; Hall 2007; Young 2001). Während die frühe Deliberationsforschung insbesondere den Rationalitätsbegriff eng fasste, werden in gegenwärtigen Diskussionen auch Emotionen als Aspekt der deliberativen Kommunikation verstanden, um dieser Kritik zu begegnen (Bächtiger et al. 2018). Unterschieden wird dabei zwischen Deliberation Typ 1 und Deliberation Typ 2: Während Typ 1 einem engen Rationalitätsbegriff entlang der Habermaschen Diskursethik folgt, inkludiert Typ 2 auch Formen der Narration, Emotion und Humor (Bächtiger et al. 2010; Esau et al. 2019; Nienhaus und Mütschele 2022). Ferner wird kritisiert, dass das deliberative Demokratiemodell gesellschaftliche Machtstrukturen und -verhältnisse unterschlägt (Shapiro 1999; Schäfer und Merkel 2020; Young 1996), sodass „sozial privilegierte und ressourcenstarke Eliten über die Belange sozial ohnehin Unterprivilegierter [entscheiden]“ (Schäfer und Merkel 2020, S. 455). Im Rekurs auf Mouffe (2007) kritisiert Sigrid Baringhorst, dass eine dialogische Demokratie „ein falsches und schädliches Bild einer harmonischen Politik erzeuge“ und, dass die „Vorstellung einer Öffentlichkeit frei von Konflikten die grundsätzliche hegemoniale Dimension und die asymmetrische Struktur der Machtbeziehungen in der Gesellschaft“ verbirgt (Baringhorst 2019, S. 37).

Ein weiterer Streitpunkt kann an der Frage festgehalten werden, inwieweit die Realisierung einer deliberativen Demokratie überhaupt erreichbar ist. Selbstredend handelt es sich bei der deliberativen Demokratietheorie um anspruchsvolle Vorannahmen, insbesondere im Verhältnis zu den Bürger:innen. Fürsprecher halten dieser Kritik das idealtypische Korrektiv der Deliberation entgegen (Bächtiger et al. 2018). Dieses Korrektiv ist als demokratisches Maßband zu verstehen, um die Frage zu formulieren, „wie unser Handeln sich zu einem bestimmten Ideal verhält, denn nur dadurch haben wir die Möglichkeit, in Zukunft besser zu handeln“ (Crouch 2008, S. 9). Hieran anschließend lässt sich die empirische Zugänglichkeit der Deliberationstheorie hervorheben, um die Qualität einer (Online-) Diskussion zu normativen Standards zu kontrastieren und zu bewerten (Frieß und Eilders 2015; Frieß und Porten-Cheé 2018). Beispielsweise entwickeln Frieß und Eilders (2015) ein Framework zur systematischen Evaluation von Online-Diskussionen entlang eines Input-Throughput-Outcome Schemas. Entlang dieser Dimensionen lässt sich nachzeichnen, in welchem Ausmaß deliberative Ideale in einem konkreten Entscheidungsprozess verwirklicht werden. So zeigen Studien, dass das Internet einen Einfluss auf die deliberative Qualität ausüben kann (Stromer-Galley 2007; Escher et al. 2017; Esau et al. 2017). Die Deliberationstheorie ist für die vorliegende Arbeit von Interesse, da hierdurch normative Rahmenbedingungen einer kommunikativen Partizipationsform wie der konsultativen Partizipation identifiziert werden können. Zugleich ist der Hinweis eines

korrektiven Ideals hilfreich, um Soll-Standards zu definieren und diese gegen den Ist-Zustand zu kontrastieren. Dies eröffnet einerseits die Frage, wie die demokratiethoretische Diskussion vor dem Hintergrund unterschiedlicher Deutungen der Rolle der Bürger:innen in Einklang gebracht werden könnte. Andererseits stellt die deliberative Demokratietheorie einen Link zur politischen Repräsentation dar, weil die Frage der politischen Gleichheit einen zentralen Stellenwert einnimmt. Dies betrifft in erster Linie den un-/gleichen Zugang zum deliberativen Diskurs (Schäfer und Merkel 2020).

Zusammenfassend gehen mit den drei vorgestellten Demokratietheorien und der definierten Rolle der Bürger:innen unterschiedliche Funktionen der politischen Partizipation einher: Erstens eine Kontroll- beziehungsweise Sanktionsfunktion, zweitens eine Funktion der partizipativen Didaktik zur Erlernung von demokratischen Werten, Tugenden und Kompetenzen sowie drittens der Legitimationsfunktion auf der Grundlage einer rationalen Deliberationsethik. Das nächste Kapitel hat zum Ziel, die konzeptionelle Grundlage für die spätere empirische Untersuchung zu erarbeiten. Dazu zählen die Definition und die Systematisierung der verschiedenen Formen politischer (Online-) Partizipation.

---

## **2.2 Definition und Konzeptualisierung politischer (Online-) Partizipation: Konkretisierung des Untersuchungsgegenstandes**

Auf Grundlage der Definition politischer (Online-) Partizipation können Merkmale unterschiedlicher Partizipationsformen sowie Typologien der empirischen Partizipationsforschung diskutiert werden. Bisher wurde es vermieden, den Begriff der politischen Partizipation zu definieren und diesen beispielsweise von Formen des sozialen Engagements, wie der Mitarbeit in Stadtteil- oder Elterninitiativen, abzugrenzen. Synonym zum eher soziologischen Begriff der politischen Partizipation finden sich auch die Begriffe „gesellschaftliches Engagement“, „demokratische Innovationen“ oder „Participatory Governance“ im Forschungsfeld (Remer 2020, S. 62). Bezüglich der Online-Partizipation finden sich in der Forschungsliteratur vielfältige weitere Begriffe wie die „E-Partizipation“ oder die „Online-Beteiligung“ (Marschall und Möltgen-Sicking 2020). Wichtig erscheint hierbei die Abgrenzung zum weiteren Feld des *E-Governments*, das beispielsweise den Umgang mit offenen Verwaltungsdaten und der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen beinhaltet (Frieß 2018).

Zuvorderst wird Partizipation als freiwillige Handlung verstanden, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen (vgl. Kaase 1997, S. 169). Diese Definition ist unabhängig von Partizipationsform und -modus. Die Möglichkeiten der politischen Einflussnahme sind zunächst weit gefasst und schließen unterschiedliche Formen wie die Parteimitgliedschaft, Online-Petitionen oder Demonstrationsteilnahmen ein. Allerdings besteht in der politikwissenschaftlichen Forschung keine Einigkeit darüber, ob beispielsweise die politische Diskussion im Freundeskreis oder in der Familie bereits als politische Partizipation begriffen werden kann (Steinbrecher 2009, 27 ff.; Allenspach 2012, S. 28). Zur Definition politischer Online-Partizipation gilt diese Klärung als zentral (Gibson und Cantijoch 2013; Ritzl und Wagner 2016).

Wie im Übergang der Partizipationsforschung in den 60er und 70er Jahren der Fokus vom klassischen Wahlakt und der Parteimitgliedschaft – als institutionalisierte oder konventionelle Formen der Partizipation – auf politischen Protest und Demonstrationen – als nicht-institutionalisierte oder unkonventionelle Formen der Partizipation – erweitert wurde, hat sich durch das Internet auch das Verständnis politischer Partizipation verändert. Entlang der „neuen Taxonomie“ (Theocharis und van Deth 2016) politischer Beteiligung verdichten sich die Befunde, dass das Internet nicht einfach als neues Medium etablierter Partizipationsformen fungiert, sondern dass Online- und Offline-Partizipation distinkt sind. Dies schließt divergierende Wirkungspfade unterschiedlicher Erklärungsfaktoren ein (Gibson und Cantijoch 2013; Theocharis und van Deth 2016). Es ist demnach keinesfalls davon auszugehen, dass politische Partizipation im Internet ein Spiegelbild der klassischen Partizipationsformen darstellt (Gibson und Cantijoch 2013; Ruess et al. 2021).

Markus Steinbrecher (2009, S. 28), mit einer der umfangreichsten Untersuchungen politischer Partizipation in Deutschland, verortet die Definitionen politischer Partizipation entlang eines engen und eines weiten Verständnisses. Die Endung der jeweiligen Pole des Kontinuums werden auf der einen Seite von einem stark eingeschränkten Partizipationsverständnis markiert, das sich in erster Linie auf die Wahlbeteiligung stützt. Referenz für Steinbrecher stellen hierfür die klassischen Studien der frühen Partizipationsforschung von Angus Campbell u. a. wie *The American Voter* (1976) und *The Voter Decides* (1954) dar. Die andere Seite des Kontinuums kennzeichnet eine umfangreiche Definition: „Folglich ist alles, was in irgendeiner Weise mit Politik zusammenhängt, politische Partizipation – seien es nun Handlungen, Handlungsabsichten oder Gedanken“ (Steinbrecher 2009, S. 4). Aufgrund dieses weiten Verständnisses ist es pragmatisch, sich der Vorgehensweise Steinbrechers (2009) und Kaases

(1997) anzuschließen, um Kriterien zu formulieren, die die Eigenschaften politischer Partizipation kennzeichnen. Hiernach lässt sich politische Partizipation als alle Handlungen verstehen, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1997, S. 169). Ein ähnliches Verständnis findet sich auch bei Verba et al. (1995), wonach Partizipation definiert ist als „activity that has the intent or effect of influencing government action – either directly by affecting the making or implementation of public policy or indirectly by influencing the selection of people who make those policies“ (Verba et al. 1995, S. 38). An dieser Definition anknüpfend, umfasst politische Partizipation nach Jan W. van Deth (2014) folgende vier Merkmale: 1) Eine Aktivität, die 2) freiwillig von 3) Bürger:innen, das heißt individuell und 4) zielgerichtet auf politische Entscheidungsfindung unterschiedlicher Ebenen (lokaler, nationaler oder transnationaler) ausgerichtet ist.

### **2.2.1 Partizipation und der Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung**

Politische Partizipation (wie im vorherigen Kapitel definiert) ist nicht zwangsläufig mit politischer Gestaltungsmacht gleichzusetzen und ist zu einem gewissen Grad unabhängig vom tatsächlichen politischen Ergebnis (Huntington und Nelson 1976, S. 6). Doch speziell die politische Online-Partizipation sieht sich mit dem Vorwurf eines illusorischen oder symbolischen politischen Einflusses konfrontiert (Morozov 2022, 2011; Ruess et al. 2021; Ritzi und Wagner 2016). Am deutlichsten kritisiert Evgeny Morozov einen allzu naiven Technikoptimismus, beispielsweise bei politischen Protest auf sozialen Medien (Morozov 2011). Die Kritik kann einerseits Bürger:innen adressieren und sich auf Intentionen des „Clicktivism“, „Slacktivism“ oder „Symbolik“ beziehen. (Halupka 2014; Ritzi und Wagner 2016). Andererseits geht es um die Definition und/oder Eingrenzung von Handlungsspielräumen in Bezug auf die Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse (Pateman 1970). Letztere Kritik wird anhand von zwei Aspekten diskutiert.

Ein erster Aspekt verhandelt die Verbindlichkeit der Ergebnisse politischer Partizipation. Bei Pateman (1970) findet sich die theoretische Distinktion zwischen Einfluss und Macht: „To be in a position to influence a decision is not the same thing as to be in a position to (to have the power to) determine the outcome or to make that decision“ (Pateman 1970, S. 69). Die Eigenschaft der politischen Einflussnahme eröffnet den Raum, um eine Unterscheidung zwischen pseudo, partieller und vollständiger Partizipation einzuführen (Pateman 1970, 69 ff.). Bei der pseudo Partizipation handelt es sich um die Beteiligung an einer Entscheidung, deren Ergebnis oder Ausgang bereits im Vorfeld feststeht. Partizipation soll hierbei zur Akzeptanz einer bereits getroffenen Entscheidung beitragen. Zuweilen finden sich in der Forschungsliteratur sogenannte Bürgerpanels als Spielart dialogorientierter Partizipationsverfahren (Wagner 2019, S. 33; Nanz und Fritsche 2012, S. 49). Bürger:innen werden hiernach in klassischen Surveys zu aktuellen kommunal-politischen Themen befragt, um ein Meinungsbild innerhalb der Bevölkerung zu erhalten. Allerdings ist es fraglich, Partizipation als erweiterte Form der Demoskopie zu betrachten, sodass die Teilnahme an Bürgerpanels zwar im Interesse der Umfrage-, aber nicht der Partizipationsforschung steht (Fraenkel 2015, 258 ff.). Das Forschungsinteresse liegt auf der partiellen und vollständigen Partizipation. Die partielle Partizipation kann auf die Unterscheidung zwischen Einfluss und Macht zurückgeführt werden, sodass Akteur:in A zwar die Entscheidung von Akteur:in B beeinflussen kann, Akteur:in B aber am Ende die Entscheidung trifft. Die Entscheidungsbefugnis ist demnach ungleich verteilt (Pateman 1970, S. 69–70). Bei der vollständigen Partizipation haben Akteur:in A und Akteur:in B schließlich die gleiche Macht, um eine Entscheidung zu treffen. Offenkundig handelt es sich bei der Unterscheidung, insbesondere zwischen partieller und vollständiger Partizipation um theoretische Idealtypen, sodass diese empirisch eher als kontinuierlich und weniger kategorial vorzufinden sind. Dabei dürfte die Vielzahl der Partizipationsverfahren eher auf der Seite der partiellen Partizipation zu finden sein, was zum Teil auf die rechtliche Verfasstheit zurückzuführen ist (siehe Abschnitt 2.2.3).

Ein zweiter Aspekt betrifft die Initiierung politischer Partizipation, das heißt der Adressierung der Bürger:innen von „oben“ oder der Politik und Verwaltung von „unten“ (Decker et al. 2013, S. 37). Konzeptionell lässt sich der Gestaltungsspielraum als die Verbindlichkeit der Ergebnisse des Partizipationsverfahrens für den Prozess der Entscheidungsfindung einordnen (Marschall und Möltgen-Sicking 2020, S. 280–281; Aichholzer et al. 2016b; Kubicek 2016). Typischerweise kann hierfür die „Ladder of Citizen Participation“ von Arnstein (1969) genannt werden. Die Einflussmöglichkeiten der Bürger:innen nehmen dabei mit jeder weiteren Sprosse zu, die als 1) Information, 2) Konsultation,

3) Kooperation und 4) Entscheidung definiert sind (Arnstein 1969; Marschall und Möltgen-Sicking 2020). Relevantes Ordnungskriterium ist „the extent of citizens power in determining the end product“ (Arnstein 1969, S. 217). Von Interesse sind die ersten drei Stufen: Bei der Information handelt es sich um eine einseitige Kommunikation von Politik oder Verwaltung (als Initiator:in) mit Bürger:innen; die Konsultation kennzeichnet eine wechselseitige Kommunikation zwischen Initiator:in und Bürger:innen und Kooperation entspricht einer verbindlichen Zusammenarbeit beider. Bedeutsam ist, dass die Politik oder Verwaltung die Partizipation initiiert, die die Bürger:innen adressiert. Es handelt sich demnach um eine Top-down Bürger:innenbeteiligung. Umgekehrt kann der Anstoß zur Partizipation auch von „unten“ (das heißt Bottom-up) kommen, Bürger:innen organisieren sich in diesem Fall selbst und adressieren Politik und Verwaltung mit einem politischen Anliegen. Ein bekanntes Beispiel für Bottom-up Partizipation sind Demonstrationen und Protest. Beispielsweise die *Critical Mass* Bewegung, die u. a. für infrastrukturelle Teilhabe der nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer:innen einsteht (Kubicek et al. 2009, S. 19; Decker et al. 2013, S. 36; Voss 2014b).<sup>7</sup> Bei der Differenzierung von Top-down und Bottom-up Beteiligungsverfahren handelt es sich um eine unter vielfältigen Möglichkeiten der Konzept- und Typologisierung der politischen Partizipation, die im anschließenden Kapitel näher beleuchtet werden.

## 2.2.2 Systematisierung politischer (Online-) Partizipation

Wahlen wurde bereits eingangs als klassische Form der politischen Teilhabe aufgeführt, fest verankert im repräsentativen Demokratiesystem. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Möglichkeit zur politischen Beteiligung massiv ausgeweitet. So identifiziert van Deth (2003, 175) in der Prä-Internet-Ära bereits über 70 verschiedene Partizipationsformen. Zur Systematisierung politischer Partizipation finden sich in der Literatur (neben der Top-down und Bottom-up Unterteilung) unterschiedliche Typologisierungen der politischen Partizipation wie die dichotome Unterscheidung zwischen Institutionalisierung (institutionalisiert/nicht-institutionalisiert), Konventionalität (konventionell/nicht-konventionell), Legalität (legal/nicht-legal), Legitimität (legitim/nicht-legitim)

---

<sup>7</sup> Bei der Unterteilung ist zu beachten, ob ein formelles Recht zur Initiierung besteht. So liegt das Recht für die Durchführung von Bundestagswahlen beim Staat.

oder Verfasstheit (verfasst/nicht-verfasst) (Steinbrecher 2009, S. 39). Zwar können Überschneidungen bestehen, so sind beispielsweise verfasste Partizipationsformen immer auch legale Partizipationsformen (Allenspach 2012, S. 29). Relevant ist allerdings, ob Merkmale der Partizipationsformen zur Typologisierung herangezogen werden können (Allenspach 2012; Steinbrecher 2009). Implizit ist dabei von einer Mehrdimensionalität der politischen Partizipation auszugehen, die sich ebenfalls in der empirischen Strukturierung politischer Partizipation wiederfindet. Über die vergangenen Jahrzehnte wurden vielfache Anstrengungen zur Strukturierung und Typologisierung in der Forschung unternommen (Steinbrecher 2009; Teorell et al. 2007; Teorell 2006; Fung 2006; Kersting 2014). Eine ausführliche Diskussion dieser Ansätze wäre repetitiv zur bestehenden Literatur (Steinbrecher 2009; Allenspach 2012; Decker et al. 2013), sodass lediglich ausgewählte Systematisierungen vor dem Hintergrund des Untersuchungsgegenstandes bearbeitet werden.

Exemplarisch kann die mehrdimensionale Typologisierung von Teorell et al. (2007) beschrieben werden, die zwischen repräsentativen und extra-repräsentativen sowie exit-basierenden und voice-basierenden Dimensionen der politischen Partizipation unterscheidet (siehe Abbildung 2.1). Auf der Grundlage einer Hauptkomponentenanalyse wurden fünf distinkte Partizipationstypen extrahiert. Die klassische Form repräsentativer Partizipation (verankert insbesondere in liberalen Demokratietheorien) ist die Wahl auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Teorell 2006). Teorell et al. (2007) führen diese Dimension aus der Dichotomie zwischen elektoraler und nicht-elektoraler Partizipation hinaus und plädieren für ein weiteres Verständnis, das neben Wahlen auch die Parteimitgliedschaft und das Kontaktieren von Politiker:innen einschließt, zugleich handelt es sich um Einflussmöglichkeiten über repräsentativ-demokratische Institutionen. Dieser Zugang kennzeichnet die Unterscheidung zu extra-repräsentativen Partizipationsformen. Beispiele hierfür sind die Teilnahme an Demonstrationen, der politische Protest oder auch der politische Konsum. Bei der Unterscheidung zwischen exit- und voice-basierenden Beteiligungsformen handelt es sich um eine Abgrenzung zwischen wahl- und dialog-zentrierten Partizipationsformen (Hirschman 1970). Um die Zielgerichtetheit bei voice-basierenden Partizipationsformen einzubeziehen, wird zusätzlich eine fünfte Dimension eingeführt. Das Kontaktieren politischer Amtsträger:innen ist ein Beispiel für eine zielgerichtete, voice-basierende und repräsentative Partizipationsform.



	Repräsentativ	Extra-Repräsentativ
Exit-basierend	Wahlen	Politischer Konsum: Boycott & Buykott
	<i>Nicht-zielgerichtet</i>	
Voice-basierend	Parteimitgliedschaft	Protest & Demonstrationen
	<i>zielgerichtet</i>	
	Kontakt	

**Abbildung 2.1** Typologisierung politischer Partizipation übernommen von Teorell et al. (2007, S. 341)

Zuvorderst ist das Problem der vorgestellten Typologisierung in Anbetracht des Forschungsinteresses offensichtlich, da internetvermittelte Partizipationsformen keine explizite Rolle einnehmen. Allerdings ist das Problembewusstsein, dass politische Online-Partizipation distinkt von klassischen Formen der Partizipation zu betrachten ist, vergleichsweise neu (Ruess et al. 2021). In einem systematischen Literaturüberblick politischer Online-Partizipation weisen Ruess et al. (2021) auf die vielfach fehlende Verknüpfung zwischen der Definition politischer Partizipation, die weitestgehend auf den Vorarbeiten einer Prä-Internet-Zeit basieren, und der Anwendung der Konstrukte politischer Online-Partizipation hin. Dahingehend könnte die diskutierte Typologisierung von Teorell et al. (2007) um Äquivalente der Online-Partizipation ergänzt werden. Selbstredend ist hierbei zu beachten, ob eine Dimension überhaupt durch ein Online-Äquivalent substituiert werden kann. So ist die Möglichkeit zur Online-Wahl in der Bundesrepublik stark eingeschränkt.<sup>8</sup> Weniger streng auf die Wahl fokussiert, könnten allerdings *Voting Advice Applications* (VAA) beispielsweise der Wahl-O-Mat dieser Dimension zugeordnet werden (Kersting 2014, S. 63). Durch die Erweiterung und Implementierung der Online-Substitute ist es anschließend möglich, divergierende Wirkungspfade hinsichtlich der Erklärungsfaktoren der Partizipation aufzudecken, um einen möglichen Einfluss des Internets zu bestimmen.

<sup>8</sup> Eine Ausnahme bilden beispielsweise die Sozialwahlen, siehe Schreiner 2021.

Bezüglich der empirischen Unterscheidung zwischen Offline- und Online-Partizipation stellen Oser et al. (2013) fest, dass sich Online-Partizipation von den klassischen Partizipationsformen hinsichtlich struktureller Merkmale wie Alter und Geschlecht zwischen aktiven Bürger:innen unterscheiden (siehe Abschnitt 2.3.2). Online-Partizipation wurde dabei als Äquivalent zur klassischen Partizipation definiert, sodass die Unterschrift einer Petition, im Internet oder bei einer Unterschriftensammlung, als distinkt aufgefasst wurden. Online-Partizipation als unidimensionales Konstrukt zu betrachten, wird allerdings kritisiert (Ruess et al. 2021; Gibson und Cantijoch 2013). Gibson und Cantijoch (2013) finden heraus, dass es sich hinsichtlich der Online-Partizipationsformen um ein multidimensionales Phänomen handelt – die Erkenntnis folgt damit der Auffassung der klassischen Partizipation (Steinbrecher 2009, S. 44–45). Zwar zeigt sich, dass durchaus online Äquivalente zur klassischen Partizipation bestehen, gleichzeitig neue Formen der Partizipation im Internet zu finden sind. Die Autor:innen unterteilen politische Beteiligung in die Dimensionen „Partizipation“ und „passives Engagement“ sowie in unterschiedliche Formen der Offline- und Online-Partizipation. Zur Partizipationsdimension zählen die Formen der Wahl/Parteimitgliedschaft und -aktivität, Protestaktivität, Kontakt, Kommunalpolitik und Konsum. Davon ist die Dimension des passiven Engagements abzugrenzen, die sich auf nachrichtlichen, diskursiven und expressiven Formen beziehen. Im Kapitel zur Definition politischer Partizipation wurde bereits aufgezeigt, dass engere Definitionen dieses passive Engagement als politische Partizipation ablehnen (siehe Abschnitt 2.2). Die Ergebnisse der Studie weisen darauf hin, dass aktive Formen der Partizipation wie der Kontakt oder die Unterzeichnung einer Petition durch Opportunitäten des Internets substituiert werden: „Individuals basically use whatever tools are available to undertake their chosen action“ (Gibson und Cantijoch 2013, S. 714). Gleichzeitig zeigt sich eine stärkere Unabhängigkeit der Partizipationsformen beim passiven Engagement. Insbesondere bei expressiven Partizipationsformen könnte es sich um genuine Partizipationsformen des Internets handeln (Gibson und Cantijoch 2013, S. 714; Ruess et al. 2021). Gibson und Cantijoch (2013) konnten bereits frühzeitig die Entwicklung politischer Online-Partizipation antizipieren, erstens durch die Distinktion zur klassischen Offline-Partizipation, zweitens durch die Betrachtung der Multidimensionalität politischer Online-Partizipation. Zugleich bestätigt sich fortlaufend, dass Partizipationsformen mit diskursivem Charakter, wie sie in den frühen Jahren der Partizipationsforschung noch abgelehnt wurden (siehe Abschnitt 2.2), eine wesentliche Rolle im Internet spielen, insbesondere aber nicht ausschließlich auf sozialen Medien (Ritzi und Wagner 2016).

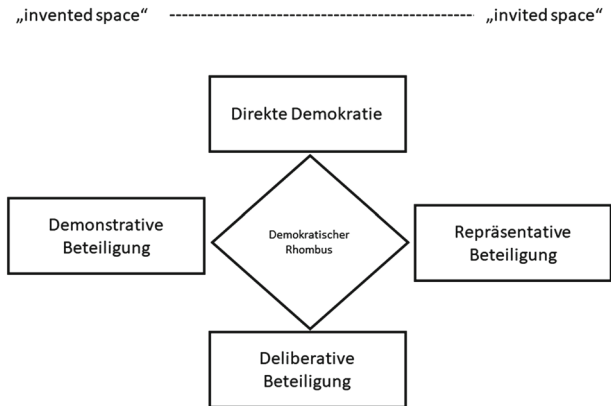
Gegenwärtige Forschung bestätigt die multidimensionale Betrachtung digitaler Partizipationsformen, insbesondere in Bezug auf soziale Medien (Theocharis 2015; Theocharis und van Deth 2016). In der Kombination von geschlossenen und offenen Antwortvorgaben, finden Theocharis und van Deth (2016) 17 unterschiedliche Formen der politischen Partizipation. Dabei zeigt sich, dass politische Partizipation in sozialen Medien einen eigenständigen Partizipationstypen darstellt (Theocharis und van Deth 2016; Theocharis et al. 2021b). Gleichzeitig stellt die Studie fest, dass Partizipation in sozialen Medien hinsichtlich demografischer und sozioökonomischer Merkmale sowie Vertrauen in das politische System im Vergleich zur klassischen Partizipation variieren. So sind es jüngere Menschen mit niedriger ökonomischer Sicherheit und niedrigerem Vertrauen, die politische Partizipation in sozialen Medien bevorzugen. Zugleich spielen die politische Selbstwirksamkeit und das politische Interesse in der gewohnten Effektrichtung nach wie vor eine entscheidende motivationale Rolle (Theocharis et al. 2021b, S. 46). Mit einem Fokus auf soziale Netzwerke zeigt sich, dass sich nicht nur die Gruppe der Nutzer:innen entlang der Plattformen unterscheiden (Blank und Lutz 2017), sondern auch in Bezug auf das politische Engagement (Kelm et al. 2023; Theocharis et al. 2022): So kommen die Nutzer:innen auf Twitter (nunmehr X) und Facebook eher mit politischen Informationen und Diskussionen als auf anderen Plattformen in Berührung (Kelm et al. 2023). Insbesondere der Kontakt mit politischen Informationen im Zusammenhang mit sogenannten Echokammern wurde breit diskutiert, wenngleich empirische Untersuchungen die These der Informationsselektivität nicht unterstützen (Barberá et al. 2015; Guess et al. 2020; Rathje et al. 2021). Öffentlichkeit und Forschung zeigen dennoch ein starkes Interesse an dem politischen Engagement auf sozialen Medien, beispielsweise um Phänomene des *Hate Speeches* oder der *Fake News* zu verstehen oder diesen entgegenzusteuern (Jost und Ziegele 2022; Weber et al. 2020). So konnte nachgewiesen werden, dass die Verbreitung von Verschwörungstheorien auf sozialen Medien durch plattformspezifische Eigenschaften begünstigt werden (Theocharis et al. 2021a). Die Betrachtung sozialer Medien im Zusammenhang mit politischer Partizipation stellt allerdings einen eigenständigen Untersuchungsgegenstand dar, der über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinausgeht.

Entlang der vorherigen Diskussion erscheint es sinnvoll, die normative Begründung (siehe Abschnitt 2.1) und die Verbindlichkeit respektive Initiierung (siehe Abschnitt 2.2.1) als Ordnungskriterien politischer Partizipationsverfahren einzubeziehen. Eine Systematisierung, die diesem Anspruch folgt, findet sich im „demokratischen Rhombus“ von Norbert Kersting (2013, 2014, 2016), mit einem spezifischen Fokus auf politische Online-Partizipation. Entlang des

Kontinuums eines „invented“ und eines „invited spaces“ können Formen der politischen Partizipation eingeordnet werden (siehe Abbildung 2.2): Beide Begriffe sind Synonym zu den bereits verwendeten Begriffen der Bottom-up und Top-down Partizipation zu verstehen. Eine Top-down Initiierung beziehungsweise der „invited space“ entspricht einem Beteiligungsraum der von Politik und/oder Verwaltung bestimmt wird. Zu den übergeordneten Dimensionen der Partizipationsformen zählen: 1) repräsentative, 2) direktdemokratische, 3) deliberative und 4) demonstrative Partizipation.

Die vier Beteiligungsformen sind insofern interessant, da sich Kersting auf ein „hybrides“ Demokratiekonzept stützt (Kersting 2014, S. 64). Die Formen der repräsentativen und direktdemokratischen Beteiligung sind institutionell und rechtlich geregelt. In erster Linie kennzeichnen Wahlen auf unterschiedlichen politischen Ebenen sowie Parteien die repräsentative Partizipation, aber auch der (Online-) Kontakt zu Politiker:innen. Direktdemokratische Partizipation wie Volksentscheide auf Landesebene oder Bürger:innenbegehren auf kommunaler Ebene sind ebenfalls gesetzlich geregelt (beispielsweise durch ein Quorum definiert). Als geringer formal ausgestaltet gilt in der Typologie die (Online-) Petition als direktdemokratisches Instrument. Wenngleich Formen der direkten Demokratie den Formen der repräsentativen Demokratie nachgelagert sind, handelt es sich in erster Linie um konventionelle Partizipation mit einem Fokus auf einer Abstimmung und einem auf Aggregation basierenden Entscheidungsprozess. Kersting spricht hierbei von einem „numerischen“ Beteiligungsinstrument (Kersting 2014, S. 61). Davon abzugrenzen sind deliberative Partizipationsformen. Deliberative Beteiligung ist als informell und nicht-verfasst einzuordnen. Es ist nun naheliegend, konsultative Partizipation – vor Ort und online – hierunter zu verstehen. Aber auch Beiräte oder Kommissionen können unter deliberative Beteiligungsformen fallen (Kersting 2014, S. 62). Charakteristisch ist das Merkmal der verfahrensinhärenten Diskussion, weshalb ein Bürger:innenhaushalt (engl. *participatory budgeting*) mit dialogischen und dezisiven Momenten in einer Mittelposition zwischen direktdemokratischer und deliberativer Beteiligung einzuordnen ist (Kersting 2014, S. 63; Schneider 2018, S. 121). Als letzte Beteiligungsform identifiziert der Autor die demonstrative oder symbolische Beteiligung, wie die Teilnahme an Demonstrationen oder Protest. Charakterisiert ist diese Beteiligung durch identitätsstiftende Aspekte wie dem Ausdruck von Gruppenzugehörigkeit (Kersting 2014, S. 63). Kersting schlägt vor, Partizipation auf sozialen Medien ebenfalls unter dieser Beteiligungsform zu subsumieren (Kersting 2016, S. 95). Wie erwähnt, sind die vier Beteiligungsdimensionen

nicht willkürlich, sondern entlang des Kontinuums des „invented“ und des „invited space“ angeordnet, die synonym für Bottom-up und Top-down Initiierungen stehen.



**Abbildung 2.2** Demokratischer Rhombus nach Kersting (2014, 2016). (Eigene Darstellung)

Zusammenfassend sollte deutlich sein, dass politische Online-Partizipation nicht nur als distinkt von klassischen Partizipationsformen betrachtet werden sollte, sondern dass es sich auch bei der politischen Online-Partizipation um ein multidimensionales Phänomen handelt. Es ist also Aufgabe des nachfolgenden Kapitels, konsultative Online-Partizipationsverfahren einzuordnen, um Spezifika herauszuarbeiten und von weiteren Partizipationsformen abzugrenzen.

### 2.2.3 Einordnung konsultativer Online-Partizipationsverfahren

Ausgehend von einer allgemeinen Definition politischer Partizipation und der Konzeptualisierung politischer Online-Partizipation, ist nun das Ziel, den Untersuchungsgegenstand von Online-Konsultationsverfahren zu bestimmen und im politischen System zu verorten. Eine pragmatische Definition von Konsultationsverfahren verwendet Remer (2020): „Dialogorientierte Bürgerbeteiligung ist der öffentliche Austausch von Informationen und Argumenten zu politischen Sachfragen oder Vorhaben von und mit Bürgern in dezidiert eingerichteten Verfahren,

Prozessen oder Ereignissen“ (Remer 2020, S. 73). Zuvorderst erscheint es sinnvoll, auf vier wesentliche Merkmale (basierend auf den Erkenntnissen zur Definition und Systematisierung politischer Partizipation) einzugehen, um Online-Konsultationsverfahren von weiteren Formen der Online-Bürger:innenbeteiligung abzugrenzen (für eine alternative Bestimmung analytischer und normativer Merkmale von politischer Online-Partizipation siehe Legrand et al. (2019)):

- **Initiierung:** Online-Konsultationsverfahren werden Top-down von Verwaltungen oder Politik initiiert und adressieren Bürger:innen.
- **Öffentlichkeit und Aktivität:** Die Bürger:innen beteiligen sich aktiv an einem spezifischen Beteiligungsgegenstand eines politischen Entscheidungsprozesses. Die Teilnahme ist freiwillig und eine Selektion (beispielsweise Zufallsauswahl) findet nicht statt.
- **Diskurs:** Austausch der Bürger:innen über Beiträge, Vorschläge oder Kommentare von Standpunkten, Argumenten oder Meinungen.
- **Verbindlichkeit:** Eine formale Verbindlichkeit der Partizipationsergebnisse besteht nicht.

Die in dieser Arbeit fokussierte Online-Konsultation wird erstens Top-down durch Verwaltungen oder Politik initiiert und durchgeführt. Aus Perspektive der Initiator:innen können unterschiedliche Ziele mit der Konsultation einhergehen: Ein primäres Ziel besteht in der Verbesserung demokratischer Responsivität, das heißt, einer Steigerung von Akzeptanz und Legitimation von politischen Prozessen und Entscheidungen (Kersting 2014, S. 53). Weitere Ziele bestehen in der Einbeziehung des spezifischen und oftmals lokalen Wissens und der Alltagserfahrungen der Bürger:innen, um Herausforderungen oder Präferenzen beispielsweise bei Infrastrukturprojekten frühzeitig zu identifizieren und Kompromisse zu erlangen, der Wiederbelebung lokaler Gemeinschaften oder der Förderung und Stärkung demokratischer Werte (Nanz und Fritsche 2012, S. 9–10; Kubicek et al. 2009, S. 45). Im Umkehrschluss sind Online-Konsultationsverfahren von Bottom-up oder zivilgesellschaftlicher Partizipation abzugrenzen, beispielsweise von *Grassroots*-Kampagnen oder Online-Petitionen (Voss 2014a).

Zweitens setzen Online-Konsultationsverfahren die Aktivität der Bürger:innen voraus. Die Involvierung beschränkt sich daher nicht auf die einseitige Informationsweitergabe durch die Initiator:innen. Die Verfahren ermöglichen vielmehr einen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess beispielsweise in Form von Empfehlungen, Positionspapieren oder Handlungsvorschlägen (Nanz und Fritsche 2012, S. 97). Aus Sicht der Bürger:innen ist das zentrale Ziel ihrer Teilnahme dieser Einfluss (Kaase 1997, S. 169; Lutz et al. 2014; Obermaier

et al. 2014; Legrand et al. 2019). Abzugrenzen sind Konsultationsverfahren vom *Participatory Budgeting*. Hierbei werden Bürger:innen an der kommunalen Haushaltsplanung beteiligt.<sup>9</sup> Diese Verfahren beinhalten sowohl dialogische (Vorschläge für den Haushalt) als auch dezisive Elemente (zur Aggregation und/oder Auswahl dieser Vorschläge) (Schneider 2018; Schneider und Busse 2019). Des Weiteren betrifft die Aktivität, dass keine vorherige Selektion der Teilnehmer:innen stattfindet, sondern eine allgemeine Öffentlichkeit mit Interesse am Thema die Möglichkeit zur Partizipation besitzt.<sup>10</sup> Dieses Merkmal ist zugegebenermaßen vage, jedoch ist es in Abgrenzung zur gezielten oder zufälligen Auswahl von Teilnehmer:innen zu verstehen (Nanz und Fritsche 2012, S. 26). Online-Konsultationsverfahren sind deshalb auch von Bürger:innenräten zu unterscheiden. Kennzeichnend für Bürger:innenräte ist die zufällige Auswahl der Teilnehmer:innen, die, ergänzt durch Anhörungen von Expert:innen, Vorschläge zu einem Sachthema erarbeiten (Grönlund et al. 2014; Boulianne 2017).

Drittens beinhalten Online-Konsultationsverfahren einen Diskurs unter Bürger:innen. Dies ermöglicht den Austausch von Argumenten und Standpunkten (Fishkin 2011; Frieß und Porten-Cheé 2018). Im Sinne der Deliberationstheorie erfüllt das Konsultationsverfahren die Funktion, Positionen und entsprechende Argumente für die Allgemeinheit offenzulegen. Hierdurch findet sich ein öffentlicher Raum für Kritik und Kontrolle (Eilders und Gerlach 2022, S. 23–24). Zusätzlich ermöglicht der Diskurs die Artikulation und Aggregation von Interessen, um einen Kompromiss zu erzielen (Kubicek et al. 2009, S. 45). Das deliberative Potenzial konsultativer Verfahren zeigt sich bei der Aus- und Verhandlung von Normen (Escher und Rosar 2016; Tranow 2014; Escher et al. 2017). Grundlage dieses Potenzials steht im Zusammenhang zur Deliberationstheorie, die die Forschung zur Online-Partizipation stark beeinflusst (Chadwick 2009). Die Verknüpfung zur Deliberationstheorie erscheint hierbei besonders fruchtbar, denn Kern des Konsultationsverfahrens ist die Diskussion. Tranow (2014) definiert Normen im Kontext politischer Partizipation:

---

<sup>9</sup> Prominente Beispiele für *Participatory Budgeting* sind das Verfahren in Porto Alegre, als eines der ersten Verfahren zur partizipativen Haushaltsgestaltung, sowie der Stadthaushalt von Paris bei dem die Bürger:innen über 5 Prozent des Haushaltsbudgets mitbestimmen können.

<sup>10</sup> Dieses Merkmal könnte durch die Betroffenheit der Bürger:innen durch den Beteiligungsgegenstand enger gefasst werden. Dabei eröffnen sich für jedes Merkmal unterschiedliche Problemfelder: Das Demos-Problem beschäftigt sich beispielsweise mit der Frage, wer oder was überhaupt unter Bürger:innen zu verstehen sei (Seim 2021). Auch kann die Freiwilligkeit als Merkmal diskutiert werden, wenn beispielsweise eine Wahlpflicht herrscht, siehe Hooghe et al. 2014.

*Normen haben unterschiedliche Funktionen und zielen auf die Regelung verschiedener Problembereiche ab: Gebote und Verbote verlangen etwa die Ausführung bestimmter Verhaltensweisen oder ihre Unterlassung; Ermächtigungsnormen übertragen Kompetenzen sowie Rechte auf bestimmte AkteurInnen oder Instanzen, Distributionsnormen regeln die Verteilung von Ressourcen und Verfahrens- und Koordinationsnormen koordinieren Kooperations- und Abstimmungsprozesse für gemeinsames Handeln (Tranow 2014, S. 76–77).*

Von einer idealtypischen internetvermittelten Normsetzung spricht Tranow, wenn Betroffene bei „Entwicklung, Formulierung und Auswahl einer für eine Gruppe verbindlichen Norm“ (Tranow 2014, S. 77) involviert sind. Als Beispiel führt der Autor die Online-Diskussion einer Vereinssatzung auf. Zugleich zeigen sich Grenzen der partizipativen Normsetzung aufgrund institutioneller Bedingungen oder im Falle einer repräsentativen Demokratie aufgrund der Gesetzgebungskompetenz (Tranow 2014, S. 77). In der Diskussion deskriptiver, partizipativer und deliberativer Demokratietheorien ist bereits angeklungen, dass diese nicht zwangsläufig mit einem Gesamtwechsel des demokratischen Systems einhergehen muss, sondern als Ergänzung und/oder Erweiterung und nicht als Ausschluss eines repräsentativen Systems verstanden werden können (Wilker 2019, S. 37; Teorell 2006, S. 790). Exemplarisch für eine internetvermittelte Normsetzung kann das Verfahren zur Neuregelung der Promotionsordnung an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf aufgeführt werden (Tranow 2014; Escher und Rosar 2016; Escher et al. 2017). In einer begleitenden Evaluationsstudie konnte gezeigt werden, dass das Partizipationsverfahren zu Verbesserungen auf unterschiedlichen Dimensionen der Legitimation und damit auf die Akzeptanz der Neufassung der Promotionsordnung führt (Escher und Rosar 2016).

Kennzeichnend für Online-Konsultationsverfahren ist viertens, dass keine formale Entscheidungsgewalt von Kommunen oder Verwaltungen an die Bürger:innen abgetreten werden (Marschall und Möltgen-Sicking 2020, S. 285). Im Gegenteil: Die Entscheidungshoheit bleibt Parlamenten beziehungsweise Kommunal- oder Gemeindevertretungen vorbehalten (Geißel et al. 2015). Demnach sind die in der vorliegenden Arbeit untersuchten Konsultationsverfahren nicht bindend, sondern informeller Art und damit beispielsweise von direktdemokratischen Verfahren wie Volksbegehren oder Volksentscheiden abzugrenzen (Kost 2019, 2006). In der Bundesrepublik Deutschland existieren demnach direktdemokratische Mittel auf Landes- oder kommunaler Ebene, nicht jedoch auf Bundesebene.<sup>11</sup> Hierbei ist die Abgrenzung zu formalen Genehmigungs- oder

---

<sup>11</sup> Im Gegensatz zur Schweiz, wo direktdemokratische Verfahren wie Referenden oder Volksabstimmungen beispielsweise als Veto-Instrument genutzt werden, siehe Kost 2006.



Planfeststellungsverfahren auf Landes- oder kommunaler Ebene hervorzuheben, die u. a. die Informationsweitergabe an oder Beteiligung von Bürger:innen gesetzlich regelt (Kubicek 2014, S. 274). Zusätzlich ist das Spezifikum der lokalen Ebene zu beachten, sodass die kommunale Verwaltung zwar über einen gewissen Grad der Autonomie verfügt, derer allerdings strenge Grenzen durch das Aufsichts- und Weisungsrecht der Bundesländer gesetzt sind (Bogumil und Holtkamp 2006, S. 50; Schneider 2018, S. 29). Inwiefern eine (informelle) Verbindlichkeit im Vorfeld des Partizipationsverfahrens für dessen Ergebnisse signalisiert und hergestellt wird, hängt dabei auch von politischen Repräsentant:innen ab (Wilker 2019). Ebenso sind Online-Konsultationsverfahren in der Regel nicht dauerhaft verfestigt wie beispielsweise Jugendparlamente oder Beiräte von Senior:innen (Bogumil und Holtkamp 2006, S. 125). Während Online-Konsultationsverfahren auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems durchgeführt werden, liegt der Fokus der vorliegenden Arbeit primär auf der kommunalen und Gemeindeebene. Dies hängt einerseits mit dem zugeschriebenen Potential der lokalen Ebene als „Schule der Demokratie“ zusammen (siehe Abschnitt 2.4), andererseits nehmen Konsultationsverfahren dort eine gesonderte Rolle ein. Dies wird dadurch unterstrichen, dass 62 Städte und Gemeinden (mit insgesamt mehr als neun Millionen Einwohner:innen, Stand 2019) Leitlinien und Handlungsleitfäden zur Bürger:innenbeteiligung verabschiedet haben (Steinbach 2021, S. 194).

Die folgenden vier Merkmale werden als konstitutiv für Online-Konsultationsverfahren vorgeschlagen: Top-Down Initiierung; freiwillige Aktivität der Bürger:innen und Öffentlichkeit des Verfahrens; Deliberationsanspruch sowie Unverbindlichkeit der Ergebnisse. Dagegen sind spezifische Verfahrenseigenschaften wie Anlass, Dauer oder Umfang für die vorliegende Untersuchung zweitrangig. In Bezug auf den „demokratischen Rombus“ können Online-Konsultationsverfahren im politischen System als deliberative Partizipationsform im „invited space“ verortet werden (Kersting 2014, 2016). Eine systematische Abgrenzung erfolgt auf der einen Seite zur demonstrativen Beteiligung wie dem politischen Protest und politischer Aktivität auf sozialen Medien, auf der anderen Seite zur direktdemokratischen und repräsentativen Beteiligung wie der Online-Petition oder der Parteimitgliedschaft (Kersting 2016, S. 94). Online-Konsultationsverfahren stellen demnach einen eigenständigen Partizipationstyp im multidimensionalen System politischer Partizipation dar.

## 2.3 Partizipation, politische und soziale Ungleichheit

Das Leitmotiv der vorliegenden Arbeit kennzeichnet die Frage zur Mobilisierung von politisch unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen. Es steht allerdings noch eine Begründung aus, weshalb politische Gleichheit ein demokratisches Ideal kennzeichnet und warum es problematisch ist, dass die „üblichen Verdächtigen“ politischer Partizipation zentrale Individualmerkmale teilen. Im folgenden Kapitel wird deshalb das Verhältnis von Partizipation, politischer Gleichheit und Repräsentation thematisiert. Klassisch wird auf das Gleichheitsprinzip mit dem bereits in der Einleitung angeführten Zitat „one man, one vote“ rekurriert (Geißel 2012, S. 32). Ferner wurde das Rollenverständnis der Bürger:innen in unterschiedlichen Demokratietheorien in Bezug zur politischen Teilhabe und Mitbestimmung betrachtet. Dabei liegt der Fokus nicht auf formalen Partizipationsrechten, sondern in der variierenden Ausübung des Rechts. Partizipation, politische Gleichheit und Repräsentation können sich dabei nicht nur ergänzen, sondern stehen zugleich in einem Spannungsverhältnis (Verba 2003; Keil 2012). Eine prononcierte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Aspekten politischer Gleichheit findet sich bei Verba (2003). Wenngleich eine große Übereinstimmung über politische Gleichheit, u. a. als ein demokratischer Selbstwert und Legitimationsgrundlage, in der Forschung besteht, geht eine ausgeprägte Partizipationsgleichheit nicht automatisch mit einer stärkeren oder höheren demokratischen Qualität einher. In dieser Bewertung knüpft Verba teilweise an die Skepsis Schumpeters an (siehe Abschnitt 2.1). Die deskriptive oder realistische Demokratietheorie äußert Skepsis bezüglich einer allzu umfangreichen Partizipation der Bürger:innen, die über Wahlen hinausgehen. Pointiert lautet das Argument,

*dass es den meisten Bürgern schlicht an der Kompetenz fehle, sich aktiv in das politische Geschehen einzubringen. Als Laien seien sie an der Politik nur mäßig interessiert, würden den eigenen Nutzen über das Gemeinwohl stellen, hätten wenig Sachverstand und auch nicht das notwendige Zeitbudget und ‚Sitzfleisch‘, um die vorhandenen oder gebotenen Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen (Decker et al. 2013, S. 30).*

Neben Kompetenzen und Fähigkeiten sind Einstellungen in Abhängigkeit des sozioökonomischen Kontexts zu berücksichtigen. So sinkt die Zustimmung zu autoritären Einstellungen und unterschiedlichen Subdimensionen, wenn die Bildung steigt (ein entsprechender Einkommenseffekt ist nicht zu konstatieren) (Heller et al. 2022). Es ist stets kritisch zu beurteilen, ob mit politischer Partizipation ein Automatismus zu demokratischen und emanzipatorischen Werten ausgelöst

wird. Bereits in der Einleitung wurde auf den Begriff der „dark participation“ rekurriert und auf Formen des *Hate Speechs* oder der Verbreitung von Desinformation im Internet hingewiesen (Quandt 2018; Quandt und Klapproth 2023). Diese Diskussion kann bis zur „Ethik des Wählens“ beziehungsweise „nicht-Wählens“ geführt werden (Brennan 2011; Bieber 2020, S. 7). Zusammenfassend stellt Brennan (2011) die (kontroverse) These auf, dass es ethisch vertretbar (teils wünschenswert) ist, wenn Bürger:innen unter bestimmten Umständen (wie antidemokratischen Einstellungen) nicht vom Wahlrecht Gebrauch nehmen. Eine fortführende Diskussion dieser (stark verkürzten) These geht allerdings über den Rahmen der Arbeit hinaus. Hieran schließt eher die Frage an, ob Partizipierende die „besseren“ Demokrat:innen seien. Empirisch zeigt sich, dass die Zustimmung zu demokratischen Werten und Tugenden unter überdurchschnittlich politisch Engagierten über der durchschnittlichen Zustimmung aller Bürger:innen liegt (van Deth 2013b). Aus demokratischer Perspektive ist dagegen problematisch, dass die „Akzeptanz [demokratischer Tugenden] unter den Bürgern, welche sich auf die Nutzung konventioneller Partizipationsmöglichkeiten beschränken, deutlich geringer [ist]“ (van Deth 2013b, S. 50). In eine ähnliche Richtung stößt die Diskussion über das demokratische Potenzial der „kritischen Bürger:innen“ (Norris 1999; Ritzi und Wagner 2018). Diese zeichnen sich einerseits durch eine hohe Zustimmung zur Demokratie, andererseits durch eine ausgeprägte Unzufriedenheit mit gegenwärtigen repräsentativ-demokratischen Prozessen und Entscheidungen aus. Die „kritischen Bürger:innen“ nutzen in der Regel unkonventionelle Formen der politischen Partizipation, um ihre Unzufriedenheit auszudrücken (Ritzi und Wagner 2018).

Der Kreis zur politischen Gleichheit schließt sich, wenn die ungleiche Wahrnehmung der Partizipation betrachtet wird. Ob das Gleichheitsprinzip verletzt wird, hängt in erster Linie von den Hintergrundfaktoren und der Frage ab, ob Bürger:innen nicht partizipieren „können“ oder „wollen“ (Verba 2003, S. 666; siehe Abschnitt 3.2.1). In der Konsequenz fallen Urteile zur politischen Gleichheit unterschiedlich aus:

*If an individual stays home from a town meeting because he or she lacks the funds to hire a baby-sitter or does not feel that he or she has the capacity to speak out effectively, we may consider this a violation of the norm of equal voice. If, however, an individual stays home to watch a favorite TV show or for lack of interest in local political issues, we do not feel that he or she has been deprived of a civic right or opportunity (Verba 2003, S. 666–667).*

Mit der politischen Gleichheit wurde auf einen spezifischen Aspekt verschiedener Ungleichheitsdimensionen rekurriert, die immer dann vorliegt, wenn Individuen

oder Gruppen strukturell (vertikal oder horizontal) und dauerhaft benachteiligt oder begünstigt werden (Kreckel 2004, S. 17). Mit dem Konzept der deskriptiven Repräsentation wird nun argumentiert, dass das Ideal politischer Gleichheit verletzt wird, wenn Partizipationschancen in der Gesellschaft ungleich verteilt sind und diese auf zentrale sozioökonomische Merkmale zurückzuführen sind (van Deth 2009, S. 155). Von Bedeutung ist hierbei der Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Ungleichheit. Im Anschluss werden empirische Befunde zur Stratifikation politischer (Online-) Partizipation diskutiert.

### 2.3.1 Konzeptualisierung politischer Repräsentation

Ausgangslage zur weiteren Untersuchung politischer Online-Partizipation ist der Zusammenhang zwischen Partizipation und Repräsentation. Eine allumfassende Beteiligung aller Menschen ist – mit Ausnahme von Wahlen – vermutlich weder erreichbar noch zielführend, allein aufgrund unterschiedlicher Betroffenheit in Bezug auf politische Entscheidungen oder einem spezifischen Beteiligungsgegenstand (Gabriel 2002, S. 157; Kubicek et al. 2009, S. 41).<sup>12</sup> Auch in kleinen Gruppen, zum Beispiel in Nachbarschaftstreffen, wird es unweigerlich zu einer Form der Repräsentation kommen, wenn auch nur durch unterschiedliche Redeanteile (Dahl 1989, S. 225; Young 1997, S. 352–353).

Unter Repräsentation ist allgemein das Verhältnis zwischen einer Teilmenge und einer Grundgesamtheit zu verstehen. Repräsentation findet dann statt, wenn Akteur:innen für andere Akteur:innen entscheiden, handeln oder sprechen. Politische Repräsentation erfüllt demnach die Funktion zur Legitimität und Akzeptanz politischer Entscheidungen (Budde 2013; Pitkin 1967). In der Forschungsliteratur werden unterschiedliche Konzeptualisierungen der politischen Repräsentation diskutiert. Für die nachfolgende Argumentation orientiere ich mich im Wesentlichen an Hanna F. Pitkins (1967) *The Concept of Representation*. Dabei wird die deskriptive Repräsentation in das Zentrum der Untersuchung gerückt.<sup>13</sup> Schließlich kann

---

<sup>12</sup> Zur philosophischen Einordnung der individuellen Betroffenheit, siehe Goodin 2007.

<sup>13</sup> Als „normatives Ideal“ der politischen Repräsentation (Budde 2013, S. 11), definiert Pitkin (1967) die substanzielle Repräsentation. Es handelt sich hierbei nicht um einen Zusammenhang entlang spezifischer Merkmale wie Geschlecht oder Herkunft, sondern um eine „Verantwortlichkeitsbeziehung zwischen Repräsentant und Repräsentierten“ (Krick 2021, S. 286). Die deskriptive Repräsentation kann als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung politischer Repräsentation gelten, zugleich die substanzielle Repräsentation verbessern (Mansbridge 1999).

hierdurch die Frage beantwortet werden, warum eine Stratifikation der Partizipation entlang sozioökonomischer und -demografischer Merkmale nicht nur ein Problem politischer Gleichheit, sondern auch ein Problem politischer Repräsentation ist und damit die Legitimität und die Akzeptanz politischer Entscheidungen herausfordert. Interessanterweise finden sich in unterschiedlichen demokratietheoretischen Schulen, sowohl in emanzipatorisch-partizipativen Demokratietheorien als auch in liberal-repräsentativen Demokratietheorien, Argumente deskriptiver Repräsentation (Mansbridge 1999; Young 1997; Verba et al. 1995). Die Definition deskriptiver Repräsentation lautet wie folgt: Das zunächst diffuse Verhältnis zwischen Grundgesamtheit und Teilmenge wird dahingehend spezifiziert, dass die Teilmenge ein Abbild der Grundgesamtheit darstellt (Seim 2022), wobei als Abbild im rudimentären statistischen Sinne die gleiche Verteilung spezifischer Merkmale, wie Alter, Geschlecht oder Herkunft, in Grundgesamtheit und Stichprobe verstanden werden kann. Entspricht die Verteilung des Geschlechts in der Stichprobe der Verteilung des Geschlechts in der Grundgesamtheit, dann liegt jedenfalls in Hinblick auf dieses Merkmal eine deskriptive Repräsentation im Sinne eines „Spiegelbilds“ vor (Pitkin 1967, S. 61).<sup>14</sup> Da praktisch lediglich ein geringfügiger Teil der Bürger:innen an Online-Konsultationsverfahren partizipiert, stellt sich die Frage, ob die eingebrachten Beiträge (zum Beispiel Vorschläge oder Ideen zur zukünftigen Verkehrsinfrastruktur) tatsächlich den Interessen oder Vorstellungen der Grundgesamtheit oder doch nur der Teilmenge politisch aktiver Bürger:innen entsprechen (Seim 2022, S. 269). Die angemessene Repräsentation der Grundgesamtheit durch die Teilmenge ist demnach ein bedeutender Faktor für die Verallgemeinerung der Resultate aus einem Partizipationsprozess.

Es ist nun naheliegend zu hinterfragen, welche spezifischen Merkmale den Zusammenhang zwischen Repräsentanten und Repräsentierten kennzeichnet. Hierbei handelt es sich um einen wesentlichen Kritikpunkt an einem deskriptiven Verständnis politischer Repräsentation (Mansbridge 1999, S. 629). Von Interesse ist zunächst die Begründung einer deskriptiven Repräsentation, wobei es sinnvoll erscheint, sich von einem engen statistischen Verständnis von Repräsentation zu lösen. So argumentiert Iris Marion Young (1997) für einen spezifischeren Blick, der Abstand von einer Substitution bestimmter Merkmale oder Charakteristiken nimmt. In der Auseinandersetzung mit gängigen Kritikpunkten deskriptiver

---

<sup>14</sup> Alternativ zum proportionalen Anteil in der Stichprobe können spezifische Bevölkerungsgruppen höher gewichtet werden. Dies entspricht dem Konzept der Diversität, siehe Seim 2022.

Repräsentation begründet Young eine „soziale Perspektive“, die typische Erfahrung und Lebenswelten einbezieht. Diese Perspektive hängt unmittelbar von der sozialen Position innerhalb der Gesellschaft ab, die durch Gruppendifferenzierung strukturiert ist: „In most societies these group differentiations structure some social inequalities of prestige, power, or access to resources“ (Young 1997, S. 365). Der Rückgriff auf eine soziale Perspektive der Repräsentation bildet die Grundlage für ein weiteres Argument, nämlich zum Zusammenhang zwischen politischer Ungleichheit im gesellschaftlichen Kontext sozialer Ungleichheit. Angelehnt an Reinhard Kreckel,

*[liegt] soziale Ungleichheit im weiteren Sinne [...] überall dort vor, wo die Möglichkeiten des Zuganges zu allgemeinen verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und/oder zu sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind, dauerhafte Einschränkungen erfahren und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigen bzw. begünstigt werden (Kreckel 2004, S. 17).*

Die Definition hat den Vorteil, sowohl horizontale als auch vertikale Dimensionen der Ungleichheit einzubeziehen und den Zusammenhang zwischen sozialer Position und politischer Repräsentation zu kontextualisieren. Folglich wirkt die Stratifikation politischer Partizipation entlang sozialer Gruppen auf Opportunitäten und reproduziert soziale Ungleichheit (Schäfer 2010; Elsässer und Schäfer 2023). Eine Bewertung politischer Partizipation im Hinblick auf die Verteilung spezifischer Merkmale und Charakteristiken, die in üblichen Verfahren unterrepräsentiert sind, kann sich schließlich auch auf die epistemische Qualität der Entscheidungsfindung beziehen. Dieses Argument wird erneut von Young (1997) untermauert: Die soziale Position determiniert nicht die Interessen, sodass eine Annahme von zwangsläufigen homogenen Gruppeninteressen abgelehnt wird. Dennoch sind persönliche Erfahrungen, Wissen und Deutungsmuster nicht unabhängig hiervon. Demnach ist es relevant, die soziale Perspektive von Interessen und Meinungen abzugrenzen. Die Distinktion lässt sich an einem kurzen Beispiel verdeutlichen: So wird die persönliche Erfahrung von Arbeitslosigkeit zu unterschiedlichen Einstellungen gegenüber der Agenda 2010/Hartz IV Reform führen und eben nicht zwangsläufig zu einer einheitlichen Ablehnung der Betroffenen. Der Zusammenhang zwischen sozialer Perspektive und epistemische Qualität bezieht sich demnach nicht ausschließlich auf den *outcome* eines politischen Prozesses, sondern auf den Zugang zur Entscheidungsfindung: „From a particular social perspective a representative asked certain kinds of questions, reports certain kinds of experience, recalls a particular line of narrative history, or expresses a certain way of regarding the positions of others“ (Young 1997, S. 366). Der

Zusammenhang zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Opportunitäten, wie ihn Kreckel (2004) formuliert, liegt auf der Hand. Im Rückgriff auf das Beispiel der Arbeitslosigkeitserfahrung nimmt die soziale Perspektive keine homogenen Interessen oder Meinungen an, sondern persönlich bedingte Deutungen von Argumenten, Fragen und Perspektiven. Diese sind stets in Relation zu differenzierten sozialen Positionen zu verstehen, das heißt im Verhältnis zu Menschen, die keine persönliche Erfahrung mit Arbeitslosigkeit haben. In der Erweiterung der Perspektive entfaltet sich schließlich die epistemische Qualität der Entscheidungsfindung: „Ensuring the representation of multiple perspectives gives voice to distinctive experiences in the society and relativizes the dominant perspectives which are assumed as normal and neutral“ (Young 1997, S. 370).

Die gängige Kritik an einem deskriptiven Repräsentationsmodell arbeitet sich an der Spezifizierung der Merkmale ab, die den Zusammenhang zwischen Teilmenge und Grundgesamtheit markieren. Die Kritik wird durch Überspitzung artikuliert, welche Merkmale in welchem Umfang repräsentiert sein müssen. Während eine Gleichverteilung entlang des binären Geschlechts weitestgehend als gesellschaftlicher *Common Sense* gilt, stellt sich die Frage, ob nur Arbeiter:innen Arbeiter:innen, nur Fahrradfahrer:innen Fahrradfahrer:innen und nur Linkshänder:innen Linkshänder:innen repräsentieren können.<sup>15</sup> Es fehlt demnach an grundsätzlichen Prinzipien, anhand derer die Kriterien definiert werden, die in einem Prozess repräsentiert werden sollten. Als Erwiderung auf die Kritik kann auf Jane Mansbridge (1999) zurückgegriffen werden:

*This analysis allows us to conclude that the perspectives and interests of left-handers should be represented in deliberation when their perspectives are relevant to a decision (e.g., in decisions regarding the design of surgical instruments) and in aggregation when their interests conflict with those of others. Similarly with redheads, Lithuanians, Italians, Jews, the uneducated, and all other groups (Mansbridge 1999, S. 635).*

Ein grundsätzliches Prinzip zur Definition von Kriterien ist demnach nicht notwendig, sondern wird durch die unmittelbare Betroffenheit bedingt (Mansbridge 1999; Young 1997).

Drei Schlussfolgerungen können für die weitere Arbeit auf Grundlage der bisherigen Diskussion gezogen werden: Erstens wurde für eine deskriptive Repräsentation plädiert, die über ein statistisches Verständnis zwischen Grundgesamtheit und Teilmenge hinausgeht und auf die spezifische Betroffenheit und unterschiedlichen Perspektiven rekurriert. Durch die soziale Perspektive

---

<sup>15</sup> Mansbridge kritisiert gleichfalls ein Verständnis der Repräsentation auf Grundlage eines Essentialismus, siehe Mansbridge 1999, S. 637.

der Repräsentation konnte zweitens, der Zusammenhang zwischen politischer und sozialer Ungleichheit aufgezeigt und drittens eine epistemische Funktion deskriptiver Repräsentation herausgearbeitet werden, die unabhängig von homogenen Gruppeninteressen fungiert. Das Konzept der deskriptiven Repräsentation wird für die weitere Arbeit als Heuristik verwendet, um Ungleichheiten in der politischen Partizipation aufzudecken.

### **2.3.2 Empirische Befunde zu Ungleichheitsdimensionen politischer Partizipation**

Auf Grundlage des vorherigen Kapitels können nunmehr empirische Befunde zur Stratifizierung politischer Partizipation diskutiert und eingeordnet werden. Konsolidierte Befunde zur Verzerrung der politischen Beteiligung zugunsten von Bürger:innen mit hohem sozioökonomischem Status sind über die Zeit und variierenden (demokratischen) Länderkontexten zu konstatieren. Demnach sind vor allem bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsgruppen überproportional im politischen Prozess repräsentiert (Lijphart 1997; Verba et al. 1995; Bödeker 2012; Schäfer 2012; Walgrave et al. 2021). Konsequenzen einer ungleichen Partizipation können dabei auf Makro-, Meso- und Mikro-Ebene lokalisiert werden.

Auf der Makroebene ist ein Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Status und politischer Responsivität festzustellen. Frühere Forschungsergebnisse zeigen, dass Präferenzen und Interessen von hohen Einkommensgruppen im politischen System besser vertreten sind als von Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen, insbesondere wenn die Interessen zwischen beiden Gruppen divergieren (Peters und Ensink 2015; Gilens 2005, 2012; Elsässer und Schäfer 2023; Solt 2008). So stellt die empirische Studie von Schwander und Schäfer (2019) unter Kontrolle verschiedener Kontexte fest, dass ökonomische Ungleichheit politische Ungleichheit verschärft. Ferner werden gesellschaftlicher Wandel wie die Tendenz zur Individualisierung, Postindustrialisierung oder Wertewandel u. a. mit der Abnahme konventioneller Partizipationsformen wie der Parteimitgliedschaft in Verbindung gebracht (Inglehart 1977, 1997). Eine Orientierung zu postmateriellen Bedürfnissen hat hiernach zur Folge, dass Bürger:innen Ziele mit Partizipation realisieren, die eher mit Selbstverwirklichung und identitätsstiftenden Momenten einhergehen. Auf der Makroebene führt dies zur Ausdifferenzierung und Fragmentierung der verschiedenen Partizipationsformen (Cantijoch und San Martín 2009; Theocharis 2011a; Henn et al. 2018). Hierdurch könnte es



zur Verstärkung von Ungleichheiten kommen, weil unkonventionelle Partizipationsformen einer ausgeprägten sozialen Selektivität unterliegen (Schäfer 2012; Thewes 2018; Marien et al. 2010). Individualisierung und Wertewandel haben zusätzlich einen Einfluss auf die Mesoebene. So ist zu konstatieren, dass die (Milieu-) Bindung und Bedeutung von Organisationen, Parteien, Gewerkschaften oder Kirchen tendenziell abnimmt (Ryfe 2005; Putnam 2000; Böhnke 2011). Zugleich handelt es sich hierbei um wichtige Institutionen, die zur Partizipation mobilisieren (Verba et al. 1995).

Auf der Mikroebene hat die Forschung ein umfassendes Bild über politisch aktive Bürger:innen und ungleichen Partizipationschancen sowie den Bezug zur politischen Un-/Gleichheit und Repräsentation (Verba et al. 1995; Steinbrecher 2009; Stark 2019). In der Einleitung wurde bereits der Begriff der „üblichen Verdächtigen“ verwendet, um typische Bürger:innen der politischen Partizipation zu charakterisieren. Wenngleich die Verteilung zwischen Partizipationsformen variiert, zeigt sich grundsätzlich, dass die „üblichen Verdächtigen“ zentrale Ressourcenmerkmale wie Bildungsabschlüsse, Erwerbstatus und Berufsprestige, Geschlecht sowie Alter teilen. Diejenigen, die üblicherweise politisch partizipieren, zeichnen sich durch einen hohen sozioökonomischen Status aus, der durch ein hohes Bildungsniveau und einen Erwerbstatus gekennzeichnet ist. Zudem handelt es sich überwiegend um männliche Personen im mittleren bis höheren Alter (Walgrave et al. 2021; Escher 2013; Böhnke 2011; Schneider und Busse 2019). Milbrath und Goel (1977) fassen diesen Befund bereits in den 1960er Jahren pointiert zusammen: „No matter how class is measured, studies consistently show that higher class persons are more likely to participate in politics than lower class persons“ (1977, S. 92). Dagegen handelt es sich bei sozial weniger Privilegierten, gesellschaftlichen Minderheiten, Personen mit Migrationshintergrund, Personen in prekären Arbeitsverhältnissen oder (bezüglich demografischer Merkmale) Jugendlichen oder Frauen um „unübliche Verdächtige“ politischer Partizipation, die im politischen Prozess unterrepräsentiert oder marginalisiert sind (Schäfer 2012; Schäfer und Schoen 2013; Marien et al. 2010; Solt 2008; Geißel 2011; Schneider 2018, S. 76). Aufgrund der Ressourcenabhängigkeit der Partizipation führt sozioökonomische zur politischen Marginalisierung und in der Konsequenz zur Abnahme politischer Kompetenz und Selbstwirksamkeit, insofern zur Verstetigung sozialer und politischer Ungleichheiten (Kaßner und Kersting 2021, S. 13; Kersting 2008).<sup>16</sup>

---

<sup>16</sup> Der Begriff der Marginalisierung kann sowohl objektive als auch subjektive Dimensionen der Marginalisierung beinhalten. Für eine weiterführende Diskussion und Definition, siehe Kaßner und Kersting 2021, S. 9 ff.

In der Forschungsliteratur werden zwei zentrale Mechanismen zur potenziellen Mobilisierung jenseits der „üblichen Verdächtigen“ durch das Internet diskutiert (Norris 2001; Escher 2013): Einerseits sinkt der Aufwand zur Beteiligung aufgrund der orts- und zeitunabhängigen Partizipation. Auch die Bedeutung partizipationsspezifischer Fähigkeiten wie Ausdrucksfähigkeiten sollte tendenziell abnehmen. Zugleich steigt die Motivation zur Beteiligung, da notwendige Informationen einfacher und niederschwellig zugänglich sind. Mit Blick auf die Mobilisierungshypothese werden nun zentrale Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Internet und politischer Partizipation diskutiert.

Ein grundsätzlich positiver Einfluss des Internets auf politische Partizipation, unabhängig von sozioökonomischen Faktoren und politischem Interesse, zeigt Boulianne (2009) für den US-Kontext in einer Meta-Studie auf. Laut den Ergebnissen, kann ein positiver Einfluss des Internets auf die Wahlbeteiligung festgestellt werden (Escher 2013, S. 455). Eine neuere Studie von Gil de Zúñiga et al. (2021) unterstützt diesen Zusammenhang. Die Autor:innen kommen auf Grundlage einer Längsschnittstudie zum Ergebnis, dass politische Diskussionen auf der *Instant Messaging App WhatsApp* einen positiven Effekt auf konventionelle Partizipation ausübt. Die Relevanz dieser Studie wird durch die Nutzungszahl von *Messaging Apps* untermauert. Entlang der Ergebnisse einer Befragungsstudie der deutschsprachigen Bevölkerung mit Internetzugang zeigt sich, dass 89 Prozent der Befragten *WhatsApp* mindestens einmal pro Woche und 81 Prozent der Befragten täglich nutzen. Etwa ein Viertel der Nutzer:innen kommen dabei mit politischen Informationen in Kontakt (Kelm et al. 2023).

Ein expliziter Fokus auf Formen der Online-Partizipation und divergierenden Mobilisierungsmechanismen findet sich bei Krueger (2002). Die frühe Studie offenbart, dass unter Kontrolle des Internetzugangs die Relevanz der Erklärungsfaktoren klassischer Partizipation abnimmt. Allerdings nehme die Bedeutung neuerer, internetspezifischer Fähigkeit durch die Diffusion des Internets zu (Krueger 2002). Hieran anschließend zeigen Anduiza et al. (2010), dass der Einfluss traditioneller Ressourcen abnimmt, der Einfluss von „online-ressources“ aber steigt. Zugleich sind internetspezifische oder digitale Fähigkeiten nicht zufällig in der Gesellschaft verteilt, sondern unterliegen ihrerseits Stratifikationen (de Marco et al. 2014; Scheerder et al. 2017; Blank und Reisdorf 2012). So stellt die Studie von de Marco et al. (2014) fest, dass der sozioökonomische Status sowohl digitale Fähigkeiten als auch Online-Partizipation beeinflusst. In der Konsequenz verstärken sich soziale und politische Ungleichheiten. Büchi und Vogler (2017) unterstützen diese Ergebnisse und zeigen, dass Bildung über diese Fähigkeiten einen indirekten Effekt auf die Online-Partizipation ausübt. Diese

Befunde verdeutlichen, dass nicht alle Menschen gleichmäßig von Opportunitäten des Internets profitieren. Während der Internetzugang als Barriere über die vergangenen Jahre abgenommen hat, zeigen neuere Studien, dass die Endgeräte zur Internetnutzung ebenfalls sozial strukturiert sind (Napoli und Obar 2014; van Deursen und van Dijk 2019). Mit dem sozialen Status nimmt auch der Internetzugang über unterschiedliche Geräte zu, was wiederum die Nutzung von Online-Angeboten erleichtert (van Deursen und van Dijk 2019).

Grundsätzlich kennzeichnet Bildung einen zentralen Erklärungsfaktor der Partizipationsforschung (Smets und van Ham 2013). Neben vermittelnden, indirekten Effekten über internetspezifische Fähigkeiten oder das politische Interesse (Borge und Cardenal 2011; Büchi und Vogler 2017), können ebenfalls direkte Effekte konstatiert werden (Oser et al. 2013). Bildungs- und Einkommensungleichheiten im Zusammenhang zur Online-Partizipation werden von Oser et al. (2013) bestätigt. Jensen (2013) findet Selektionseffekte bezüglich Geschlecht und Bildung, aber nicht für das Einkommen. Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Einkommen und Online-Partizipation sind auch in weiteren Studien nicht konsistent zu belegen (Theocharis et al. 2021b; Jensen 2013; Feezell 2016). So kann ein höheres Einkommen einen negativen Effekt auf Online-Partizipation ausüben (Theocharis et al. 2021b). Dagegen stellt Feezell (2016) Einflüsse des Einkommens fest. In der untersuchten Stichprobe von US-Bürger:innen zeigt sich ferner ein negativer Effekt zwischen Alter und Internetnutzung, während der Zusammenhang zwischen Alter und Online-Partizipation statistisch nicht signifikant ist. Ein ähnliches Muster identifizieren Anduiza et al. (2010, S. 363) und folgern hieraus, dass jüngere Menschen zwar eher das Internet nutzen, aber unter Konstanzhaltung der Nutzung das Alter in gewohnter Effektrichtung mit Online-Partizipation korreliert. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zur Annahme, dass insbesondere jüngere Menschen das Internet zur politischen Partizipation bevorzugen (Best und Krueger 2005; Oser et al. 2013; Lane et al. 2021; Ritzi und Wagner 2018). Auf Grundlage einer Stichprobe aus der *German Longitudinal Election Study* (GLES) finden Ritzi und Wagner (2018), dass jüngere Bürger:innen eher Online als Offline partizipieren. Allerdings kontrolliert die Studie nicht auf Indikatoren der digitalen Fähigkeiten. Des Weiteren unterliegt die Partizipation von jungen Menschen Geschlechterunterschieden und -ungleichheiten (Pfanzelt und Spies 2019, S. 40). Befunde von Lane et al. (2021) unterstreichen, dass politische Ungleichheit unter Jugendlichen auf den sozioökonomischen Status sowie das politische Interesse zurückzuführen sind. Im Vergleich zur Offline-Partizipation sind Ungleichheiten in der Online-Partizipation zwar weniger stark ausgeprägt, aber weiterhin vorhanden.

Ein zweiter Forschungsstrang untersucht, inwiefern das Internet einen Einfluss auf die Individuelle Motivation zur Partizipation ausübt (Escher 2013, S. 460). Dabei ist zu unterscheiden, ob das Internet Partizipationsmotive durch einen niederschweligen Zugang zu Informationen oder, ob umgekehrt Motive die Internetnutzung beispielsweise zur Online-Partizipation fördern (Escher 2013, S. 460). Mit Bezug auf ersteren Mechanismus stellt Boulianne (2011) fest, dass die Nutzung von Online-Nachrichten das politische Interesse positiv beeinflusst. Positive Effekte des politischen Interesses auf Online-Partizipation finden sich bei Theocharis et al. (2021b) und Ritzi und Wagner (2016). Neben eines direkten Effekts, ist die vermittelnde Eigenschaft von Partizipationsmotiven hervorzuheben. Hier zeigen sich indirekte Einflüsse über den sozioökonomischen Status vermittelt über das politische Interesse auf Online-Partizipation (Büchi und Vogler 2017; Lane et al. 2021). Einen vergleichbaren Effekt stellt Schöttle (2019, 334 ff.) bei der Untersuchung von Genderungleichheiten fest, die indirekt über die Vermittlung von Partizipationsmotiven auftreten. So bewerten Männer das Motiv der politischen Einflussnahme stärker und weisen eine höhere politische Selbstwirksamkeit als Frauen auf, was zur Ungleichheit in der Online-Partizipation führt. Im Vergleich zur Offline-Partizipation unterstreichen Brunsting und Postmes (2002) ebenfalls die Bedeutung der politischen Selbstwirksamkeit, während affektive Faktoren nur eine geringfügige Rolle einnehmen. Die Bedeutung der Selbstwirksamkeit für politische Online-Partizipation bekräftigen Oser et al. (2022) auf Basis einer Meta-Analyse. Unterschiede zur Offline-Partizipation sind dagegen nicht zu konstatieren, sodass Wirkungsmechanismen vergleichbar fungieren. Zu beachten sind allerdings Wechselwirkungen zwischen politischem Interesse und politischer Selbstwirksamkeit, sodass beide Faktoren multiplikativ auf politische Partizipation wirken können (Levy und Akiva 2019). Darüber hinaus können Bedenken zur Privatsphäre oder zum Datenschutz die Partizipationsmotivation senken. Hoffmann und Lutz (2023) kommen zum Ergebnis, dass solche Bedenken in der deutschen Online-Population weitgehend gleichverteilt sind und somit nicht zur Stratifikation politischer Online-Partizipation beitragen.

Während die bisherigen Studien in erster Linie politische Motive fokussieren, können auch apolitische oder private Partizipationsgründe motivieren und werden in der Forschungsliteratur behandelt (Lilleker und Koc-Michalska 2017; Montag 2022). In Abschnitt 2.3.3 sowie Abschnitt 3.2.2 werde ich noch einmal dezidiert auf diese Partizipationsanreize eingehen, sodass an dieser Stelle lediglich generalisierte Befunde diskutiert werden. Zugleich unterliegen private Motive wie Spaß oder Zeitvertreib der kritischen Betrachtung als „Clicktivism“, der zwar niederschwellig, aber politisch folgenlos sei (Halupka 2014; Baringhorst 2019, 43 f.; Ritzi und Wagner 2016). Partizipationsmotive werden

zuweilen in Bezug auf einen gesellschaftlichen Wertewandel (auf der Makro-Ebene) und einem Streben nach postmateriellen Bedürfnisbefriedigungen (auf der Mikro-Ebene) gesetzt. Studien weisen zwar auf eine stärkere Ausprägung postmaterieller Werte insbesondere bei jungen Menschen hin, Zusammenhänge zeigen sich aber sowohl zu elektoral-konventionellen als auch eher unkonventionellen Partizipationsformen (Cantijoch und San Martin 2009; Henn et al. 2018). Assoziationen mit der Internetnutzung konnten nicht festgestellt werden und der Einfluss auf die Online-Partizipation ist eher gering und variiert zwischen Stichproben (Theocharis 2011a, 2011b). Auf individuelle Motivlagen konzentrieren sich Lilleker und Koc-Michalska (2017) und unterscheiden zwischen extrinsischen und intrinsischen Motiven der politischen Partizipation. Auf Grundlage der empirischen Ergebnisse folgern die Autor:innen erstens, dass sich die Motive zwischen Offline- und Online-Partizipation unterscheiden, und zweitens, dass extrinsische Anreize (Bestätigung oder Belohnung durch Dritte) einen stärkeren Einfluss auf die Online-Partizipation ausüben als intrinsische Anreize (Gefühl der Wirksamkeit oder Gruppenzugehörigkeit). Ein Forschungsstrang eher kommunikationswissenschaftlicher Prägung fokussiert auf die Mediennutzungsmotive und damit einhergehenden Gratifikationen. Diese spielen insbesondere bei der Beeinflussung des Nutzungsverhaltens durch Designfaktoren sozialer Medien oder Netzwerke eine relevante Rolle (Montag 2022, S. 56). Diese Designfaktoren reflektieren und stimulieren zentrale Bedürfnisse durch hedonistische, soziale oder utilitäre Gratifikationen (Ernst 2015; Hsiao et al. 2016; Montag 2022, S. 58).<sup>17</sup>

Zusammenfassend informiert die Forschungsliteratur über grundlegende Muster und Zusammenhänge politischer und sozialer Ungleichheiten der Online-Partizipation. Wenngleich empirische Ergebnisse verschiedene Wirkungszusammenhänge zwischen Offline- und Online-Partizipation aufzeigen (z. B. internet-spezifische Fähigkeiten sowie Abschnitt 2.2.2) und teils Abweichungen von gewohnten Stratifikationsmustern festgestellt werden (Jensen 2013; Theocharis et al. 2021b), zeigen sich dennoch Selektionseffekte bezüglich Individualmerkmalen wie Bildung sowie Prädispositionen wie dem politischen Interesse. In einem Überblicksartikel aus dem Jahr 2013 konstatiert Escher ernüchternde Befunde zur intendierten Mobilisierung durch das Internet: Zwar weisen die untersuchten Studien nicht darauf hin, dass das Internet zur Verstärkung der Ungleichheiten

---

<sup>17</sup> Eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesen Mechanismen und einer weiterführenden Diskussion über den „Surveillance Capitalism“ oder der Aufmerksamkeitsökonomie geht über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinaus, siehe Zuboff 2019; Montag 2022.

beiträgt, zugleich deuten die Befunde bezüglich einer Mobilisierung bis dato politisch inaktiver Bürger:innen aber eher auf Ausnahmen und weniger auf Regeln hin. Auch im Internet sind die „üblichen Verdächtigen“ politischer Partizipation durch ähnliche soziodemografische Merkmale wie die klassische Partizipation charakterisiert. Schlozman et al. (2010) kommen aufgrund der persistenten sozialstrukturellen Asymmetrien zum Urteil, dass das Internet eine „Weapon of the strong“ darstellt. Gegenläufige Befunde, beispielsweise zum Alter, können partiell auf spezifische Online-Partizipationsformen zurückgeführt werden (Escher 2013; Ruess et al. 2021). Dies zeigt sich beispielsweise bei Geschlechterungleichheiten (Schöttle 2019, S. 157).

### **2.3.3 Online-Konsultationen – Wer beteiligt sich und warum?**

Nach der Systematisierung in Abschnitt 2.2.2 und der Konzeptualisierung des „demokratischen Rombus“ umfasst politische Partizipation repräsentative, direkt-demokratische, demonstrative und deliberative Instrumente (Kersting 2014). Top-down initiierte Online-Konsultationsverfahren wurden hiernach als deliberative Partizipationsform charakterisiert, da die Online-Diskussion von Vorschlägen oder Ideen zwischen Bürger:innen einen wesentlichen Aspekt der Beteiligung markiert. Aufgrund der diskursiven und deliberativen Charakteristik der Online-Partizipation, wird auch in der entsprechenden Literatur der Deliberationsforschung auf die soziale Selektivität respektive den ungleichen Zugang zum Diskurs hingewiesen (Ryfe 2005).

Hinsichtlich der Frage zur Mobilisierung zur politischen Online-Partizipation erscheint die Auswahl von Online-Konsultationsverfahren als angemessen. Denn es ist plausibel, dass durch die Hinzunahme des Internets der Aufwand zur Teilnahme an einem Konsultationsverfahren sinkt. Erstens findet die Partizipation räumlich unabhängig statt, zweitens ist die Partizipation zeitlich unabhängig und nicht auf einzelne oder wenige Termine begrenzt und drittens ist eine niederschwellige Partizipation im Vergleich zur klassischen vor Ort Veranstaltung möglich, denn es besteht Zeit, um einen Kommentar oder Vorschlag zu schreiben und zu veröffentlichen (Eilders und Gerlach 2022, S. 24).

Online-Konsultationsverfahren auf der lokalen Ebene sind insbesondere Gegenstand von Evaluationsstudien (Kubicek und Aichholzer 2016; Kubicek 2011; Ritzi und Kaßner 2019; Geißel et al. 2015; Kersting et al. 2013). Hierzu werden verschiedene Bewertungskriterien (z. B. Effektivität/Effizienz, Transparenz, Offenheit/Repräsentativität oder Designfaktoren) auf unterschiedlichen

prozessualen Stufen (z. B. Input-Activities-Output-Outcome-Impact) betrachtet (Kubicek und Aichholzer 2016, 23 ff.). Die Beteiligungsquote ist nach Schneider (2018, S. 4) zwar ein symbolischer und greifbarer Indikator für Erfolg oder Misserfolg, aber wenig aussagekräftig bezüglich der Repräsentativität eines Verfahrens. Bei der Diskussion verschiedener Evaluationsstudien stellt Schöttle (2019, S. 124) fest, dass der Fokus der Bewertung eher auf technischen oder prozessualen Voraussetzungen und weniger auf den Teilnehmenden liegt. Zugleich wird die Mobilisierung spezifischer Zielgruppen und die Zusammensetzung der Teilnehmenden hinsichtlich Diversität, Pluralität und/oder Repräsentativität als Erfolgskriterium aufgeführt (Geißel et al. 2015).

In ihrer Evaluation von sieben Online-Konsultationsverfahren zu lokalen Klimazielen finden Aichholzer et al. (2016a) eher geringere Geschlechterunterschiede in der Beteiligung, während sich die üblichen Verzerrungen in der Alters- und Bildungsverteilung zugunsten älterer und höher gebildeter Bürger:innen zeigen. Die Autor:innen betonen, dass in allen Verfahren Strategien zur Mobilisierung unterrepräsentierter Gruppen vorlagen (z. B. Stakeholder-Mobilisierung), diese aber keinen nennenswerten Einfluss auf die Zusammensetzung der Teilnehmenden ausübten (Aichholzer et al. 2016a, S. 181–182). Auch wenn in dieser Arbeit Bürger:innenhaushalte strukturell von Online-Konsultationsverfahren unterschieden werden, liefern die nachfolgenden Evaluationsstudien wichtige Hinweise zur Bürger:innenbeteiligung auf lokaler Ebene. Exemplarisch kann der Bürger:innenhaushalt der Stadt Jena aufgeführt werden, der sowohl Online- als auch Offline-Foren zur Diskussion und Abstimmung über ein vorher festgelegtes Budget ermöglichte (Kersting et al. 2013; Baringhorst 2019, S. 38–39). Kersting et al. (2013) weisen in ihrem Abschlussbericht auf die Diskrepanz zwischen erwarteter und tatsächlicher Beteiligung hin: „In den Bürgerversammlungen 2012, insbesondere bei der Ergebnispräsentation, setzten sich die Teilnehmer [...] zum größten Teil aus Mitgliedern der AG Bürgerhaushalt, Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie der lokalen Presse zusammen“ (Kersting et al. 2013, S. 32). Auch das Online-Forum blieb hinter den Erwartungen zurück und verzeichnete 46 registrierte Mitglieder und 324 Beiträge zu 120 Themen (durchschnittlich 2,7 Beiträge je Thema). Individualmerkmale der Teilnehmenden wurden nicht erhoben. Die Diskussion im vorherigen Kapitel lässt aber darauf schließen, dass eine Beteiligung sozial umso verzerrter ausfällt, je weniger Menschen teilnehmen. In einem Übersichtsartikel zu Top-down initiierten (Online- und Offline-) Partizipationsverfahren in Deutschland schlussfolgern Schneider und Busse (2019), dass das *Participatory Budgeting* nur wenig geeignet ist, um politisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren. So zeigt sich über die untersuchten Verfahren eine Stratifikation bezüglich Alter und Bildung. Es sind die „üblichen

Verdächtigen“, die hauptsächlich teilnehmen: „In general, participants are highly educated, socially integrated, and from 35 to 65 years old“ (Schneider und Busse 2019, S. 270).

Neben den eher auf Evaluationsberichten basierenden Ergebnissen lassen sich ferner Studien zu zentralen Mobilisierungsmechanismen identifizieren. In einer Untersuchung von drei Online-Konsultationsverfahren auf kommunaler Ebene zur Radverkehrsinfrastruktur leisten Rottinghaus und Escher (2020) hierzu einen relevanten Beitrag. Die Teilnehmenden der untersuchten Beteiligungsverfahren zeichnen sich durch eine höhere Bildung, ein mittleres bis höheres Alter und einen höheren männlich Anteil aus (für ähnliche Befunde aus Finnland, siehe Aitamurto et al. (2017)). Unabhängig von sozioökonomischen und demografischen Merkmalen stellen die Kenntnis über das Verfahren sowie die vorherige Partizipation die wichtigsten Einflussfaktoren auf die Beteiligung dar. Bemerkenswerterweise konnte kein sozialer *Bias* bei der Information über das Verfahren festgestellt werden. Hier dürften die lokale Verankerung und die etablierten Medienkanäle eine zentrale Rolle gespielt haben. Die Kenntnis über das Online-Verfahren hat demnach eine Voraussetzung zur Teilnahme definiert, wovon alle Bürger:innen gleichermaßen betroffen sind. Darüber hinaus verdeutlicht die Studie die Bedeutung personalisierter Einladungen zur Partizipation. Zwar profitieren auch die „üblichen Verdächtigen“ von dieser Mobilisierungsstrategie, zugleich werden aber auch Bürger:innen erreicht, die im politischen Prozess eher unterrepräsentiert sind und ein stärkeres Interesse am Thema des Partizipationsverfahrens äußern (Rottinghaus und Escher 2020, 281 ff.).

Neben der sozialstrukturellen Verankerung der Beteiligung gibt die Studie Hinweise auf die Motive der (Nicht-) Beteiligung. Bürger:innen, die von dem Verfahren wussten, aber nicht teilgenommen haben, nennen insbesondere Zweifel an der Effektivität sowie fehlendes Themeninteresse als Gründe, die gegen eine Teilnahme sprechen. Dagegen manifestieren sich die Partizipationsgründe insbesondere durch das Interesse sowie Unzufriedenheit zum spezifischen Partizipationsgegenstand. Die Autoren folgern, dass das in einer Konsultation behandelte Thema in gewissem Maße die sozioökonomischen Merkmale der Teilnehmer:innen bestimmt, da höher gebildete Bürger:innen stärker von dem Thema des Radverkehrs betroffen sind (Rottinghaus und Escher 2020, S. 282–283). Allerdings zeigt sich auch in anderen Themenbereichen, die gegebenenfalls eher polarisieren und hierdurch stärker mobilisieren könnten, die übliche Sozialstruktur der Teilnehmer:innen beispielsweise im US-Kontext zum Thema Wohn- und Bebauungsplanung (Einstein et al. 2019) oder einem Online-Konsultationsverfahren zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Seim



2022). Neben sozioökonomischen Merkmalen können die persönliche Betroffenheit sowie emotionale und affektive Faktoren die Salienz des Themas und damit die Online-Partizipation beeinflussen (van den Berg et al. 2024, S. 9). Die Unzufriedenheit mit einem von der (lokalen) Politik oder Verwaltung zur Verfügung gestellten Gut stellt in der Studie von Rottinghaus und Escher (2020) ein zentrales Motiv für die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren dar. Unzufriedenheit als hauptsächlicher Partizipationsgrund konnte insbesondere bei politischem Protest, aber auch Online-Partizipationsformen festgestellt werden (Finkel et al. 1989; Petermann 2020; Ritzi und Wagner 2018). Die Online-Konsultation unterscheidet sich gegebenenfalls dadurch, dass weniger die allgemeine Unzufriedenheit als vielmehr eine themenspezifische Unzufriedenheit zur Teilnahme motiviert (Rottinghaus und Escher 2020).

Jenseits der Unzufriedenheit ist das Wissen über Partizipationsgründe an Top-down initiierten Beteiligungsverfahren begrenzt (Gustafson und Hertting 2017, S. 538; Font et al. 2021, S. 229). Basierend auf der Unterscheidung zwischen extrinsischer und intrinsischer Motivation (Ryan und Deci 2000), identifizieren Aitamurto et al. (2017) in einer qualitativen Studie drei zentrale Partizipationsgründe für die Teilnahme an einem Online-Konsultationsverfahren. Der erste Grund ist intrinsisch motiviert und zielt auf eine moralische Verpflichtung beziehungsweise bürgerschaftliche Verantwortung der Teilnahme ab. Davon ist ein weiteres intrinsisches Motiv des „Peer Learning“ zu unterscheiden (Aitamurto et al. 2017, S. 1249–1250). Die Teilnehmenden äußern dabei den Wunsch, zur Qualität der Diskussion beizutragen, über Falschinformationen aufzuklären und extremen Meinungen entgegenzuwirken. Das dritte Motiv ist sowohl intrinsisch als auch extrinsisch stimuliert und betrifft den politischen Einfluss: Dieser kann sich einerseits auf die individuelle Positionsverbesserung beziehen (z. B., um einen finanziellen Gewinn zu erzielen), andererseits auf „soziotropische“ und gemeinwohlorientierte Gründe. Zugleich betonen die Autor:innen, dass sich die Teilnehmenden bewusst über die begrenzte Verbindlichkeit des Verfahrens sind, dies aber keinen Einfluss auf die Motivation ausübe. Dies ist insofern nicht überraschend, da auch Kubicek (2011, S. 79) konstatiert, dass die Verbindlichkeit des Verfahrens keinen Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft ausübt. Eine weitere Studie von Font et al. (2021) mit Fokus auf lokale Beteiligung bestätigt die Multidimensionalität der Teilnahmegründe und leitet vier Haupttypen zur Partizipation ab: Hierzu zählen Kontakt, Netzwerke und Wissenserweiterung; politischer Einfluss, eine bürgerschaftliche Pflicht und Verantwortung sowie eine soziale beziehungsweise symbolische Anerkennung. Obwohl Methode, Kontext und konkrete Ausgestaltung der Partizipationsform im Vergleich zu Aitamurto et al. (2017) variieren, sind Überschneidungen in den Motiven offensichtlich.

Gustafson und Hertting (2017) identifizieren bei der Untersuchung eines Konsultationsverfahrens auf Quartiersebene in Schweden drei Partizipationsmotive: Hierzu zählen ein Gemeinwohl-Motiv, das sich auf das Einbringen von Wissen und Kompetenzen in den Beteiligungsprozess bezieht; ein Motiv des Eigeninteresses, das auf die Wahrnehmung von Selbstwirksamkeit und die Verbesserung der Position der Eigengruppe oder Familie abzielt, sowie ein Kompetenzmotiv, das mit einem beruflichen Rollenverständnis einhergeht. Darüber hinaus zeigt die Studie, dass die Motive zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Ressourcenausstattung variieren. Befragte mit gemeinwohlorientierter Motivation oder Kompetenzmotivation sind eher unter Bürger:innen mit höherer Bildung und ohne Migrationshintergrund zu finden. Während männliche Befragte leicht zur gemeinwohlorientierten Motivation tendieren, äußern Frauen Präferenzen zur Kompetenzmotivation. Demgegenüber ist die Beteiligung aus Eigeninteresse eher mit niedriger Bildung, Migrationshintergrund und höherem Alter assoziiert.

In den vorgestellten Studien können keine wesentlichen Veränderungen der typischen Stratifikationsmuster politischer (Online-) Partizipation beobachtet werden (Aichholzer et al. 2016b; Rottinghaus und Escher 2020; Schneider und Busse 2019). Darüber hinaus bietet die Forschung Erkenntnisse über zentrale Partizipationsgründe wie den Einfluss auf die politische Entscheidung oder einer Gemeinwohlorientierung an. Mit einer Ausnahme von Rottinghaus und Escher (2020) sind die Studien allesamt auf Stichproben von Teilnehmenden konkreter Partizipationsverfahren limitiert, sodass keine Aussagen darüber getroffen werden können, warum Bürger:innen nicht an Verfahren teilnehmen. An verschiedenen Stellen der bisherigen Arbeit wurde auf spezifische Bedingungen und Opportunitäten der lokalen Ebene hingewiesen, die im nächsten Kapitel näher betrachtet werden.

---

## **2.4 Die lokale Ebene als „Schule der Demokratie“**

Vielfach wird in der Forschung auf das Potenzial der lokalen Ebene zur Realisierung partizipatorischer oder deliberativer Ideale hingewiesen, denn dort sind Bürger:innen unmittelbar durch politische Entscheidungen betroffen. Bereits Pateman (1970) hat die theoretischen Überlegungen auf eine zentrale und lebensnahe soziale Situation – die selbstorganisierte Arbeit – bezogen. Diskussionen zum Einfluss der lokalen Ebene finden sich nicht nur in normativen Arbeiten (Barber 1984), sondern auch in empirischen Studien (Frieß und Porten-Cheé 2018;

Rottinghaus und Escher 2020; Petermann 2020). Der Tenor ist in der Regel ähnlich: Wenn politische Partizipation einen positiven Einfluss auf die Demokratie ausübt, sollte sich dieser am ehesten auf der lokalen Ebene beobachten lassen.

Die lokale Ebene, im Fall der vorliegenden Arbeit sind lokale und kommunale Ebene gleichbedeutend, wurde bisher nur implizit einbezogen, beispielsweise durch die argumentativen Verweise von Pateman (1970) auf klassische Arbeiten von de Tocqueville oder Mill. Die Grundargumentation lautet, dass die demokratische und politische Sozialisation und damit der Erwerb partizipationsrelevanter Kompetenzen, Werte und Einstellungen auf lokaler Ebene zu verorten sei (Dahl 1967). Ein weiteres relevantes Argument lautet, dass die lokale Ebene das Wohn- und Lebensumfeld der Bürger:innen definiert:

*Wenn Gemeinden beispielsweise aufgrund ihrer prekären finanziellen Situation freiwillige Leistungen in der Kinder- und Jugendarbeit einschränken müssen, Bäder schließen oder die Kulturförderung kürzen, so kann dies einen direkten Einfluss auf die Lebensqualität und die Zufriedenheit der Bürger in der Gemeinde haben. Zudem werden abstrakte und hochkomplexe Gegebenheiten wie Wirtschaftskrisen für die meisten Bürger hier konkret erfahrbar, wenn z. B. Freunde und Bekannte ihren Arbeitsplatz verlieren (Kuhn 2013, S. 35).*

Direktdemokratische Verfahren wie Volksentscheide oder Bürger:innenbegehren sind in der Bundesrepublik Deutschland lediglich auf Länder- und Kommunalebene vorgesehen.<sup>18</sup> Seit den 1990er wurden die Möglichkeiten zur direktdemokratischen Beteiligung ausgeweitet und institutionalisiert, wie die direkte Wahl der Bürgermeister:innen (Geißel 2008, S. 230). Allerdings sollte die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten nicht mit einem Anstieg der Wahrnehmung dieser gleichgesetzt werden. Zuweilen gibt es Hinweise in der Forschungsliteratur, die eine gegenteilige Entwicklung proklamieren (Klein 2018). Da Wahlen auf der kommunalen Ebene als „Second-Order“ Wahlen charakterisiert sind, ist die Wahlbeteiligung niedriger als auf Bundesebene (Reif und Schmitt 1980; Graeb und Bernhagen 2023).

Einen Zusammenhang zwischen der lokalen Ebene und politischer Partizipation formulieren Robert Dahl und Edward Tufte (1973) durch die *Size and Democracy*-These: In den Grundzügen postuliert die These einen Zusammenhang zwischen der Gemeindegröße und den Bedingungen zur politischen Partizipation. Zentral sind hierbei Spielraum und Verbindlichkeit der politischen Entscheidung

---

<sup>18</sup> Brigitte Geißel weist auf den semantischen Unterschied hin, der nicht vertauscht werden sollte: „Die Vorsilbe „Volk-“ (Volksbegehren, Volksentscheide) bedeutet in der Bundesrepublik, dass es sich um eine gliedstaatliche Entscheidung handelt, bei den Verfahren mit der Vorsilbe „Bürger-“ ist die Angelegenheit eine kommunale“ (Geißel 2008, S. 230).

sowie die Bedingungen zur Mobilisierung der Bürger:innen. Zwar treffen optimale Bedingungen zur Partizipation hiernach auf Klein- und Mittelstädte zu, aber die empirische Evidenz ist eher ernüchternd (Graeb und Bernhagen 2023; Gabriel 2013). Während direkte Effekte des lokalen Kontexts weniger Unterstützung in der Empirie finden, zeigen sich allerdings Verstärkungs- beziehungsweise Abschwächungstendenzen (Gabriel 2013). So konnte Gabriel (2013) in einer Untersuchung von 28 hessischen Städten und Gemeinden feststellen, dass die sozioökonomische Modernität (gemessen durch Indikatoren u. a. der Verstädterung, des Wohlstands, der Postindustrialisierung) mit dem Einfluss individueller, sozioökonomischer Ressourcen variiert. Auch Mobilisierungseffekte sind mit zunehmender sozioökonomischer Modernität stärker. Dies widerspricht zum Teil den Befunden aus US-Studien, dass sozioökonomische Heterogenität in lokalen Kontexten zur politischen Partizipation motiviert (Oliver 1999).

Es erscheint zunächst paradox, das Potenzial des Internets ausgerechnet auf der lokalen Ebene zu untersuchen, schließlich besteht die Möglichkeit der weltweiten Verbindung und damit der Überwindung nationaler Grenzen. Zugleich können Forschungsarbeiten identifiziert werden, die explizit politische Online-Partizipation auf der lokalen Ebene fokussieren, sowohl mit Bezug auf den deutschsprachigen (Rottinghaus und Escher 2020; Frieß und Porten-Cheé 2018; Datts und Schultze 2022) als auch internationalen Raum (Gustafson und Hertting 2017). Auch wird die lokale Ebene als demokratisches beziehungsweise partizipatorisches Experimentierfeld betrachtet (Geißel 2009). Für die Bundesrepublik liegen beispielsweise Daten zu Online-Partizipationsverfahren in Nordrhein-Westfalen vor, wonach etwa ein Drittel der Kommunen bereits Online-Beteiligungsverfahren durchgeführt hat (Steinbach et al. 2020; Schöttle 2019).

Unabhängig vom Partizipationsmedium des Internets ist eine Funktion der lokalen Beteiligung bereits als „Schule der Demokratie“ angeklungen. Auch bei Benjamin Barbers *Strong Democracy* wird der lokalen politischen Einheit das stärkste demokratische Potential zugeschrieben. Analytisch kann die „Schule der Demokratie“ als Overflow-Effekte übersetzt werden. Hiernach stellt sich die Frage, ob „lokal sozialisierte Einstellungen [...] für übergeordnete Ebenen der Politik fungieren können“ (Vetter 2002, S. 48). Unterstützung für diese These findet sich beispielsweise bei Angelika Vetter (2002). Die Autorin konnte in einer empirischen Studie einen Legitimationstransfer von „unten“ nach „oben“, also von der lokalen Ebene auf die nationale Ebene, aufzeigen sowie die lokale Ebene als „Quelle“ der politischen Kompetenzvermittlung unterstreichen (Vetter 2002, S. 194). Bezüglich der Kompetenzentwicklung zeigt sich ferner, dass die politische Selbstwirksamkeit einen wesentlichen Prädiktor für politischen Protest

auf der lokalen Ebene darstellt – zugleich die eigene Einflussmöglichkeit eher auf der lokalen Ebene überschätzt wird (Almond und Verba 1972; Petermann 2020; McDonnell 2020). Grundsätzlich können Unterschiede in der Wahrnehmung der politischen Kompetenz zwischen den politischen Ebenen festgestellt werden, wenngleich Kompositionseffekte ebenfalls eine Rolle spielen (van Deth 2013a, S. 293). Dennoch konstatiert Vetter:

*In ganz Europa fühlen sich die Bürger durchweg eher dazu in der Lage, auf lokaler Ebene gegen eine ungerechte Verordnung vorgehen zu können, als dies bei nationalen politischen Fragen der Fall ist. Dies dürfte nicht nur die Folge weniger komplexer lokaler Problemlagen und einfacherer Beteiligungsmöglichkeiten sein, sondern ebenso mit den direkteren Kontaktmöglichkeiten zwischen Bürgern und Politik auf lokaler Ebene zu tun haben (Vetter 2002, S. 192).*

Es gibt Hinweise, dass die lokale Ebene zur Mobilisierung politischer Partizipation beiträgt (Escher 2010; Gustafson und Hertting 2017; Petermann 2020; Datts und Schultze 2022). Ein zentrales Argument lautet, dass lokale Politik stärker im unmittelbaren Lebensumfeld der Bürger:innen stattfindet, was einen positiven Einfluss auf die individuelle Motivation zur Partizipation ausübt. So fällt der lokalen Ebene eine gesonderte Rolle bei der Online-Kontaktierung kommunaler Politiker:innen zu. Beispielsweise stellt Escher (2010) fest, dass Bürger:innen, die lokale Mandatsträger:innen über das Internet kontaktieren, sich in zentralen Merkmalen von den „üblichen Verdächtigen“ politischer Partizipation unterscheiden. Gründe für die stärkere Mobilisierung könnten in der niedrigeren Hemmschwelle liegen, eher Kontakt zu lokalen anstatt nationalen Politiker:innen zu suchen. Auch die Funktion als lokale Expert:in zu fungieren sowie eine höhere politische Selbstwirksamkeit kann sich motivierend auf die Online-Beteiligung auswirken (Gustafson und Hertting 2017; McDonnell 2020). Auf Grundlage der gleichen Stichprobe von 28 Gemeinden wie Gabriel (2013), kommt van Deth (2013a) allerdings zum Ergebnis, dass das politische Interesse nicht durch den Kontext beeinflusst wird. Weniger das unmittelbare Lebensumfeld als vielmehr individuelle Charakteristiken hängen mit einem ausgeprägten Interesse an Politik zusammen.

Aus der Perspektive von kommunaler Politik und Verwaltung können nicht nur positive Effekte der lokalen Beteiligung sondiert werden (Bogumil und Holtkamp 2006): Mit Bezug auf die kommunalpolitische Praxis zeigen Bogumil und Holtkamp (2006), dass zwar die demokratische Kontrolle durch Beteiligung zunimmt, zugleich jedoch die Handlungsspielräume, beispielsweise der kommunalen Verwaltung, abnehmen. Dies wird auch als Effektivitäts-Legitimations-Dilemma

bezeichnet: „Je stärker eine kommunale Demokratieform die Inputlegitimität steigert, desto problematischer fallen tendenziell die Leistungen auf der Outputseite aus und umgekehrt“ (Bogumil und Holtkamp 2006, S. 192). Virulent zeigt sich dieses Dilemmata bei Transformationsprozessen wie der Energiewende (Radtko 2022).

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





## Theorie – Die „guten Gründe“ politischer Online-Partizipation

# 3

*Since people cause pollution,  
we are told, people can stop pollution.  
The slogan seems to be logically impeccable –  
and yet it also seems specious. Why?  
(Russel Hardin, 1982)*

In *Collective Action* beschreibt Russel Hardin das trügerische Urteil, dass aus individueller Rationalität zwangsläufig auf kollektive Rationalität zu schließen sei (Hardin 1982). Auch wenn ein gesellschaftliches Interesse besteht, beispielsweise die fortschreitende Umweltverschmutzung zu stoppen oder Klimaziele umzusetzen, kann nicht angenommen werden, dass rationale Akteur:innen einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Es kann nicht einmal vorausgesetzt werden, dass Menschen mit ausgeprägtem Umweltbewusstsein zwangsläufig einen Teil zum Schutz der Umwelt beitragen (Best & Kroneberg, 2012; Thiel, 2020). Mancur Olson folgert, dass „rationale, im Eigeninteresse handelnde Individuen tatsächlich nicht so handeln, daß ihr gemeinsames oder Gruppeninteresse verwirklicht wird“ (2004, S. 2). Der Grund für diese Dilemmasituation liegt weniger im Umweltschutz per se als vielmehr in der Eigenschaft des Umweltschutzes als Kollektivgut. Die Eigenschaften eines Kollektivguts – nicht-Ausschließbarkeit und nicht-Rivalität – definieren die Ausgangsbedingung des *Free-Rider*-Motivs, die auch die theoretische Ausgangsbedingung der vorliegenden Arbeit kennzeichnet.

Denn nutzenmaximierende Akteur:innen ziehen es vor, von einem Kollektivgut zu profitieren, ohne zu dessen Herstellung beizutragen:

*Ein ‚Kollektivgut‘ ist definitionsgemäß ein Gut, das, wenn es einmal hergestellt ist, allen Mitgliedern einer Gruppe zugute kommt. Ein „Gut“ ist alles, was Nutzen stiftet. Ein Kühlschrank oder die Rechtsordnung eines Landes sind demnach Güter. Im Gegensatz zu Privatgütern (wie z. B. Kühlschränke) ist das Besondere von Kollektivgütern, daß Personen von ihrer Nutzung nicht ausgeschlossen werden können. Wenn z. B. jemand einen Kühlschrank gekauft hat, kann er andere von dessen Nutzung ausschließen. Wenn sich aber Personen z. B. erfolgreich für eine geringere Luftverschmutzung eingesetzt haben, dann können andere nicht von der „Nutzung“ der sauberen Luft ausgeschlossen werden. D.h. es profitieren auch die „Trittbrettfahrer“, die sich nicht engagiert haben (Opp und Finkel 2001, S. 75).*

In Bezug auf den Untersuchungsgegenstand politischer Partizipation, wiegt dieser Umstand umso schwerer, je geringer der individuelle Einfluss auf die Herstellung eines Kollektivguts ausfällt. So tendiert die Wahrscheinlichkeit mit der eigenen Wahlstimme einen signifikanten Einfluss auf das Wahlergebnis zu nehmen gegen null. Dies steht im theoretischen Widerspruch zum zentralen Definitionsmerkmal politischer Partizipation als die Intention, Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung auszuüben. Aus handlungstheoretischer Perspektive der RCT ist dieses Motiv defizitär (Verba et al. 1995, S. 21).

Es ist das vorrangige Ziel der Arbeit, politische Partizipation im Internet aus der Perspektive der *Rational Choice Theory* (RCT) zu untersuchen. Dazu wurde die Frage formuliert, unter welchen Bedingungen Bürger:innen an Online-Konsultationsverfahren teilnehmen. Zentral für die RC-Perspektive ist die Kennzeichnung politischer Partizipation als Mittel zur (direkten oder indirekten) Herstellung eines Kollektivguts (Verba et al. 1995, S. 99). Insofern erfüllen Partizipationsverfahren eine genuin politische Funktion, um individuelle oder kollektive Ziele oder Interessen zu erreichen (Steinbrecher, 2009, S. 64). Es stellt sich allerdings die Frage, ob Partizipationsverfahren selektive Anreize anbieten, das heißt, ob ein individueller Nutzen aus der Partizipation resultiert, der unabhängig von der Herstellung des Kollektivguts ist, um das Trittbrettfahrer:in-Motiv zu überwinden (Olson 2004). Damit ist auch das theoretische Ziel der vorliegenden Arbeit abgesteckt: Mittels der RCT werden notwendige als auch ausreichende Bedingungen des kollektiven Handelns offengelegt (Schnabel 2003, S. 22; Beyer und Schnabel 2017, S. 76). Diese Bedingungen wurden durch die Grundlagenforschung der vergangenen Jahrzehnte ausführlich bearbeitet (Hardin 1982; Schnabel 2003; Olson 2004). Nichtsdestotrotz ist festzustellen, dass prominente



Ansätze des wissenschaftlichen Diskurses, beispielsweise das sozioökonomische Standardmodell, eher implizit auf Bedingungen einer RCT verweisen, wie Steinbrecher (2009) in seiner Studie zur politischen Partizipation anmerkt:

*Insofern unterstellt eine große Mehrheit der Arbeiten zur Erforschung politischen Partizipationsverhaltens den politisch Aktiven rationales Verhalten, ohne in der Regel die Voraussetzungen und Konsequenzen dieser Rationalität ausführlich zu erläutern (Steinbrecher, 2009, S. 64).*

Die Theoriebildung sieht vor, zunächst Prämissen einer RCT kritisch zu diskutieren. Um Redundanzen mit der Grundlagen- und Einführungsliteratur zu vermeiden, werden lediglich die für die weitere Theoriearbeit wesentlichen Aspekte behandelt. Hiernach werde ich auf etablierte Erklärungsfaktoren der Partizipationsforschung entlang des *Civic Voluntarism Models* (CVM) blicken. Durch die Dimensionen der partizipationsrelevanten Ressourcenausstattung und spezifischen politischen Prädispositionen können so die „üblichen Verdächtigen“ politischer Partizipation identifiziert werden. Anschließend wird ein Perspektivwechsel eingeleitet: Während das CVM auf Restriktionen basiert, werden nun die individuellen Vorteile, Nutzen und Präferenzen der politischen Partizipation unter dem Dach der *Collective Action*-Ansätze betrachtet. Es wird argumentiert, dass positive und negative Anreize hinreichende Partizipationsmotive aktivieren können, um das Trittbrettfahrer:in-Motiv zu überwinden. Die Theoriebildung endet mit einer Synthese der diskutierten Erklärungsmodelle und der Ableitung entsprechender Hypothesen, wonach Restriktionen, Präferenzen oder das Zusammenspiel von Restriktionen und Präferenzen die Teilnahme an Online-Partizipationsverfahren erklären. Hierdurch wird der Bedingung Rechnung getragen, dass das Handeln eingebettet in Opportunitäten und Restriktionen ist. Da Opportunitäten und Restriktionen nicht gleichverteilt sind, kann der Zusammenhang zur Mobilisierungs- oder Normalisierungsthese hergestellt werden.

### 3.1 Theoretische Reflexion eines rationalen Handlungsmodells

Der Anfangspunkt der theoretischen Reflexion ist durch eine Auseinandersetzung mit grundlegenden Annahmen einer *Rational Choice Theory* gekennzeichnet. Keineswegs handelt es sich bei RC-Theorien um einen homogenen Theorieansatz (Kroneberg 2011, S. 42; Schnabel 2005, S. 278). Vielmehr wurden in den vergangenen Jahrzehnten kontroverse Diskussionen über mehr oder weniger restriktive Modellannahmen und -erweiterungen geführt (Diekmann und Voss 2018). Gemeinsamkeit der RC-Theorie(n) ist die direkte oder indirekte Bezugnahme auf ein utilitaristisches Gesellschaftsverständnis, das Akteur:innen als rational, individuell nutzenmaximierend begreift. Der Philosoph Thomas Hobbes zählt zu den frühen Wegbereitern eines Verständnisses von Handeln im Eigennutz und skizziert im „Leviathan“ den Naturzustand als soziales Dilemma (Voss 2020, S. 4–5). Selbstredend wurde dieses Verständnis nicht unhinterfragt übernommen. Bei Talcott Parson findet sich bereits Kritik am utilitaristischen Fundament einer rationalen Handlungstheorie, die im Wesentlichen auf materiellen Eigeninteressen rekurriert und beispielsweise soziale Normen vollständig ignoriert (vgl. Tutić 2020, S. 89). Das utilitaristische Verständnis von Gesellschaft wurde implizit bereits mit der Diskussion einer Minimaldefinition der Demokratie bei Joseph Schumpeter und Anthony Downs bearbeitet. Festzuhalten bleibt aber die Anmerkung von Voss, dass Parson trotz Kritik am Akteurstypen, das von Hobbes identifizierte Kooperationsproblem als „Prüfstein jeder Sozialtheorie“ würdigt (Voss 2020, S. 5). An diesem „Prüfstein“ werde ich ebenfalls die theoretische Diskussion über kausale Mechanismen des individuellen Handelns ausrichten. Trotz Differenzierungstendenzen können drei Axiome eines Rationalitätsbegriffs identifiziert werden, die Handeln aus individueller Perspektive in das Zentrum der Erklärung rücken und den „nomologischen Kern“ der RCT kennzeichnen (Opp 1999, S. 173):

- Präferenzen: Handeln hat das Ziel, Präferenzen umzusetzen.
- Restriktionen: Handeln zur Umsetzung von Präferenzen unterliegt Opportunitäten und Einschränkungen.
- Nutzenmaximierung: Unter Opportunitäten und Einschränkungen wird diejenige Handlung ausgeführt, die Präferenzen am besten umsetzt.

Die theoretische Arbeit folgt demnach einer handlungstheoretischen Prämisse einer rationalen Entscheidung, das heißt einer Entscheidung, die 1) durch die Umsetzung von Präferenzen motiviert ist, die 2) von Restriktionen bedingt ist

und 3) einer Nutzenmaximierung, das heißt, einer Kosten-Nutzen-Kalkulation unterliegt. Aus lediglich drei Axiomen können bereits allgemeingültige und konkrete Annahmen über Handeln abgeleitet und formuliert werden: So lautet die vorläufige Entscheidungsregel, dass unter zwei Handlungsalternativen diejenige Handlung ausgeführt wird, die mit dem größeren Nutzen abzüglich der Kosten einhergeht. Die Auswahl einer Handlungsalternative ist demnach rational, wenn das Handeln übereinstimmend mit den Kernannahmen erfolgt (Diekmann und Voss 2018, S. 675). Während Variationen jeweiliger RC-Modelle diese Kernannahmen teilen, sind weiterführende Zusatz- beziehungsweise Hilfsannahmen notwendig, um Präferenzen und Restriktionen zu spezifizieren (Bamberg et al. 2008, S. 143). Eine bekannte (und zugleich kontroverse) Spezifizierung erfolgt entlang des *homo oeconomicus* durch den neoklassischen und ökonomischen Ansatz der RCT.

### 3.1.1 Eine „enge“ RC-Version

In der neoklassischen oder „engen“ RCT wird Handeln auf zwei Determinanten zurückgeführt: Präferenzen und Restriktionen (Opp 1983). Präferenzen spiegeln individuelle Bedürfnisse, Werte, Interessen, Ziele oder – formalisiert – Nutzen wider. Dagegen kennzeichnen Restriktionen die Beschränkungen, Hindernisse oder – formalisiert – Kosten zur Umsetzung von Präferenzen (Opp 1983, S. 32–33).<sup>1</sup> Mit der engen Definition ist stark das Menschenbild des *homo oeconomicus* verknüpft, charakterisiert durch beständige, transitive, monetär-egoistische Präferenzen sowie einer vollständigen Informiertheit über die Umwelt, vergangenes sowie zukünftiges Handeln (Kroneberg und Kalter 2012). Als „methodologische Regel“ (Kroneberg 2011, S. 45) wird Handeln zunächst einzig auf objektive Restriktionen wie Einkommen oder Bestrafungen zurückgeführt. Der *homo oeconomicus*, perfekt informiert und strikt an ökonomischen Präferenzen orientiert, trifft seine Entscheidung (beispielsweise bei der Verkehrsmittelwahl) aufgrund objektiver Restriktionen wie Zeit- oder Geldressourcen mit dem Ziel der Wohlstandsmaximierung. Auf dieser Argumentation baut die klassische Verhaltensökonomie auf, um Handeln durch entscheidungsrelevante Anreize zu erklären. Anreize können demnach den Handlungsnutzen zugunsten einer Handlungsalternative erhöhen. Klassische Beispiele für verhaltensökonomische Anreize sind

---

<sup>1</sup> Es ist ein grundsätzliches Problem der RCT, dass wesentliche Begriffe nicht streng definiert und dadurch nicht abgrenz-, aber austauschbar sind. Dylla (2007) spricht auch von einem „begriffliche[n] Chaos“.

Kaufprämien (z. B. für Elektro-Fahrzeuge) oder Steuererhöhungen (z. B. Tabaksteuer). Während erstes Beispiel den Kaufanreiz oder den individuellen Nutzen erhöht, sinkt der Anreiz zum Kauf von Tabak durch höhere Kosten. Die Annahmen, Handlungsvariation über Veränderungen der Anreizstruktur zu erklären, ist eng mit der neoklassischen Preistheorie der Chicagoer Schule verknüpft (Herfeld 2020, S. 72–77).

Für die vorliegende Arbeit kennzeichnet ein anreiz- und zielgerichtetes Handeln eine wesentliche Prämisse der theoretischen Argumentation. Dies impliziert den ökonomischen Ansatz Gary S. Beckers (1965; 1977), wonach Handeln als Funktion zur Nutzenproduktion zu verstehen ist. Auf den Akteurstypen des *homo oeconomicus* angewandt, ist die Nutzenfunktion durch striktes Eigeninteresse definiert: „Akteure sind ausschließlich durch den eigenen materiellen Gewinn motiviert („Nutzen = eigenes Geld“) und mehr Geld ist besser als weniger Geld“ (Ockenfels und Raub 2010, S. 123). Becker geht im ökonomischen Ansatz von drei Rationalitätsprinzipien aus: 1) Nutzenmaximierung, 2) Marktgleichgewicht und 3) Präferenzstabilität (Becker 1976, S. 5). Von Interesse ist insbesondere die Annahme der Präferenzstabilität. Hierdurch ist verankert, dass Menschen über eine universelle Bedürfnisstruktur verfügen, daraus folgt, dass über Gruppen, Status, Geschlecht usw. hinweg eine Präferenzhomogenität vorliegt. Die Erklärung von Handlungsvariationen erfolgt hiernach stets aufgrund unterschiedlicher Restriktionen (Stigler und Becker 1977, S. 76; Tranow 2012, S. 147). Die zentralen Positionen einer engen RCT können wie folgt zusammengefasst werden (Bamberg et al. 2008, S. 144):

- Präferenzen sind stets am Eigennutz orientiert, universell und über die Zeit stabil.
- Präferenzen sind nicht handlungsrelevant.
- Objektive Restriktion sind handlungsrelevant.
- Menschen sind objektiv und vollständig informiert.

Das erste Argument zur Lösung des Kollektivgutproblems liegt in der Betrachtung selektiver Anreize und steht in verhaltensökonomischer Tradition einer engen RCT. Olson (2004) erklärt die Mitgliedschaft in politischen Organisationen als Nebenprodukt der selektiven Anreize. Das durchaus kontroverse Argument zur Lösung des Kollektivgutproblems lautet, dass zwar das primäre Ziel einer Gewerkschaft höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen darstellt (hier könnte man auch von kollektiven Interessen sprechen), diese aber nur als Nebenprodukt entstehen. Die Arbeiter:innen organisieren sich nicht, um

ein kollektives Interesse durchzusetzen, sondern weil sie individuell von der Mitgliedschaft, in Olsons Terminus selektiven Anreizen, profitieren. Erst selektive Anreize motivieren dazu, einen Beitrag zu einem Kollektivgut zu leisten. Und erst die Bereitschaft einen Teil der Organisationskosten zu tragen, ermöglicht in der Konsequenz die Umsetzung eines Kollektivguts beziehungsweise kollektiven Interesses. Die Umsetzung eines primären Ziels, von einer Gewerkschaft oder jeder anderen Organisation oder Gruppe, die Kollektivgüter herstellt, ist demnach ein Nebenprodukt der selektiven Anreize. Anreize können nach klassischer verhaltensökonomischer Argumentation einen positiven Einfluss auf den individuellen Nutzen einer Handlungsalternative ausüben, sodass es rational begründbar ist, die Kosten einer Handlungsalternative zu tragen. Die grundlegende Definition (selektiver) Anreize basiert auf dieser Annahme. Anreize sind allerdings nur entscheidungs- beziehungsweise handlungsrelevant, wenn sie nur denjenigen – selektiv – zur Verfügung stehen, die auch tatsächlich zur Herstellung eines Kollektivguts beitragen. In Anbetracht des Forschungsinteresses an politischen Online-Konsultationsverfahren stellt sich die Frage, welche selektiven Anreize durch das Partizipationsverfahren zur Verfügung gestellt werden können, von denen nur diejenigen profitieren, die auch tatsächlich am Beteiligungsverfahren partizipieren.

Zu den jeweiligen Positionen, die eine enge Version der RCT konstituieren, könnten nun eine Vielzahl an Kritiken, Ergänzungen oder Erweiterungen diskutiert werden (Green und Shapiro 1999; Mansbridge 1990). Ich möchte mich allerdings zunächst auf das spezifische Phänomen politischer Partizipation beschränken. Hauptkritik an einer engen Auffassung der RCT arbeitet sich insbesondere an der Erklärung von Handeln außerhalb eines ökonomischen Marktes ab (Kroneberg, 2011, S. 46). So kann eine enge RCT nicht widerspruchsfrei kollektives Handeln vorhersagen, das heißt theoretische Annahme und empirische Beobachtung weichen substantziell voneinander ab. Wenn allerdings die Zusatzannahme, insbesondere monetär-egoistische Präferenzen, unter den Bedingungen eines Marktes, aber nicht unter Bedingungen eines nicht-ökonomischen Marktes, das Verhalten des *homo oeconomicus* erklärt, dann, so der Vorwurf, muss die RCT den Anspruch einer umfänglichen Sozialtheorie aufgeben (Brennan und Lomasky 1997, S. 9; Klein 2002, S. 26). Diese Diskrepanz kann insbesondere bei der Wahlteilnahme beobachtet werden, die im nachfolgenden Exkurs thematisiert wird.

### 3.1.2 Exkurs: Das Wahlparadox

Deutlich wird die Problematik bei einem Blick auf die Wahlforschung: Wie durch William H. Riker und Peter C. Ordeshook (1968) im „Wahlparadox“ dargestellt, tendiert die Chance, durch die Abgabe der Stimme Einfluss auf das Wahlergebnis zu nehmen, gegen Null. Formalisiert lässt sich die Entscheidung zur Wahlteilnahme wie folgt darstellen (Riker und Ordeshook 1968; Facchini und Jaeck 2021):

$$R = PB + D - C > 0 \quad (3.1)$$

Die Handlungsentscheidung beziehungsweise der erwartete Nutzen (R) ergibt sich aus dem Produkt des instrumentellen Nutzens (B) mit der Wahrscheinlichkeit des Nutzeneintritts (P). Da der Nutzeneintritt – als die Chance, dass die eigene Wahlstimme einen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang nimmt und so der Parteienpräferenz realisiert wird – in der Regel unwahrscheinlich ist (was insbesondere bei einem großen Elektorat auftritt), ist der instrumentelle Handlungsanreiz zur Wahl defizitär. Da der Wahlakt mit einem Minimum an Kosten (C) verbunden ist, wie der Anreise zum Wahllokal, ist die Handlungsalternative der Wahlenthaltung nutzenmaximierend. Dieser Befund hat weitreichende Konsequenzen für eine enge Version der RCT. Schließlich nehmen an demokratischen Wahlen die Bürger:innen mehrheitlich teil.<sup>2</sup> Riker und Ordeshook (1968) schlagen zur Auflösung des Paradoxons den D-Term vor, wonach Wähler:innen einen nicht-instrumentellen Nutzen aus dem Wahlakt ziehen – unabhängig von den Konsequenzen eines Wahlergebnisses. Die wesentlichen Variablen eines Nutzens sind demnach der nicht-instrumentelle Nutzen D und die Kosten zur Teilnahme C (Facchini und Jaeck 2021):

$$R = D - C \quad (3.2)$$

Hierzu werden beispielsweise intrinsische Motive aufgeführt, deren Befriedigung sich aus dem Wahlakt heraus realisieren lassen. Gründe zum Wählen können hiernach bereits aus dem Wunsch resultieren, im Einklang mit normativen Erwartungen einer staatsbürgerlichen Pflicht zu handeln (vgl. Klein, 2002, S. 36; vgl. Riker & Ordeshook, 1968, S. 28). Eine formalisierte Theorie eines outcome-unabhängigen Nutzens findet sich auch bei Geoffrey Brennan und Loren Lomasky

---

<sup>2</sup> Downs spricht hierbei auch von einer „rationalen Ignoranz“ der Wähler:innen (Downs, 1957).

(1997), die einen nicht-instrumentellen, im entsprechenden Terminus „expressiven“ Nutzen einführen. Ein „expressiver“ Nutzen wird dabei nicht nur zur Erklärung der Wahlbeteiligung, sondern auch für die Wahlentscheidung – unabhängig eines instrumentellen Nutzens – aufgeführt (Schuessler 2000; Klein 2002). Kollektives Handeln fungiert hierbei nicht als Mittel zum Zweck, sondern aus einem Selbstzweck heraus.

### 3.1.3 Eine „weite“ RC-Version

Das Argument, dass Handeln ausschließlich aus egoistisch-materieller Motivation erfolgt, erreicht bei der Wahlteilnahme seine Grenzen (siehe Abschnitt 3.1.2). Restriktive Hilfsannahmen (z. B. streng monetär-egoistische Präferenzen) werden in der nunmehr diskutierten „weiten“ RC-Version sukzessive aufgeweicht oder ganz aufgehoben (Kroneberg 2011, S. 45). Hierdurch ist es möglich, Handeln im Eigeninteresse zu verstehen, das nicht unmittelbar dem Eigennutz dient (Opp 1999, S. 173). In der Forschungsliteratur finden sich unterschiedliche Typologien zu Handlungsmotiven. Diese gehen über eine streng egoistisch-materielle Motivation hinaus und diskutieren beispielsweise hedonistische, altruistische oder normative Motive (Lindenberg 2001b, 2008; Tranow 2014; Kroneberg und Kalter 2012).

Folgende Proposition ist für die weitere Argumentation zentral: In einer engen Version der RCT werden Präferenzen als nicht-variable betrachtet, sodass Handeln lediglich über variierende Restriktionen erklärt wird. Konträr hierzu wird in einer weiten RCT argumentiert, dass Restriktionen, Präferenzen oder das Zusammenspiel zwischen Restriktionen und Präferenzen Handeln bedingt (Opp 1999, S. 175; Bamberg et al. 2008, S. 145). Welcher Mechanismus zutrifft, muss dabei empirisch überprüft werden: „Aus Sicht der weiten RCT-Version ist es deshalb immer eine empirische Frage, ob eine Verhaltensänderung das Resultat einer Veränderung von wahrgenommenen Restriktionen, Präferenzen oder einer Kombination beider Prozesse ist“ (Bamberg et al. 2008, S. 145). An dieser Stelle ist vorwegzunehmen, dass die Grundannahmen einer weiten RCT keine Aussagen über die Spezifizierung von Restriktionen oder Präferenzen trifft (Bamberg et al. 2008, S. 143; Tranow 2012, S. 143–145). Hierzu müssen theoretische Erklärungsmodelle aufgenommen werden, um zu eruieren, welche Ziele oder Interessen Bürger:innen durch Partizipation verfolgen.

Während engdefinierte Annahmen über Präferenzen und Restriktionen die ökonomische Forschungsliteratur kennzeichnen, finden sich vielfache Anwendungen der weiten RCT und entsprechende Spezifizierungen von Hilfsannahmen in

soziologischen Fragestellungen (Tranow 2012; Kroneberg 2011; Schnabel 2003). Schnabel (2003) zeigt beispielsweise, wie Emotionen in eine RCT integriert werden, um Kollektivgutprobleme in sozialen Bewegungen, wie der Frauenbewegung, zu überbrücken. Entscheidend ist hierbei, objektive Erwartungen über den Eintritt von Handlungskonsequenzen durch subjektive Erwartungen zu ergänzen. In der soziologischen Forschung ist insbesondere die Wert-Erwartungstheorie beziehungsweise SEU-Theorie (engl. *subjective expected utility*) prominent vertreten, um die Nutzenfunktion zu spezifizieren:

*Die SEU-Theorie besagt, dass unter mehreren Handlungsalternativen diejenige gewählt wird, von welcher der Akteur den höchsten Nettonutzen erwartet. Der Nettonutzen  $NN$  einer Handlungsalternative  $j$  wiederum kann als Summe der (Teil)Erwartungsnutzen aller Konsequenzen  $i$ , die der Akteur als Folge einer Entscheidung perzipiert, berechnet werden. Der (Teil)Erwartungsnutzen einer einzelnen Handlungskonsequenz ergibt sich als Produkt aus der Wahrscheinlichkeit  $p_i$ , dass die Konsequenz eintritt, und dem Nutzen  $U_i$  dieser Konsequenz (Best 2007, S. 187).*

Dabei ist stets zu beachten, dass Handlungsalternativen in Konkurrenz zueinander stehen, da für jede Handlung endliche Güter investiert werden müssen. Politische Partizipation, die qua Definition freiwillig erfolgt, konkurriert hiernach mit anderen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung: Gerade im Internet erscheint die Frage nach Opportunitätskosten offen, schließlich ist die Konkurrenz der Aufmerksamkeitsökonomie, auf der beispielsweise die kommerziellen sozialen Medien basieren (Montag 2022), groß. Entscheidend ist allerdings, dass nicht die objektiven Erwartungen, sondern die Gewichtung mit subjektiven Erwartungen multipliziert wird. Dadurch kann theoretisch eine Über- oder Unterschätzung von möglichen Folgen einer Handlung in die Nutzenfunktion integriert werden.<sup>3</sup>

Es besteht ein Zusammenhang zum Erkenntnisinteresse divergierender Fragestellungen, die sich in den jeweiligen Disziplinen – Ökonomie und Soziologie – unterscheiden. So verortet Max Weber den Idealtypus des zweckrationalen Handelns in erster Linie auf einem ökonomischen Markt, die Erklärung außerhalb des ökonomischen Markts bedarf weiterer Handlungsmotive (Herfeld 2020, S. 80). Olson thematisiert ausführlich die Grenzen einer ökonomischen Erklärung hinsichtlich nicht-wirtschaftlicher Lobby-Organisationen (Olson 2004, S. 156–163). Auch Opp argumentiert, dass die Erklärung von Verhaltensvariationen stets auf das zu erklärende soziale Phänomen fokussiert sein muss (1999, S. 181).

---

<sup>3</sup> Die Hinzunahme subjektiver Wert-Erwartungen ist die eigentliche Herausforderung einer engen RCT, da die Annahme einer Entscheidung unter vollständiger Information aufgelöst wird. Vollständige Information ist hierbei als korrekte Kalkulation, beispielsweise der korrekten Einschätzung des eigenen Beitrags zur Herstellung eines Kollektivguts, zu verstehen.



Im Sinne der vorliegenden Arbeit kennzeichnet die Teilnahme an politischen Online-Konsultationsverfahren die zu erklärende Handlung, Erklärungsanomalien wie das diskutierte Wahlparadox fallen demnach stärker ins Gewicht, zumindest stärker als beispielsweise bei der Erklärung anderer Phänomene, wie Handeln auf einem ökonomischen Markt. Ob nun eine enge oder weite RCT eine adäquate Erklärung von Handeln darstellt, hängt vom spezifischen Erkenntnisinteresse und der Fragestellung ab. In einer experimentellen Interventionsstudie zur Verkehrsmittelwahl konnten Bamberg et al. (2008) beispielsweise zeigen, dass restriktive Annahmen zu falschen Vorhersagen führen und dass Verkehrsmittelattribute wie „zuverlässig“ oder „stressfrei“ einen Einfluss auf die Verkehrsmittelwahl ausüben. Die zentralen drei Positionen einer weiten RCT in Abgrenzung zur engen RCT können wie folgt zusammengefasst werden (Bamberg et al. 2008, S. 145):

- Nicht ausschließlich Restriktionen, sondern auch Präferenzen oder das Zusammenspiel beider kann Handeln erklären.
- Sowohl die objektive als auch subjektive Bewertung von Handlungskonsequenzen ist entscheidungsrelevant.
- Menschen sind nicht zwangsläufig vollständig informiert.

Auf den nomologischen Kern der RCT bezogen, wird nicht die Prämisse der Nutzenmaximierung verhandelt,<sup>4</sup> sondern Annahmen über Präferenzen und Restriktionen erweitert. Dies entspricht einer Spezifizierung der Zusatzannahmen (Bamberg et al. 2008). Die Intuition des Arguments einer weiten Version der RCT lautet wie folgt: Handeln ist nicht ausschließlich auf eine strenge Mittel-Zweck-Kalkulation zurückzuführen, sondern kann auch aus einem Selbstzweck heraus resultieren. Kroneberg (2011, S. 46) weist aus dieser Perspektive auf den Konsumnutzen einer Handlung hin, der unabhängig von einem Kollektivgut realisiert wird. Dieser Konsumnutzen wurde im erweiterten Modell von Riker und Ordeshook (1968) aufgezeigt, indem die Wahlteilnahme als Erfüllung einer bürgerschaftlichen Pflicht zu betrachten ist. Instrumentelle Handlungsmotive werden demnach durch nicht-instrumentelle Handlungsgründe erweitert (Kroneberg 2011, S. 45). Innerhalb der RCT ist es also durchaus möglich, Online-Partizipation nicht ausschließlich als Mittel-zum-Zweck, sondern auch als Selbstzweck zu verstehen. Während sich der *homo oeconomicus* auf der Annahme der Präferenzhomogenität stützt, ist es durch die weite RCT möglich zu untersuchen, ob Bürger:innen

---

<sup>4</sup> Dies ist nur insofern korrekt, wenn Erkenntnisse zur „begrenzten Rationalität“ oder *Framing*-Effekte nicht weiter betrachtet werden. Eine zentrale Rolle spielt dabei die vollständige Informiertheit über Handlungskonsequenzen sowie eine Abgrenzung zur Nutzenmaximierung, siehe Simon 1985; Tversky und Kahneman 1981.

unterschiedliche Interessen und Ziele mit der Partizipation verfolgen und wie die Realisierung dieser Ziele einen Einfluss auf die Partizipationsbereitschaft ausübt.

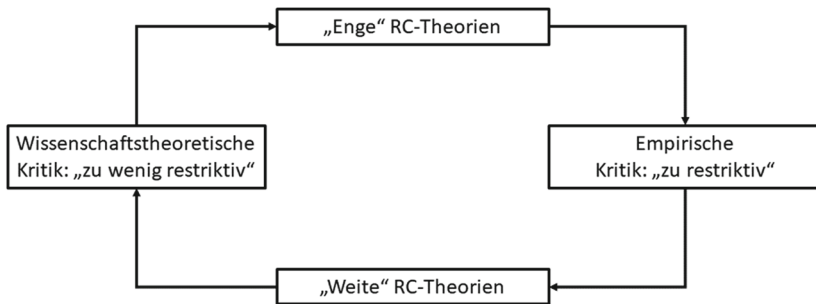
Zugleich sieht sich auch eine weite Version der RCT vielfältiger Kritik ausgesetzt (für einen Überblick u. a. Opp (1999)). Am schwersten wiegt hierbei, dass Präferenzen oder Interessen nicht mehr logisch eingegrenzt werden können, weshalb die Theorie nicht mehr falsifizierbar und tautologisch sei (Green und Shapiro 1999). Tatsächlich ist zu akzeptieren, dass durch die weite RCT unzählige Gründe, Interessen oder Ziele potenziell Handeln erklären. Dieser Kritik kann gewissermaßen nur der Ansatz entgegengehalten werden, Motive aus dem zu erklärenden Handeln abzuleiten, das heißt sich auf ein spezifisches Phänomen zu beschränken und die bisherige empirische Evidenz zu nutzen, um explorativ relevante Erklärungsfaktoren zu identifizieren (Opp 1999, S. 184).

### **3.1.4 Zusammenfassung: Die „Zwickmühle“ der Kritik**

Zusammenfassend findet sich in den klassischen verhaltensökonomischen Ansätzen der engen RCT eine verengte Perspektive auf Präferenzen und Restriktionen als Verhaltensdeterminanten. Während Präferenzen sich in erster Linie in monetären Einheiten offenbaren, werden variierende Restriktionen zur Erklärung von Verhalten hinzugezogen. Prominenteste Lösung des Kollektivgutproblems besteht dabei in Olsons (2004) Ableitung selektiver Anreize, von denen nur diejenigen profitieren, die auch tatsächlich einen Beitrag zur Herstellung eines Kollektivguts leisten. Allerdings scheitern Vorhersagen einer engen Version der RCT außerhalb eines ökonomischen Marktes am empirisch beobachtbaren Verhalten, wie am Beispiel des Wahlparadoxons aufgezeigt. Die vorliegende Arbeit fokussiert deshalb eine weite Version der RCT, was ebenso einem gängigen Vorgehen innerhalb der Partizipationsforschung entspricht (Opp 1999; Dinas und Gemenis 2013). Es wird also davon ausgegangen, dass nicht nur Restriktionen, sondern auch die Realisierung von Präferenzen Einfluss auf eine Handlungsentscheidung ausüben oder eine Interaktion zwischen Restriktionen und Präferenzen besteht. Ein zentraler Fokus der Arbeit liegt dabei auf der Annahme der Präferenzheterogenität, das heißt, dass unterschiedliche Ziele, Interessen oder Bedürfnisse mit der Online-Partizipation einhergehen (Bamberg et al. 2008; Opp 1999).

Kritikpunkte variierender Tragweite konnten sowohl für die enge als auch für die weite Version der RCT aufgezeigt werden. Während Grundannahmen geteilt werden, kennzeichnet die Ausgestaltung der Hilfsannahmen die wesentlichen Unterschiede beider Perspektiven: Einerseits können monetär-egoistische Präferenzen spezifisches Handeln nicht erklären. Andererseits ist eine Integration

sozialer oder nicht-instrumenteller Präferenzen dem Vorwurf der Inhaltsleere ausgesetzt. Kroneberg (2011) spricht dabei auch von einer „Zwickmühle der Kritik“ (S. 47, Abbildung 3.1), um sowohl die empirische als auch wissenschaftstheoretische Kritik einzuordnen.



**Abbildung 3.1** „Zwickmühle der Kritik“ Übernommen von Kroneberg (2011, S. 47)

Insgesamt dürfte zur Erklärungsstärke und Prominenz im Forschungsdiskurs der RCT beigetragen haben, dass unterschiedliche Autor:innen nicht ausschließlich Befunde bei der Theoriebildung berücksichtigen, die spezifische Annahmen bestätigen, sondern eben auch Erklärungsanomalien integrieren, die konträr zur Theorie stehen. So folgert Opp, dass enge und weite Versionen der RCT nicht in Konkurrenz zu sehen sind, vielmehr handelt es sich bei der engen RCT um einen „Spezialfall“ der weiten Version der RCT (Opp 2018, S. 66). Selbstredend ist dies ein Urteil zugunsten einer weiten RCT.

Das Argument zur Erklärung politischer Online-Partizipation lässt sich wie folgt zusammenfassen: Eine Handlungsentscheidung basiert auf der Antizipation einer Situation, Handlungskonsequenzen werden entsprechend der individuellen Präferenz sowie der Eintrittswahrscheinlichkeit der Handlungskonsequenz evaluiert. Die Selektion einer Handlungsalternativen erfolgt nach einer nutzenmaximierenden Entscheidungsregel. Die (subjektiven oder objektiven) Eintrittswahrscheinlichkeiten gleichen dabei den (subjektiven oder objektiven) Handlungsrestriktionen (Opp 2018, S. 72). Je stärker die positive Evaluation der Handlungskonsequenz, desto größer die Wahrscheinlichkeit einer spezifischen Handlungswahl. Hierdurch sind allerdings weder Aussagen über die Prävalenz spezifischer Handlungsanreize noch zum Einfluss auf die tatsächliche Partizipation möglich. Aus der Diskussion wird demnach deutlich, dass zusätzliche

Erklärungsmodelle für die Untersuchung politischer Partizipation im Internet benötigt werden.

---

### **3.2 Erklärungsmodelle politischer Online-Partizipation**

Im vorherigen Kapitel wurden Prämissen der RC-Theorie vorgestellt. Dies führte zur analytischen Unterscheidung zwischen einer engen und einer weiten Version der RCT. Beide Varianten sehen sich mit vielfältigen Kritikpunkten konfrontiert, die empirische Untersuchung politischer Online-Partizipation kann hierbei einen Hinweis zum Erklärungsgehalt beitragen. Dieses Kapitel hat das Ziel, zwei Erklärungsansätze politischer Partizipation vorzustellen, die auf zentralen Annahmen der RCT basieren. Hierbei handelt es sich um Ansätze aus der *Collective Action* (CA) Forschung (siehe Abschnitt 3.2.2), die auf positive und negative Partizipationsanreize fokussieren sowie das *Civic Voluntarism Model* (CVM) (siehe Abschnitt 3.2.1), das den prominentesten Erklärungsansatz der Partizipationsforschung kennzeichnet (Verba et al. 1995). Im Vergleich zu den CA-Ansätzen, die auf den individuellen Nutzen rekurren, betrachtet das CVM die Kosten-Seite einer Handlung. Das CVM fungiert einerseits als Nullmodell und zur Herleitung von Drittvariablen, um die Güte eines alternativen Erklärungsansatzes zu überprüfen. Andererseits ist davon auszugehen, dass die Prävalenz positiver und negativer Anreize in der Sozialstruktur verankert ist. Hierfür wird auf die Merkmale der „üblichen Verdächtigen“ rekurriert (siehe Abschnitt 1.2 und Abschnitt 2.3.2), die im Sinne des CVMs über eine partizipationsrelevante Ressourcenausstattung und politische Motivation verfügen. Die „üblichen Verdächtigen“ politischer (Online-) Partizipation sind hiernach über eine hohe formale Bildung und ein hohes politisches Interesse charakterisiert.

#### **3.2.1 Warum Bürger:innen nicht partizipieren**

Mit Verba und Nie (1972) rückt der sozioökonomische Status in den Vordergrund der Erklärung. Die Erklärung politischer Partizipation auf Grundlage der sozioökonomischen Position bezieht sich indirekt auf die Ressourcenmobilisierungstheorie, wie sie insbesondere zur Erklärung sozialer Bewegungen aufgeführt wird (Beyer und Schnabel 2017, S. 66). Die Kritik am Ressourcenmobilisierungsansatz lässt sich auf die Erklärung des sozioökonomischen Standardmodells

übertragen: Hiernach fehlt es an einem theoretisch begründeten Zusammenhang zwischen der sozialen Position und politischer Partizipation (Verba et al. 1995, S. 281; Schnabel 2003, S. 20). Diese theoretische Problemstellung führt etwa zwei Jahrzehnte später zur Entwicklung des *Civic Voluntarism Models (CVM)*, das die (nicht-) Beteiligung pointiert auf drei Erklärungsfaktoren zurückführt: Die individuelle Ressourcenausstattung, die sich maßgeblich in Zeit, Geld und *Civic Skills* manifestiert, die politische Involvierung, wie das politische Interesse oder Selbstwirksamkeit, und die Mobilisierung durch persönliche Netzwerke oder Organisationen (Verba et al. 1995; Schlozman et al. 2018). Auf diese drei Erklärungsfaktoren rekurriert die prominente Verba'sche Formel, warum Bürger:innen politisch nicht partizipieren: „because they can't; because they don't want to; or because nobody asked“ (Verba et al. 1995, S. 15).

Der erste Erklärungsfaktor bezieht sich auf den sozioökonomischen Status (SES) operationalisiert als individuelle Ressourcenausstattung. Durch die Ableitung der partizipationsrelevanten Ressourcen – Zeit, Geld und *Civic Skills* – aus dem sozioökonomischen Status, spezifizieren Verba et al. (1995) den Zusammenhang zwischen sozialer Position und Partizipation. Sozioökonomischer Status und Ressourcenausstattung können dabei stärker (z. B. Geld) oder schwächer zusammenhängen (z. B. Zeit) (Verba et al. 1995, S. 282). Schließlich ist es nicht möglich, an Konsultationsverfahren teilzunehmen oder per E-Mail Abgeordnete zu kontaktieren, ohne die entsprechende Zeit aufzuwenden, die wiederum für die Arbeit oder Erholung fehlt. Zugleich kosten Mitgliedschaften in Parteien oder finanzielle Spenden Geld, das für den eigenen Lebensunterhalt nicht mehr zur Verfügung steht. Notwendigerweise müssen Bürger:innen auf ein Mindestmaß dieser (partizipationsrelevanten) Ressourcen zurückgreifen können, um zu partizipieren. Zugleich geht die politische Partizipation mit spezifischen Fähigkeiten (*Civic Skills*) einher. Wer über diese Fähigkeiten verfügt, verringert den individuellen Aufwand beispielsweise bei der Formulierung von Briefen an Abgeordnete oder Kommentaren in Online-Foren (Verba et al. 1995, S. 280).

Der Zusammenhang zwischen der individuellen Ressourcenausstattung und politischer Partizipation prägt bis in die Gegenwart den wissenschaftlichen Diskurs und die empirischen Befunde (siehe Abschnitt 2.3.2). Ressourcen werden im CVM als Minimalvoraussetzung politischer Partizipation betrachtet und spezifizieren den Zusammenhang zur sozialen Position, denn Voraussetzungen der Ressourcenausstattung werden in der Sozialisation sowie in der späteren institutionellen oder organisationalen Zugehörigkeit (Sekundärsozialisation) bestimmt (Verba et al., 1995, S. 3–4). Sodann gilt auch Bildung als wesentliche Ressource politischer Partizipation (Gabriel und Völkl 2008, S. 288–289) und zentraler Erklärungsfaktor der empirischen Partizipationsforschung (Smets und van Ham

2013).<sup>5</sup> Der Zusammenhang zwischen der formalen Bildung und unterschiedlichen Formen der Partizipation ist in der Forschung konsolidiert: „If scholars could use only one variable to predict voting, contacting public officials, signing a petition, or talking with others about public affairs, it would be the level of education” (Willeck und Mendelberg 2022, S. 90). Wenngleich Einigkeit über die statistische Erklärungskraft formaler Bildung für die politische Partizipation in der Forschungsliteratur besteht (Norris 2007; Verba et al. 1995; Gutmann 1999), können über den ursächlichen Erklärungsmechanismus unterschiedliche Positionen identifiziert werden (Willeck und Mendelberg 2022). Willeck und Mendelberg (2022) zählen in einem Übersichtsartikel hierzu erstens die Standarderklärung, wonach partizipationsrelevantes Wissen und Fähigkeiten durch formale Bildungswege vermittelt werden. Zweitens, das Sozialisationsmodell nach Gutmann (1999), welches weniger auf spezifische Fähigkeiten, sondern vielmehr auf demokratischen Charakter und Normen fokussiert. Durch schulische, familiäre und gemeinschaftliche Sozialisation werden entsprechende Werte, Einstellungen und Normen internalisiert, die einen Einfluss auf politische Aktivität ausüben. Partizipation resultiert hiernach aus einem bürgerschaftlichen Verantwortungs- oder Pflichtgefühl, dessen Ursprung in der Sozialisation zu verorten ist. Der dritte Erklärungsansatz betrachtet das formale Bildungsniveau als Proxy-Faktor für den sozialen Status. Dieser Ansatz plausibilisiert die Beobachtung, dass das gesamtgesellschaftliche Bildungsniveau, insbesondere die Hochschulabschlüsse, zwar kontinuierlich steigen, gleichzeitig aber die politische Aktivität, zum Beispiel die Wahlbeteiligung, tendenziell sinkt (Willeck und Mendelberg 2022, S. 92–93).

Durch den Rückgriff auf die individuelle Ressourcenausstattung – Zeit, Geld und *Civic Skills* sowie der formalen Bildung – können nunmehr die Bedingungen politischer Partizipation auf die soziale Position zurückgeführt werden, wodurch die soziale Verzerrung zwischen hohem SES und politischer Aktivität sowie niedrigem SES und politischer Inaktivität eine theoretische Grundlage in einer analytischen Makro-Mikro-Makro-Erklärung erhält. Die Fokussierung auf den individuellen Aufwand, respektive die Kosten zur Partizipation, kann in diesem Fall erklären, warum Bürger:innen nicht partizipieren, eine gegensätzliche Aussage, warum Sie partizipieren, ist dagegen nicht möglich (Krueger 2002, S. 480). Der Erklärungsmechanismus basiert demnach auf Restriktionen; Präferenzen oder die Interaktion zwischen Restriktionen und Präferenzen werden nicht betrachtet.

Die zweite Dimension des CVMs rekurriert auf das „political engagement“ (Verba et al. 1995, S. 16) und der Beobachtung, dass nicht alle Bürger:innen,

---

<sup>5</sup> Hierzu heißt es bei Verba et al. 1995, S. 437: „Thus, at any moment in time, education plays a significant role, but over time it does not lead to more activity. We cannot solve this puzzle”.

die über die notwendige Ressourcenausstattung verfügen, politisch aktiv sind. Eine wesentliche Entwicklung zwischen dem sozioökonomischen Standardmodell und dem CVM liegt in der Hinzunahme motivationaler Faktoren wie des politischen Interesses, der politischen Selbstwirksamkeit, des politischen Wissens und der Parteiidentifikation. Das *political engagement* wird mit „nicht wollen“ der Verba’schen Formel zur Partizipation gleichgesetzt: „They don’t want to’ focuses attention on the absence of political engagement – little interest in politics or little concern with public issues, a belief that activity can make little or no difference, little or no knowledge about the political process, or other priorities“ (Verba et al. 1995, S. 16). Hierdurch kann die Erklärung zwischen Ressourcenausstattung und politischer Partizipation vermittelt werden (Steinbrecher 2009, S. 59). Zuweilen sorgen unterschiedliche Begriffe zum *political engagement* für Unklarheiten. Einerseits werden hierzu Synonyme, wie politische Prädisposition, politische Motivation oder politische Involvierung, verwendet (van Deth 2013a, S. 272), andererseits kann es sich bei politischen Prädispositionen und der politischen Involvierung um prononciertere Konzepte handeln (Schmitt-Beck 2000, S. 54).<sup>6</sup> Des Weiteren können auch (materialistische oder postmaterialistische) Wertorientierungen unter *political engagement* subsumiert werden (Steinbrecher 2009, S. 59). Von Bedeutung ist, die unterschiedlichen Dimensionen wie das politische Interesse oder das politische Wissen von tatsächlicher Partizipation abzugrenzen (van Deth 2013a, S. 272–273). Politisch involvierte Bürger:innen haben allerdings, bestätigt durch vielfache Studien, eine höhere Wahrscheinlichkeit der politischen Partizipation (Levy und Akiva 2019; Verba et al. 1995).

Unterschiedliche Faktoren, wie die Wahrnehmung der Responsivität des politischen Systems, die politische Selbstwirksamkeit und einhergehenden Kontrollüberzeugungen über politische Kompetenzen und Fähigkeiten oder das politische Interesse, spielen bei der Erklärung eine Rolle. Allerdings variiert die Bedeutung der Dimensionen in Abhängigkeit der Partizipationsform (Steinbrecher 2009, S. 62). Die externale und internale Dimension der politischen Selbstwirksamkeit transzendiert dabei die „enge“ Prämisse einer RCT (Hoffmann 2020, S. 393): Hiernach ist nicht die objektive Wahrscheinlichkeit, sondern die subjektive Wahrnehmung über eine Handlungskonsequenz (beispielsweise der Einfluss auf das politische System) ausschlaggebend. Das politische Interesse als relevanter Erklärungsfaktor und Distinktionsmerkmal politisch Partizipierender wurde bereits in Abschnitt 2.3.2 thematisiert und nimmt als Merkmal der „üblichen Verdächtigen“

---

<sup>6</sup> Für das weitere Vorgehen wird ein pragmatischer Umgang gewählt und Synonym zum „political engagement“ insbesondere die Begriffe der politischen Involvierung und der politischen Prädispositionen genutzt.

eine zentrale Rolle für die weitere Arbeit ein. Während das politische Wissen eher als kognitive Fähigkeit betrachtet wird (Schäfer 2019, S. 241), wird das politische Interesse als wesentlicher politischer Motivator verhandelt (Smets und van Ham 2013). Van Deth definiert das politische Interesse als den „Grad der Aufmerksamkeit, den ein Individuum politischen Ereignissen zumisst“ (2013a, S. 273). In erster Linie handelt es sich um eine Informationsaufnahme, die sich wiederum positiv auf die politische Partizipation auswirkt. Denn bei einer politischen Prädisposition handelt es sich um „eine relativ dauerhafte Neigung eines Individuums, auf bestimmte Umweltbedingungen in einer bestimmten Art und Weise zu reagieren“ (Schmitt-Beck 2000, S. 54). Konträr zum politischen Interesse steht die politische Apathie oder Gleichgültigkeit (van Deth 2013a, S. 272). Allerdings sind hierbei Abstufungen bis zur Politikverdrossenheit als eigenständiges Konzept zu beachten (Steinbrecher 2009, S. 59). Das Ausmaß des politischen Interesses hängt dabei mit Individualmerkmalen wie Alter, Geschlecht und Bildung zusammen (van Deth 2013a, S. 293).

Deshalb hat die Bedeutung der politischen Involvierung eine wesentliche Konsequenz mit Blick auf die soziale Stratifikation politischer Partizipation: Da die Grundlage der Prädisposition in der Sozialisation erworben wird, korrelieren soziale Positionen und wesentliche Indikatoren wie das politische Interesse oder die politische Selbstwirksamkeit miteinander (Finkel et al. 1989, S. 900–901; Smets und van Ham 2013; Stark 2019). Nach Gabriel (2004) kommt die politische Sozialisation,

*entweder durch die explizite Vermittlung von Wertorientierungen und Einstellungen in der Primärsozialisation, durch unmittelbare Erfahrungen mit der Politik oder durch den Erwerb bestimmter Dispositionen in nichtpolitischen Kontexten zustande (2004, S. 324).*

Insbesondere Bürger:innen mit hohem sozioökonomischen Status verfügen über ein hohes politisches Interesse oder eine Überzeugung, politischen Einfluss ausüben zu können. Ein theoretisches Problem der politischen Involvierung besteht allerdings in der Bestimmung der kausalen Richtung der Erklärung: So kann nicht nur politisches Interesse, politisches Wissen oder politische Selbstwirksamkeit zur Partizipation aktivieren, sondern auch umgekehrt, Partizipation zu einem höheren politischen Interesse, einem höheren politischen Wissen oder einer höheren politischen Selbstwirksamkeit führen (Verba et al. 1995, S. 344; Pateman 1970).

Während im CVM und der entsprechenden Studie von Verba et al. (1995) der Fokus auf der Ressourcenausstattung und der politischen Motivation liegt,



kennzeichnet die Integration in Netzwerken den dritten Erklärungsfaktor. Partizipationsfördernde Netzwerke beziehen sich beispielsweise auf die Mitgliedschaft oder das Ehrenamt in Vereinen und Organisationen. Analytisch ist die Unterscheidung zwischen politischem und gesellschaftlichem Engagement relevant, wengleich ähnliche Determinanten hierzu einen Einfluss ausüben (Hollstein 2015). Persönliche Netzwerke können als soziales Kapital eine Ressource zur Partizipation darstellen, die den Aufwand zur Teilnahme reduzieren (Coleman 1988; Petermann 2020). Zwei theoretische Wirkungszusammenhänge werden für die Integration in Netzwerken und politischer Partizipation identifiziert: Zum einen werden durch gesellschaftliches Engagement Kompetenzen erworben, die politische Partizipation fördern und bereits als *Civic Skills* diskutiert wurden (Verba et al. 1995, S. 331; Roßteutscher 2009, S. 165). Bürger:innen eignen sich soziale, kommunikative oder organisatorische Fähigkeiten durch die Vereins- oder Organisationsmitgliedschaft an:

*[Bürger:innen] müssen mit ihren Co-Mitgliedern Beschlüsse aushandeln, in der Gruppe kommunizieren und diskutieren, Veranstaltungen vorbereiten, mit anderen Vereinen und Unternehmen (die vielleicht Getränke für das jährliche Vereinsfest liefern) verhandeln, Briefe schreiben, Versammlungen leiten, vor der größeren Gruppe reden und überzeugen (Roßteutscher 2009, S. 165).*

Diese Fähigkeiten sind zunächst apolitischer Natur (Roßteutscher 2009, S. 167), fungieren im Sinne des CVMs allerdings als partizipationsrelevante Ressourcen (Verba et al. 1995, S. 280).<sup>7</sup> Zum anderen rekurriert die soziale Integration auf den Mechanismus des „gefragt werden“, um zur politischen Partizipation zu mobilisieren. Das persönliche Netzwerk senkt die Informationskosten über ein Partizipationsverfahren, beispielsweise zu einfachen „wann“ und „wo“ bis hin zu themenspezifischen oder sachbezogenen Fragen (Petermann 2020, S. 6). Bürger:innen, die gesellschaftlich aktiv sind, können durch politisch involvierte Bürger:innen aufgefordert werden, an einem Partizipationsverfahren teilzunehmen: „Those who are asked in this way might have intended to act anyway, but the request was the triggering factor“ (Verba et al. 1995, S. 273). Die Aufforderung löst hiernach einen entsprechenden Anreiz aus, der sich förderlich auf die Partizipationsmotivation auswirkt. Nicht zwingend muss diese Mobilisierung

---

<sup>7</sup> Es ist auf eine Kehrseite der sozialen Partizipation hinzuweisen: „Gerade in einer nicht demokratischen, intoleranten Umwelt, die vor allem Normen der Intoleranz kommuniziert, mögen solche technischen, kommunikativen Kooperationskompetenzen wahrhaft undemokratische, gesellschaftsschädigende Wirkungen zeitigen“ (Roßteutscher 2009, S. 168).

zwischen Bürger:innen vonstattengehen. So können auch Vereine oder Organisationen zur politischen Partizipation aufrufen und zum „Lobbyisten in eigener Sache“ werden (Roßteutscher 2009, S. 167). Dabei hat das Internet die Opportunitätskosten für Organisationen durch die Möglichkeit von E-Mail-Verteilern oder Chat-Gruppen in Messenger-Diensten erheblich gesenkt (Krueger 2006).

### **3.2.2 Warum Bürger:innen partizipieren**

Das Kapitel hat das Ziel, den Begründungszusammenhang zwischen Entscheidung und Handeln respektive politischer Partizipation zu spezifizieren. Die Erklärungsmodelle werden unter dem theoretischen Dach der *Collective Action* (CA) Ansätze betrachtet (Clark und Wilson 1961; Hardin 1982; Whiteley und Seyd 1996; Opp 2001; Olson 2004). Diese Betrachtung kennzeichnet die Erklärung politischer Partizipation auf der Individualebene. Gemeinsam ist den Ansätzen, dass sie implizit oder explizit das Grundproblem sozialer Kooperation teilen und Bedingungen zur Überwindung des Kollektivgutproblems anbieten. Als Lösung wird dabei dezidiert die individuelle Motivlage betrachtet, unter der Annahme, dass Anreize einen Einfluss auf die individuelle Präferenzbildung ausüben und dadurch in der Lage sind, die rationale Entscheidung zur Partizipation zu erklären. Durch die Hinzunahme der Erklärungsmodelle, ist es hiernach möglich, eine informierte Entscheidung über potenzielle Gründe zu treffen, die mit der Teilnahme an lokalen Online-Partizipationsverfahren einhergehen.

In der „Logik kollektiven Handelns“ erklärt Olson (2004) die Bereitstellung von Kollektivgütern über den individuellen Nutzen selektiver Anreize. Aus der explizit ökonomischen Perspektive werden selektive Anreize mit monetärem Nutzen wie zusätzlichen Versicherungen o.ä. gleichgesetzt, wie sie auch in einer „engen“ RC-Variante angenommen werden. Höhere materielle Anreize gehen hierbei mit einer höheren Bereitschaft zum Kollektivgut beizutragen einher. Das Motiv, Handeln auf die Realisierung monetären Eigennutzes zurückzuführen, wurde ausgiebig im Kapitel zur engen Version der RCT und der entsprechenden Spezifizierung der Hilfsannahmen diskutiert. Das Hauptargument lautet, dass kollektives Handeln nicht zwangsläufig (und wenn, nur unter sehr strengen Bedingungen) aus kollektiven Interessen resultiert. Der Fokus liegt nunmehr auf der Betrachtung von Handlungsbedingungen, die über ein Motiv des streng-monetären Eigennutzes hinausgehen. Im wissenschaftlichen Diskurs finden sich hierzu unterschiedliche Erklärungsmodelle, die spezifische Formen – Mitgliedschaft und Mitarbeit in politischen Organisationen, Parteien sowie politischer Protest beziehungsweise Demonstrationsteilnahme – der politischen Partizipation

betrachten (Clark und Wilson 1961; Schlozman et al. 1995; Opp und Finkel 2001; Whiteley und Seyd 1996). In einer frühen Studie, noch vor der Veröffentlichung der *Logik kollektiven Handelns* (Olson 2004), führen Clark und Wilson (1961) Anreize zur Erklärung der Mitgliedschaft in politischen Organisationen auf. Hiernach können drei wesentliche Anreize von Organisationen zur Verfügung gestellt werden, um zur Organisationsmitgliedschaft zu motivieren: zweck- beziehungsweise zielgerichtete Anreize, materielle Anreize sowie solidarische Anreize. Bereits in dieser frühen Arbeit lassen sich Parallelen zur weiten RC-Version sowie zur grundsätzlichen Problemstellung defizitärer Handlungsmotivation und des Kollektivgutproblems erkennen (Wilson 1973, S. 20). Knoke (1988) schließt an die Arbeit von Clark und Wilson (1961) an und spezifiziert den Zusammenhang zwischen individueller Motivation, organisationalen Anreizen und Mitgliedschaft in (politischen) Organisationen. Das Argument lautet, dass die drei organisationalen Anreize (utilitaristische, soziale und normative Anreize) drei Motive (Kosten-Nutzen-Kalkulation, affektive Bindung und normative Konformität) widerspiegeln. Relevant ist hierbei, dass die Annahme homogener Motive, wie sie von Olson noch hinsichtlich monetärer selektiver Anreize angenommen wird, entkräftet wird (Knoke 1988, S. 327). Im Gegenteil: Clark und Wilson (1961) als auch Knoke (1988) plädieren für eine Perspektive heterogener Motive und unterstreichen, theoretisch als auch empirisch, die Relevanz kollektiver Motive, die entsprechend einer RCT nicht handlungsrelevant sein sollten: „Olson’s notion that members could be motivated only by selective-good incentives failed to recognize that significant numbers are motivated by public-good inducements“ (Knoke 1988, S. 327). Sowohl bei Olson (2004), Clark und Wilson (1961) als auch Knoke (1988) stellt die (politische) Organisation die Untersuchungseinheit dar.

Auf politisch aktive Bürger:innen fokussiert die Studie von Schlozman et al. (1995). Im Rückgriff auf Clark und Wilson (1961) leiten die Autor:innen vier unterschiedliche Anreize ab (in der Studie selbst werden diese als „Gratifikationen“ bezeichnet). Dazu zählen drei selektive Anreize: 1) materielle, 2) soziale und 3) gesellschaftliche (engl. *civic*) sowie ein vierter *outcome*-spezifischer, kollektiv-politischer Anreiz. Zwei Erkenntnisse sind hierbei von Interesse: Erstens zeigt sich, dass unterschiedliche Formen der Partizipation durch unterschiedliche Anreize erklärt werden können und dass materielle Anreize insgesamt eine geringe Rolle einnehmen als theoretisch vermutet. Zweitens zeigen sich erneut kollektiv-politische Anreize bedeutsamer als durch die Theorie vorhergesagt:

*Still, it is striking the extent to which references to doing one’s share and making the community or nation a better place to live run as a thread through activists’ reports*

*of the concerns that animated their involvement and the number of participants who discuss nothing but civic motivations for their activity (Schlozman et al. 1995, S. 32).*

Bezüglich Spenden, Kontaktaufnahmen und Protest geben vier von fünf Befragten an, dass das Gemeinwohl respektive kollektive Anreize einen Grund für die Teilnahme darstellen (Schlozman et al. 1995, S. 21). Wie können diese Befunde theoretisch eingeordnet werden und unter welchen Bedingungen können aus kollektivem Interesse individuelle Handlungen resultieren? Wie nun gezeigt wird, hängt die Einordnung der empirischen Ergebnisse von der Hilfsannahme der subjektiven Werterwartung einer Handlung ab, wenn ein rationales Entscheidungskalkül beibehalten werden soll. Hieran schließt Opp (2001, 1999) an, um die Teilnahme an politischem Protest und an Demonstrationen zu untersuchen. Die Arbeiten von Karl-Dieter Opp (und Kolleg:innen) hat sich über die Jahre als de facto Modell zur Erklärung der Protest- und Demonstrationsteilnahme aus RC-Perspektive, beispielsweise zu den Leipziger Montagsdemonstrationen 1989, ausgezeichnet. Opp und Finkel (2001) definieren auf der Grundlage einer weiten RC-Version drei Anreize zum politischen Protest: 1) kollektive Anreize, 2) moralische Anreize und 3) soziale Anreize. Die Erklärung politischen Protests steht dabei vor dem Problem, dass Teilnehmer:innen einer Demonstration keine monetären Anreize zur Verfügung gestellt werden können – dies ist auch als Unterscheidung zu früheren Erklärungsmodellen wie der Organisationsmitgliedschaft zu verstehen. Zunächst stehen kollektiv-politische Anreize im Fokus. Da der objektive, individuelle Einfluss zur Herstellung eines Kollektivguts gegen Null tendiert, sollte ein Kollektivgutanreiz keinen Effekt auf die Partizipationsentscheidung ausüben. Opp und Finkel (2001) weichen diese Annahme durch den wahrgenommenen respektive subjektiven Einfluss auf. Hierdurch kann ein Kollektivgutanreiz wie Unzufriedenheit ein hinreichendes Motiv zur Teilnahme an einer Demonstration darstellen – auch für Großdemonstrationen an denen sich 100.000 Menschen beteiligen und eine Teilnehmer:in mehr oder weniger keinen Unterschied auf den Erfolg eines Protests ausübt:

*Wenn nun in einer großen Gruppe der wahrgenommene Einfluß variiert und wenn angenommen wird, daß der wahrgenommene und nicht der faktische – d.h. der aus der Sicht eines Beobachters gegebene – Einfluß eine Rolle spielt, dann ist auch in großen Gruppen die Unzufriedenheit eine Determinante für das Auftreten politischen Engagements (Opp und Finkel 2001, S. 75).*

Zugleich deuten Befunde darauf hin, dass die lokale politische Ebene einen Einfluss auf kollektive Anreize ausübt (Lilleker und Koc-Michalska 2017; Petermann 2020; McDonnell 2020). Den Einfluss kollektiver Anreize führt Petermann (2020)

darauf zurück, dass die politische Selbstwirksamkeit auf der lokalen Ebene tendenziell überschätzt wird (Petermann 2020, S. 3). So gilt insbesondere für soziale Bewegungen, wie die Klimaschutzbewegung das Motto „think global, act local“, um die Erfolgsaussicht der Beteiligung zu erhöhen (Rydin und Pennington 2000, S. 158). Es zeigt sich, dass die politische Selbstwirksamkeit eine individuelle Bedingung darstellt, um ein defizitäres Handlungsmotiv zu überbrücken (Opp und Finkel 2001; Finkel et al. 1989).

Weiteren Einfluss auf die Demonstrationsteilnahme können laut Opp und Finkel (2001) sowohl moralische als auch soziale Anreize haben. Die Teilnahme an einer Demonstration evoziert ein moralisches Pflicht- oder Verantwortungsgefühl, das heißt, eine internalisierte Norm wird aktiviert: „Wenn ein Individuum solche Normen internalisiert hat, dann tritt ein schlechtes Gewissen auf, wenn man sich nicht engagiert; man hat ein gutes Gewissen, wenn man an Protesten teilnimmt“ (Opp und Finkel 2001, S. 76).<sup>8</sup> Der Aktivierungsmechanismus ist demnach nutzenfundiert hergeleitet, sodass aus Befolgung beziehungsweise Nichtbefolgung eines moralischen Anreizes individueller Nutzen oder Kosten resultieren. Von einem intrinsischen Nutzen des moralischen Anreizes ist der extrinsische Nutzen aus sozialen Anreizen abzugrenzen. Soziale Anreize basieren sowohl auf der Erwartung sozialer Belohnung als auch Sanktionierung aus dem sozialen Umfeld. So kann soziale Anerkennung oder Bestätigung durch den Freundeskreis aus der Teilnahme an einer Demonstration erfolgen (Opp und Finkel 2001, S. 76; Opp 2001, S. 4). Es ist plausibel, dass dabei ein Unterschied zwischen einer Strategie sozialer Belohnung und einer Strategie der Sanktionsvermeidung besteht (Gerber et al. 2008). Allerdings sind die Wirkungspfade noch unklar (Bäck et al. 2013). Gemeinsamkeit und wesentliche Bedingung beider Anreiztypen ist die selektive Wirkung, der individuelle Nutzen kann demnach ausschließlich bei einem Beitrag zum Kollektivgut realisiert werden. Zugleich aktivieren diese Anreize ein hinreichendes Partizipationsmotiv unabhängig eines kollektiven Interesses oder politischer Selbstwirksamkeit (Bäck et al. 2013).

Zusammenfassend hat sich gezeigt, dass die Teilnahme auf unterschiedliche Interessen und Ziele zurückzuführen ist, die trotz defizitärer Handlungsmotivation ein rationales Entscheidungskalkül unabhängig materieller Vorteile rechtfertigt. Politischer Protest zählt zu den unkonventionellen und demonstrativen Formen der Partizipation (Barnes und Kaase 1979; Kersting 2014). Im nächsten Absatz werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu einer klassischen,

---

<sup>8</sup> Eine ähnliche Argumentation wurde bereits zu Beginn des Kapitels als Erklärungsfaktor zur Wahlteilnahme angeführt: Hiernach zählt die Erfüllung einer staatsbürgerlichen Pflicht oder ein demokratisches Verantwortungsgefühl als wesentlicher Erklärungsfaktor zur Wahlteilnahme, siehe Abschnitt 3.1.2.

konventionell-repräsentativen Partizipationsform – der Parteimitgliedschaft – untersucht. Positive und negative Anreizstrukturen nehmen für die Erklärung der Parteimitgliedschaft und -aktivität in der deutschsprachigen (Klein 2006; Spier et al. 2011; Niedermayer 1989; Bürklin 2013; Hoffmann und Springer 2019; Gerl et al. 2018) und internationalen (Bale et al. 2018; Poletti et al. 2019; Webb et al. 2019; Seyd und Whiteley 1992; Whiteley et al. 1994b; Whiteley et al. 1994a) Parteiforschung einen wesentlichen Raum ein. Die Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien variiert zwischen der inaktiven Mitgliedschaft der „Karteileichen“, ehrenamtlicher Arbeit in Ortskreisen oder an Wahl- und Kampagnenarbeiten bis hin zur Orientierung an politischen Ämtern oder Mandaten (Klein 2006, S. 54). Im Zentrum der Erklärung der In- und Aktivität sowie dem Eintritt in eine Partei steht das maßgeblich von Patrick Seyd und Paul Whiteley entwickelte *General Incentive Model* (1992). Das GIM konnte in den vergangenen Jahrzehnten erheblich zum Verständnis innerparteilicher Partizipation beitragen und sich empirisch bewähren (Klein 2020, S. 387). Für die nähere Diskussion werde ich mich dabei weniger auf die Entwicklung des Erklärungsmodells,<sup>9</sup> sondern vielmehr auf den nomologischen Kern der theoretischen Annahmen fokussieren sowie auf die Ableitung spezifischer, partizipationsrelevanter Anreize.<sup>10</sup>

In der Hauptstudie *Labour's Grass Roots* legen Seyd und Whiteley (1992) das GIM zur Erklärung des Parteibeitritts und der innerparteilichen Partizipation in der *Labour* Partei vor. Zwar wurden Erklärungsfaktoren über die folgenden Jahre mehr oder weniger modifiziert, im Kern besteht das GIM aber seit dieser Studie. Die RCT fungiert als Hauptargument des Erklärungsmodells: „The basic idea is that individuals are motivated to join the party, and to become active because of a variety of incentives which they face“ (Seyd und Whiteley 1992, S. 7). Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass die Betrachtung der Anreize über eine strenge ökonomische Perspektive hinausgeht und auch Erklärungsfaktoren aufgenommen werden, die auf sozialpsychologischen Modellen basieren (Whiteley et al. 2019a, S. 646). Dieses Vorgehen entspricht der Argumentation einer weiten Version der RCT (Klein 2006, S. 40).

---

<sup>9</sup> Einen Überblick bietet Rohrbach (2013) an.

<sup>10</sup> In der deutschsprachigen Parteienforschung hatte einige Jahre zuvor bereits Oskar Niedermayer ein Anreizmodell zur Erklärung innerparteilicher Partizipation vorgelegt (Niedermayer 1989), das sich im internationalen Forschungsdiskurs allerdings nicht durchsetzen konnte (Klein 2020, S. 385). Das Erklärungsmodell hatte dabei zum Ziel, die relevanten Erklärungsfaktoren (Ressourcen, Prädispositionen und Anreize) aus den drei wesentlichen Theorien der Partizipationsforschung (sozioökonomischen Ressourcenmodell, sozialpsychologischen Modell und Rational Choice Theorie) zu integrieren.

Anreize des Erklärungsmodells gehen über die Typologien der vergangenen Ansätze hinaus: Kollektiv-politische Anreize, die zielgerichtet und thematisch bedingt sind, grundsätzlich aber auch der Kollektivgutproblematik unterliegen; selektive Anreize, die in selektiv-prozessbezogen und selektiv-ergebnisbezogen unterteilt sind und sowohl den Geselligkeitsaspekt der Parteimitgliedschaft als auch potenzielle Parteikarrieren beinhalten; altruistische Anreize, die moralischen Anreizen als ein Pflicht- oder Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Demokratie entsprechen; soziale Normen, die (nicht-) Handeln belohnen (oder sanktionieren) sowie expressive Anreize, die auf einer affektiv-emotionalen Bindung basieren (Seyd und Whiteley 1992; Whiteley et al. 1994a).<sup>11</sup> Neben diesen positiven Anreizen, werden negative Anreize aufgeführt, die einer „Kosten“-Seite eines RC-Modells entsprechen und beispielsweise Opportunitäts- oder Mitgliedschaftskosten beinhalten (Klein 2006, S. 40).

Klein (2006) zeigt, dass prozessbezogene und ergebnisbezogene Anreize einen stärkeren Einfluss auf die Entscheidung zur innerparteilichen Partizipation als auf die Entscheidung zur Parteimitgliedschaft ausüben. Allerdings wird die Rolle, die ergebnisbezogene Anreize einnehmen, eher überschätzt, da nur wenige Parteimitglieder überhaupt die Möglichkeit einer innerparteilichen Karriere in Betracht ziehen (Klein 2006, S. 38). Mit einem spezifischen Fokus auf innerparteiliche Online-Partizipation konnten Gerl et al. (2018) diese Befunde partiell bestätigen. Dies trifft in erster Linie auf die Bedeutung selektiv-prozessbezogener Anreize zu (beispielsweise der Spaß an der Parteilarbeit), während Aussichten auf innerparteiliche Karrieren (also selektiv-ergebnisbezogene Anreize) keinen Einfluss ausüben. Konträr zur klassischen innerparteilichen Partizipation, nehmen ideologische und kollektive Anreize die größere Bedeutung für Online-Partizipation ein. So geben etwa 79 Prozent der Befragten als Grund für die Nutzung einer Online-Plattform den „Einfluss auf Themen“ und etwa 77 Prozent den „Einfluss auf die politische Richtung“ der Partei an (Gerl et al. 2018, S. 108). Auch Bale et al. (2018) belegen die Relevanz selektiv-prozessbezogener Anreize für die Online-Partizipation von Parteimitgliedern. Auf der Datengrundlage von Mitgliedern aus sechs britischen Parteien konnte allerdings kein Effekt kollektiver Anreize bestätigt werden. Dagegen stellen die Autor:innen fest, dass expressive Anreize durch das Internet gefördert werden, da politische Identitäten zum Ausdruck gebracht werden können und der Austausch mit „like-minded people“ vereinfacht wird (Bale et al.

---

<sup>11</sup> In Labour's Grass Roots zählen die beiden Autoren auch ideologische Anreize hinzu. Der ideologische Anreiz wird allerdings nicht stringent in weiteren Arbeiten aufgeführt, teils als eigenständiger Faktor oder Indikator kollektiver Anreize diskutiert und deshalb nicht näher betrachtet.

2018, S. 667). Darüber hinaus zeigt die Studie, dass lokale Faktoren für die Online-Partizipation eher eine untergeordnete Rolle spielen.

Kollektive Anreize werden in unterschiedlichen Studien in den Zusammenhang mit der Entscheidung zum Parteieintritt gestellt, sodass Unterschiede zwischen Parteiaktivität- und beitriff zu verzeichnen sind (Klein 2020, 2006; Seyd und Whiteley 1992; Whiteley et al. 1994a; Poletti et al. 2019). Neben kollektiven Anreizen kennzeichnen moralische und expressive Anreize wesentliche Gründe für den Eintritt in eine Partei (Klein 2006; Poletti et al. 2019). Dabei unterscheidet sich die Bewertung der jeweiligen Anreize abhängig davon, ob Befragte Mitglied in einer Partei sind oder nicht. So werden kollektive, moralische und expressive Anreize von Parteimitgliedern höher bewertet als von Unterstützer:innen einer Partei. Letztere halten dagegen selektiv-prozessbezogene, selektiv-ergebnisbezogene sowie soziale Anreize als wichtigere Gründe zum Parteieintritt (Poletti et al. 2019). Zugleich gibt es Hinweise, dass kollektive und expressive Anreize zum Parteibeitritt mobilisieren, unabhängig soziodemografischer Charakteristiken. Dahingehend deuten Whiteley et al. (2019b) den Zuwachs an Parteimitgliedern in der *Labour*-Partei nach Übernahme des Parteivorsitzes durch Jeremy Corbyn im Jahr 2015. Mobilisiert wurden nur bedingt die „üblichen Verdächtigen“, sondern eher Frauen sowie Jüngere mit niedrigerer formaler Bildung und niedrigerem Beschäftigungsstatus (Whiteley et al. 2019b, S. 95). Im Vergleich zu konkurrierenden Theorien, insbesondere dem Ressourcen- und sozialpsychologischen Ansatz, variiert allerdings die Erklärungskraft des GIM (Klein 2020; Hoffmann und Springer 2019). So stellen Hoffmann und Springer (2019) fest, dass lediglich negative und partiell moralische Anreize einen Einfluss auf den Parteibeitritt ausüben, während das politische Interesse und die politische Selbstwirksamkeit den stärksten Einfluss haben.

Zusammenfassend können aus der Forschungsliteratur Ansätze identifiziert werden, um unterschiedliche Partizipationsformen aus der Perspektive positiver und negativer Partizipationsanreize zu erklären. Die umfangreichste Evidenz für den Einfluss divergierender Anreize zeigt sich bezüglich der Parteimitgliedschaft und -aktivität. In Tabelle 3.1 werden die unterschiedlichen Anreiztypen und Partizipationsformen dargestellt. Aus der Diskussion geht hervor, dass unabhängig von semantischen Unterschieden kein generisches Anreizmodell zur Erklärung politischer Partizipation existiert. Zwar überschneiden sich die jeweiligen Anreizmodelle, beispielsweise beinhaltet jedes Modell spezifische Formen sozialer Anreize, allerdings nur bedingt materielle oder monetäre Anreize. Ferner zeigt die Diskussion, dass die Relevanz der Anreize bezüglich der Partizipationsformen variiert: Selektiv-prozessbezogene und selektiv-ergebnisbezogene Anreize üben einen positiven Einfluss auf die innerparteiliche Partizipation aus, während soziale



Anreize einen relevanten Einfluss auf die Demonstrationsteilnahme haben. Interessant ist, dass die Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Ansätze in der Evidenz kollektiver Anreize besteht, was konträr zur theoretischen Erwartung rationaler Entscheidungen aufzufassen ist (Schlozman et al. 1995; Klein 2006).

**Tabelle 3.1** Überblick zu unterschiedlichen Anreizmodellen in der Forschungsliteratur

Autor:innen	Anreiztypen	Partizipationstypen
Clark & Wilson (1961); Wilson (1973)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zweck- /zielgerichtet</li> <li>• materiell</li> <li>• solidarisch</li> </ul>	Organisationen
Knoke (1988)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• utilitaristisch</li> <li>• sozial</li> <li>• normativ</li> </ul>	Organisationen
Schlozman et al. (1995); Verba et al. (1995)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• selektiv-materiell</li> <li>• selektiv-sozial</li> <li>• selektiv-gemeinschaftsorientiert</li> <li>• kollektiv</li> </ul>	Elektorat/Kontakt/Protest/Engagement
Opp & Finkel (2001)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kollektiv (x Selbstwirksamkeit)</li> <li>• moralisch</li> <li>• sozial</li> </ul>	Protest
u. a. Seyd & Whiteley (1992); Whiteley, Seyd et al. (1994); Klein (2006)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• kollektiv</li> <li>• selektiv-prozessbezogen</li> <li>• selektiv-ergebnisbezogen</li> <li>• altruistisch</li> <li>• normativ</li> <li>• expressiv-affektiv</li> </ul>	Parteimitgliedschaft/ innerparteiliches Engagement

### 3.3 Entwicklung eines Anreizmodells

Ziel des Kapitels ist die Entwicklung eines allgemeinen Anreizmodells, das empirisch am Untersuchungsgegenstand der politischen Online-Konsultation überprüft wird. Dazu werden im ersten Schritt die in Abschnitt 3.2.2 vorgestellten positiven und negativen Partizipationsanreize für ein Anreizmodell vorgeschlagen. Im nächsten Schritt werden auf Grundlage des Anreizmodells drei vorläufige Hypothesen formuliert: 1) Eine Prävalenzhypothese zum Zusammenhang zwischen formaler Bildung/politischem Interesse und die Zustimmung zu positiven und negativen Anreizen, 2) eine Anreizhypothese zum Einfluss der Prävalenz positiver und negativer Anreize auf die Partizipationswahrscheinlichkeit und 3) eine

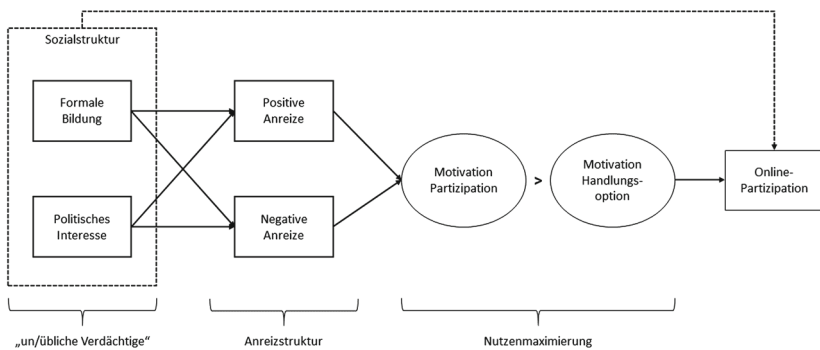
Strukturhypothese zur sozialen Stratifikation von Online-Partizipation. Analytisch werden demnach unterschiedliche Wirkungszusammenhänge überprüft.

Zur Verortung dieser Zusammenhänge rekurriere ich auf Ansätze aus der Forschung (Teorell 2006; Elster 1989; Niedermayer 1989, 2009; Inglehart 1977; Seyd und Whiteley 1992), um Individualmerkmale wie die Ressourcenausstattung und die kognitive politische Involvierung sowie die Perzeption von Partizipationsanreizen im Prozess der Handlungsentscheidung zu identifizieren. Ein erster Vorschlag bezieht sich auf Maslow (1943) und Inglehart (1977) und eine hierarchische Strukturierung von materiellen und postmateriellen Bedürfnissen. Bürger:innen mit niedrigem sozioökonomischen Status werden vorrangig materielle (z. B. physische und ökonomische) Bedürfnisse befriedigen. Wenn diese Bedürfnisse ausreichend erfüllt sind, wie bei wohlhabenden und materiell abgesicherten Bürger:innen mit hohem sozioökonomischen Status, nimmt die Realisierung postmaterieller Bedürfnisse eine stärkere Rolle im Handeln ein: „High-status individuals will have satisfied these basic needs, and will be more concerned with higher-level post-materialist values to do with the need for self-esteem, self-expression, and intellectual satisfaction“ (Seyd und Whiteley 1992, S. 66). Einen weiteren Ansatz schlägt Teorell (2006) mit Verweis auf Elster (1989) vor. Eine Handlungsentscheidung wird dabei als ein zweistufiger Filterprozess interpretiert:

*We can think of resources as the first of two successive filtering operations. Among the full set of actions available to an individual, resources work as a constraint that delimits a smaller set of feasible actions. Within this smaller set, the second filter determines which action will actually be carried out (Teorell 2006, S. 800).*

Niedermayer (2009) verknüpft auf Individualebene sowohl die Ressourcenausstattung als auch politische Prädispositionen als Einflussfaktoren für Partizipationsanreize. Grundsätzlich ist analytisch zwischen positiven und negativen Anreizen zu unterscheiden, die mit Vorteilen oder Nachteilen verbunden sind. Partizipationsrelevante Ressourcen und Prädispositionen beeinflussen dabei die „subjektive Situationskonstruktion“, wodurch die Erwartungen an Handlungsfolgen bewertet werden (Niedermayer 2009, S. 95). Das Wirkungsgefüge zwischen Opportunitäten und positiven wie negativen Anreizen wird in Anlehnung an die Darstellungen von Niedermayer (1989, S. 65) sowie Niedermayer (2009, S. 89) in Abbildung 3.2 zusammengefasst. Bildungsressourcen und politisches Interesse definieren (respektive restringieren) den individuellen Handlungsspielraum, wodurch einerseits die Wahrnehmung von Anreizen und andererseits die Partizipation beeinflusst wird. Letztere Annahme ist nicht von Niedermayer (2009)

vorgesehen, integriert aber zentrale Erklärungsfaktoren auf Grundlage des CVM (siehe Abschnitt 3.2.1) und stellt insofern eine Modifizierung des ursprünglichen Modells dar. Bezüglich der Ressourcenausstattung ist es insbesondere die formale Bildung, die Handlungsspielräume begrenzt, sowie das politische Interesse als zentraler Faktor der politischen Involvierung. Dieses Faktorenbündel kennzeichnet die „üblichen Verdächtigen“ mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse. Die gestrichelte Linie kennzeichnet diesen Zusammenhang, um eine potenzielle Stratifikation der Online-Partizipation zu überprüfen. Zentral ist der Wirkungszusammenhang zwischen der Sozialstruktur auf der einen und der Anreizstruktur auf der anderen Seite. Die Anreizstruktur beeinflusst dabei direkt die Nutzenkalkulation: Die Handlungsoption mit dem höchsten Nettonutzen wird entsprechend der Prämisse der Nutzenmaximierung (einer rationalen Handlungsentscheidung) ausgewählt. Wird ein Partizipationsmotiv (Motivation zur Partizipation ist größer als Motivation zur Handlungsoption) aktiviert, dann folgt hieraus die Teilnahme an Online-Partizipationsverfahren. Die Nutzenmaximierung wird als *black box* betrachtet, die theoretisch angenommen aber empirisch nicht überprüft wird. So könnte die Nutzenmaximierung in Konkurrenz zu alternativen Entscheidungsregeln stehen (Simon 1985). Im nächsten Kapitel werden relevante Partizipationsanreize erarbeitet.



**Abbildung 3.2** Postulierter Wirkungszusammenhang nach Niedermayer (1989; 2009)

### 3.3.1 Ableitung eines allgemeinen Anreizmodells

Der Einfluss positiver oder negativer Anreize auf unterschiedliche Partizipationsformen wurde in der Forschungsliteratur vielfach berichtet (siehe Abschnitt 3.2). Gleichzeitig besteht weniger Einigkeit über konkrete Anreiztypen respektive ein allgemeines Anreizmodell politischer (Online-) Partizipation. Lediglich die Grundannahme wird geteilt, dass mit positiven Anreizen Nutzen und mit negativen Anreizen Nachteile einhergehen, die die Handlungsmotivation beeinflussen. Entlang der identifizierten positiven und negativen Anreize wird nun ein Vorschlag für ein komplexes Anreizmodell entwickelt und im weiteren Verlauf der Arbeit empirisch überprüft. Insgesamt werden sechs positive und ein negativer Anreize abgeleitet, um die unterschiedlichen Ziele, Interessen oder Beweggründe, die Bürger:innen mit der Partizipation verfolgen, zu typologisieren. Hierzu zählen kollektiv-politische, selektiv-prozessbezogene, selektiv-ergebnisbezogene, moralische, soziale und expressiv-affektive Anreize sowie negative Anreize, die durch Transaktions- und Opportunitätskosten gekennzeichnet sind. Die Partizipationsmotivation wird dabei als latentes Konstrukt betrachtet, das positive und negative Anreize reflektiert. Es wird angenommen, dass das Anreizmodell ein multidimensionales Konstrukt darstellt, das nicht allein von einem einzelnen, sondern von verschiedenen Anreizen positiv oder negativ beeinflusst wird. Die unterschiedlichen Anreize zeigen sich dadurch, dass Bürger:innen unterschiedliche Ziele durch die Partizipation realisieren oder unterschiedliche Hürden wahrnehmen. So könnte sowohl die Erfüllung eines bürgerschaftlichen Verantwortungsgefühls als auch der Spaß an der Diskussion als Partizipationsgrund oder Desinteresse am Sachgegenstand des Partizipationsverfahren als Partizipationshindernis fungieren.

#### *Kollektiv-politische Anreize*

Kollektive Anreize beziehen sich auf die politische Zielsetzung beziehungsweise auf die Durchsetzung spezifischer politischer Ziele durch die Online-Beteiligung (Klein 2006, S. 38). Online-Konsultationsverfahren gehen dabei mit einer Zielsetzung einher, beispielsweise die Gestaltung der zukünftigen Verkehrsinfrastruktur oder der Normdeliberation, die prinzipiell die Herstellung eines Kollektivgutes darstellt. Bürger:innen, die aus kollektiven Anreizen partizipieren, verfolgen das instrumentelle Ziel, ein Kollektivgut herzustellen, zu verändern oder zu verhindern. So können kollektive Anreize Unzufriedenheit kanalisieren (Opp und Finkel 2001), wodurch beispielsweise „Critical Citizens“ profitieren (Norris 1999). Die Forschung zeigt, dass es eher die jüngeren als die älteren „kritischen Bürger:innen“ sind, die im Internet partizipieren (Ritzi und Wagner 2018).

Im Lichte der bisherigen Diskussion besteht eine Wahlverwandtschaft zu den zweckmäßigen Anreizen bei Clark und Wilson (1961). Auch Opp und Finkel (2001), Schlozman et al. (1995) oder Seyd und Whiteley (1992) beziehen sich auf kollektive Anreize. Theorieimmanent sollte ein kollektiver Anreiz allerdings zum Trittbrettfahren motivieren, da Bürger:innen vom Partizipationsergebnis profitieren, ohne zur Herstellung des Kollektivguts beizutragen (Klein 2006, S. 38). Die Relevanz kollektiver Anreize lässt sich allerdings dadurch herstellen, dass Konsultationsverfahren in erster Linie auf der lokalen Ebene durchgeführt werden und die Teilnehmer:innen bei kommunalen Entscheidungsprozessen ihren Einfluss tendenziell überschätzen (Opp und Finkel 2001; Finkel et al. 1989; Klein 2006; Petermann 2020). Denn erforderlich für die Handlungsrelevanz ist der subjektive und nicht der objektive Einfluss der Bürger:innen (Opp und Finkel 2001, S. 75). Dieser wahrgenommene Einfluss stellt eine notwendige Bedingung dar, damit ein kollektiv-politischer Anreiz ein hinreichendes Partizipationsmotiv aktiviert. Die Wirksamkeit muss sich ferner nicht zwingend auf das Individuum beziehen, sondern kann auch als Gruppenwirksamkeit die Partizipationsbereitschaft beeinflussen (Finkel et al. 1989; van Zomeren 2016).

#### *Selektive Anreize*

Selektive Anreize kennzeichnen eine theorieimmanente Lösung zur Überwindung des Kollektivgutproblems. Diese stehen qua Definition nur denjenigen zur Verfügung, die sich an der Herstellung eines Kollektivguts beteiligen (Olson 2004). Im GIM wird zwischen selektiven Anreizen unterschieden, die sich entweder auf einen Prozess oder auf ein konkretes Ergebnis beziehen (Klein 2006). Selektivprozessbedingte Anreize beinhalten beispielsweise den Spaß an der Diskussion, die Einbringung eigener Expertise oder die Geselligkeit auf Veranstaltungen. Anreize zur Selbstverwirklichung oder intellektuellen Befriedigung stehen im Zusammenhang mit postmateriellen Bedürfnissen (Inglehart 1977; Seyd und Whiteley 1992, S. 66). Dagegen sind selektiv-ergebnisbezogene Anreize durch einen monetären oder materiellen Vorteil gekennzeichnet, wie die Knüpfung von beruflichen Kontakten oder monetäre Vergütungen. Diese Unterscheidung ist auch für Konsultationsverfahren sinnvoll. So zeigen Gustafson und Hertting (2017) auf, dass insbesondere statushohe Bürger:innen die Teilnahme an lokalen Konsultationsverfahren im Sinne einer bürgerlichen Repräsentation verstehen und eigene Expertise in das Verfahren einbringen (wollen) und sich hierdurch von anderen Bevölkerungsgruppen unterscheiden. Ferner ist es möglich, dass Online-Partizipation das Bedürfnis nach kognitiver Betätigung oder Herausforderung evoziert, indem Vorschläge erarbeitet und veröffentlicht werden. Entscheidend ist,

dass der Nutzen aus selektiv-prozessbedingten Anreizen nur dann realisiert werden kann, wenn Bürger:innen tatsächlich am Konsultationsprozess teilnehmen. Das konkrete Ergebnis aus einem Partizipationsverfahren ist sekundär, da der Nutzen bereits durch die Beteiligung am Partizipationsprozess resultiert und unmittelbar erfolgt. Materielle oder monetäre Anreize sind aufgrund knapper finanzieller Ressourcen der Kommunen für ein Online-Konsultationsverfahren eher unüblich und unwahrscheinlich. Ein selektiv-ergebnisbezogener Anreiz könnte allerdings eine indirekte Positionsverbesserung betreffen (Niedermayer 2009, S. 92), wenn individuelle Interessen artikuliert werden können oder persönliche Kontakte durch die Beteiligung entstehen. Dabei bezieht sich das Entscheidungskalkül nicht auf ein bestimmtes Ergebnis des Partizipationsverfahrens, sondern auf die Erwartung einer individuellen Verbesserung. Selektiv-ergebnisbezogene Anreize zielen am ehesten auf eine Entscheidung im strengen Eigennutz ab. Zuweilen werden moralische, soziale oder expressiv-affektive Anreize ebenfalls als selektiv bezeichnet (Opp und Finkel 2001, S. 76 ff.). Allerdings erscheint es sinnvoll, Anreizen, die einer Zweck-Mittel-Kalkulation folgen, Anreizen gegenüberzustellen, die einem Selbstzweck der Partizipation entsprechen. Hierbei recurriere ich auf die diskutierte weite Version einer RCT, die die Annahme über Handeln im strengen Eigennutz erweitert. Kollektive und selektive Anreize sind demnach von moralischen, sozialen und expressiv-affektiven Anreizen abzugrenzen. Letztere können wie die selektiv-prozessbezogenen Anreize eher einer postmateriellen Bedürfnisbefriedigung zugeordnet werden (Seyd und Whiteley 1992, S. 66).

### *Moralische Anreize*

Moralische Anreize spielen für unterschiedliche Partizipationsformen, Wahlen, Protest oder Parteimitgliedschaften eine wesentliche Rolle (Campbell et al. 1954; Riker und Ordeshook 1968; Opp und Finkel 2001; Seyd und Whiteley 1992; Whiteley et al. 1994a). Auch Online-Konsultationsverfahren öffnen den politischen Entscheidungsprozess für Bürger:innen. Dementsprechend sollte ein Anreiz, der auf die Verantwortung einer spezifischen Gruppe oder das Pflichtbewusstsein von Bürger:innen in einer Demokratie hinweist, eine moralische Handlungsmotivation aktivieren: „Moralische Handlungen zielen darauf ab, das ‚Richtige‘ zu tun. Eine moralische Handlung liegt demnach vor, wenn eine Person intrinsisch motiviert eine Norm befolgt, weil sie dieses Verhalten als ‚geboten‘ empfindet“ (Tranow 2014, S. 81). Freilich müssen Bürger:innen davon ausgehen, dass die Beteiligung an einem Online-Partizipationsverfahren einen Weg darstellt, um der demokratischen beziehungsweise bürgerlichen Verpflichtung nachzukommen. Evidenz für moralische Anreize zur Online-Konsultation deutet der Einfluss der

direkten beziehungsweise persönlichen Einladung zur Teilnahme an (Rottinghaus und Escher 2020).<sup>12</sup>

#### *Soziale Anreize*

Als dezidiert extrinsisches Motiv sind soziale Anreize abzugrenzen. Soziale Anreize resultieren aus der Anerkennung „signifikant Anderer“ beziehungsweise der Vermeidung von Sanktionierung, um Erwartungen des sozialen Umfelds zu entsprechen (Whiteley et al. 1994a, S. 11; Klein 2006, S. 39). Der externe Stimulus einer Belohnung beziehungsweise Sanktionsvermeidung ist ein Distinktionsmerkmal zu moralischen (intrinsischen beziehungsweise normgeleiteten) Anreizen (Tranow 2014, 2022). Allerdings ist ein Unterschied zwischen der Erwartung sozialer Anerkennung und der Vermeidung sozialer Sanktionierung anzunehmen (Gerber et al. 2008). In einer experimentellen Feldstudie zur Wahlteilnahme in den USA zeigen Gerber et al. (2008), dass die Vermeidung sozialer Sanktionierung einen stärkeren Einfluss auf die Wahlteilnahme ausübt als die Erwartung von sozialer Anerkennung oder einem demokratischen Pflichtgefühl. Wie Tranow (2014) anmerkt, ist es fraglich, ob Online-Konsultationsverfahren einen entsprechenden Sanktionierungshebel in Bewegung setzen können (Tranow 2014, S. 82). Jedoch gibt es Hinweise darauf, dass externe Anreize stärker zur Online-Partizipation als internale Anreize motivieren, wenn Freund:innen politisch im Internet aktiv sind (Lilleker und Koc-Michalska 2017). Anreizrelevant erscheint demnach die Integration in partizipationsfördernden Netzwerken, wie Mitgliedschaften in Vereinen, Bezugspersonen im Freundeskreis oder Familie (Verba et al. 1995; Opp und Finkel 2001), die eine entsprechende Erwartungshaltung evozieren und Partizipation sozial belohnen.

#### *Expressiv-affektive Anreize*

Die Partizipationsmotivation spiegelt sich ferner durch expressiv-affektive Anreize wider. Bei expressiv-affektiven Anreizen handelt es sich um eine internale Motivation, die in der Forschungsliteratur im Zusammenhang mit der Parteienidentifikation oder expressivem Wahlverhalten diskutiert wird (Klein 2002; Schuessler 2000; Hamlin und Jennings 2019; Riker und Ordeshook 1968; Klein 2006). So stellt beispielsweise die Parteiidentifikation einen robusten Wahl-Prädiktor dar (Smets und van Ham 2013). Bezogen auf Online-Partizipationsverfahren ist zentral, dass die Teilnahme als Kanal fungiert, um

---

<sup>12</sup> Auch aus der Umfrageforschung gibt es konsolidierte Befunde, dass ein Appell zur Teilnahme einen positiven Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft ausübt (Faulbaum 2019, S. 533 ff.).

eine individuelle oder kollektive Identität auszudrücken (Tranow 2014, S. 83). Das heißt, „individuals do not necessarily participate in collective action in order to produce outcomes, but instead often do so in order to express who they are” (Schuessler 2000, S. 5).<sup>13</sup> Hierbei definieren Verbundenheit beziehungsweise affektive Bindungen eine wesentliche Bedingung, um zur Partizipation zu aktivieren (Klein 2006, S. 39). Expressiv-affektive Anreize werden durch Online-Konsultationsverfahren aktiviert, einerseits durch die Möglichkeit, eigene Standpunkte über die Partizipation zu veröffentlichen. So wird der Diskussionsbeteiligung in Online-Foren mitunter ein „expressiver Charakter“ attestiert, der auf der Darstellung individueller Positionen und der Identitätskonstruktion beruht (Kersting 2016, S. 110). Andererseits könnte sich der lokale Kontext des Partizipationsverfahrens positiv auf Verbundenheitsgefühle auswirken (Bühlmann 2013), wodurch expressiv-affektive Anreize einen individuellen Nutzen produzieren. Das Gemeinwesen einer Kommune, Gemeinde oder Stadtviertel könnte hierbei als „imaginierte Gemeinschaft“ fungieren und identitätsstiftend wirken (Anderson 1983).

#### *Negative Anreize*

Das GIM führt die Partizipationsentscheidung nicht ausschließlich auf positive, sondern auch auf negative Anreize zurück. Diese senken die Motivation zur Partizipation, da die Kosten-Seite des Entscheidungskalküls beeinflusst wird. Auch hierbei besteht die Herausforderung, aus einer Vielzahl an Gründen, die potenziell gegen eine Teilnahme sprechen, zentrale Barrieren und Hemmnisse zu identifizieren. Einen Hinweis bietet die Literatur zum *Digital Divide* an (Hoffmann und Lutz 2021; Norris 2001). Internetspezifische Fähigkeiten und Kompetenzen sind in der Gesellschaft nicht gleichverteilt, sondern unterliegen sozialen Selektionsmechanismen. In Bezug auf Online-Partizipation hat sich gezeigt, dass Bürger:innen, die über diese spezifischen Fähigkeiten verfügen, eine höhere Partizipationswahrscheinlichkeit aufweisen (Büchi und Vogler 2017). Hiernach können langwierige Prozesse zur Registrierung, eine unübersichtliche Seitennavigation oder Datenschutzbedenken die Transaktionskosten erhöhen und sich so hemmend auf die Partizipationsbereitschaft auswirken. Ein zweiter negativer Einflussfaktor stellt das spezifische Partizipationsthema dar. Desinteresse am

---

<sup>13</sup> Die expressive Wahl wird in der Literatur häufig mit einer Analogie zu einer Genesungskarte dargestellt: Das Verschicken einer Genesungskarte beruht nicht auf der Hoffnung, dass eine Karte einen Einfluss auf den Gesundheitszustand einer Person ausübt (Analog zum *outcome* politischer Partizipation). Vielmehr wird eine Genesungskarte verschickt um Mitgefühl, Empathie und Aufmerksamkeit auszudrücken. In diesem Sinne hat das Versenden einer Genesungskarte einen intrinsisch-expressiven Wert.



Thema, die Wahrnehmung, dass kein Verbesserungsbedarf besteht oder fehlende Betroffenheit, sollten sich ebenfalls negativ auf die Partizipationsmotivation auswirken. Schließlich steht die Zeit, die zur Partizipation investiert werden muss, für alternative Handlungen nicht mehr zur Verfügung.

Die insgesamt sieben (positiven und negativen) Anreize bilden die Anreizstruktur zur politischen Online-Partizipation vielleicht nicht vollständig, aber dennoch hinreichend ab, um eine Beteiligung zu erklären. Bei der Ableitung handelt es sich um ein vorläufiges Anreizmodell, das zur Operationalisierung von Partizipationsgründen und -hindernissen genutzt wird. Diese ist Grundlage für eine explorative Untersuchung der Anreizstruktur in Abschnitt 5.3. Die nachfolgenden Hypothesen sind insofern als vorläufig zu betrachten, da die Spezifizierung nach Anreiztyp erst im Anschluss an ein modifiziertes Anreizmodell erfolgt. Die abgeleiteten Hypothesen rekurren demnach auf Wirkungszusammenhänge, die aus Prämissen einer weiten RCT resultieren.

### 3.3.2 Hypothesen

Im Rückgriff auf die in der Partizipationsforschung diskutierte Mobilisierungserwartung durch das Internet (Norris 2007), lautet die zentrale These, dass das Internet durch positive Anreize zur Online-Partizipation aktiviert und hierdurch einen Beitrag zur Repräsentation sozialer Gruppen beiträgt, die im klassischen politischen Entscheidungsprozess unterrepräsentiert sind. Die Alternativthese lautet, dass in erster Linie die „üblichen Verdächtigen“ politischer Aktivität von den positiven Anreizen profitieren, wodurch Muster der Stratifikation im Internet und in Bezug auf Online-Konsultationsverfahren verstetigt werden.

In der Forschungsliteratur liegen konsolidierte Erkenntnisse vor, die den Einfluss partizipationsrelevanter Ressourcen und politischer Involvierung auf die Partizipation sowie Online-Partizipation bestätigen (Verba et al. 1995; Schlozman et al. 2010; Escher 2013; Bödeker 2012). Es sind die „üblichen Verdächtigen“, die die höchste Partizipationswahrscheinlichkeit aufweisen und in Partizipationsverfahren überrepräsentiert sind. Distinktionsmerkmale der jeweiligen Gruppen sind in erster Linie das formale Bildungsniveau sowie das politische Interesse. Hiernach stellt sich die Frage, ob ebenfalls ein Zusammenhang zu den unterschiedlichen Partizipationsanreizen bestehen. So könnte vermutet werden, dass Online-Konsultationsverfahren (unbewusst) positive Anreize setzen, von denen die „üblichen Verdächtigen“ stärker als andere Bevölkerungsgruppen profitieren. Zugleich könnten ohnehin unterrepräsentierte oder marginalisierte Bevölkerungsgruppen negative Anreize überzufällig hoch wahrnehmen. Wird dieser

Zusammenhang bestätigt, wäre dies ein Hinweis im Sinne der Verstärkungsthese, nämlich dass die ohnehin überrepräsentierten Bevölkerungsgruppen, insbesondere ressourcenstarke und statushohe Bürger:innen, zur Online-Partizipation mobilisiert werden (Schlozman et al. 2010). Der erste analytische Schritt zur Überprüfung des avisierten Erklärungsmodells sieht demnach eine Endogenisierung der Anreizstruktur vor. Die Prävalenzhypothesen formulieren demnach einen deskriptiven Zusammenhang zwischen der sozialen Position, vermittelt über die Ressourcenausstattung sowie den politischen Prädispositionen und den unterschiedlichen Zielen, die Bürger:innen mit der Online-Partizipation verbinden. Hierzu wird überprüft, ob die Prävalenz der positiven und negativen Partizipationsanreize zufällig entlang der „üblichen Verdächtigen“ variiert oder sozialen Selektionsmechanismen unterliegen.

#### *Prävalenzhypothese*

Bürger:innen, die mit der Online-Partizipation ein konkretes Ziel verfolgen, zum Beispiel durch ihre Teilnahme etwas über die Verkehrsinfrastruktur lernen möchten, müssen hierfür Ressourcen aufbringen. Ressourcen wie Zeit oder Aufmerksamkeit sind ein knappes Gut und definieren dementsprechend Restriktionen zur Realisierung eines Ziels (Reddig und Tranow 2014, S. 309). Wer über eine stärkere Ressourcenausstattung und politisches Interesse verfügt, unterliegt schwächeren Restriktionen, um Ziele oder Vorteile mit der Online-Partizipation umzusetzen. Nach der Wert-Erwartungstheorie, entsprechen die Restriktionen den subjektiven Erwartungen über einen Nutzeneintritt, der bei schwächeren Restriktionen tendenziell stärker ausfällt (Opp 2018, S. 72).<sup>14</sup>

In der Forschungsliteratur werden zuweilen Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen und den Zielen, die mit der Partizipation verbunden sind, festgestellt (Gustafson und Hertting 2017). Es ist davon auszugehen, dass die „üblichen Verdächtigen“ politischer Aktivität über eine höhere Prävalenz zu den positiven Anreizen vorweisen als die Vergleichsgruppen. Aufgrund partizipationsrelevanter Fähigkeiten und der Internalisierung bürgerschaftlicher Normen und Einstellungen, die über die Sozialisierung erworben werden, besteht für ressourcenstarke Bürger:innen eine stärkere Kongruenz zu den positiven Anreizen. Weiterhin stellt sich der Aufwand für diese Bürger:innen geringer dar als für Bürger:innen, die aufgrund der Ressourcenausstattung stärkeren Restriktionen unterliegen. Bürger:innen, die über ein politisches Interesse und somit über Informationen zu politischen Prozessen und Zusammenhängen sowie entsprechenden

---

<sup>14</sup> Zum Verhältnis der RCT und Grenzen bei der Formulierung von Brückenhypothesen, siehe Reddig und Tranow 2014.

Ausdrucks- oder Kommunikationsfähigkeiten verfügen, können einfacher und schneller Vorteile der Online-Partizipation realisieren. Weiterhin greifen die „üblichen Verdächtigen“ mit hoher Wahrscheinlichkeit auf frühere Partizipationserfahrungen zurück, sodass die Eintrittswahrscheinlichkeit für die Nutzenrealisierung höher eingeschätzt wird. Ein vergleichbarer Wirkungszusammenhang ist auch für die negativen Anreize anzunehmen. Die negativen Anreize wie Transaktions- oder Opportunitätskosten fallen dabei stärker ins Gewicht, wenn die notwendige Investition von Ressourcen höher ist oder Desinteresse an Politik besteht. Die entsprechende Prävalenzhypothese (H1) lautet:

H1: *Bürger:innen mit hoher formaler Bildung und starkem politischen Interesse bewerten positive Anreize stärker und negative Anreize schwächer als Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und/oder schwachem politischen Interesse.*

Weiterhin ist es plausibel, dass unterschiedliche Anreize stärkeren oder schwächeren Restriktionen unterliegen. Allerdings setzen auch niederschwellige Anreize einen Mindesteinsatz von Ressourcen voraus, die schließlich nicht für andere Handlungsoptionen zur Verfügung stehen (beispielsweise Zeit). Soziale Differenzen bei der Prävalenz unterschiedlicher Anreize könnten ferner darauf zurückzuführen sein, dass statushohe Bürger:innen weniger materielle, sondern eher postmaterielle Bedürfnisse wie die Selbstverwirklichung oder intellektuelle Befriedigung mit der Partizipation in Verbindung bringen (Inglehart 1977; Seyd und Whiteley 1992, S. 66). Der Fokus liegt aber zunächst auf allgemeinen Beziehungen zwischen partizipationsrelevanten Faktoren wie der formalen Bildung/ politischem Interesse sowie der Anreizstruktur. Dieser allgemeine Zusammenhang spezifiziert noch keine divergierenden Wirkungspfade (siehe Abschnitt 5.3.4). Der nächste analytische Schritt sieht die Überprüfung des Erklärungsmechanismus zwischen den wahrgenommenen Vorteilen respektive Nachteilen und der Teilnahme an politischen Online-Konsultationsverfahren vor.

#### *Anreizhypothese*

Das anvisierte Erklärungsmodell rekurriert auf die Annahme, dass positive und negative Anreize einen Einfluss auf die Partizipationsentscheidung ausüben. Das Hauptargument lautet, dass Online-Partizipationsverfahren positive und negative Anreize setzen, die ein ausreichendes Handlungsmotiv aktivieren, um ein Kooperationsproblem zu überwinden. Entsprechend dieser Argumentation sollten Unterschiede in der Prävalenz der positiven und negativen Anreize die Varianz der Partizipationsteilnahme erklären. Entsprechend der RCT resultiert Handeln

aus dem Entscheidungskalkül von Nutzen abzüglich Kosten. Die RCT verortet dieses Entscheidungskalkül unmittelbar vor der Handlungsentscheidung. Es ist demnach von einem kausalen Wirkungszusammenhang auszugehen. Ob die Anreize mit einem Vorteil einhergehen, hängt einerseits von der individuellen Bewertung eines Partizipationsziels oder -grundes und andererseits von der subjektiven Wahrnehmung der Handlungskonsequenz ab und muss dementsprechend empirisch überprüft werden. Nur wenn Bürger:innen davon ausgehen, dass der Nutzen eines Partizipationsziels realisiert werden kann, beeinflusst der Anreiz die Partizipationsmotivation und hierdurch die tatsächliche Partizipation.

Da die Partizipationsentscheidung von antizipierten Nutzen beziehungsweise Kosten abhängt, sollten Bürger:innen, die die Vorteile stärker wahrnehmen, auch eher dazu motiviert sein, an Online-Konsultationsverfahren teilzunehmen. Zwei Mechanismen gehen dabei mit der steigenden Wahrnehmung von positiven Partizipationsanreizen einher: Erstens beeinflusst eine stärkere Wahrnehmung der positiven Anreize direkt die Partizipationsbereitschaft, da der Nettonutzen aus der Handlung höher ausfällt. Zweitens sind Bürger:innen mit hohem Nettonutzen ebenfalls dazu bereit, höhere Partizipationskosten zu tragen. Hieraus resultiert, dass die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren steigt, wenn die Zustimmung zu den positiven Anreizen steigt. Überprüft wird erneut der allgemeine Zusammenhang, sodass alle positiven Anreize potenziell einen positiven Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit ausüben sollten. Entgegengesetzt zu den positiven Anreizen, haben negative Anreize einen negativen Einfluss auf das Entscheidungskalkül. Wenn Bürger:innen beispielsweise hohe Transaktionskosten aufgrund fehlenden Themeninteresses oder Bedenken bezüglich des Datenschutzes äußern, dann sinkt unmittelbar der Nettonutzen aus der Partizipationshandlung. Folglich sinkt die Wahrscheinlichkeit zur Teilnahme an einem Online-Konsultationsverfahren. Entsprechend dem intendierten Wirkungszusammenhang lautet die Anreizhypothese (H2):

H2: *Je höher die Prävalenz der positiven Anreize, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation und je höher die Prävalenz negativer Anreize, desto niedriger die Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation.*

Eine Ablehnung der Hypothese kann darauf hindeuten, dass Partizipationsanreize nur bedingt zur Teilnahme motivieren, wenn Bürger:innen nicht ein entsprechendes Ziel verfolgen oder die Erwartung an einer Zielrealisierung defizitär ausfällt. Es ist denkbar, dass Bürger:innen zwar grundsätzlich einer bürgerschaftlichen Verantwortung zustimmen, aber die Teilnahme an einem Online-Konsultationsverfahren nicht damit in Verbindung bringen. Umgekehrt

könnte der Einfluss negativer Anreize schwächer ins Gewicht fallen, da mit der Online-Partizipation ein geringerer Aufwand einhergeht. Divergierende Einflüsse zwischen den Anreiztypen könnten wiederum mit Individualmerkmalen der „üblichen Verdächtigen“ zusammenhängen: Teilnehmende haben mit höherer Wahrscheinlichkeit einen höheren sozioökonomischen Status, sodass die primären Handlungsgründe dieser Gruppe charakteristisch für die Online-Konsultation sein könnten. Bei der Prävalenz- und Anreizhypothese handelt es sich wie erwähnt um vorläufige Annahmen über Wirkungszusammenhänge, die in Abschnitt 5.3.4 spezifiziert werden.

### *Strukturhypothese*

Die formale Bildung und das politische Interesse kennzeichnen zwei zentrale Erklärungsfaktoren politischer Online-Partizipation. Unter dem Dach des CVMs charakterisieren diese Faktoren die individuelle Ressourcenausstattung sowie die politische Involvierung (Verba et al. 1995, 334 ff.). Der substanzielle Einfluss auf die politische Online-Partizipation wurde in verschiedenen Studien nachgewiesen (Abschnitt 2.3.2). Mit der Hypothese ist das Ziel verbunden, soziale Stratifikationsmechanismen mit Verankerung in der Sozialstruktur zu überprüfen. Hiernach sollten bereits formale Bildung und politisches Interesse als Proxy politischer und sozialer Ungleichheit fungieren.

Der Erklärungsmechanismus leitet sich aus dem CVM ab: Bürger:innen, die über Bildungsressourcen verfügen, verfügen ebenfalls über partizipationsrelevante Kommunikations- oder Ausdrucksfähigkeiten, sodass hochgebildete Bürger:innen stärkere Handlungsspielräume (beziehungsweise geringere Restriktionen) bei der Partizipation haben. Zugleich werden über die schulische Bildung und später über das Arbeitsleben partizipationsfördernde Werte und Normen internalisiert sowie Fähigkeiten (z. B. Ausdrucksfähigkeiten) und Kompetenzen erlernt. Darüber hinaus ist anzunehmen, dass das politische Interesse eine notwendige Voraussetzung zur Partizipation darstellt. Bürger:innen, die sich für Politik interessieren, sind eher und besser über politische Zusammenhänge und Vorgänge informiert. Überdies sind politisch informierte und interessierte Bürger:innen eine Ressource und normative Voraussetzung für Demokratien (van Deth 2013a, S. 271; Verba 2003). Umgekehrt sollte sich politisches Desinteresse oder Gleichgültigkeit negativ auf die Partizipation auswirken, da zusätzliche Aufwendungen wie eine Auseinandersetzung mit dem Sachgegenstand des Partizipationsverfahrens entstehen.

Zur empirischen Überprüfung wird eine Kontrastierung zwischen Bildungsressourcen und politischer Involvierung vorgenommen (Abbildung 3.3). Diese geht ursprünglich auf Han (2009, S. 8) zurück, um die politische Mobilisierung

jenseits der etablierten Erklärungsfaktoren (Ressourcen und politische Involvement) aufzudecken.<sup>15</sup> Bei Bürger:innen mit hohen Bildungsressourcen und hohem politischen Interesse handelt es sich um die „üblichen Verdächtigen“ politischer Partizipation, die am ehesten an Online-Konsultationsverfahren teilnehmen („+“). Aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit früherer Partizipationserfahrungen dürften sie auch mit den Vorteilen von Online-Konsultationsverfahren besser vertraut sein. Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und hohem politischen Interesse sind aufgrund deskriptiver Merkmale politisch eher unterrepräsentiert im Vergleich zum Pendant der „üblichen Verdächtigen“. Diese Bevölkerungsgruppe könnte (muss aber nicht zwangsläufig) von Opportunitätsstrukturen des Internets profitieren, da der Ressourcenaufwand zur Partizipation sinkt („o“). Wenn Bürger:innen partizipieren „wollen“, aber nicht „können“ (aufgrund von beschränkten Ressourcen), stellt dies eine Verletzung der Grundsätze politischer Gleichheit dar (Verba 2003). Wer über deskriptive Merkmale stärker im politischen System repräsentiert ist und partizipieren „kann“, aber nicht „will“, trifft eine Entscheidung ohne belastbare Konsequenzen für die Bewertung politischer (oder sozialer) Gleichheit („-“). Dagegen sind Bürger:innen, die weder über Bildungsressourcen noch über ein politisches Interesse verfügen, am stärksten vom Risiko politischer Apathie und Marginalisierung betroffen. In Übereinstimmung mit der vorherrschenden Erklärung für politische Partizipation hat diese Gruppe die geringste Wahrscheinlichkeit an Online-Konsultationsverfahren teilzunehmen („- -“). Aufgrund des bedeutenden Einflusses von Bildungsressourcen und politischem Interesse lautet die Strukturhypothese:

H3: *Bürger:innen mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse, haben die höchste Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation.*

Die Überprüfung der drei Hypothesen (Prävalenzhypothese, Anreizhypothese und Strukturhypothese) erfolgt unter der Kontrolle von weiteren Einflussfaktoren des *Civic Voluntarism Models*, weshalb auf die Dimensionen „können“, „wollen“ und „gefragt werden“ rekuriert wird. Ein Erkenntnisfortschritt muss sich an den etablierten Erklärungsfaktoren messen lassen und einen unabhängigen Beitrag zur Varianzaufklärung politischer Online-Partizipation anbieten. Auf Grundlage der

---

<sup>15</sup> Der Untersuchungskontext von Han (2009) bezieht sich auf das Wahlverhalten der Bürger:innen von New Orleans nach dem Hurrikan „Katrina“ im Jahr 2005 und den darauffolgenden Überschwemmungen, die Hunderttausende in der Stadt betroffen haben. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass bisher politisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen eine höhere Wahlmotivation aufwiesen als in der Vergangenheit.

empirischen Analyse ist schließlich zu diskutieren, ob die „üblichen Verdächtigen“ überzufällig stark von positiven Partizipationsanreizen profitieren und ob die Wahrnehmung der Vor- beziehungsweise Nachteile einen Einfluss auf die Partizipationsentscheidung ausübt. Sodann ist es möglich zu beantworten, ob das Internet zu Mobilisierung politisch unterrepräsentierter und/oder marginalisierter Menschen beiträgt oder eine „weapon of the strong“ darstellt (Schlozman et al. 2010).

		Ressourcen (hohe/niedrige formale Bildung)	
		Hohe formale Bildung	Niedrige formale Bildung
Politisches Interesse (hohes/niedriges pol. Interesse)	Hohes pol. Interesse	+	○
	Niedriges pol. Interesse	-	--

**Abbildung 3.3** Die „un-üblichen Verdächtigen“ politischer Online-Konsultationsverfahren

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Die Überprüfung der Hypothesen erfolgt auf der Grundlage einer Sekundärdatenanalyse. Beschreibung und methodische Implikationen der Datenerhebung sind Teil dieses Kapitels. Ferner ist es das dezidierte Ziel, die Datengrundlage vorzustellen und die zentralen Konstrukte zu operationalisieren. Damit werden alle notwendigen Schritte zur Reproduktion der Datenanalyse transparent und nachvollziehbar aufgeführt sowie eine Einschätzung der Datenqualität ermöglicht.

## 4.1 Erhebungsdesign

Die Datenerhebung wurde durch die Forschungsgruppe *Citizen Involvement in Mobility Transitions* (CIMT) durchgeführt (Holec und Escher 2024).<sup>1</sup> Die Forschungsgruppe untersucht Potentiale und Herausforderungen von Bürger:innenbeteiligung an der Verkehrswende in deutschen Kommunen. Das Umfragedesign basiert auf Erhebungen in unterschiedlichen Kontexten u. a. Zufallsstichproben aus Melderegistern sowie Befragungen von Teilnehmenden konkreter Online-Konsultationsverfahren auf der lokalen Ebene (prozessbegleitende Nachbefragung). Für die empirische Analyse werden die kumulierten Querschnittsbeobachtungen aus den Erhebungsjahren 2021 und 2022 (N = 1.504)

---

<sup>1</sup> Nach Ende der Projektlaufzeit stehen die Daten unter <https://www.cimt-hhu.de/ergebnisse/befragungsdaten/> zur Verfügung.

---

**Ergänzende Information** Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann [https://doi.org/10.1007/978-3-658-47441-6\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-47441-6_4).



genutzt. Die zentralen Ergebnisse werden an der Stichprobe der Nachbefragung (N = 255) validiert (Abschnitt 5.6). Die Beschreibung der Daten und Datenerhebung aus der Nachbefragung erfolgt separat in Abschnitt 4.4.

Im Vergleich zu üblichen Sekundärdatensätzen, beispielsweise der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften“ (ALLBUS), der „German Longitudinal Election Study“ (GLES) oder dem „European Social Survey“ (ESS), die ebenfalls Items zur politischen Online-Partizipation erheben, beinhaltet der vorliegende Datensatz spezifische Items zu Partizipationsmotiven an Online-Konsultationsverfahren. Aufgrund der Frageformulierung, konnten dabei nicht nur die Partizipationsmotive der Bürger:innen gemessen werden, die an einem Konsultationsverfahren teilnehmen, sondern auch potenzielle (positive oder negative) Anreize der politisch inaktiven Bürger:innen. Die Fragebogenmodule bestehen ferner aus Items zur Mobilität, Mobilitätsbedürfnissen, Vertrauen und Zufriedenheit mit Politik und Institutionen, politische Partizipation, Verkehrspolitik, Prozessevaluation sowie Angaben zur Soziodemografie. Zur Messung spezifischer Partizipationsmotive wurden eigene Items in den Fragebogen integriert. Ohne Items zur Prozessevaluation (als Teil der Verfahrensevaluation beziehungsweise Nachbefragung) wurden den Teilnehmenden 255 Fragen vorgelegt.

Die Bevölkerungsumfragen wurden in fünf Kontexten in vier unterschiedlichen Städten durchgeführt: Hamburg-Altona, Hamburg-Ottensen, Marburg (Gesamtstadt), Offenburg (Gesamtstadt) sowie Wuppertal-Heckinghausen. Damit liegen lediglich Daten aus westdeutschen Städten vor. Zugleich variieren die Kontexte bezüglich Bevölkerungszahl, Wohndichte, Infrastruktur, Industriegeschichte etc. sowie die Zeitpunkte der Erhebung. Innerhalb der Untersuchungskontexte wurde je eine Zufallsstichprobe aus dem Einwohnermelderegister gezogen, um Meldeadressen für die schriftliche Befragung zu erhalten. Die Grundgesamtheit ist durch die in Privathaushalten lebende deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren der jeweiligen Städte (Offenburg und Marburg) respektive Stadtteilen (Hamburg-Altona, Hamburg-Ottensen und Wuppertal-Heckinghausen) definiert. Innerhalb der Untersuchungskontexte handelt es sich demnach um eine statistisch repräsentative Stichprobe. Aufgrund der Zusammenführung der Teilstichproben ist die statistische Repräsentation in der Gesamtstichprobe nicht mehr gegeben. Die „üblichen Verdächtigen“ beteiligen sich nicht nur überproportional politisch, sondern nehmen auch eher an Bevölkerungsumfragen teil. Für spätere statistische Analysen ist eine hinreichende Zellbesetzung notwendig, insbesondere bei Bevölkerungsgruppen, die in sozialwissenschaftlichen Umfragen häufig unterrepräsentiert sind (zum Beispiel mit niedrigen Bildungsabschlüssen). Da der Fokus der Hypothesen auf Wirkungszusammenhängen liegt, werden Stichproben aus

unterschiedlichen Kontexten und Zeitpunkten kumuliert und Einschränkungen bezüglich inferenzstatistischer Aussagen in Kauf genommen.

---

## 4.2 Durchführung der Datenerhebung

Im nachfolgenden Abschnitt werden die zentralen Aspekte der Datenerhebung beschrieben. Die Auswahl der Untersuchungskontexte basiert nicht auf einer Zufallsauswahl. Die Begründung der Kontextauswahl unterliegt dem inhaltlichen Interesse an der Evaluation konkreter Online-Konsultationsverfahren zu Fragen der infrastrukturellen Entwicklungen im Mobilitätsbereich sowie der Bereitschaft der Zusammenarbeit kommunaler Verwaltungen. So wurden im Zeitraum 2019 bis 2023 in jedem Untersuchungskontext Konsultationsverfahren zum Gegenstand der Verkehrsinfrastruktur durchgeführt.

Aus der praktischen Durchführung der Verfahren ergibt sich der Beobachtungs- beziehungsweise Erhebungszeitraum der Befragungen (eine entsprechende Dokumentation findet sich in Tabelle 27 im Anhang). In folgenden Zeiträumen zwischen den Jahren 2021 und 2022 wurden die Bevölkerungsumfragen durchgeführt (chronologische Ordnung): In Wuppertal-Heckinghausen im ersten Quartal 2021; in Marburg im zweiten Quartal 2021; in Hamburg-Ottensen im dritten Quartal 2021 sowie im vierten Quartal 2022; in Offenburg im vierten Quartal 2021; in Hamburg-Altona im vierten Quartal 2021. An dieser Stelle ist anzumerken, dass der Erhebungszeitraum in unterschiedliche Phasen der Corona-Pandemie und damit einhergehenden Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens fällt. Aufgrund der singulären Situation im gesamten Jahr 2021, schränkt der Erhebungszeitraum gegebenenfalls die Generalisierbarkeit der Befunde ein.

Nachfolgend werden die zentralen Charakteristiken der Datenerhebung beschrieben. In Tabelle 28 im Anhang ist der Erhebungsprozess (Brutto-Stichprobe, Anteil neutraler Ausfälle, Rücklaufquote etc.) dokumentiert. Für die Bevölkerungsbefragungen wurden Zufallsstichproben aus den Einwohnermelde-registern, angepasst nach Einwohner:innenzahl der Stadt beziehungsweise des Stadtteils, gezogen. Jede Meldeadresse hatte die gleiche Chance gezogen zu werden, sodass keine Quotierung auf dieser Ebene stattfand. Auf Grundlage der hierdurch identifizierten Meldeadressen, wurde den Bürger:innen im Erstkontakt ein Papierfragebogen, inklusive eines frankierten Rückumschlags, zugeschickt. Zwischen einer und zwei Wochen nach dem Erstkontakt wurde den Befragten ein Erinnerungsschreiben mit Bitte um Teilnahme zugesendet. Nach drei bis vier Wochen wurde erneut ein Erinnerungsschreiben inklusive eines weiteren

Fragebogens versendet. Dieses Vorgehen folgt den Erkenntnissen der Umfrageforschung, wonach *Reminder* beziehungsweise Nachfassaktionen die Rücklaufquote erhöhen (Faulbaum 2019, S. 162–163). Eine Ausnahme bei der Erhebung stellt Hamburg-Ottensen dar. Hier wurden zwei unabhängige Stichproben zu unterschiedlichen Zeitpunkten aus dem Melderegister gezogen (im zweiten Quartal 2021 (T1) sowie im dritten Quartal 2023 (T2)) und anschließend schriftliche Befragungen durchgeführt. Diese beiden Stichproben werden für die weitere Analyse kumuliert (ein Vergleich der Bildungs- und Geschlechterverteilung für beide Erhebungszeiträume findet sich in Tabelle 29 im Anhang).

Der Anteil neutraler Ausfälle variiert zwischen 1,4 Prozent (Hamburg-Ottensen) und 5,7 Prozent (Marburg) in den Erhebungskontexten. Die Rücklaufquote ist in Offenburg mit knapp 26 Prozent am niedrigsten und in Hamburg-Ottensen (T1) mit knapp 40 Prozent am höchsten. Die Fallzahl der vorläufigen Gesamtstichprobe beträgt 1.555, was einer mittleren Ausschöpfungsquote über allen Erhebungen von etwa 33,5 Prozent entspricht. Die Quote ist hoch und vergleichbar mit der (gewichteten) Ausschöpfungsquote des ALLBUS 2018 von 32,4 Prozent (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2019). Nach der Datenbereinigung verringert sich die kumulierte Stichprobe auf 1.504 Fälle.

Zusätzlich zum Papierfragebogen bestand die Option der selbst-administrierten Online-Teilnahme an der Befragung. Ein Drittel der Befragten haben die Option gewählt, den Fragebogen online auszufüllen. Der Anteil ist in Hamburg-Altona mit etwa 41 Prozent am höchsten, während in Wuppertal-Heckinghausen knapp drei Viertel der Befragten den Papierfragebogen ausgefüllt und zurückgeschickt haben (Tabelle 30 im Anhang). Die durchschnittliche Antwortzeit für den Online-Fragebogen beträgt etwa 32 Minuten. Die Option der Online-Teilnahme entspricht einem *Mixed Mode Survey Design* (Leitgöb und Wolbring 2021, S. 10). Den Befragten den Beantwortungs-Modus aus ihren entsprechenden Präferenzen auswählen zu lassen, übt einen positiven Einfluss auf die Responsivität aus (Olson et al. 2012; Baghal und Kelley 2017). Auch gibt es Hinweise darauf, dass sich *Satisficing* im Antwortverhalten verringern lässt (Leitgöb und Wolbring 2021; Smyth et al. 2014). Zugleich stellt die Messäquivalenz über unterschiedliche Modi ein Problem dar (Hox et al. 2015). In Tabelle 4.1 ist die Nettostichprobe je Erhebungskontext dokumentiert. Etwas mehr als ein Viertel der Befragten kommt aus Hamburg-Altona, während der geringste Anteil auf Wuppertal-Heckinghausen entfällt (9,1 Prozent).

**Tabelle 4.1** Stichprobenverteilung der Befragten je Erhebungskontext

	Altona	Marburg	Offenburg	Ottensen	Wuppertal	Gesamt
N	407	395	238	327	137	1504
Anteil in %	27,1	26,3	15,8	21,7	9,1	100

Anmerkung: N = 1.504. Werte gerundet; für HH-Ottensen wurden die Stichproben aus T1 und T2 kumuliert

### 4.3 Beschreibung der Stichprobe

Für die Darstellung zentraler Individualmerkmale der Gesamtstichprobe wird die Verteilung soziodemografischer Eigenschaften beschrieben. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der Generalisierbarkeit der empirischen Ergebnisse. Wie bereits angemerkt, basiert die Gesamtstichprobe nicht auf einer Zufallsauswahl. Aus fünf unterschiedlichen Kontexten wurden Zufallsstichproben gezogen. Innerhalb der Kontexte können die Stichproben (mit Ausnahme der kumulierten Stichprobe aus HH-Ottensen) als statistisch repräsentativ gelten. Die Inferenz auf die deutsche Grundgesamtheit ist bei der Analyse der Gesamtstichprobe bereits durch das Erhebungsdesign eingeschränkt. Die Untersuchungskontexte wurden gezielt ausgewählt und beschränken sich auf westdeutsche Städte beziehungsweise Stadtteile.

In Tabelle 4.2 werden zentrale soziodemografische Individualmerkmale (Geschlechterverteilung, Bildungsabschlüsse, Altersverteilung, Migrationshintergrund, Haushaltsnettoeinkommen sowie Erwerbstätigkeit) der Gesamtstichprobe dokumentiert. Bezüglich der Geschlechterverteilung sind 51,6 Prozent der Befragten weiblich, 47,9 Prozent männlich, 0,1 Prozent divers und 0,4 Prozent haben keine Angabe nach Geburtenregister. Etwa drei Viertel der Befragten haben mindestens die Fachhochschulreife oder Abitur, knapp 13 Prozent einen Real-schulabschluss und 8 Prozent einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss. Das durchschnittliche Alter in der Stichprobe beträgt 49 Jahre. Bei 23 Prozent der Befragten ist mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren. 57 Prozent der Befragten verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 3.000 Euro. Bei etwa 8 Prozent der Befragten liegt das Haushaltsnettoeinkommen unter 1.000 Euro. In der Stichprobe sind etwa zwei Drittel der Befragten erwerbstätig. Die Verteilung nach Erhebungskontext ist im Anhang unter Tabelle 31 hinterlegt. In Wuppertal-Heckinghausen sind die Befragten eher männlich (52,3 Prozent) und etwa 30 Prozent haben ein Abitur. Der Anteil von

Abiturient:innen beträgt in Hamburg-Altona oder -Ottensen ca. 73 beziehungsweise 69 Prozent. In Offenburg sind die Befragten mit 54 Jahren durchschnittlich etwas älter als in der Universitätsstadt Marburg (durchschnittlich 45 Jahre). Der Anteil an Befragten mit Migrationshintergrund ist in allen Kontexten vergleichbar. Lediglich 3 Prozent der Befragten im Stadtteil Heckinghausen verfügen monatlich über ein Haushaltseinkommen von mehr als 7.500 Euro. Dagegen beträgt der Anteil in Altona 14,5 Prozent. Auch der Anteil erwerbstätiger Personen ist in der Stichprobe von Heckinghausen mit 50,8 Prozent am niedrigsten.

**Tabelle 4.2** Verteilung von Individualmerkmalen in der Gesamtstichprobe

Individualmerkmal	Gesamtstichprobe
<b>Geschlecht</b>	
Weiblich	51,6
Männlich	47,9
Divers	0,1
Ohne Angabe (nach Geburtenregister)	0,4
<b>Höchster Schulabschluss</b>	
Keinen allgemeinen Schulabschluss	0,6
Volks- bzw. Hauptschulabschluss	8,1
Realschulabschluss (mittlere Reife)	12,9
Fachhochschulreife/Abschluss einer Fachoberschule	15,3
Abitur	61,1
Anderen Schulabschluss	2,0
<b>Alterskategorien</b>	
18–24	8,4
25–34	18,8
35–49	23,4
50–64	27,8
>65	21,6
<b>Durchschnittliches Alter (in Jahren)</b>	49
<b>Migrationshintergrund</b>	23,1
<b>Netto-Haushaltseinkommen</b>	
Unter 1.000 Euro	8,2
1.000 bis unter 1.500 Euro	6,6

(Fortsetzung)

**Tabelle 4.2** (Fortsetzung)

Individualmerkmal	Gesamtstichprobe
1.500 bis unter 2.000 Euro	10,4
2.000 bis unter 3.000 Euro	16,7
3.000 bis unter 4.000 Euro	17,3
4.000 bis unter 5.000 Euro	14,7
5.000 bis unter 7.500 Euro	17,2
Über 7.500 Euro	8,9
<b>Erwerbstätig</b>	61,5

Anmerkung: N = 1.504. Angaben in Prozent und Werte gerundet

Neben kontextabhängigen Variationen sind Abweichungen zwischen Gesamtstichprobe und deutscher Grundgesamtheit zu verzeichnen. Der Vergleich zur Grundgesamtheit lässt eine Bewertung der potenziellen Stichprobenverzerrung entlang ausgewählter Merkmale (Geschlecht, Bildung und Alter) zu (Faulbaum 2019, 399 ff.). Hierfür wird die Verteilungen aus der Stichprobe mit Daten aus dem Zensus 2011 (Statistisches Bundesamt 2011) kontrastiert (Tabelle 32 sowie Tabelle 33 und Tabelle 34 zur Bevölkerungsverteilung je Kontexteinheit im Anhang).<sup>2</sup> Männliche und weibliche Befragte sind in der Gesamtstichprobe annähernd gleichverteilt, was der Verteilung in der Grundgesamtheit entspricht. Die Verteilung der Altersgruppen stimmt weitestgehend mit der Verteilung in der Grundgesamtheit überein, wenngleich Befragte mittleren bis höheren Alters überrepräsentiert sind. Eine Verzerrung der Stichprobe offenbart sich hinsichtlich der formalen Bildung: Etwa drei Viertel der Befragten sind durch ein hohes formales Bildungsniveau (mindestens Fachhochschulreife) charakterisiert. In der Grundgesamtheit beträgt der Anteil hoher formaler Bildung etwa 28 Prozent. Lediglich ca. 9 Prozent der Befragten weisen ein niedriges formales Bildungsniveau im Vergleich zu ca. 42 Prozent in der Bevölkerung auf (keinen Schulabschluss/Volks- oder Hauptschulabschluss). Eine Stichprobenverzerrung zugunsten von hochgebildeten Befragten ist demnach zu konstatieren. Dies schränkt die Generalisierbarkeit der empirischen Analyse (unabhängig vom Erhebungsdesign) ein, da bezüglich des formalen Bildungsabschlusses keine Strukturgleichheit von Stichprobe und Grundgesamtheit vorliegt (Faulbaum 2019, S. 464).

<sup>2</sup> Auch innerhalb der Erhebungskontexte sind die Stichproben zugunsten von Befragten mit höherer formaler Bildung verzerrt.

#### **4.4 Datenerhebung und Beschreibung der Stichprobe aus der Nachbefragung**

Die Analyse der Daten aus der Nachbefragung ermöglicht eine Kreuzvalidierung der auf Grundlage der kumulierten Bevölkerungsumfrage eruierten Befunde zu Partizipationsanreizen (Abschnitt 5.6). Datengrundlage der empirischen Analyse ist allerdings die Bevölkerungsumfrage, weshalb beide Stichproben separat vorgestellt werden. In jedem Untersuchungskontext wurden spezifische Online-Konsultationsverfahren zum Thema Verkehrsinfrastruktur und Mobilität und entsprechende Nachbefragungen zur Prozessevaluierung durchgeführt (für einen Überblick zu den Partizipationsverfahren siehe Tabelle 35 im Anhang). Die jeweiligen Verfahren unterscheiden sich zwar hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung, alle Verfahren beinhalten allerdings konsultativ-dialogische Elemente im Internet mit dem Ziel, Bürger:innen in den politischen Entscheidungsprozess einzubeziehen. Hiernach besteht eine gerechtfertigte Ähnlichkeit der Konsultationsverfahren. Die Teilnehmenden wurden im Anschluss an die Partizipationsverfahren mit einem Online-Fragebogen kontaktiert.

Die Feld- beziehungsweise Erhebungsphase der Nachbefragung steht in Abhängigkeit zur Durchführung der Partizipationsverfahren: In Wuppertal-Heckinghausen im 2. Quartal 2021; in Marburg im 2. Quartal 2021 sowie 3. Quartal 2022; in Hamburg-Ottensen im 2., 3. und 4. Quartal 2021 sowie im 1. Quartal 2022; in Offenburg im 4. Quartal 2021 sowie 4. Quartal 2022 und in Hamburg-Altona im 4. Quartal 2021. Die Rekrutierung erfolgte im Anschluss über unterschiedliche Kanäle (Mail, Newsletter sowie Hinweise auf den beziehungsweise über die Veranstaltungen). Für die Teilnehmenden stand ausschließlich die Option zur Verfügung, den Fragebogen online zu beantworten. Knapp 60 Prozent der Befragten wurden in Hamburg-Ottensen und lediglich zwei Prozent in Wuppertal-Heckinghausen rekrutiert (Tabelle 36 im Anhang). Über 60 Prozent der Teilnehmenden sind männlich, knapp die Hälfte ist zwischen 50 und 64 Jahren alt und mehr als 90 Prozent verfügen über eine hohe formale Bildung (Tabelle 37 im Anhang).

---

#### **4.5 Operationalisierung**

Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Erklärung der unterschiedlichen Wahrnehmung politischer Online-Konsultationsangebote. Als zentrale Erklärungsfaktoren wurden unterschiedliche Partizipationsgründe und -hindernisse identifiziert, die unmittelbar eine Entscheidung zur Teilnahme beeinflussen. Freilich handelt

es sich hierbei nicht um direkt beobachtbare Eigenschaften. Zwar bietet die Forschungsliteratur unterschiedliche Ansätze an, um positive und negative Partizipationsanreize zu erheben, ein allgemeingültiges Anreizmodell existiert allerdings nicht. Auf der Grundlage bestehender Forschung wurden deshalb Frageitems zu Partizipationsanreizen erarbeitet und getestet. Die Einschätzung der Güte der Messung (Objektivität, Reliabilität und Validität) ist zentral für das nachfolgende Kapitel. Für die Operationalisierung der weiteren Modell- beziehungsweise Kontrollvariablen werden etablierte Instrumente verwendet.

### 4.5.1 Politische Online-Partizipation

Als spezifische Form der Online-Partizipation steht die Teilnahme an Beteiligungsverfahren mit konsultativ-dialogischen Elementen im Fokus der vorliegenden Arbeit. Für die Operationalisierung ist das Spezifikum des Erhebungsdesigns aufgrund der Verfügbarkeit der Bevölkerungs- und Teilnehmenden-Befragung zu beachten. Da die Bürger:innen für die Nachbefragung über konkrete Online-Konsultationsverfahren rekrutiert wurden, beinhaltet die Stichprobe ausschließlich Teilnehmer:innen.

Innerhalb der Bevölkerungsumfrage, die die Datengrundlage für den Hypothesentest darstellt, wurden die Bürger:innen nach der politischen Aktivität gefragt. Der Frageblock wurde dabei in die klassischen Formen der Offline-Partizipation, wie die Teilnahme an einer Demonstration oder Spenden an politische Parteien, sowie Formen der Online-Partizipation unterteilt. Der erste Fragestimulus führt in den *Frame* der politischen Aktivität ein und fragt nach politischer Beteiligung außerhalb des Internets: „Und nun zum Thema politische Beteiligung außerhalb des Internets. Wenn Sie einmal an die letzten zwölf Monate zurückdenken, haben Sie die folgenden Dinge getan, um politischen Einfluss zu nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen?“. Hierauf folgen neun unterschiedliche Partizipationsformen außerhalb des Internets. Der anschließende Fragestimulus aktiviert den *Frame* politischer Aktivität im Internet: „Und nun zum Thema politische Beteiligung im Internet. Hier sind einige Möglichkeiten, online politisch aktiv zu sein. Bitte geben Sie zu jeder Möglichkeit an, ob Sie diese in den letzten zwölf Monaten genutzt haben“. Aus zehn weiteren Partizipationsformen konnten die Bürger:innen auswählen, ob sie diese genutzt („Ja“) oder nicht genutzt („Nein“) haben.<sup>3</sup> Die Beteiligung wurde demnach mittels

---

<sup>3</sup> Die entsprechenden Antwortmöglichkeiten lauten: eigene politische Beiträge in sozialen Medien gepostet, getwittert oder über Mailverteiler verschickt; politische Beiträge anderer



*forced-choice* und den Antwortvorgaben „Ja“ und „Nein“ gemessen. Für die Operationalisierung der zentralen abhängigen Variablen überwiegt an dieser Stelle das inhaltliche Interesse an spezifischen Beteiligungsformen der konsultativen beziehungsweise dialogorientierten Online-Partizipation. Eine Auswahl der Indikatoren erfolgt deshalb nicht auf Grundlage einer empirischen Typologisierung der Partizipationsformen, sondern entlang einer inhaltlichen Plausibilisierung. Während Partizipationsformen in sozialen Medien eine eigenständige Dimension der politischen Partizipation darstellen (Theocharis 2015; Theocharis und van Deth 2016), entsprechen auch Kommentare, Leserbriefe, Artikel, Online-Petitionen oder der Kontakt zu Politiker:innen nicht dem Verständnis einer konsultativen Online-Beteiligung (siehe Abschnitt 2.2.2).

Der erste Indikator konsultativer Online-Partizipation betrifft die Aktivität auf einer Top-down organisierten Bürger:innenbeteiligungsplattform („Bürgerbeteiligungs-Plattformen von staatlichen Stellen im Internet genutzt, z. B. Bürgerhaushalte, Online Konsultationen o.ä.“). Potenziell erfasst dieser Indikator Online-Konsultationsverfahren auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems. Der zweite Indikator zielt auf die spezifische Nutzung einer Beteiligungsplattform der eigenen Stadt ab („eine Beteiligungsplattform der Stadt [x] genutzt“). Beide Indikatoren wurden zur zentralen abhängigen Variablen „konsultative Online-Partizipation“ mit den Ausprägungen keine Teilnahme (Wert 0) und Teilnahme (Wert 1) zusammengefasst. Darüber hinaus liegen für die Befragten aus Hamburg-Altona, -Ottensen und Offenburg Informationen zur Online-Beteiligung an den spezifischen Konsultationsverfahren zur Verkehrsinfrastruktur vor („Haben Sie zur Beteiligung (aktiv oder passiv) auch das Internet genutzt?“). Hier zeigen sich teilweise Inkonsistenzen in den Angaben zu den Partizipationsitems. Wenn die Befragten angegeben haben, das Internet zur Beteiligung genutzt zu haben, zählt dies als Teilnahme, auch wenn die Items zuvor verneint oder nicht beantwortet wurden (n = 47).<sup>4</sup>

---

Personen in sozialen Medien weitergeleitet oder geteilt; bei politischen Beiträgen in sozialen Medien Gefällt mir angeklickt; Kommentare zu politischen Beiträgen, Artikeln oder Sendungen verfasst, z. B. in Nachrichtenportalen; einen Leserbrief zu einem politischen Thema verfasst, z. B. über E-Mail; Artikel über politische Themen für einen Blog geschrieben; sich an Onlinepetitionen oder Unterschriftenaktionen im Internet beteiligt; Bürgerbeteiligungs-Plattformen von staatlichen Stellen im Internet genutzt, z. B. Bürgerhaushalte, Online Konsultationen o.ä.; Politikerinnen und Politiker über das Internet kontaktiert; eine Beteiligungsplattform der Stadt [x] genutzt.

<sup>4</sup> Für diesen Teil gibt es eine Überschneidung zwischen der Bevölkerungsbefragung und der Nachbefragung. Die Befragten wurden daher den Bevölkerungsdaten zugeordnet.

Bei der näheren Untersuchung des Antwortverhaltens zeigt sich ferner, dass die Befragten von der Intention der *forced-choice* Antwortvorgabe partiell abweichen und die Fragen im Sinne einer *check-all* Antwortvorgabe bearbeiten (Smyth et al. 2006). Das heißt, Befragte haben zwar „ja“ angegeben, wenn sie eine spezifische Aktivität genutzt, aber nur bedingt „nein“ angegeben, wenn sie eine spezifische Aktivität nicht genutzt haben.<sup>5</sup> Dieses Muster im Antwortverhalten führt zur pragmatischen Entscheidung, um Befragte nicht vorschnell aus dem Sample auszuschließen, fehlende Werte der Indikatoren als nicht-Teilnahme zu kodieren.

#### 4.5.2 Die „un-/üblichen Verdächtigen“ politischer Online-Partizipation

Im Laufe der Arbeit wurde die Bedeutung der formalen Bildung sowie des politischen Interesses zur Partizipation herausgestellt. Beide Erklärungsfaktoren referieren auf die Erklärungskraft des *Civic Voluntarism Models* und die Dimensionen der individuellen Ressourcenausstattung und der politischen Involvierung (Verba et al. 1995). Um diese beiden Faktoren in das anvisierte Erklärungsmodell zu integrieren, wurde vorgeschlagen, vier Typen der „üblichen“ beziehungsweise „unüblichen Verdächtigen“ der politischen Partizipation zu bilden. Die Typologisierung der vier Erklärungstypen basiert auf einer Kreuztabellierung der Variablen formales Bildungsniveau und politisches Interesse.

Der formale Bildungsgrad wurde über eine Selbsteinstufung erhoben.<sup>6</sup> Der Stimulus zum entsprechenden Item lautet: „Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluss haben Sie? Wie ist das bei Ihren Eltern? Ordnen Sie bitte im Ausland erworbene Abschlüsse einem gleichwertigen deutschen Abschluss zu.“ Die Angabe zur formalen Bildung beinhaltet demnach nicht nur die Einordnung der Befragten, sondern auch die Einordnung der beiden Elternteile. Für die Operationalisierung der „un-/üblichen Verdächtigen“ wird lediglich der formale Bildungsgrad der Befragten herangezogen. Entsprechend der Standardisierung zur Erhebung der Bildungsabschlüsse (Schneider 2016) lauten die Antwortkategorien „keinen allgemeinen Schulabschluss“; „Volks- bzw. Hauptschulabschluss bzw. POS 8. Klasse“; „Realschulabschluss (mittlere Reife) bzw. POS 10. Klasse“; „Fachhochschulreife/ Abschluss einer Fachoberschule“; „Abitur“ sowie „anderen

---

<sup>5</sup> Zum Vergleich von *forced-choice* und *check-all* Frageformulierungen in der Umfrageforschung, siehe Callegaro et al. 2015; Smyth et al. 2006.

<sup>6</sup> Bei der Operationalisierung besteht kein Unterschied zur Nachbefragung.

Schulabschluss“. Die Dichotomisierung der Bildungsvariablen erfolgt entsprechend dem Übergang zur (gymnasialen) Oberstufe. Befragte mit einem Realschul- oder niedrigerem beziehungsweise keinem Schulabschluss werden zusammengefasst und gegenüber Befragten mit mindestens Fachhochschulreife kontrastiert. Befragte, die angegeben haben, über einen anderen Schulabschluss zu verfügen, wurden aus der weiteren Analyse ausgeschlossen, da keine Zuordnung möglich ist.

Die zweite Dimension der Erklärungstypen betrifft das politische Interesse der Befragten. Der Indikator bezieht sich allgemein auf die Politik und fragt, „wie stark interessieren Sie sich für Politik?“. Das Item wurde auf einer fünf-stufigen Likert-Skala mit verbalisierten Abstufungen (1. „Überhaupt nicht“; 2. „Wenig“; 3. „Mittel“; 4. „Stark“; 5. „Sehr stark“) gemessen. Die Messung über einen Einzelindikator ist in der politikwissenschaftlichen Umfrage- und Wahlforschung gängig (Otto und Bacherle 2011). Zur Kreuztabellierung wurde der Indikator dichotomisiert, der Schwellenwert durch den Median definiert. Befragte mit einem Wert kleiner als der Median, werden der Kategorie mit einem niedrigen politischen Interesse zusammengefasst. Das Verhältnis zwischen niedrigem (45 Prozent) und hohem politischen Interesse (55 Prozent) ist annähernd gleichverteilt.

Auf Grundlage einer Kreuztabellierung können nunmehr die Dimensionen der „un-/üblichen Verdächtigen“ gebildet werden: Die erste Dimension kennzeichnet Befragte mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse. Befragte mit niedriger formaler Bildung und hohem politischen Interesse markieren die zweite Dimension. Variiert das politische Interesse bei hoher formaler Bildung kennzeichnet dies die dritte Dimension. Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse werden zur vierten Dimension zusammengefasst (siehe Abschnitt 3.3.2).

### 4.5.3 Positive und negative Partizipationsanreize

Die Messung von Handlungsanreizen zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren, das heißt Partizipationsgründen und -hindernissen, stellt den methodischen Kern der vorliegenden Arbeit dar. Da in der Forschung kein etabliertes Instrument zur Messung partizipationsrelevanter Anreize besteht, wurden, orientiert an vergleichbaren Erhebungsinstrumenten u. a. aus der Partei- und Protestforschung, eigene Items formuliert. Dementsprechend wird die Operationalisierung durch die kritische Einordnung der Frageformulierung sowie Pretests ergänzt.

### 4.5.3.1 Operationalisierung der Anreizstruktur

Die Auswahl relevanter Indikatoren zur Operationalisierung positiver und negativer Partizipationsanreize folgt der Diskussion der Forschungsliteratur und der Ableitung eines allgemeinen Anreizmodells (siehe Abschnitt 3.3.1). Hierdurch wurden kollektiv-politische, selektiv-prozessbezogene, selektiv-ergebnisbezogene, moralische, soziale, expressive und negative Anreize identifiziert. Gemeinsam kennzeichnen diese Anreize die Anreizstruktur zur Online-Partizipation. Die Formulierung der Items greift dabei auf vorherige Studien, insbesondere der deutschsprachigen Parteienforschung, zurück (Kunz und Gabriel 2000; Klein 2006; Spier et al. 2011; Jers 2014; Rottinghaus und Escher 2020). Freilich können die Items nicht ohne weiteres übernommen werden, sodass spezifische Anpassungen notwendig sind. Ein Beispiel dieser Anpassung verdeutlichen materielle beziehungsweise selektiv-ergebnisbezogene Anreize: Während die Möglichkeit zur Parteikarriere oder Ausführung eines Mandats ein relevantes Motiv zur Parteimitgliedschaft darstellt (Seyd und Whiteley 1992, S. 60; Klein 2006, S. 37–38), ist es nur schwerlich vorstellbar, dass die Teilnahme an einem Konsultationsverfahren eine berufliche Karriere in der lokalen Verwaltung ermöglicht.

Für die Bevölkerungsumfrage wurde als Fragestimulus eine hypothetische Situation zu einem Online-Konsultationsverfahren formuliert, um einen kognitiven *Frame* der politischen Partizipation zu aktivieren. Hierdurch können nicht nur Partizipationsgründe oder -hindernisse von politisch aktiven, sondern auch von politisch inaktiven Bürger:innen erhoben werden (Tabelle 4.3).<sup>7</sup> Dabei wurde der Hinweis, dass unterschiedliche Gründe sowohl für oder gegen eine Teilnahme sprechen können, durch Unterstreichung hervorgehoben. Hiernach sollten die entsprechenden Items von den Befragten bewertet werden.

---

<sup>7</sup> Ein Beispiel zur Messung von Handlungsmotiven entlang einer hypothetischen Situation findet sich bei Price et al. (2002). Für Bürger:innen der Nachbefragung bezieht sich der Fragestimulus auf das konkrete Verfahren, siehe Tabelle 38 im Anhang. Dabei weichen die Formulierungen der Anreize zwischen Bevölkerungs- und prozessbegleitender Nachbefragung leicht voneinander ab.

**Tabelle 4.3** Fragestimulus zur Erhebung von Partizipationsanreizen

## Fragestimulus

Angenommen, die Verwaltung Ihrer Stadt möchte die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung zum Thema öffentlichen Verkehr durch ein Beteiligungsverfahren einbeziehen. Dafür hat die Verwaltung eine Plattform im Internet erstellt. Dort können von den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Vorschläge zum Thema gemacht, diskutiert und bewertet werden. Ziel des Verfahrens ist die Auswahl von Vorschlägen, die in die zukünftige Planung des öffentlichen Verkehrs einfließen sollen.

Unabhängig davon, ob Sie selbst am Verfahren teilnehmen würden, gibt es einige Gründe, die für oder gegen eine Beteiligung sprechen. Einige Standpunkte dazu sind nachfolgend aufgeführt. Bitte geben Sie anhand der Skala an, inwiefern die Aussagen Ihrer Meinung nach zutreffen.

Anmerkung: Unterstreichung im Original

Insgesamt wurden zur Messung der sieben theoretischen Dimensionen der Anreizstruktur 17 entsprechende Items formuliert. Dabei stellen 12 Items Indikatoren positiver und fünf Items Indikatoren negativer Partizipationsanreize dar. Alle Items wurden auf einer fünfstufigen Skala mit verbalisierten Zwischenwerten gemessen (1. „Stimme überhaupt nicht zu“; 2. „Stimme eher nicht zu“; 3. „Teils/Teils“; 4. „Stimme eher zu“; 5. „Stimme voll und ganz zu“). Die mittlere Antwortkategorie kennzeichnet eine Indifferenz der Befragten hinsichtlich des (positiven oder negativen) Anreizes.

Die Dimension der kollektiv-politischen Anreize wurde durch den Indikator der politischen Einflussnahme zur Herstellung eines Kollektivguts operationalisiert, der die „politische Veränderung“ sowie die „Einflussnahme auf politische Entscheidungen“ beinhaltet. Für die selektiven Anreize wurde die analytische Unterscheidung zwischen prozess- und ergebnisbezogene Anreize gewählt. Prozessbezogene Anreize werden durch die Indikatoren abgebildet, die „persönliche Fähigkeiten“ in ein Beteiligungsverfahren einzubringen, „Sachverstand“ für politische Fragen zu entwickeln oder der persönliche „Spaß“ an einer Online-Diskussion teilzunehmen. Während die prozessbezogenen Anreize unmittelbar mit dem Partizipationsverfahren zusammenhängen, gehen ergebnisbezogene Anreize mit einem individuellen Nutzen einher, der nicht zwangsläufig von der Herstellung des Kollektivguts abhängt. Wie eingangs erläutert, stellen beispielsweise die Parteikarriere oder ein politisches Mandat einen ergebnisbezogenen Anreiz dar. Diese Art des individuellen Nutzens ist ähnlich zu materiellen oder monetären Anreizen. So bezieht sich ein klassisches Beispiel bei Olson (2004) auf zusätzliche oder vergünstigte Versicherungen von Arbeiter:innen als Anreiz zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Clark und Wilson (1961)

argumentieren, dass materielle Anreize nur bedingt mit monetärer Vergütung gleichzusetzen sind. In erster Linie kommt es darauf an, dass die individuelle Position respektive Ressourcen verbessert werden – unabhängig vom Erfolg des Partizipationsverfahrens. Ein ergebnisbezogener Anreiz geht demnach mit der Erwartung einher, einen „individuellen Vorteil“ durch die Beteiligung zu erlangen oder spezifische „individuelle Interessen“ durchzusetzen.

Ferner beinhaltet das intendierte Erklärungsmodell moralische, soziale und expressiv-affektive Anreize, die einer „weiten“ RC-Variante zuzurechnen sind. Eine Gemeinsamkeit der unterschiedlichen theoretischen Ansätze zur moralischen Motivation ist der Indikator eines Pflicht- beziehungsweise Verantwortungsbewusstseins. Der moralische Anreiz wird deshalb über eine „Verantwortung als Bürgerin oder Bürger“ sowie über das Engagement für die „eigene Stadt“ gemessen. Eine weitere Dimension der Anreizstruktur kennzeichnen soziale Anreize. In der theoretischen Diskussion wurden zwei wesentliche Mechanismen (Belohnung und Sanktionierung) aufgeführt. Als Indikatoren zur Messung sozialer Anreize werden „Akzeptanz und Anerkennung“ sowie eine Erwartungshaltung von „Freunden und/oder Familie“ verwendet. Abschließend stellt die Annahme eines expressiv-affektiven Anreizes die Bedeutung eines Zugehörigkeitsgefühls mit einer Stadt, Stadtviertel oder Gemeinde heraus. Zur Messung eines expressiven Anreizes wird in der Forschung zuweilen die Parteiidentifikation als Proxy-Messung verwendet (Klein 2006). Für die vorliegende Arbeit wird ein expressiv-affektiver Anreiz als *single item* über das Gefühl der „Verbundenheit mit der Gemeinde“ operationalisiert.

Grundlegend gehen die theoretischen Annahmen von einer Kosten-Nutzen-Kalkulation der Bürger:innen aus, die vor der Entscheidung einer Teilnahme oder nicht-Teilnahme an einem Online-Partizipationsverfahren stehen. Demnach beinhaltet das Erklärungsmodell negative Anreize, die ein Hemmnis oder eine Barriere zur Partizipation markieren. Hierzu zählen einerseits Transaktionskosten, andererseits der kognitive Aufwand. Transaktionskosten werden erstens durch die „Zeit“ operationalisiert, die zur Partizipation investiert werden muss. Ein spezifischer Kostenfaktor der Online-Partizipation ist die „Sorge um den Schutz persönlicher Daten“. Teilnehmer:innen eines Konsultationsverfahrens müssen sich gegebenenfalls auf der Online-Plattform registrieren und dabei eine Mail-Adresse oder persönliche Daten zur Verifizierung hinterlassen. Zweitens beinhalten negative Anreize den kognitiven Aufwand der Partizipation. Bürger:innen könnten die Beteiligung als „langweilig“ betrachten. In diese Richtung zielt auch das „Desinteresse“ am Thema des Partizipationsverfahrens, beispielsweise zur nachhaltigen Mobilität, ab. Ferner dürfte der kognitive Aufwand steigen, wenn

Bürger:innen „keinen Verbesserungsbedarf“ beim entsprechenden Partizipationsgegenstand wahrnehmen. Die Frageformulierungen sind in Tabelle 4.4 dokumentiert. Als zusätzliche Informationen sind in der ersten Spalte die Frageposition (basierend auf einer einmaligen Randomisierung, um Reihenfolgeeffekte konstant zu halten) sowie theoretisch intendierter Anreiztyp notiert. Wenn Frageformulierungen aus früheren Studien übernommen wurden, wurde dies durch Fußnoten mit Verweis auf den Ursprung markiert.

**Tabelle 4.4** Frageformulierung zur Messung der Anreizstruktur

Position	Frageformulierung	Anreiztyp
17	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren kann ich politisch etwas verändern. <sup>1; a</sup>	kollektiv-politisch
7	Die Beteiligung an diesem Verfahren ist ein geeigneter Weg, um persönlich Einfluss auf die Politik auszuüben. <sup>2</sup>	kollektiv-politisch
1	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren kann ich meine persönlichen Fähigkeiten einbringen. <sup>1; a</sup>	selektiv-prozessbezogen
9	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren kann ich Sachverstand für politische Fragen entwickeln. <sup>2; a</sup>	selektiv-prozessbezogen
11	Die Beteiligung an diesem Verfahren macht mir Spaß. <sup>2; 3</sup>	selektiv-prozessbezogen
8	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren kann ich persönliche Vorteile haben oder erlangen. <sup>6; a</sup>	selektiv-ergebnisbezogen
10	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren kann ich meine eigenen Interessen durchsetzen. <sup>1</sup>	selektiv-ergebnisbezogen
12	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren tue ich etwas für meine Stadt. <sup>1; a</sup>	moralisch
15	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren komme ich meiner Verantwortung als Bürgerin oder Bürger nach. <sup>3; a</sup>	moralisch
2	Mein Freundeskreis/meine Familie finden die Beteiligung an diesem Verfahren wichtig. <sup>6; a</sup>	sozial
6	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren kann ich mit Akzeptanz oder Anerkennung rechnen. <sup>2</sup>	sozial

(Fortsetzung)

**Tabelle 4.4** (Fortsetzung)

Position	Frageformulierung	Anreiztyp
4	Durch die Beteiligung an diesem Verfahren fühle ich mich als Teil eines Gemeinwesens. 4: <sup>a</sup>	expressiv-affektiv
3	Die Beteiligung an diesem Verfahren ist für mich sehr langweilig. <sup>2: a</sup>	negativer Anreiz
12	Das Thema des Verfahrens interessiert mich nicht. <sup>5</sup>	negativer Anreiz
13	Ich habe keine Zeit mich an diesem Verfahren zu beteiligen. <sup>6</sup>	negativer Anreiz
14	Ich habe bei diesem Verfahren Sorge um die Sicherheit meiner persönlichen Daten. <sup>5: a</sup>	negativer Anreiz
16	Beim öffentlichen Nahverkehr sehe ich keinen Verbesserungsbedarf. <sup>5</sup>	negativer Anreiz

Anmerkung: Die erste Spalte kennzeichnet die Position im Fragebogen

<sup>1</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung, Herbststudie 1997, siehe Kunz und Gabriel (2000).

<sup>2</sup> Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998, siehe Klein (2006).

<sup>3</sup> Parteimitgliederstudie 2009, siehe Spier et al. (2011).

<sup>4</sup> Jers (2014).

<sup>5</sup> Raddialog 2017, siehe Rottinghaus und Escher (2020).

<sup>6</sup> eigene Formulierung.

<sup>a</sup> Teil des Pretests, siehe Abschnitt 4.5.3.3.

### 4.5.3.2 Kritik und Einordnung der Messung

Die Qualität der Messung muss zwei wesentlichen Kritikpunkten der Forschungsliteratur standhalten. Die erste Kritik ist empirisch begründet und bezieht sich auf die Frage, inwiefern Handlungsmotive direkt gemessen werden können (Best 2007, S. 184–186). Bei der direkten Messung ist zu hinterfragen, ob sich die Bürger:innen über die entsprechenden Handlungsmotive bewusst sind. Da sowohl Teilnehmende als auch nicht-Teilnehmende eines Online-Partizipationsverfahrens befragt werden, muss hierbei zwischen zweierlei Aspekten unterschieden werden: Befragte, die an einem Konsultationsverfahren teilgenommen haben, müssen retrospektiv unterschiedliche Gründe zur damaligen Teilnahme bewerten. Es ist nun plausibel anzumerken, dass beispielsweise monetäre oder materielle Motive aufgrund sozialer Erwünschtheit tendenziell unterschätzt und kollektive Motive tendenziell überschätzt werden. In eine ähnliche Richtung kann die kritische Betrachtung auch auf die Befragung der nicht-Teilnehmenden übertragen werden. Die Befragten werden hierbei aufgefordert, ihre hypothetischen Gründe für



eine Beteiligung offenzulegen. Auch hierbei kann es zu Tendenzen der Über- oder Unterschätzung spezifischer Handlungsmotive sowie Effekten der sozialen Erwünschtheit kommen. Einen Hinweis auf die Unterschätzung sozialer Anreize merkt Klein (2006) an, da soziale Normen zuweilen unterbewusst auf Handeln wirken. Als zweiter Kritikpunkt ist anzuführen, ob auf hypothetische Formulierungen komplett zu verzichten sei (Porst 2014, 104 f). Hierbei ist in erster Linie zu beurteilen, wie stark (oder schwach) ein Online-Konsultationsverfahren an Alltagserfahrungen der Befragten anknüpft. Die jeweiligen Kritikpunkte können nicht in Gänze ausgeräumt werden. Allerdings stellt die direkte Messung von Handlungsanreizen ein etabliertes Vorgehen, beispielsweise in der Parteienforschung oder in der Forschung zur Teilnahme an Demonstrationen dar – nicht nur in der deutschsprachigen, sondern auch in der internationalen Forschung (Finkel et al. 1989; Opp und Finkel 2001; Klein 2006; Spier et al. 2011). Um potenziellen Problemen bei der direkten Messung der Partizipationsanreize vorzugreifen und Assoziationen mit der hypothetischen Partizipationssituation zu überprüfen, wurden Pretests durchgeführt.

#### **4.5.3.3 Pretest**

Die Notwendigkeit des Pretests wird durch Spezifika der Operationalisierung begründet. Da die Befragten die Partizipationsgründe und -hindernisse zu einem hypothetischen Partizipationsverfahren angeben, wurde das Verständnis des Fragestimulus überprüft. Bei hypothetischen Beschreibungen müssen sich die Befragten in eine bestimmte Situation versetzen. Kritisch ist zu beachten, wie weit oder fern die hypothetische Situation von der Lebensrealität entfernt ist: „Ist die Situation zwar hypothetisch, aber durchaus vorstellbar, weil man sich mit dem Gegenstand einer Frage auf die eine oder andere Weise schon auseinandergesetzt hat, kann man damit durchaus umgehen“ (Porst 2014, S. 104). Zur Einschätzung dieses Umstands wurden kognitive Pretests durchgeführt (Porst 2014, 193 ff.; Faulbaum et al. 2009, 93 ff.).

Der Pretest wurde in die Gesamtkonstruktion des Fragebogens integriert, so dass die Items zu den Mobilitätsbedürfnissen, Einstellungen zu verkehrsbezogenen Maßnahmen, Verbundenheitsgefühlen, Funktionen lokaler Demokratie sowie den Teilnahmemotiven getestet wurden. Aufgrund des begrenzten Umfangs für den Pretest fand vorab eine Auswahl der Items zu den Partizipationsanreizen statt, die hinsichtlich ihrer Formulierung als überprüfungswürdig eingestuft wurden. Methodisch wurden Interviews mit entsprechenden Pretesttechniken wie *Paraphrasierung* oder *think aloud* gewählt (Porst 2014, S. 194). Hierdurch lässt sich einerseits das Frageverständnis überprüfen, andererseits ermöglicht die Methodik Einblicke in den Entscheidungsprozess des Antwortverhaltens. Die Auswahl der Teilnehmenden für den Pretest basierte auf einer Quotierung hinsichtlich Alter (niedrig/mittel/hoch), formales Bildungsniveau (hoch/niedrig) und Geschlecht (Mann/Frau). Die Anzahl an durchgeführten Interviews betrug 13. Für jede Dimension wurde mindestens eine Person gezielt rekrutiert. Die Interviews wurden online durchgeführt, den Befragten wurden jeweils die Items über den Bildschirm angezeigt und das Antwortverhalten dokumentiert. Die Teilnahme an dem Pretest wurde mit 10 Euro vergütet.

Die Befragten waren in der Lage, die wesentlichen Aspekte des hypothetischen Konsultationsverfahrens wiederzugeben. Für die finale Formulierung des Fragestimulus wurden allerdings wichtige Aspekte visuell durch Unterstreichung hervorgehoben. Für die Frageitems wurden geringfügige Veränderungen vorgenommen: So wurde das ursprüngliche Item „durch die Beteiligung kann ich sozial oder politisch etwas verändern“ auf „durch die Beteiligung kann ich politisch etwas verändern“ gekürzt, um die Assoziation zu vereinfachen und um einen doppelten Stimulus zu vermeiden. Eine „Pflicht“ zur Beteiligung wurde entschärft und als „Verantwortung“ umformuliert. Weiterhin wurde die Mehrzahl der Items mit der Spezifizierung „bei diesem Verfahren“ oder „an diesem Verfahren“ ergänzt, um die Erinnerung an die hypothetische Situationsbeschreibung zu unterstützen.

#### 4.5.4 Operationalisierung der Kontrollvariablen

Der Erklärungsgehalt eines Anreizmodells sollte sich nicht nur an der Integration der Faktoren Bildung und politisches Interesse orientieren, sondern darüber hinaus zu einem Mehrwert zur Varianzaufklärung politischer Online-Partizipation beitragen. Einerseits werden Bildungsressourcen sowie das politische Interesse durch die Typen der „un-/üblichen Verdächtigen“ in das Modell aufgenommen. Andererseits müssen die Ergebnisse unter der Kontrolle von weiteren Faktoren des CVMs (Verba et al. 1995) (Ressourcenausstattung, politische Involvierung sowie Integration in Netzwerken) robust sein und einen Erklärungsgehalt vorweisen. Demnach erfolgt die Auswahl der Drittvariablen theoriegeleitet. Zusätzlich wird in den Erklärungsmodellen für den Untersuchungskontext kontrolliert.

Die individuelle Ressourcenausstattung stellt den Zusammenhang zwischen sozialem Status und politischer Partizipation her. In den Regressionsanalysen wird deshalb für demografische und sozioökonomische Eigenschaften der Befragten als Indikatoren der Ressourcenausstattung, unabhängig von der formalen Bildung, kontrolliert.<sup>8</sup> Eine zentrale Dimension der Ungleichheit politischer Partizipation stellt das Geschlecht der Befragten dar (Schöttle 2019). Den Befragten war es dabei möglich, sich in vier unterschiedliche Antwortkategorien einzuordnen: männlich, weiblich, divers sowie ohne Angabe (nach Geburtenregister). Für die Analyse wurde allerdings nur die Einordnung zum männlichen oder weiblichen Geschlecht untersucht.<sup>9</sup> Das Geschlecht wird demnach als Dummy-Variable gemessen mit weiblichen Befragten als Referenzkategorie. Da der Fokus der Arbeit auf politischer Partizipation im Internet abzielt, gilt es, das Spezifikum des Partizipationsmodus im empirischen Modell abzubilden. Der Zusammenhang zwischen internetspezifischen Ressourcen und politischer Online-Partizipation wurde unter dem Stichwort des *digital divide* bereits diskutiert. Als Proxy zur Operationalisierung unterschiedlicher Fähigkeiten der Internetnutzung, im Sinne

---

<sup>8</sup> Das Alter der Befragten kann aufgrund des ungewöhnlich hohen Anteils fehlender Werte ( $n = 455$ ) nicht zur Operationalisierung der Demografie herangezogen werden, da ein *Nonresponse-Fehler* nicht ausgeschlossen werden kann, siehe Faulbaum 2014, S. 446. Das Alter der Befragten wird zwar in unterschiedlichen Studien als relevanter Faktor diskutiert, für die weitere empirische Analyse allerdings ausgeschlossen und lediglich zur Charakterisierung der Stichproben herangezogen.

<sup>9</sup> Dies ist auf die niedrige Fallzahl innerhalb der Kategorien „divers“ und „ohne Angabe (nach Geburtenregister)“ zurückzuführen.

einer internetspezifischen Ressourcenausstattung, wird die Häufigkeit der Internetnutzung herangezogen. Es ist davon auszugehen, dass Befragte, die regelmäßig das Internet nutzen, auch über höhere internetspezifische Fähigkeiten verfügen, beispielsweise Seitennavigation, Downloads etc. Der Fragestimulus lautet: „Wie häufig nutzen Sie das Internet für private Zwecke?“<sup>10</sup> Die Befragten konnten die Internetnutzung auf einer sechsstufigen, verbalisierten Skala angeben: „mehrmals täglich“; „etwa einmal täglich“; „mehrmals die Woche“; „etwa einmal die Woche“; „seltener“; „nie“. Zur intuitiven Interpretation der Skala wurde das Item rekodiert, sodass höhere Werte eine häufigere Internetnutzung (mit einem Minimalwert 0 für „Nie“ und mit dem Maximalwert 5 für „mehrmals täglich“) markieren.

Einen zentralen Erklärungsfaktor politischer Involvierung stellt das politische Interesse dar. Wie das formale Bildungsniveau wird auch diese Variable bereits durch die Operationalisierung der „un-/üblichen Verdächtigen“ abgebildet. Unabhängig des politischen Interesses können weitere Faktoren der politischen Involvierung identifiziert werden. Hierzu zählen die Wahrnehmung der Wichtigkeit, Bürger:innen in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen, sowie die politische Selbstwirksamkeit (internal/external). Der erste Faktor kennzeichnet die individuelle Wahrnehmung über die Wichtigkeit der Involvierung von Bürger:innen in den lokalen, politischen Entscheidungsfindungsprozess.<sup>11</sup> Bürger:innen sollten eine stärkere Prädisposition bezüglich politischer Beteiligung aufweisen, wenn die Involvierung als wichtig erachtet wird. Der Fragestimulus lautet: „Wie wichtig ist Ihnen in Ihrer Stadt, ...“. Hiernach folgen drei Abstufungen, angelehnt an der „Ladder of Citizen Participation“ (Arnstein 1969), zur Involvierung in die politische Entscheidungsfindung: „...dass die lokale Politik den Bürgerinnen und Bürgern ihre Entscheidungen erklärt?“, „...dass die lokale

---

<sup>10</sup> Die vorgeschaltete Frage lautet: „Nutzen Sie selbst zumindest gelegentlich das Internet für private Zwecke?“. Dieses Item wurde als Plausibilitätscheck herangezogen: Befragte, die die Frage verneinten, aber in der folgenden Frage mindestens eine „seltene“ Nutzung des Internets angeben haben, wurden aus der weiteren Analyse ausgeschlossen (n = 3).

<sup>11</sup> Neben dieser „sollens“-Dimension, beinhaltet der Fragebogen auch die Wahrnehmung zum „ist“-Zustand der Involvierung der Bürger:innen in den Entscheidungsprozess. Bei der Überprüfung der Items ist aufgefallen, dass im Kontext Hamburg-Ottensen und bei der Frage zur direkten Abstimmung, der Anteil fehlender Werte über 45 Prozent beträgt (in den übrigen Kontexten liegt der Anteil fehlender Werte zwischen 2 Prozent und 7 Prozent), siehe Fußnote 45. Die Variable wurde deshalb nicht verwendet.

Politik den Bürgerinnen und Bürgern bei wichtigen Entscheidungen die Möglichkeit gibt, ihre Einstellungen und ihr Wissen in die Entscheidungsfindung einzubringen?“, „Die Bürgerinnen und Bürger haben in [Stadt] bei wichtigen lokalpolitischen Fragen durch direkte Abstimmung das letzte Wort.“. Die Einschätzung erfolgt entlang einer fünfstufigen, verbalisierten Skala mit den Werten 1. „Völlig unwichtig“; 2. „Eher unwichtig“; 3. „Teils/Teils“; 4. „Eher wichtig“; 5. „Sehr wichtig“. Die Indikatoren werden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst, sodass die ursprüngliche Skalierung erhalten bleibt. Zwar geht die Indexbildung mit einem Informationsverlust über die Abstufungen einher (beispielsweise zwischen Information und direkte Abstimmung), von Interesse ist aber die mittlere Wahrnehmung über die Relevanz respektive Wichtigkeit. Die politische Selbstwirksamkeit wird über die Konstrukte der internalen und externalen Selbstwirksamkeit operationalisiert. Hierfür steht das etablierte Messinstrument der „Political Efficacy Kurzsкала“ (PEKS) zur Verfügung (Beierlein et al. 2012; Vetter 1997). Durch die internale Selbstwirksamkeit wird der Grad der Selbstüberzeugung politischer Handlungsmöglichkeiten gemessen. Während die internale Selbstwirksamkeit ein Persönlichkeitsmerkmal darstellt, handelt es sich bei der externalen Selbstwirksamkeit um die Wahrnehmung der Responsivität des politischen Systems (Beierlein et al. 2012, S. 7). Die Kurzsкала beinhaltet vier Indikatoren; je zwei Indikatoren bilden die unabhängigen Dimensionen ab. Folgende Items der PEKS wurden erhoben, in Klammern wird die Position im Fragebogen markiert: „Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen“ (1); „Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen“ (3) (beide internale Selbstwirksamkeit); „Die Politikerinnen und Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken“ (2); „Die Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung“ (4) (beide externalen Selbstwirksamkeit). Die Beantwortung erfolgt auf einer fünfstufigen, verbalisierten Skala von 1. „Stimme überhaupt nicht zu“; 2. „Stimme eher nicht zu“; 3. „Teils/Teils“; 4. „Stimme eher zu“; 5. „Stimme voll und ganz zu“. Die jeweiligen Indikatoren der internalen oder externalen Selbstwirksamkeit werden zu Mittelwertindizes zusammengefasst.

Den dritten Erklärungsblock bildet die Integration in Netzwerken. Der intendierte Einfluss rekurriert auf das Mobilisierungspotenzial von Organisationen, Vereinen etc. Wie in vergleichbaren Forschungsarbeiten (Schöttle 2019) wird das Mobilisierungspotenzial respektive die Integration in Netzwerken über ehrenamtliche Mitgliedschaften operationalisiert. Der entsprechende Frageblock umfasst 12 unterschiedliche Vereine, Vereinigungen oder Organisationen sowie eine Residualkategorie „sonstige“ ab.<sup>12</sup> Der Fragestimulus lautet: „Sind Sie derzeit Mitglied einer Organisation oder eines Vereins? Gehen Sie bitte diese Liste durch und geben Sie jeweils an, ob Sie sich an den Aktivitäten des Vereins beteiligen oder ob Sie sogar ein Ehrenamt in diesem Verein innehaben.“ Die Befragten konnten auswählen, ob sie „kein Mitglied“, „passives Mitglied“, „aktives Mitglied“ sind oder ein „Ehrenamt“ bekleiden. Auch für diese Antwortkategorien wurde eine Informationsreduktion vorgenommen, sodass zwischen „kein Mitglied“ und „Mitglied“ (beinhaltet die Kategorien „passives Mitglied“, „aktives Mitglied“ und „Ehrenamt“) kontrastiert wurde. Für die Analyse wurde ein Zählindex erstellt. Die Rationale dahinter besagt, dass das Mobilisierungspotenzial umso stärker ausfällt, je höher die Anzahl an Mitgliedschaften ist. Der Index enthält einen Minimalwert von 0, der keine Mitgliedschaft indiziert, und einen theoretischen Maximalwert von 13.

Aufgrund der unterschiedlichen Erhebungskontexte, die nicht zufällig, sondern bewusst ausgewählt wurden, wird in den multiplen (linearen und logistischen) Modellen hierauf kontrolliert. Damit können aggregierte Niveauunterschiede geschätzt und infrastrukturelle, soziale und historische Kontextunterschiede modelliert werden. Ein weiteres inhaltliches Interesse an der Interpretation besteht dabei nicht, sofern Kontexteinheiten die Outcome-Variablen beeinflussen.<sup>13</sup> Als Referenzkategorie wird „Hamburg-Altona“ mit der höchsten Fallzahl in der Stichprobe ausgewählt.

---

<sup>12</sup> Die Mitgliedschaft in einer Partei wurde ausgeschlossen. Eine Übersicht findet sich in Tabelle 39 im Anhang.

<sup>13</sup> Für ein ähnliches Vorgehen zur statistischen Kontrolle von unterschiedlichen Erhebungskontexten, siehe Rottinghaus und Escher 2020.

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





# Empirische Analysen – Wirkungszusammenhänge zur politischen Online-Partizipation

# 5

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der empirischen Analyse erläutert und diskutiert. Vorangestellt ist die Beschreibung des methodischen Vorgehens, um einen Überblick zum Analysedesign zu erhalten. Anschließend wird die deskriptive Verteilung zentraler Variablen betrachtet. Der Fokus des Kapitels liegt einerseits auf der empirischen Identifizierung eines Anreizmodells politischer Online-Konsultationsverfahren, andererseits auf dem Test der Hypothesen zu den intendierten Wirkungszusammenhängen. Die Validierung der Befunde findet im abschließenden Kapitel der empirischen Analyse statt.

## 5.1 Methodik

Die Analyse beginnt mit der uni- und bivariaten Verteilung der zentralen Variablen.<sup>1</sup> Ein Teil der deskriptiven Analyse ist die Untersuchung der Stratifikation politischer Online-Konsultationsverfahren entlang der identifizierten Individualmerkmale der „üblichen Verdächtigen“ (formales Bildungsniveau und politisches Interesse). Neben (prozentualen) Häufigkeiten wird ein *Logged Representation Scale* (LRS) berechnet (Verba et al. 1995, S. 182), um Gruppenanteile ins Verhältnis zum Anteil in der Stichprobe zu setzen.

---

<sup>1</sup> Soweit nicht anders vermerkt gilt für alle Tabellen und Abbildungen: eigene Darstellung/eigene Berechnung.

---

**Ergänzende Information** Die elektronische Version dieses Kapitels enthält Zusatzmaterial, auf das über folgenden Link zugegriffen werden kann  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-47441-6\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-658-47441-6_5).



Da die Forschungsliteratur kein allgemeines Anreizmodell politischer (Online-) Partizipation anbietet, wurden ausgehend von theoretischen Überlegungen umfangreiche Partizipationsgründe und -hindernisse abgeleitet. Aus der hypothetisch infiniten Anzahl an Partizipationsgründen gilt es, relevante Indikatoren theoretisch informiert zu extrahieren. Im ersten Analyseschritt bietet sich deshalb eine explorative Faktorenanalyse (EFA) an, um zu ermitteln, welche empirischen Dimensionen den Daten unterliegen. Das explorative Vorgehen ermöglicht die Entwicklung eines modifizierten Anreizmodells für Online-Konsultationsverfahren. Auf Grundlage der Ergebnisse werden Mittelwertindizes zu positiven und negativen Partizipationsanreizen gebildet. Hiernach steht die Prävalenz der Partizipationsanreize im Fokus, um die Frage zu beantworten, ob sich die Gruppen der „un-/üblichen Verdächtigen“ politischer Online-Partizipation bezüglich der Partizipationsanreize unterscheiden (Prävalenzhypothesen). Dementsprechend wird die Anreizstruktur analytisch endogenisiert. Die Angemessenheit der Analysemethode wird sowohl durch das Erkenntnisinteresse an zentralen Einflussfaktoren als auch durch die Skalierung der abhängigen Variablen begründet. In bivariaten und multiplen linearen Regressionsmodellen werden die Einflussfaktoren auf die Prävalenz der Partizipationsanreize geschätzt.

Die These, dass die Prävalenz der Anreize einen Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit ausübt, wird im nächsten Analyseschritt überprüft (Anreizhypothesen). Abschließend wird untersucht, ob sich soziale Selektionsmechanismen entlang der Kontrastierung von formalem Bildungsniveau und politischem Interesse bestätigen (Strukturhypothese). Hierbei steht die Partizipationsentscheidung zur Teilnahme an einem Online-Konsultationsverfahren als zentrale Outcome-Variable im Vordergrund. Aufgrund der binären Skalierung der abhängigen Variablen (Teilnahme/keine Teilnahme) werden bivariate und multiple logistische Regressionsmodelle geschätzt. Datengrundlage für die Analyse sind ausschließlich die Daten aus der kumulierten Stichprobe ( $N = 1.504$ ).

Die empirische Analyse schließt mit einem Kapitel zur Kreuzvalidierung der Befunde ab. Hierzu wird die Stichprobe aus der Nachbefragung ( $N = 255$ ) analysiert. Mittels konfirmatorischer Faktorenanalyse kann die Faktorstruktur aus der explorativen Faktorenanalyse an einer alternativen Stichprobe getestet werden. Hiernach werden Mittelwertindizes aus den positiven und negativen Partizipationsanreizen berechnet und die Verteilung überprüft.

Das methodische Vorgehen ermöglicht die Beantwortung der forschungsleitenden Frage, warum Bürger:innen an Online-Konsultationsverfahren teilnehmen. Durch die Gesamtbewertung der Ergebnisse können divergierende Wirkungspfade zur Online-Partizipation zwischen Bürger:innen offengelegt werden, die variierende Bildungsressourcen oder politisches Interesse verfügen. Die statistischen

Berechnungen und Datenvisualisierungen wurden mit der nicht-proprietären Statistik- und Programmiersprache „R“ (Version 4.3) durchgeführt (R Core Team 2023).<sup>2</sup>

---

## 5.2 Deskriptive Verteilung zentraler Variablen

Die Beschreibung der zentralen Variablen entlang von Häufigkeiten, Lage- und Streuungsmaßen bietet Informationen über die statistische Verteilung der zentralen Variablen, die eine Bedingung für die Interpretation der späteren Schätzverfahren (siehe Abschnitt 5.3 und Abschnitt 5.4) darstellt. Die deskriptive Analyse erfolgt getrennt zu den Drittvariablen. In der bivariaten Analyse wird die soziale Stratifikation durch die Kontrastierung von formaler Bildung und politischem Interesse untersucht. Hierfür wird die *Logged Representation Scale* (LRS) genutzt (Verba et al. 1995, 182 ff.; 571 ff.), um den Anteil der „un-/üblichen Verdächtigen“ politischer Partizipation ins Verhältnis der Stichprobenanteile zu setzen. Aussagen über die Verteilung in der Grundgesamtheit sind aufgrund der verzerrten Stichprobe (insbesondere durch Überrepräsentation von Hochgebildeten siehe Abschnitt 4.3) nur unter Einschränkung möglich. Die Fallzahl der Stichprobe beträgt  $N = 1.504$ .

### 5.2.1 Univariate Verteilung der zentralen Variablen

Die zentrale abhängige Variable stellt die Teilnahme an einem konsultativen Online-Verfahren dar. Etwa ein Fünftel der Befragten (20 Prozent) in der Stichprobe haben in den vergangenen 12 Monaten an einem konsultativen Online-Partizipationsverfahren teilgenommen. Der Anteil ist dabei höher als in vergleichbaren Studien, der beispielsweise bei Schöttle 13 Prozent beträgt (2019, S. 251). Tabelle 40 (im Anhang) beinhaltet die absoluten und prozentualen Häufigkeiten der Online-Partizipation in der Stichprobe.

Auf Grundlage der Überlegungen zu zentralen Einflussfaktoren der politischen Online-Partizipation – formales Bildungsniveau sowie politisches Interesse – wurde eine 2 x 2 Matrix erstellt. Die Dimensionen der Matrix wurden durch die Dichotomisierung in höhere und niedrigere formale Bildung sowie höheres

---

<sup>2</sup> Der R-Code der empirischen Analyse ist über ein GitHub-Repository verfügbar. Der Zugang erfolgt nach Rücksprache mit dem Autor.

und niedrigeres politisches Interesse gebildet (je Median-Split). Bei der Zellbesetzung der Matrix zeigt sich (Tabelle 5.1), dass 43 Prozent der Befragten sowohl über eine hohe formale Bildung als auch über ein hohes politisches Interesse verfügen. Der Anteil der Befragten mit hoher formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse beträgt 35 Prozent. Lediglich 10 Prozent der Befragten mit niedriger formaler Bildung haben angegeben, über ein hohes politisches Interesse zu verfügen. 12 Prozent der Befragten haben eine niedrige formale Bildung und niedriges politisches Interesse. Wichtig ist hier allerdings, die Ergebnisse unter der Restriktion der Stichprobe zu betrachten. Dies betrifft in erster Linie den überproportionalen Anteil von Befragten mit hoher formaler Bildung sowie die unterdurchschnittliche Repräsentation von Befragten mit niedriger formaler Bildung. Die Randverteilung zeigt den Anteil der entsprechenden Ausprägungen zum Bildungsniveau und politischen Interesse in der Stichprobe. Der Anteil fehlender Werte beträgt knapp neun Prozent.

**Tabelle 5.1** Verteilung von Bildungsressourcen und politischem Interesse der „un-/üblichen Verdächtigen“

Politisches Interesse	Bildung		
	Hoch	Niedrig(er)	Gesamt
Hoch	43	10	53
Niedrig(er)	35	12	47
Gesamt	78	22	100
			100

Anmerkung: N = 1.369. Angaben in Prozent und Werte gerundet. Der Anteil fehlender Werte beträgt 8,9 Prozent

Die Verteilung der Wahrnehmung über positive und negative Partizipationsanreize, das heißt Partizipationsgründe und -hindernisse, gibt Auskunft zur individuellen Prävalenz. Die unterschiedlichen Anreize werden im Sinne der Übersichtlichkeit nachfolgend getrennt diskutiert. Die Verteilung der Anreize bezieht sich auf vollständige Fälle (N = 1.233) mit Angaben zu Indikatoren positiver und negativer Anreize. Der Anteil fehlender Werte schwankt zwischen sieben und neun Prozent, ein systematischer Ausfall (*Item-Nonresponse*) ist nicht zu verzeichnen.

In der deskriptiven Betrachtung zeigt Tabelle 41 (Anhang), dass 68 Prozent der Befragten „tue ich etwas für meine Stadt“ und 61 Prozent der Befragten „Verantwortung als Bürgerin oder Bürger“ als Partizipationsgründe zustimmen oder voll und ganz zustimmen. Beide Indikatoren kennzeichnen moralische Anreize. Hierauf folgen mit 58 Prozent „Teil Gemeinwesen“ und 55 Prozent

„persönlicher Einfluss“. Knapp die Hälfte der Befragten führen die „persönlichen Fähigkeiten“ oder „Sachverstand“ als Partizipationsgründe an (je 47 Prozent beziehungsweise 48 Prozent). Die Indikatoren „politisch etwas verändern“ (36 Prozent) „Freundeskreis/Familie“ (31 Prozent), „eigene Interessen“ (28 Prozent) oder „Spaß“ (23 Prozent) spielen bei der Zustimmung bereits eine untergeordnete Rolle. Die „Akzeptanz oder Anerkennung“ oder „persönliche Vorteile“ weisen mit maximal 18 Prozent die geringste Zustimmung auf, um an einem Online-Partizipationsverfahren teilzunehmen. Selektiv-ergebnisbezogenen und sozialen Anreizen wird als Partizipationsgründen tendenziell weniger zugestimmt. Hinsichtlich der negativen Anreize stimmen 29 Prozent, und damit fast ein Drittel der Befragten, der „fehlenden Zeit“ zu, während „Langeweile“ (16 Prozent), „Sorge um Daten“ (12 Prozent), die fehlende Wahrnehmung eines „Verbesserungsbedarfs“ (8 Prozent) oder fehlendes „Interesse“ (9 Prozent) mehrheitlich nicht als Partizipationshindernis betrachtet wird. Während ein relevanter Anteil der Befragten den zeitlichen Aufwand durchaus als hinderlich wahrnimmt (ein weiteres Drittel stimmt dem Indikator überhaupt nicht oder eher nicht zu), weisen die weiteren Indikatoren zunächst nicht eindeutig auf Partizipationsbarrieren hin. Dass die Indikatoren zum fehlenden „Verbesserungsbedarf“ oder fehlendem „Interesse“ eine starke Ablehnung der Befragten verzeichnen, dürfte dabei auf den thematischen Fokus der Umfrage und der Variation der Betroffenheit der Bürger:innen zurückgeführt werden (siehe Abschnitt 4.1).

Neben der Häufigkeitsanalyse bieten Maße der zentralen Tendenz Auskunft über die univariate Verteilung der Indikatoren an (Tabelle 5.2). Berichtet wird das arithmetische Mittel (MW), die Standardabweichung (SD), der Median (MD) sowie Minimum (Min) und Maximum (Max) der Skalenausprägung. Festzuhalten ist, dass die Antworten zu Indikatoren der moralischen und expressiven Anreize, die die stärkste prozentuale Zustimmung erhalten, erwartungsgemäß auch im Mittel eine stärkere Zustimmung signalisieren (MW zwischen 3,48 bis 3,68). Dies gilt auch für den Indikator „persönlicher Einfluss“ (MW = 3,41; SD = 1) mit einem Median von 4. Hinsichtlich der Indikatoren „politisch etwas verändern“, „persönliche Fähigkeiten“, „Sachverstand“, „Spaß“, „eigene Interessen“ und „Freundeskreis/Familie“ deutet der Median auf eine Indifferenz der Befragten (Skalenpunkt 3) hin. Dagegen wird den Indikatoren der „persönlichen Vorteile“ sowie „Akzeptanz/Anerkennung“ tendenziell eher nicht zugestimmt (MW = 2,4; SD = 1), indiziert durch einen Median von 2. Die Streuung des arithmetischen Mittels von etwa +/- einer Standardabweichung ist über alle Indikatoren ähnlich und weist auf Heterogenität im Antwortverhalten hin. Den Indikatoren der negativen Anreize wird im Mittel eher nicht zugestimmt, sodass der Median lediglich

für den negativen Anreiz „Zeit“ im indifferenten Bereich der Antwortkategorie „teils/teils“ liegt (MW = 2,8, SD = 1,1).

Zusätzlich zu den Verteilungsmaßen wurden Korrelationen zwischen den Anreizvariablen berechnet. Die Indikatoren der positiven und negativen Partizipationsanreize korrelieren statisch signifikant und positiv respektive negativ miteinander ( $p < 0,05$ ). Die Dokumentation der Korrelationskoeffizienten findet sich in Tabelle 42 (im Anhang). Allerdings variiert die Stärke des Zusammenhangs zwischen den jeweiligen Partizipationsanreizen. So besteht beispielsweise zwischen den Indikatoren kollektiv-politischer Anreize „persönlicher Einfluss“ sowie „politisch etwas verändern“ ein substanzieller Zusammenhang ( $r = 0,60$ ;  $p < 0,001$ ). Dagegen ist der Zusammenhang zwischen den Indikatoren der sozialen Anreize zwar signifikant, allerdings mit  $r = 0,32$  ( $p < 0,001$ ) deutlich schwächer. Die negativen Anreize korrelieren mehrheitlich negativ mit den positiven Partizipationsanreizen: Wenn die Wahrnehmung der Vorteile steigt, dann sinkt zugleich die Wahrnehmung der Nachteile – und *vice versa*. Eine Ausnahme stellen der Indikator „persönliche Vorteile“ sowie partiell soziale Anreize dar. Hierbei variieren die Korrelationskoeffizienten nahe 0 mit den Indikatoren der negativen Anreize. Ein statistischer Zusammenhang besteht demnach nicht.

**Tabelle 5.2** Lagemaße der positiven und negativen Partizipationsanreize

	MW	SD	MD	Min	Max
<i>Kollektivpolitische Anreize</i>					
Persönlicher Einfluss	3,41	1,0	4	1	5
Politisch etwas verändern	3,06	1,0	3	1	5
<i>Selektiv-prozessbezogene Anreize</i>					
persönlichen Fähigkeiten	3,26	1,0	3	1	5
Sachverstand	3,27	1,0	3	1	5
Spaß	2,86	1,0	3	1	5
<i>Selektiv-ergebnisbezogene Anreize</i>					
Persönliche Vorteile	2,41	1,1	2	1	5
Eigenen Interessen	2,86	1,0	3	1	5
<i>Moralische Anreize</i>					
Tue ich etwas für Stadt	3,68	0,9	4	1	5
Verantwortung	3,58	0,9	4	1	5

(Fortsetzung)

**Tabelle 5.2** (Fortsetzung)

	MW	SD	MD	Min	Max
<i>Soziale Anreize</i>					
Freundeskreis/Familie	2,94	1,0	3	1	5
Akzeptanz/Anerkennung	2,41	1,0	2	1	5
<i>Expressive Anreize</i>					
Teil Gemeinwesen	3,48	1,0	4	1	5
<i>Negative Anreize</i>					
Langweilig	2,50	1,0	2	1	5
Keine Zeit	2,83	1,1	3	1	5
Sorge Daten	2,17	1,0	2	1	5
Kein Verbesserungsbedarf	1,85	1,0	2	1	5
Kein Interesse	2,19	1,0	2	1	5

Anmerkung: N = 1.233

## 5.2.2 Univariante Verteilung der Kontrollvariablen

Während die Indikatoren der formalen Bildung und des politischen Interesses eine zentrale Rolle im Untersuchungsdesign spielen und gesondert aus der Perspektive der „un-/üblichen Verdächtigen“ in die Analyse einfließen, bilden die Kontrollvariablen die Dimensionen Ressourcenausstattung („können“), politische Involvierung („wollen“) und Integration in Netzwerke („gefragt werden“) ab (Verba et al. 1995, S. 15–16). Die zentralen Kennwerte werden in Tabelle 5.3 sowie Cronbachs  $\alpha$  (tau-äquivalente Reliabilität siehe Cho (2016)) als Maßzahl der internen Konsistenz in Tabelle 43 (im Anhang) dargestellt. Die Berechnung wurde mit dem *Psych-Package* durchgeführt (William Revelle 2023).

Die Erklärungsdimension „können“ wird durch sozioökonomische und -demografische Merkmale operationalisiert. Die Internetnutzung, als Proxy internetpezifischer Fähigkeiten, variiert zwar zwischen den Befragten, das arithmetische Mittel deutet aber auf eine tägliche bis mehrmals tägliche Internetnutzung hin (MW = 4,54; SD = 1,1). Demografische Merkmale werden anhand des binären Geschlechts betrachtet. Hier ist annäherungsweise eine Gleichverteilung von je 52 Prozent weiblichen zu 48 Prozent männlichen Befragten in der Stichprobe

festzustellen.<sup>3</sup> Die Dimension „wollen“ decken die drei Konstrukte zur Wahrnehmung der Wichtigkeit der Partizipation im politischen Entscheidungsprozess, die interne Selbstwirksamkeit und die externe Selbstwirksamkeit ab. Cronbachs  $\alpha$  beträgt für die Wichtigkeit politischer Partizipation 0,59, was auf eine geringe interne Konsistenz hindeutet.<sup>4</sup> An dieser Stelle überwiegt allerdings das inhaltliche Interesse an der durchschnittlichen Wahrnehmung über alle Indikatoren. Das arithmetische Mittel indiziert mit 4,06 eine hohe Zustimmung unter den Befragten (SD = 0,6). Die interne Selbstwirksamkeit weist ein Cronbachs  $\alpha$  von 0,73 und ein arithmetisches Mittel von 3,72 auf (SD = 0,8). Für die externe Selbstwirksamkeit wird ein Cronbachs  $\alpha$  von 0,72 festgestellt. Im Vergleich zur internalen Selbstwirksamkeit ist die Zustimmung zur Responsivität des politischen Systems mit 2,42 im arithmetischen Mittel deutlich schwächer (SD = 0,7). Die dritte Dimension „gefragt werden“ betrifft die individuelle Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen. Durchschnittlich sind die Befragten in der Stichprobe Mitglied in zwei Organisationen oder Vereinen (MW = 2,12; SD = 1,8). Etwa 19 Prozent der Befragten weisen keine Mitgliedschaft auf, während 22 Prozent der Befragten in mindestens einem Verein oder einer Organisation engagiert sind. Statistisch signifikante Korrelationen sind u. a. zwischen der internalen Selbstwirksamkeit und Geschlecht ( $r = 0,257$ ;  $p < 0,001$ ) sowie interne Selbstwirksamkeit und Mitgliedschaften ( $r = 0,189$ ;  $p < 0,001$ ) festzustellen (Tabelle 44 im Anhang).

**Tabelle 5.3** Univariate Verteilung der Kontrollvariablen

	Gültige Fälle	MW	SD	Min	Max
Internetnutzung	1453	4,54	1,0	0	5
Geschlecht: Männlich	1459	0,48	0,5	0	1
Wichtigkeit	1453	4,06	0,6	1,3	5
Internale Selbstwirksamkeit	1464	3,72	0,8	1	5
Externale Selbstwirksamkeit	1458	2,42	0,7	1	5
Mitgliedschaft Verein/Organisation	1504	2,12	1,8	0	13

Anmerkung: Fallzahl variiert entsprechend der gültigen Fälle

<sup>3</sup> Die Angaben „divers“ sowie „ohne Angabe (nach Geburtenregister)“ wurden aufgrund der Fallzahl aus der weiteren Analyse ausgeschlossen.

<sup>4</sup> Cronbachs  $\alpha$  steigt tendenziell mit der Anzahl der Indikatoren und fällt niedriger aus, wenn nur für wenige Indikatoren die durchschnittliche Interkorrelation berechnet wird, siehe Diekmann 2010, 254 ff.

### 5.2.3 Deskription zur Stratifikation politischer Online-Partizipation

Die Untersuchung der bivariaten Verteilung politischer Online-Partizipation lässt wichtige Rückschlüsse auf die soziale Stratifikation der politisch aktiven Bürger:innen zu. Zentrale partizipationsrelevante Charakteristika wurden dabei in eine 2 x 2 Matrix hinsichtlich formaler Bildung und politischem Interesse übertragen. Zunächst wird die Zellbesetzung betrachtet. Die politische Online-Partizipation entspricht der Zeilenvariablen (Tabelle 5.4).

Innerhalb der Gruppe politisch inaktiver Bürger:innen entfallen 30 Prozent auf die Gruppe mit hoher formaler Bildung sowie politischem Interesse. Weitere 30 Prozent verfügen über eine hohe formale Bildung und niedriges politisches Interesse. Der höchste Stichprobenanteil unter Befragten, die politisch im Internet aktiv sind, betrifft erwartungsgemäß die Gruppe mit hoher formaler Bildung und hohem politischem Interesse (14 Prozent). Ein Anteil von etwa einem Prozent entfällt auf die Gruppe mit niedriger formaler Bildung und niedrigem politischem Interesse, die dennoch politisch aktiv ist. Hierbei handelt es sich, angelehnt an die Tonalität der Arbeit, um „unübliche Verdächtige“ der politischen Online-Partizipation. Ähnlich niedrig ist der Anteil von im Internet aktiven Bürger:innen, die eine niedrige formale Bildung und hohes politische Interesse aufweisen (2 Prozent).

**Tabelle 5.4** Zellenprozent zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren der „un-/üblichen Verdächtigen“

	Hohe formale Bildung/ hohes politisches Interesse	Niedrige formale Bildung/ hohes politisches Interesse	Hohe formale Bildung/ niedriges politisches Interesse	Niedrige formale Bildung/ niedriges politisches Interesse	Gesamt
Nicht-Teilnahme	30	8	30	11	79
Teilnahme	14	2	5	1	21
	44	10	35	12	100
					100

Anmerkung: N = 1.369. Angaben in Prozent und Werte gerundet. Der Anteil fehlender Werte beträgt 8,9 Prozent



Aufschlussreich ist die Verteilung innerhalb der Gruppen der zentralen Erklärungsfaktoren formale Bildung und politisches Interesse durch die Betrachtung der Spaltenprozent (Tabelle 5.5). Dies betrifft sowohl die Dimension der hohen formalen Bildung und hohem politischen Interesse mit der Erwartung politischer Aktivität als auch die Dimension mit niedriger formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse mit der Erwartung politischer Inaktivität. Diese Annahme kann hinsichtlich der bivariaten Verteilung bestätigt werden: 32 Prozent der Befragten mit hohen Bildungsressourcen und hohem politischen Interesse sind politisch aktiv. Befragte mit niedrigeren Bildungsressourcen, aber hohem politischen Interesse (17 Prozent) partizipieren prozentual häufiger als Befragte mit hoher formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse (14 Prozent). Dagegen partizipieren sieben Prozent der Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse. Im Umkehrschluss nehmen 93 Prozent der Bürger:innen aus dieser Gruppe nicht an politischen Online-Konsultationsverfahren teil.

**Tabelle 5.5** Spaltenprozent zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren der „un-/üblichen Verdächtigen“

	Hohe formale Bildung/hohes politisches Interesse	Niedrige formale Bildung/hohes politisches Interesse	Hohe formale Bildung/niedriges politisches Interesse	Niedrige formale Bildung/niedriges politisches Interesse
Nicht-Teilnahme	68	83	86	93
Teilnahme	32	17	14	7

Anmerkung: N = 1.369. Angaben in Prozent und Werte gerundet

Aus Tabelle 5.6 wird deutlich, dass es sich bei Bürger:innen mit hohem Bildungsniveau und hohem politischen Interesse tatsächlich um die „üblichen Verdächtigen“ politischer Online-Partizipation handelt. Es wird der Anteil von Teilnehmer:innen je hohem/niedrigen Bildungsressourcen und hohem/niedrigem politischen Interesse dargestellt: Zwei Drittel der Teilnehmer:innen an politischen Online-Konsultationsverfahren verfügen sowohl über ein hohes formales Bildungsniveau als auch über ein hohes politisches Interesse – der Anteil in der Gesamtstichprobe beträgt 44 Prozent (vgl. Randverteilung Tabelle 5.4). Dagegen haben vier Prozent der Teilnehmer:innen weder ein hohes formales Bildungsniveau noch ein hohes politisches Interesse, während der Anteil dieser Gruppe in der gesamten Stichprobe 12 Prozent (vgl. Randverteilung Tabelle 5.4) beträgt. Wird das formale Bildungsniveau als zentrale Dimension deskriptiver Repräsentation betrachtet, dann ist der Anteil der politisch aktiven Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung mit 12 Prozent im Vergleich zu 22 Prozent in der Stichprobe deutlich unterrepräsentiert (vgl. Randverteilung Tabelle 5.4). Um die Frage zu beantworten, wer das Internet zur Online-Konsultation nutzt, wird abschließend der Anteil der politisch aktiven Bürger:innen in den spezifischen Gruppen ins Verhältnis der Gruppenanteile in der Stichprobe gesetzt. Für die Analyse wurden diese Verhältnisse logarithmiert. Entsprechend zeigen positive Werte einen überproportionalen Anteil und negative Werte einen unterproportionalen Anteil innerhalb der Stichprobe an. Dies entspricht dem Ansatz der *Logged Representation Scale* (LRS) (Verba et al. 1995, 182 ff.; 571 ff.), um die Repräsentation spezifischer Charakteristiken und Eigenschaften entlang der politischen Online-Partizipation zu schätzen (Escher 2012; Verba et al. 1995). Der LRS hat die Eigenschaft, Werte im Bereich  $-\infty$  bis  $+\infty$  anzunehmen und der Wert null indiziert, dass kein Unterschied besteht. Negative Werte zeigen an, dass politisch aktive Bürger:innen mit den entsprechenden Merkmalsausprägungen unterrepräsentiert sind. Umgekehrt entspricht ein positiver Wert einer Überrepräsentation, gegeben dem Anteil in der Stichprobe.<sup>5</sup>

---

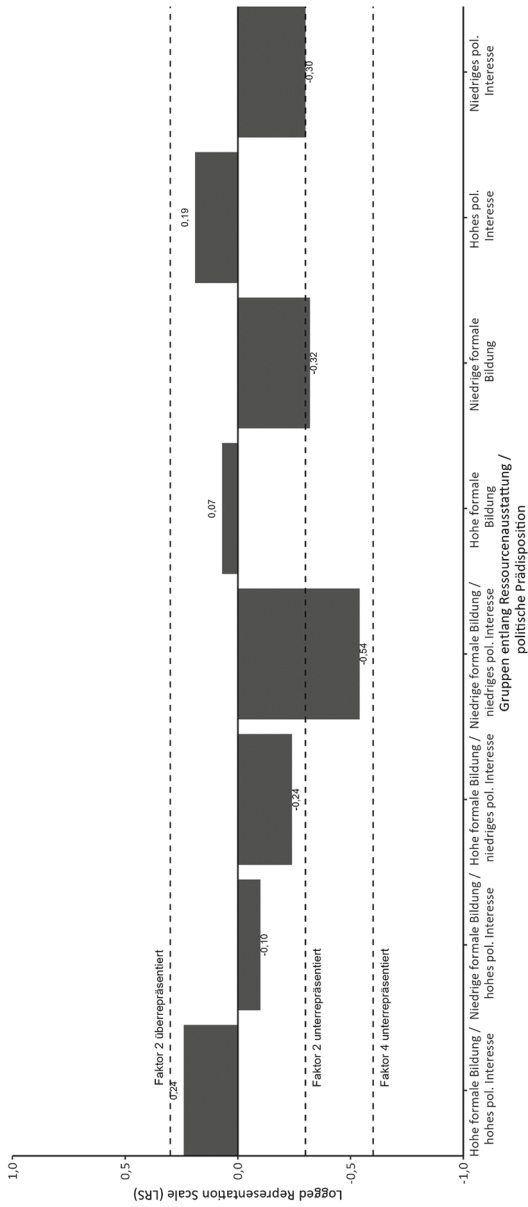
<sup>5</sup> Der LRS berechnet sich durch die logarithmierte Division eines Anteils eines bestimmten Merkmals innerhalb einer Gruppe durch den Anteil einer Gruppe in der Stichprobe beziehungsweise Population. Ein LRS von  $+0,3$  entspricht dem Faktor 2, das heißt innerhalb einer Gruppe ist die Wahrscheinlichkeit der Merkmalsausprägung doppelt so hoch wie in der Gesamtstichprobe beziehungsweise Population (Verba et al. 1995, S. 184; 571 ff.). Der Faktor berechnet sich durch Potenzieren des LRS zur Basis 10, das Verhältnis ist nicht additiv, sodass ein LRS von  $+0,3$  dem Faktor 2 und ein LRS von  $+1$  dem Faktor 10 entspricht (Escher 2012, S. 86). Eine Unterrepräsentation durch den Faktor 4, entspricht dann  $\frac{1}{4} = 0,25$ . Ein inferenzstatistischer Test wird erst unter Kontrolle von Drittvariablen durchgeführt.

**Tabelle 5.6** Die „un-/üblichen Verdächtigen“ und Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren

	Hohe formale Bildung/hohes politisches Interesse	Niedrige formale Bildung/hohes politisches Interesse	Hohe formale Bildung/niedriges politisches Interesse	Niedrige formale Bildung/niedriges politisches Interesse
Teilnahme	66	8	22	4

Anmerkung: N = 285 (Subgruppe der Teilnehmer:innen). Angaben in Prozent und Werte gerundet

In Abbildung 5.1 sind die Werte der *Logged Representation Scale* in einem Balkendiagramm abgetragen. Wenig überraschend und wie bereits durch die in Tabelle 5.6 dargestellten Ergebnisse angedeutet, sind die „üblichen Verdächtigen“ politischer Aktivität unter den Teilnehmer:innen überrepräsentiert (LRS = 0,24). Die Repräsentation nimmt ab, wenn Ressourcenausstattung respektive das politische Interesse sinken. Das Verhältnis zwischen Befragten, die entweder über ein hohes Bildungsniveau oder über ein hohes politisches Interesse verfügen, ist ähnlich. Die Verteilung bestätigt sich, wenn jeweils Bildungsniveau oder politisches Interesse betrachtet wird (LRS = 0,07 für hohe Bildung und LRS = 0,19 für hohes politisches Interesse). Dagegen zeigt sich die Marginalisierung von Bürger:innen, die weder über Bildungsressourcen noch Interesse verfügen. Die Unterrepräsentation entspricht annäherungsweise dem Faktor 4 (LRS = -0,54). Zusammenfassend beschreibt die bivariate Untersuchung eine Stratifikation politischer Online-Partizipation entlang der Dimensionen des formalen Bildungsniveaus und des politischen Interesses. In erster Linie nutzen die „üblichen Verdächtigen“ das Internet, um Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung auszuüben. Im Vergleich hierzu sinkt die (deskriptive) Repräsentation im Verfahren, wenn die Ressourcenausstattung und/oder politisches Interesse abnehmen. Dies gilt in erster Linie für Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen.



**Abbildung 5.1** Logged Representation Scale zur Online-Konsultation

### 5.3 Die „guten Gründe“ eines allgemeinen Anreizmodells

Das forschungsleitende Interesse ist dadurch gekennzeichnet, aus der Vielzahl der möglichen Faktoren, diejenigen zu identifizieren, die die Handlungsentscheidung zur Online-Partizipation beeinflussen. Im Sinne der Sparsamkeit eines Erklärungsmodells sind weniger die separaten Indikatoren der positiven und/oder negativen Anreize relevant, sondern die (theoretisch vermuteten) latenten Faktoren der motivationalen Disposition, die die Teilnahme an einem Online-Konsultationsverfahren begünstigen (oder nicht begünstigen). Empirisch stellt sich die Frage nach der Zuordnung der 17 Indikatoren (siehe Abschnitt 4.5.3) zu den Konstrukten der positiven und negativen Anreize. *A priori* konnten sechs positive Anreize (kollektiv-politische, selektiv-prozessbezogene, selektiv-ergebnisbezogene, moralische, soziale und expressiv-affektive Anreize) sowie ein negativer Anreiz identifiziert werden. Es handelt sich demnach um eine multidimensionale Struktur der motivationalen Disposition. Das aus der Theorie intendierte Anreizmodell wird verwendet, um ein spezifisches Anreizmodell der politischen Online-Konsultation zu entwickeln. Hierzu wird eine explorative Faktorenanalyse (EFA) berechnet.

Eine alternative Analysestrategie bietet die konfirmatorische Faktorenanalyse (CFA) an. Im Vergleich zur EFA handelt es sich aufgrund von modellinhärenten Restriktionen um ein hypothesentestendes Verfahren. Die Auswahl des Analyseverfahrens orientiert sich an der Strenge der theoretischen Fundierung zur Beziehung der manifesten Variablen (Hurley et al. 1997). Wird angenommen, dass latente Konstrukte die Varianz der Einzelindikatoren erklären (im Sinne eines reflektiven Messmodells), dann handelt es sich bei der CFA um eine restriktive Modellschätzung der Faktorenanalyse. Dagegen ist die EFA weniger restriktiv, sodass ebenfalls Kreuzladungen zwischen latenten Faktoren untersucht werden können. Auch wenn es sich bei der EFA um ein strukturaufdeckendes Verfahren handelt, ist es sinnvoll, über ein theoretisches Vorgehen zu verfügen, um die identifizierten Faktoren inhaltlich zu interpretieren und eine *post hoc* Rationalisierung zu vermeiden (Hurley et al. 1997). Die Kombination von EFA und CFA auf der gleichen Stichprobe geht mit einem begrenzten Erkenntnisgewinn einher und wird dementsprechend kritisiert (Hurley et al. 1997; Fokkema und Greiff 2017). Da in der Forschungsliteratur kein allgemeingültiges Anreizmodell politischer Partizipation existiert und Studien auf eine Abweichung zwischen theoretischer Komplexität und Empirie der Anreizstruktur hinweisen (Rohrbach 2013; Gerl et al. 2018), wird eine explorative Analysestrategie gewählt.

Unter explorativen Faktorenanalysen sind Verfahren zur Identifizierung von Merkmalszusammenhängen von Indikatoren zu verstehen. Dabei handelt es sich um Verfahren zur Aufdeckung von empirischen Dimensionen in den Daten sowie zur Aufdeckung beziehungsweise Reduzierung der Dimensionalität (Bortz und Schuster 2010, 385 ff.). Ein alternatives, ebenfalls datenreduzierendes Verfahren stellt die Hauptkomponentenanalyse (kurz: PCA; engl. für *Principal Component Analysis*) dar. Zwar unterliegen beide Verfahren unterschiedlichen Grundannahmen, fallen hinsichtlich der Anwendung und der Ergebnisse aber in aller Regel vergleichbar aus (Edwards und Bagozzi 2000; Wolff und Bacher 2010, S. 333). Für die Analyse fiel die Wahl auf die explorative Faktorenanalyse aufgrund der inhaltlichen Überlegungen zu latenten Faktoren sowie der formalen Ähnlichkeit zur konfirmatorischen Faktorenanalyse (CFA). Diese drückt sich in der methodischen Unterteilung von gemeinsamer und spezifischer Varianz respektive eines Fehlervarianzanteils aus. Die manifesten Indikatoren werden demnach nicht als messfehlerfrei betrachtet (Bortz und Schuster 2010, S. 427; Wolff und Bacher 2010, 348 ff.).<sup>6</sup> Dies führt allerdings dazu, dass eine Lösung der Faktorwerte mittels *Maximum-Likelihood-Methode* geschätzt werden muss. Im ersten Analyseschritt wird die Anzahl latenter Faktoren bestimmt (die Anzahl spezifischer Faktoren entspricht der Anzahl der Indikatoren).<sup>7</sup> Die Extraktion der Faktoren folgt der Herangehensweise von Wolff und Bacher (2010), durch die Gegenüberstellung der Eigenwerte (aus einer unrotierten PCA) und der Ergebnisse einer Parallelanalyse (Bortz und Schuster 2010, S. 427–428). Bezüglich der Eigenwerte gilt das gängige Kaiser-Guttman-Kriterium (Eigenwert > 1), um die Anzahl der Komponenten auszuwählen (Bortz und Schuster 2010, 415 ff.).

Weil ausschließlich Indikatoren mit vollständigen Werten verwendet werden, verringert sich die Stichprobe auf  $N = 1.233$ . Der Anteil der Beobachtungen mit fehlenden Werten beträgt etwa 18 Prozent. Die Dezimierung der Stichprobe ist auf den paarweisen Ausschluss fehlender Werte der positiven und negativen Anreize zurückzuführen. Die analytische Stichprobe ist demnach eine Teilmenge mit gültigen Fällen aus der Gesamtstichprobe (siehe Tabelle 45 Anhang). Die

---

<sup>6</sup> Unterschiede zwischen PCA und EFA zeigen sich i.d.R. entlang der Faktorladungen, während die Lösung der Komponenten gleich ausfällt. Die EFA gilt als konservativeres Verfahren zur Bestimmung der Ladungen. Unterschiede und Gemeinsamkeiten der beiden Verfahren werden von Wolff und Bacher 2010, S. 348–349 diskutiert.

<sup>7</sup> Das Kaiser-Meyer-Olkin-Kriterium (KMO) liegt im Annahmehereich (Intervall [0;1]). Der Bartlett-Test ist hochsignifikant ( $\chi^2 = 7169,707$   $p < 0,001$ ), sodass die Nullhypothese abgelehnt werden kann. Zur Prüfung der Voraussetzungen, siehe Weiber und Mühlhaus 2014, 131 ff.

identifizierten Faktoren auf der Grundlage der explorativen Faktorenanalyse informieren schließlich die Entwicklung eines modifizierten Anreizmodells politischer Online-Konsultation. Hierzu werden Mittelwertindizes berechnet und die deskriptive Verteilung betrachtet. Anschließend werden theoretische Schlussfolgerungen für ein modifiziertes Anreizmodell diskutiert, um die Wirkungszusammenhänge für die weitere Analyse zu spezifizieren.

### **5.3.1 Explorative Faktorenanalysen zur Identifizierung der Anreizstruktur**

Wie zuvor beschrieben, wird ein exploratives Vorgehen gewählt, um die Faktorstruktur der positiven und negativen Partizipationsanreize zu identifizieren. In Tabelle 5.7 sind die Eigenwerte für die ersten sieben Faktoren (entsprechend der theoretischen Typologisierung) dargestellt. Hiernach erfüllen lediglich die ersten drei Faktoren das Kriterium eines Eigenwerts  $> 1$ . Etwa 52 Prozent der erklärten Varianz geht auf diese drei Faktoren zurück. Basierend auf der empirischen Verteilung werden bei der Parallelanalyse durch wiederholtes Ziehen von Zufallsdaten simulierte und gemittelte Eigenwerte berechnet. Die Eigenwerte der Stichprobe (i.d.R. sind die Eigenwerte der EFA aufgrund der Fehlervarianz niedriger als bei der PCA) werden mit den Zufallseigenwerten verglichen, um jene Faktoren zu identifizieren, deren Eigenwerte über den Zufallseigenwerten liegen (Wolff und Bacher 2010, S. 343). Hiernach erklären vier Faktoren der EFA einen höheren Varianzanteil als eine Zufallsanalyse – bei fünf Faktoren kehrt sich das Verhältnis von 0,08 (Eigenwert) zu 0,09 (Zufallseigenwert) um.

Die gewählten Verfahren kommen demnach zu unterschiedlichen Ergebnissen hinsichtlich der Anzahl der zu extrahierenden Faktoren. Als Entscheidungsgrundlage wird die inhaltliche Interpretierbarkeit herangezogen und das Modell mit vier extrahierten Faktoren ausgewählt. Hiervon unabhängig ist allerdings die substantielle Abweichung von den theoretischen Annahmen, die von sieben Faktoren ausgeht. Die theoretische Komplexität kann durch ein strukturaufdeckendes Verfahren demnach nicht abgebildet werden. Dennoch findet die theoriegeleitete Konzeption einer allgemeinen, multidimensionalen Anreizstruktur Unterstützung in den Daten, wenn im nächsten Analyseschritt ein Rotationsverfahren angewandt wird. Aufgrund der Korrelation zwischen den Indikatoren wird eine oblique (oder schiefwinklige) Promaxrotation ausgewählt (Weiber und Mühlhaus 2014, S. 133; Bortz und Schuster 2010, S. 419). Bei der Interpretation der Faktorladungen werden gängige Schwellenwerte hinzugezogen: Ob Faktorladungen als bedeutsam interpretiert werden, variiert innerhalb der Forschungsliteratur zwischen Werten

von 0,3 bis 0,6 (Wolff und Bacher 2010, S. 346). Zu beachten ist, ob bedeutende Ladungen zwischen zwei oder mehr Faktoren (sogenannte Zwischen- oder Kreuzladungen) bestehen. Ein weiteres Kriterium stellen die Kommunalitäten ( $h^2$ ) als Anteil erklärter Varianz dar. Als niedrige Kommunalitäten gelten gemeinhin Werte  $\leq 0,4$  (Wolff und Bacher 2010, S. 361), bei konservativer Betrachtung Werte  $\leq 0,5$  (Weiber und Mühlhaus 2014, S. 132). Die jeweiligen Schwellenwerte dürfen jedoch nicht über deren Subjektivität hinwegtäuschen, sodass die inhaltliche Interpretation ein relevantes Entscheidungskriterium bleibt.

**Tabelle 5.7** Ergebnisse der Eigenwerte aus PCA und Parallelanalyse für sieben Faktoren

Faktoren	Eigenwert PCA	% erklärte Varianz	% kumulierte Varianz	Parallelanalyse	
				Eigenwert EFA	Zufalls-eigenwert
1	5,91	34,76	34,76	5,31	0,39
2	1,81	10,65	45,41	1,02	0,18
3	1,17	6,88	52,29	0,39	0,15
4	0,94	5,53	57,82	0,22	0,12
5	0,85	5,00	62,82	0,08	0,09
6	0,82	4,82	67,64	0,06	0,07
7	0,74	4,35	71,99	0,00	0,05

Anmerkung: N = 1.233. Für die Parallelanalyse wurden Eigenwerte aus 1.000 Zufallsdatensätzen simuliert (95. Perzentil)

In Tabelle 5.8 werden die rotierten Faktorladungen und Kommunalitäten dargestellt. Der erste Faktor wird durch zwei Indikatoren der kollektiv-politischen Anreize „persönlicher Einfluss“ und „politisch etwas verändern“, zwei Indikatoren der moralischen Anreize „tue ich etwas für Stadt“ sowie „Verantwortung“ und dem Einzelindikator der expressiven Anreize „Teil Gemeinwesen“ gekennzeichnet. Die Faktorladungen sind jeweils substanziell ( $\geq 0,5$ ), trotz partieller Zwischenladungen auf dem dritten beziehungsweise vierten Faktor. Die Kommunalitäten sind ebenfalls bedeutsam ( $h^2 \geq 0,5$ ). Bei dem extrahierten Faktor handelt es sich um eine internale Disposition, die auf einer Eigen- beziehungsweise Selbstmotivation basiert. Gleichzeitig kann die theoretische Unterscheidung der Anreize, insbesondere zwischen kollektiven und moralischen Anreizen, hier empirisch nicht nachvollzogen werden. Ebenso ist anzumerken, dass die Faktorladungen der moralischen Indikatoren deutlich höher sind. Der zweite Faktor



kennzeichnet negative Anreize. „Langweilig“, „keine Zeit“ sowie „kein Interesse“ weisen substanzielle Faktorladungen ( $\geq 0,5$ ) auf. Zugleich variieren die Kommunalitäten zwischen  $h^2 = 0,30$  und  $h^2 = 0,60$ , was einen hohen Fehlervarianzanteil signalisiert. Die Varianz der gemeinsamen Indikatoren erscheint bezüglich Transaktions- und Opportunitätskosten plausibel. Ausgeschlossen werden die beiden anderen negativen Anreize, die keine Zuordnung hinsichtlich Faktorladung und Kommunalität erlauben.

Bei den beiden weiteren Faktoren handelt es sich um externe Anreize zur Online-Partizipation. Die Indikatoren der selektiv-ergebnisbezogenen sowie sozialen Anreize laden auf zwei unabhängigen Faktoren. Der dritte Faktor reflektiert die Indikatoren „persönliche Vorteile“ sowie „eigene Interessen“. Die jeweiligen Faktorladungen ( $\geq 0,7$ ) sowie Kommunalitäten ( $h^2 > 0,5$ ) sind substanziell. Soziale Anreize kennzeichnen den vierten Faktor durch die Indikatoren „Freundeskreis/Familie“ und „Akzeptanz/Anerkennung“, wenngleich die Faktorladungen hier niedriger ausfallen ( $\geq 0,4$ ). Auch weisen die Indikatoren einen hohen Fehleranteil auf ( $h^2 \leq 0,5$ ). Allerdings überwiegt das inhaltliche Interesse an einer eindeutigen Zuordnung zu einem Faktor der sozialen Anreize, zumal keine relevanten Zwischenladungen bestehen. Keine eindeutige Zuordnung ist für die Indikatoren selektiv-prozessbezogener Anreize möglich. Die Indikatoren „persönliche Fähigkeiten“, „Sachverstand“ und „Spaß“ weisen Faktorladungen ( $\leq 0,5$ ) auf unterschiedlichen Faktoren auf, eine gemeinsame Varianzaufklärung durch ein latentes Konstrukt ist nicht gegeben. Dies spiegelt sich ebenfalls in den niedrigen Kommunalitäten ( $\leq 0,5$ ) wider. Da weder eine empirische noch inhaltliche Zuordnung möglich ist, werden die drei Indikatoren für die weitere Analyse ausgeschlossen.<sup>8</sup>

Zusammenfassend können folgende Schlüsse aus der Datenstruktur gezogen werden: Durch das explorative Vorgehen wird eine Multidimensionalität der Anreizstruktur politischer Online-Partizipation offengelegt. Der erste Faktor kennzeichnet sowohl kollektive sowie internale Motive, um einen Anreiz zur Partizipation zu erhalten. Indikatoren der kollektiv-politischen, moralischen sowie expressiven Anreize laden auf diesem Faktor. Der zweite latente Faktor ist durch negative Anreize der Partizipation charakterisiert. Der dritte Faktor kennzeichnet selektiv-ergebnisbezogene Anreize, im Sinne individualisierter Vorteile, die aus der Teilnahme resultieren. Der vierte Faktor kann unter der Bezeichnung sozialer Anreize subsumiert werden. Hierunter fallen Anreize aus der Akzeptanz, Anerkennung oder der Erwartungshaltung von Freund:innen oder Familie. Zugleich

---

<sup>8</sup> Bei einer erneuten Berechnung der EFA unter Ausschluss dieser Indikatoren, bestätigt sich die Faktorstruktur.

bilden die Indikatoren der selektiv-prozessbezogenen Anreize weder einen eigenständigen latenten Faktor noch ist eine Zuordnung zu weiteren Faktoren möglich, was zum Ausschluss aus der weiteren Analyse führt. Nachfolgend werden Mittelwertindizes berechnet, um einen ersten Eindruck zur Prävalenz der motivationalen Anreizstruktur zu erhalten.

**Tabelle 5.8** Ergebnis der promaxrotierten Faktorladungsmatrix (EFA)

		Faktor				h <sup>2</sup>
		1	2	3	4	
1)	Persönlicher Einfluss	<b>0,55</b>	0,04	0,29	0,07	0,58
2)	Politisch etwas verändern	<b>0,58</b>	0,02	0,24	0,00	0,54
3)	persönlichen Fähigkeiten	0,30	-0,05	0,03	0,36	0,36
4)	Sachverstand	0,45	0,06	0,28	0,12	0,48
5)	Spaß	0,10	-0,37	0,16	0,26	0,43
6)	Persönliche Vorteile	-0,16	0,02	<b>0,76</b>	0,08	0,52
7)	Eigenen Interessen	0,17	-0,02	<b>0,70</b>	-0,08	0,60
8)	Tue ich etwas für Stadt	<b>0,85</b>	0,09	-0,04	0,11	0,68
9)	Verantwortung	<b>0,78</b>	0,08	-0,16	0,20	0,55
10)	Freundeskreis/Familie	0,11	-0,11	-0,09	<b>0,58</b>	0,41
11)	Akzeptanz/Anerkennung	0,03	0,06	0,15	<b>0,47</b>	0,31
12)	Teil Gemeinwesen	<b>0,53</b>	-0,10	-0,05	0,30	0,55
13)	Langweilig	0,18	<b>0,81</b>	-0,07	-0,16	0,60
14)	Keine Zeit	0,12	<b>0,57</b>	0,09	-0,14	0,30
15)	Sorge Daten	-0,16	0,23	-0,05	0,18	0,12
16)	Kein Verbesserungsbedarf	-0,24	0,18	0,08	0,10	0,11
17)	Kein Interesse	-0,03	<b>0,66</b>	-0,02	-0,01	0,47

Anmerkung: N = 1.233. Hervorhebung der Ladung für entsprechenden Faktor

### 5.3.2 Verteilung der motivationalen Anreizstruktur

Für die weitere Analyse werden ungewichtete Mittelwertindizes basierend auf der identifizierten Faktorstruktur verwendet. Die Skalierung der ursprünglichen Indikatoren bleibt hierdurch erhalten. Die Auswahl der jeweiligen Indikatoren ist sowohl durch die Faktorladung als auch sachlogischen Abwägungen

begründet. Kritisch zu bewerten ist die Messinvarianz sowie Äquivalenz bei Mittelwertindizes (Davidov et al. 2014, S. 60).<sup>9</sup> Zugleich hat jeder Indikator einen gleichwertigen Einfluss auf den Mittelwertindex, während die Faktorenanalyse unterschiedlich starke Faktorladungen identifiziert hat.

Nachfolgend wird die univariate Verteilung der motivationalen Anreizstruktur beschrieben (Tabelle 5.9). Die erste Dimension der Anreizstruktur umfasst kollektive, moralische und expressiv-affektive Anreize. Die Indikatoren „persönlicher Einfluss“, „politisch etwas verändern“, „tue ich etwas für Stadt“, „Verantwortung“ sowie „Teil Gemeinwesen“ werden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst ( $\alpha = 0,86$ ). Das arithmetische Mittel beträgt 3,44 (SD = 0,7), was einer tendenziellen Zustimmung entspricht. Die zweite Dimension reflektiert selektiv-ergebnisbezogene Anreize durch die Möglichkeit, „persönliche Vorteile“ zu erlangen oder „eigene Interessen“ durchzusetzen ( $\alpha = 0,69$ ). Die mittlere Zustimmung unter den Befragten ist etwa 0,8 Skalenpunkte niedriger als zu kollektiv-internen Anreizen und beträgt 2,62 (SD 0,9) Skalenpunkte. Das arithmetische Mittel signalisiert eher eine Ablehnung unter den Befragten, wie bereits bei der separaten Betrachtung der Indikatoren angedeutet. Unter sozialen Anreizen wird ein Mechanismus sozialer Belohnung substituiert. Der Index aus den Indikatoren „Freundeskreis/Familie“ und „Akzeptanz/Anerkennung“ hat ein arithmetisches Mittel von 2,67 (SD 0,8). Die durchschnittliche Zustimmung beziehungsweise Ablehnung ist in etwa auf dem Niveau des selektiv-ergebnisbezogenen Anreizes. Kritisch ist das niedrige Cronbachs  $\alpha$  zu beurteilen ( $\alpha = 0,48$ ). Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass nur zwei Indikatoren in die Berechnung eingeflossen sind (siehe Fußnote 4 im Kapitel 5).

Komplementär zu den positiven Anreizen, die durch Vorteile charakterisiert sind, hemmen negative Anreize die Teilnahme an Online-Partizipationsverfahren. Der Index beinhaltet die Indikatoren „langweilig“, „keine Zeit“ und „kein Interesse“ ( $\alpha = 0,67$ ). Das Konstrukt der negativen Anreize umfasst Dispositionen, die aus individueller Perspektive gegen eine Teilnahme sprechen, weil das Interesse an der Thematik oder die Zeit zur Teilnahme fehlt. Es handelt sich demnach um ein gemeinsames Konstrukt von Transaktions- und Opportunitätskosten. Das

---

<sup>9</sup> Mittels EFA können *factor scores* berechnet werden, um gewichtete Indizes der motivationalen Anreizstruktur zu erstellen. Indikatoren mit einer stärkeren Faktorladung fließen dabei stärker in den jeweiligen Index ein. Allerdings wird hierdurch auch die inhaltliche Interpretation erschwert: Ähnlich einer Z-Standardisierung erhalten die gewichteten Indizes einen normierten Mittelwert von 0. Zugleich korrelieren *factor scores* und Indizes stark miteinander. Der Unterschied zwischen beiden ist eher „im Detail“ zu verordnen und bietet aus meiner Sicht keinen inhaltlichen Mehrwert, siehe beispielsweise Krause 2018, S. 241.

arithmetische Mittel beträgt 2,50 (SD 0,8) und zeigt, dass die Befragten den negativen Anreizen eher indifferent gegenüberstehen. Die Korrelationen zwischen den positiven Anreizen sind überzufällig, positiv und von mittlerer Stärke (Tabelle 46 im Anhang). Steigt die Zustimmung zu einem positiven Anreiz, dann steigt auch die Zustimmung zu den anderen positiven Anreizen. Umgekehrt verhält es sich bei den negativen Anreizen: Wenn ein positiver Anreiz steigt, dann sinkt der negative Anreiz – und umgekehrt. Lediglich der Zusammenhang zwischen selektiv-ergebnisbezogenen und negativen Anreizen ist gering, wenngleich ebenfalls statistisch signifikant.

**Tabelle 5.9** Lagemaße der Anreiztypen eines modifizierten Anreizmodells

	MW	SD	Min	Max
kollektiv-moralisch-affektive Anreize	3,44	0,7	1	5
Selektiv-ergebnisbezogene Anreize	2,62	0,9	1	5
Soziale Anreize	2,67	0,8	1	5
Negative Anreize	2,50	0,8	1	5

Anmerkung: N = 1.256

### 5.3.3 Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse

In der Forschungsliteratur existiert kein allgemeingültiges Anreizmodell politischer (Online-) Partizipation. Gleichfalls können positive und negative Anreize für unterschiedliche Partizipationsformen extrahiert werden. Durch diese Befunde informiert, wurden sieben Anreizformen eruiert und durch entsprechende Indikatoren operationalisiert. Durch eine explorative Faktorenanalyse wurde untersucht, welcher Dimensionalität das Indikatoruniversum (der 17 positiven/negativen Anreize) unterliegt. Hierdurch konnten vier – inhaltlich als auch empirisch trennscharfe – Faktoren der Anreizstruktur festgestellt werden. Auch wenn es sich bei der explorativen Faktorenanalyse strenggenommen nicht um ein hypothesentestendes Verfahren handelt, wurden *a priori* Annahmen zum Zusammenhang zwischen den Indikatoren und einem Anreizmodell erarbeitet (Hurley et al. 1997). Nur partiell konnten die theoretisch formulierten Zusammenhänge durch die Daten bestimmt werden.

Bürger:innen, die aus kollektiv-moralisch-affektiven Motiven partizipieren, beziehen einen intrinsischen Wert daraus, sich für politische Veränderung einzusetzen, aus der Erfüllung eines Verantwortungs- oder Pflichtbewusstseins oder

durch eine expressiv-affektive Verbundenheit. Es handelt sich demnach eher um einen kollektiven und politischen Anreiztypen und weniger um einen persönlichen Vorteil. Unterschiedliche Gründe können dafür verantwortlich sein, dass die Indikatoren auf einem gemeinsamen Faktor laden. Einerseits könnte ein Mangel an semantischer Trennschärfe zur Kongruenz im Antwortverhalten führen. Andererseits ist eine gemeinsame motivationale Disposition inhaltlich plausibel. So besteht eine gewisse Übereinstimmung zu „zweckmäßigen Anreizen“ bei Clark und Wilson (1961) und Wilson (1973) als „intangible rewards that derive from the sense of satisfaction of having contributed to the attainment of a worthwhile cause“ (Wilson 1973, S. 34). Ein „lohnendes Ziel“ der Partizipation könnte dabei mit einem Verantwortungsbewusstsein oder einem bestimmten Selbstbild einhergehen und zur Partizipation motivieren. Es hat sich bestätigt, dass diese Indikatoren zu thematisch eindeutigen Konstrukten zusammengefasst werden können, obwohl theoretisch von einer analytischen Trennung auszugehen ist.

Die stärkste Abweichung zwischen theoretischen Annahmen und explorativer Analyse ist für selektiv-prozessbezogene Anreize zu konstatieren: Aufgrund niedriger Haupt- und hoher Zwischenladungen wurden die entsprechenden Indikatoren aus der weiteren Analyse ausgeschlossen. Durch die Faktorenanalyse konnten prozessbezogene Anreize nicht als Disposition identifiziert werden. Es ist nicht auszuschließen, dass Bürger:innen andere Anreize wahrnehmen, die im Zusammenhang mit dem Partizipationsprozess stehen. Möglicherweise hätten spezifischere Frageformulierungen, welche die Online-Umgebung stärker einbeziehen (z. B. „Spaß einen Kommentar im Internet zu schreiben“), zu einer Identifizierung geführt. Der Ausschluss der Indikatoren sollte demnach nicht zum Ausschluss der theoretischen Mechanismen prozessbezogener Anreize führen. Ferner können die Annahmen bestätigt werden, dass sowohl selektiv-ergebnisbezogene als auch soziale Anreize einen Beitrag zum Erklärungsmodell leisten. Beide Dispositionen werden external aktiviert, entweder durch einen individuellen Vorteil oder durch soziale Belohnung und kennzeichnen eher eine persönliche als eine politische Motivation. Die Anreize sind dennoch getrennt und unabhängig zu betrachten, da die Faktoren auf unterschiedlichen latenten Konstrukten laden. Ein eigenständiger Faktor ist für die negativen Anreize zu konstatieren, der zugleich statistisch signifikant und negativ mit den positiven Anreizen korreliert. Negative Anreize reflektieren Partizipationshemmnisse, die sich in erster Linie durch individuelle Präferenzen wie das Themeninteresse, Langeweile oder fehlende Zeit ausdrücken und auf eine fehlende Betroffenheit durch den Partizipationsgegenstand hindeuten. Da plattformspezifische Hemmnisse lediglich über die „Sorge um persönliche Daten“ einfließen, konnte kein entsprechender Faktor identifiziert werden.

Die univariate Verteilung der positiven und negativen Anreize hat gezeigt, dass Bürger:innen eher Beweggründen zustimmen, die Partizipation aus kollektiv-moralisch-affektiven Anreizen charakterisieren. Partizipation erfolgt aus der Vorstellung politisch etwas zu verändern, internalisierten Verantwortungs- oder Pflichtgefühlen sowie einer affektiven Verbundenheit zu einer Gemeinschaft. Externale Anreize wie individuell-materiellen Vorteilen oder sozialer Belohnung spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Ferner stimmen Bürger:innen durchschnittlich den negativen Anreizen eher nicht zu.

Insgesamt markiert die Ablehnung selektiv-prozessbezogener Anreize eine Abweichung von vorherigen Studien der Online-Konsultation (Aitamurto et al. 2017; Font et al. 2021). Die Komplexität des vormals intendierten Anreizmodells, insbesondere an den Anreiztypen des *General Incentive Models* angelehnt, wurde durch die Daten nicht bestätigt. Dies kann auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt werden: In den Grundstudien von Seyd und Whiteley (1992) werden die Dimensionen der positiven und negativen Anreize ausschließlich theoretisch abgeleitet, allerdings keiner empirischen Überprüfung unterzogen. Dies gilt auch für spätere Studien (Seyd und Whiteley 1992; Pattie et al. 2003; Whiteley et al. 1994a) sowie die deutschen Parteimitgliederstudien (Klein 2006; Hoffmann und Springer 2019). Wird die Dimensionalität des Anreizmodells empirisch überprüft, weichen die Ergebnisse von der theoretischen Komplexität ab (Rohrbach 2013; Gerl et al. 2018). Beispielsweise extrahieren Gerl et al. (2018) mittels Hauptkomponentenanalyse drei positive (ideologische, selektiv-prozessbezogene und selektiv-ergebnisbezogene) Anreize, die durch das *GIM* theoretisch gedeckt sind. Rohrbach (2013) muss aufgrund der Modellgüte das Messmodell des *GIM* ablehnen. Nach der Modelformulierung bilden moralische und soziale Anreize (Rohrbach nutzt das *Wording* der altruistischen und normativen Anreize) einen gemeinsamen Faktor ab, expressive Anreize werden teilweise den selektiv-prozessbezogenen Anreizen zugeordnet. Die Untersuchung positiver und negativer Anreizstrukturen in unterschiedlichen Stichproben führt demnach zu unterschiedlichen Ergebnissen bezüglich der Faktorstruktur. In Abschnitt 5.6 werden die extrahierten Faktoren mittels konfirmatorischer Faktorenanalyse an der Stichprobe aus der Nachbefragung erneut überprüft, um die Befunde zu validieren.

Trotz der Diskrepanz zur erwarteten theoretischen Komplexität ist die Anschlussfähigkeit zu Anreizmodellen in der Forschungsliteratur hervorzuheben. Die stärkste Übereinstimmung besteht dabei zu Clark und Wilson (1961), die „zweckmäßige“, „materielle“ und „solidarische“ Anreize identifizieren. Ferner besteht Kongruenz zu den „Gratifikationen“ bei Schlozman et al. (1995). Eine Abgrenzung ist insbesondere bei der Differenzierung zwischen kollektiven,

moralischen und expressiven Anreizen festzustellen (Opp 2001; Aitamurto et al. 2017). Um die gemeinsame motivationale Disposition dieser Anreize zu kennzeichnen, schlage ich in Anlehnung an Schlozman et al. (1995) den Begriff der gemeinwohlorientierten Anreize vor. Hierdurch wird sowohl die kollektive als auch politische Charakteristik des Anreiztypens berücksichtigt. Unabhängig hiervon sind selektiv-ergebnisbezogene Anreize und soziale Anreize zu nennen, die ein individuelles oder persönliches Motiv der Partizipation kennzeichnen. Ein latentes Konstrukt negativer Anreize konnte ebenfalls identifiziert werden und komplementiert die Anreizstruktur. Ein geringeres Interesse am Partizipations-thema geht einher mit einer geringeren Bereitschaft, Zeit für Partizipation zu investieren und einem stärkeren Gefühl der Langeweile.

### **5.3.4 Schlussfolgerung für ein empirisch modifiziertes Anreizmodell**

Das modifizierte Anreizmodell basiert auf vier distinkten Anreiztypen: Gemeinwohlorientierten, selektiv-ergebnisbezogenen, sozialen und negativen Anreizen. Der intendierte Wirkungszusammenhang zur Erklärung politischer Online-Partizipation aus Abschnitt 3.3 wird nun entsprechend den Erkenntnissen aus dem vorherigen Kapitel spezifiziert.

#### *Prävalenzhypothese*

Entsprechend der Prävalenzhypothese (H1) ist davon auszugehen, dass mit hoher formaler Bildung und starkem politischen Interesse die Prävalenz positiver Anreize steigt und die Zustimmung zu negativen Anreizen sinkt. Die Sozialisation spielt eine vermittelnde Rolle beim Aufbau von Bildungsressourcen. Durch den Aufbau von Bildungsressourcen werden partizipationsrelevante Fähigkeiten erlernt, sodass Vorteile kostengünstiger erzielt werden können und Nachteile bei der Nutzenkalkulation schwächer einfließen. Zusätzlich sind Bürger:innen, die sich für Politik im Allgemeinen interessieren, auch eher über Politik informiert, haben eher Kenntnisse über politische Zusammenhänge und weisen eine höhere politische Kompetenz auf (siehe Abschnitt 3.2.1 und Abschnitt 3.3.2). In der Konsequenz sinkt der kognitive Aufwand zur Realisierung von Partizipationsvorteilen und sinkt die Wahrnehmung von Transaktionskosten. Des Weiteren können Unterschiede in der Prävalenz der Anreiztypen auf unterschiedliche Wertorientierungen zurückgeführt werden. Hiernach besteht ein hierarchisches Verhältnis zwischen den Partizipationsanreizen. Nach Maslow (1943) und Inglehart (1977) könnte es sich bei gemeinwohlorientierten und sozialen Anreizen um die Befriedigung

postmaterialistischer Bedürfnisse handeln. Die grundlegenden (ökonomischen) Bedürfnisse statushoher Bürger:innen sind eher erfüllt, sodass untergeordnete postmaterielle Ziele durch die Partizipation verfolgt werden (Seyd und Whiteley 1992, S. 66). Dagegen sollten Bürger:innen, die nicht über hohe Bildungsressourcen verfügen, eher eine Positionsverbesserung im Sinne materialistischer Ziele verfolgen. Selektiv-ergebnisbezogene Anreize können hierbei als niederschwellige Anreize betrachtet werden, um individuelle Vorteile aus der Partizipation zu erhalten, die als Vergütung oder Entschädigung fungieren. Folglich üben Bildungsressourcen und das politische Interesse einen schwächeren Effekt auf die Wahrnehmung des Vorteils aus, wovon politisch unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen profitieren. Soziale Anreize als ein Bedürfnis sozialer Belohnung sind ebenfalls als postmaterialistisch einzuschätzen, die eher von statushohen Bürger:innen verfolgt werden und einer ähnlichen Stratifikation wie gemeinwohlorientierten Anreizen unterliegen. Zugleich sind Bürger:innen mit hohen Bildungsressourcen eher in sozialen Netzwerken integriert, was eine soziale Belohnung stärker unterstützt. Schließlich nehmen die „üblichen Verdächtigen“ die negativen Anreize weniger stark wahr, da Bildungsressourcen und politisches Interesse den kognitiven Aufwand zur Teilnahme verringern. Differenzen sind auch darauf zurückzuführen, dass diese Gruppe am ehesten über Partizipationserfahrung verfügt. Diese vorherige Erfahrung hat einen Einfluss darauf, dass die zu investierende Zeit und der kognitive Aufwand (respektive Langeweile), weniger stark als Beteiligungshemmnis wahrgenommen werden. Zusätzlich ist es möglich, dass das Themeninteresse beziehungsweise ein Bewusstsein für die individuelle Betroffenheit durch den Beteiligungsgegenstand des Partizipationsverfahrens stärker innerhalb dieser Gruppe ausgeprägt ist. Die Prävalenzhypothese kann entsprechend der Anreiztypen in vier Unterhypothesen spezifiziert werden:

- H1.a: *Bürger:innen mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse, stimmen gemeinwohlorientierten Anreizen stärker zu als Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und/oder niedrigem politischen Interesse.*
- H1.b: *Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung stimmen selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen stärker zu als Bürger:innen mit hoher formaler Bildung.*
- H1.c: *Bürger:innen mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse, stimmen sozialen Anreizen stärker zu als Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und/oder niedrigem politischen Interesse.*
- H1.d: *Bürger:innen mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse, stimmen negativen Anreizen schwächer zu als Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und/oder niedrigem politischen Interesse.*



Wenn Bürger:innen unabhängig von den „üblichen Verdächtigen“ von Partizipationsanreizen profitieren, könnte dies einen Hinweis zur Mobilisierung politisch unterrepräsentierter Gruppen andeuten. Nachfolgend ist zu überprüfen, ob die Prävalenz tatsächlich zur Partizipation motiviert.

### *Anreizhypothese*

Der zweite Schritt der Wirkungsanalyse untersucht den Zusammenhang zwischen der Prävalenz positiver und negativer Anreize und die Teilnahmewahrscheinlichkeit an politischen Online-Konsultationsverfahren (Anreizhypothese H2). Allgemein ist davon auszugehen, dass die Partizipationswahrscheinlichkeit umso höher ist, je stärker die Prävalenz zu positiven Anreizen ausfällt. Umgekehrt sinkt die Partizipationswahrscheinlichkeit umso stärker, je höher negative Anreize wahrgenommen werden. Zur wichtigsten Erkenntnis zählt bisher, dass Bürger:innen unterschiedliche Anreize zur Partizipation antizipieren, es handelt sich demnach mitnichten um ein uni-, sondern multidimensionales latentes Konstrukt. An den intendierten Wirkungszusammenhängen sollte sich prinzipiell dennoch nichts verändern. Die unterschiedlichen Anreize – gemeinwohlorientierte, selektiv-ergebnisbezogene, soziale und negative Anreize – basieren auf internal oder external motivierten Vorteilen respektive Nachteilen als Konsequenz aus einer Partizipationshandlung. Aus einer internalen Motivation resultiert Partizipation aus einem kollektiven Interesse, aus einem bürgerlichen Verantwortungs- sowie Pflichtbewusstsein oder einer expressiv-affektiven Gefühlsbindung. Selektiv-ergebnisbezogene Anreize charakterisieren individualisierte Vorteile, die mit einer Positionsverbesserung einhergehen. Soziale Anreize basieren auf sozialen Belohnungs- oder Sanktionierungsmechanismen durch Freund:innen, Familien und anderen relevanten Personenkreisen. Bei selektiv-ergebnisbezogenen und sozialen Anreizen handelt es sich demnach um external aktivierte Vorteile. Unter negativen Anreizen wurden Partizipationsbarrieren identifiziert, die ein gemeinsames Konstrukt von Transaktions- und Opportunitätskosten subsumieren und kognitive (Langeweile und Themeninteresse) sowie ressourcenbasierende (Zeit) Faktoren beinhalten. Die gemeinsame Varianz weist auf eine individuelle Betroffenheit durch die Partizipation hin, und wer weniger betroffen ist, dürfte auch weniger motiviert sein an Konsultationsverfahren teilzunehmen.

Das Internet könnte wiederum die Bedingungen zur Prävalenz der unterschiedlichen Anreize und in der Konsequenz die Partizipationswahrscheinlichkeit beeinflussen: Da die Vorteile durch die orts- und zeitunabhängige Partizipation mit einem geringeren Ressourceneinsatz verbunden sind, sollte die Antizipation der Vorteile unabhängig von strukturellen oder kognitiven Faktoren sein,

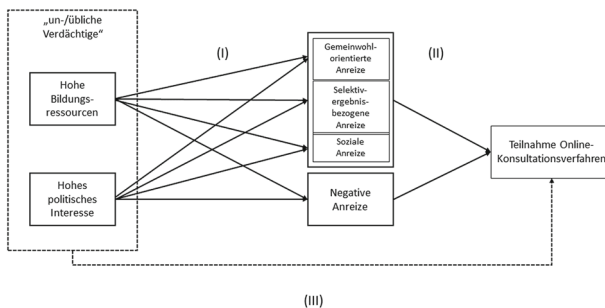
sodass jenseits der „üblichen Verdächtigen“ alle Bürger:innen von positiven Partizipationsanreizen profitieren. Ein vergleichbarer Mechanismus ist auch für die negativen Anreize anzunehmen: Die Bedeutung des Faktors Zeit könnte ebenso abnehmen, wie der niederschwellige Zugang zu Informationen durch das Internet zunimmt (Boulianne 2009), sodass der Einfluss der Opportunitätsstruktur sinkt. Umgekehrt muss die Online-Partizipation unterschiedliche (und je nach Anreiztyp variierende) Bedingungen erfüllen: Bezüglich gemeinwohlorientierter Anreize, muss ein Online-Konsultationsverfahren als eine Beteiligungsform wahrgenommen werden, um gesellschaftliche Verantwortungs- oder expressiv-affektive Bindungsgefühle zu realisieren. Unabhängig vom tatsächlichen Ergebnis des Beteiligungsverfahrens soll durch die Teilnahme eine innere Befriedigung bei der Wahrnehmung demokratischer Verantwortung oder die Zufriedenheit, einen persönlichen Beitrag zur Gemeinschaft geleistet zu haben, erreicht werden. Da der Anreiz eine Komponente der kollektiven Verbesserung beinhaltet, unterliegt dieser tendenziell einer Trittbrettfahrer:in-Logik und in der Konsequenz einer defizitären Handlungsmotivation. Für selektiv-ergebnisbezogene Anreize ist relevant, dass es sich um einen individuellen Nutzen handelt, der ausschließlich bei der Partizipation erzielt wird. Es ist allerdings zu überprüfen, ob die erzielten Vorteile die antizipierten Teilnahmekosten übersteigen. Insbesondere dann, wenn keine direkten (wie bei einer monetären Vergütung), sondern indirekte materielle Vorteile erzielt werden können, weil Partikularinteressen durch das Partizipationsverfahren platziert werden. Eine wesentliche Rolle bei der Antizipation von sozialen Anreizen dürfte spielen, ob Belohnungs- oder Sanktionierungsmechanismen aus der Alltagserfahrung in die Online-Umgebung übertragen werden können. Während Belohnungssysteme beispielsweise bei sozialen Medien gezielt aktiviert werden (Montag 2022), unterliegen Online-Konsultationsverfahren gegebenenfalls variierenden Bedingungen. So stellt sich die Frage nach der Anonymität der Teilnahme respektive der individuellen Zurechnung der Teilnahme als Strukturbedingung, um soziale Belohnung zu erzielen. Alles in allem sollten alle positiven Anreize einen positiven Einfluss auf die Partizipation ausüben, während negative Anreize als Partizipationshindernis fungieren. Die Anreizhypothesen werden entsprechend spezifiziert:

- H2.a Je höher die Prävalenz gemeinwohlorientierter Anreize, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation.*
- H2.b Je höher die Prävalenz selektiv-ergebnisbezogener Anreize, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation.*
- H2.c Je höher die Prävalenz sozialer Anreize, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation.*

*H2.d Je höher die Prävalenz negativer Anreize, desto niedriger die Wahrscheinlichkeit der Online-Partizipation.*

*Strukturhypothese*

Die Anschlussfähigkeit zur Diskussion des Mobilisierungspotenzials politischer Online-Partizipation wird einerseits dadurch hergestellt, dass divergierende Wirkungszusammenhänge entlang von Bildungsressourcen und politischem Interesse diskutiert werden. Andererseits sollte sich entsprechend der Strukturhypothese (H3) zeigen, dass weiterhin die „üblichen Verdächtigen“ in Online-Konsultationsverfahren überproportional repräsentiert sind. Die Hypothese bleibt unverändert. Das in Abschnitt 3.3 adaptierte Schaubild nach Niedermayer (1989, 2009) wird nunmehr entlang der identifizierten Anreiztypen modifiziert (Abbildung 5.2). Hieraus ergibt sich eine Spezifizierung der in Abschnitt 3.3.2 abgeleiteten Wirkungszusammenhänge. Zusammenfassend wird angenommen, dass (I) die Prävalenz der Anreizstruktur entlang von Bildungsressourcen und politischem Interesse variiert (Prävalenzhypothesen); (II) die Prävalenz einen Einfluss auf die Partizipation ausübt (Anreizhypothesen) und (III) die „üblichen Verdächtigen“ in Online-Konsultationsverfahren überrepräsentiert sind (Strukturhypothese).



**Abbildung 5.2** Postulierte Wirkungszusammenhänge eines modifizierten Anreizmodells

## 5.4 Die sozialstrukturelle Verankerung eines modifizierten Anreizmodells

Im Anschluss an die Modifizierung des Anreizmodells wird der Zusammenhang zu Bildungsressourcen und politischem Interesse der „un-/üblichen Verdächtigen“ mittels bivariater und multipler linearer Regression überprüft (Prävalenzhypothese). Für die weitere Analyse werden die ungewichteten Mittelwertindizes auf der Grundlage des modifizierten Anreizmodells verwendet (siehe Abschnitt 5.3.2). Da die Analysen nun unter Kontrolle weiterer Variablen erfolgt, reduziert sich die Stichprobe auf  $N = 1.131$  (listenweise Ausschluss fehlender Werte). Die Verteilung der soziodemografischen Merkmale ist in Tabelle 5.10 dargestellt (zur detaillierten Verteilung der zentralen Variablen siehe Tabelle 47 bis Tabelle 52 im Anhang). Die analytische Stichprobe ist zugunsten der Hochgebildeten verzerrt. Über 78 Prozent der Befragten verfügen über eine hohe formale Bildung (etwa ein halber Prozentpunkt höher als in der ursprünglichen Stichprobe). Männliche und weibliche Befragte sind annähernd gleichverteilt. Befragte zwischen 50 und 64 Jahren sind im Vergleich zur Grundgesamtheit über- und Befragte über 65 Jahren unterrepräsentiert (siehe Abschnitt 4.3).

**Tabelle 5.10** Verteilung soziodemografischer Merkmale in der analytischen Stichprobe

	Analytische Stichprobe
<b>Geschlecht</b>	
Weiblich	50,4
Männlich	49,6
<b>Alterskategorien</b>	
18-29	17,3
30-49	35,8
50-64	28,4
>65	18,5
<b>Formale Bildung</b>	
Niedrig	8,1
Mittel	13,3
Hoch	78,6

Anmerkung:  $N = 1.131$ . Anteil in Prozent und Werte gerundet

### 5.4.1 Prävalenz positiver und negativer Anreize

Es ist vorerst zu überprüfen, ob die Prävalenz der positiven und negativen Anreize entlang formaler Bildung und politischem Interesse variiert. Die „üblichen Verdächtigen“ sollten (mit Ausnahme selektiv-ergebnisbezogener Anreize) eine höhere Prävalenz der positiven Anreize vorweisen als die Vergleichsgruppen, da die Bürger:innen dieser Gruppe am ehesten einen Vorteil aus den Beweggründen ziehen. Im Gegensatz dazu sollte die Wahrnehmung negativer Anreize in dieser Bevölkerungsgruppe schwächer ausfallen.

Unter allen Befragten der analytischen Stichprobe ist die Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen am höchsten (trotz listenweisem Ausschluss fehlender Werte sind die Differenzen zur Gesamtstichprobe marginal, siehe Abschnitt 5.3.2). Im Mittel beträgt die Zustimmung 3,47 Skalenpunkte (Tabelle 5.11). Selektive und soziale Anreize variieren um die mittlere Antwortkategorie, sodass eine Indifferenz der Befragten naheliegt. Im Mittel stimmen Bürger:innen den negativen Anreizen mit  $MW = 2,50$  ( $SD = 0,8$ ) eher weniger zu.

**Tabelle 5.11** Lagemaße der Anreiztypen in der analytischen Stichprobe

	MW	SD	Min	Max
Gemeinwohlorientierte Anreize	3,47	0,7	1	5
Selektiv-ergebnisbezogene Anreize	2,63	0,9	1	5
Soziale Anreize	2,66	0,8	1	5
Negative Anreize	2,50	0,8	1	5

Anmerkung:  $N = 1.131$

Weiterhin ist der Anteil unter Befragten, die die zentralen Merkmale der „üblichen Verdächtigen“ teilen, mit über 44 Prozent hoch (Tabelle 49 im Anhang). Drei Viertel der Befragten haben ein hohes formales Bildungsniveau. Etwa 9,5 Prozent der Befragten verfügen über niedrige Bildungsressourcen, interessieren sich aber für Politik, während bei knapp 12 Prozent weder Bildungsressourcen noch politisches Interesse zu verzeichnen sind.

Überzufällige Gruppenunterschiede für die Prävalenz der Anreize können für gemeinwohlorientierte ( $F = 26,68^{***}$ ;  $\eta^2 = 0,07$ ) und selektiv-ergebnisbezogene Anreize ( $F = 4,75^{**}$ ;  $\eta^2 = 0,01$ ) sowie negative Anreize

( $F = 9,176^{***}$ ;  $\eta^2 = 0,02$ ) festgestellt werden.<sup>10</sup> Zur besseren Übersicht wurden die gruppierten Mittelwerte und +/- einer Standardabweichung visualisiert (Abbildung 5.3). Bezüglich gemeinwohlorientierter Anreize sind die Differenzen vernachlässigbar, wenn Befragte über eine hohe formale Bildung und/oder über politisches Interesse verfügen. Gruppenunterschiede sind auf Bürger:innen zurückzuführen, die nicht über Bildungsressourcen oder Interesse verfügen (siehe zusätzlich Tabelle 54 im Anhang). Innerhalb dieser Gruppe beträgt die mittlere Zustimmung 3 Skaleneinheiten und ist damit etwa einen halben Skaleneinheit niedriger als in den Vergleichsgruppen. Die höchste Zustimmung zu selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen ist für Bürger:innen zu konstatieren, die über eine hohe formale Bildung verfügen, aber politisch desinteressiert sind. Innerhalb dieser Gruppe beträgt die mittlere Zustimmung 2,75 Skaleneinheiten. Bürger:innen ohne partizipationsrelevante Ressourcenausstattung oder Interesse nehmen negative Anreize am stärksten wahr. Die durchschnittliche Zustimmung in dieser Gruppe liegt bei 2,7 und damit rund einen halben Skaleneinheit höher als bei den Befragten, die ein hohes politisches Interesse angeben. Das bedeutet, dass negative Anreize weniger mit der Ressourcenausstattung korrespondieren und stärker vom politischen Interesse abhängen. So nehmen Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und hohem Interesse die negativen Anreize am geringsten wahr (MW = 2,30).

Teilweise können statistisch signifikante Korrelationen zwischen den analytischen Gruppen (Bildungsressourcen/politisches Interesse) sowie der Anreizstruktur und den Kontrollvariablen aus dem CVM konstatiert werden (Tabelle 55 und Tabelle 56 im Anhang). Im Vergleich zu allen anderen Befragten besteht eine negative Assoziation zwischen niedrigen Bildungsressourcen und der durchschnittlichen Internetnutzung. Ein Zusammenhang ist für weibliche Befragte und der Zugehörigkeit zur Gruppe mit hoher formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse feststellbar. Demgegenüber besteht ein positiver Zusammenhang zwischen männlichen Befragten und der Gruppe mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse. Mit dieser Gruppe korreliert auch die politische Selbstwirksamkeit positiv und substanziell ( $r = 0,51$ ;  $p < 0,05$ ). Dagegen ist dieser Zusammenhang für Bevölkerungsgruppen negativ, die sich nicht für Politik interessieren (unabhängig vom formalen Bildungsniveau). Die Internetnutzung ist positiv mit gemeinwohlorientierten und selektiven Anreizen assoziiert. Zusammenhänge zum Geschlecht können dagegen nicht festgestellt werden. Mit einer

---

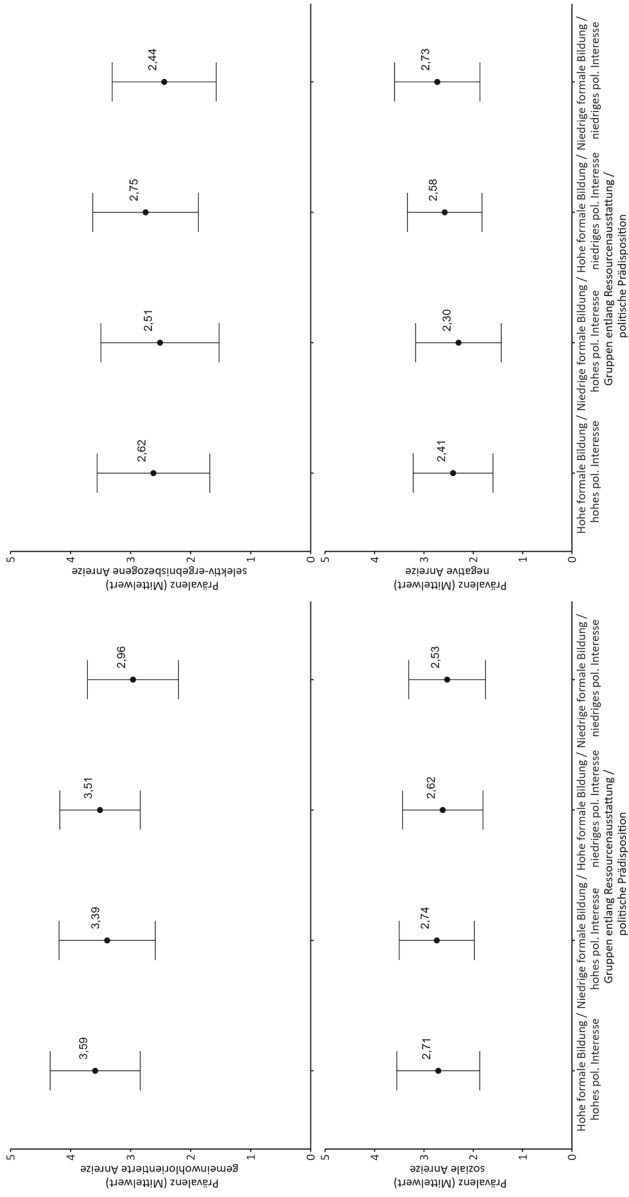
<sup>10</sup> Als Zusammenhangsmaß wurde Eta Quadrat ( $\eta^2$ ) berechnet. Grundlage für die Methodenwahl ist das Skalenniveau der Variablen. Hier und im weiteren Verlauf gilt: \*  $p \leq 0,05$ ; \*\*  $p \leq 0,01$ ; \*\*\*  $p \leq 0,001$ . Die Dokumentation findet sich in Tabelle 53 im Anhang.

Ausnahme korrelieren die Indikatoren der politischen Involvierung positiv mit allen positiven Anreiztypen. Dagegen sind negative Zusammenhänge zwischen der politischen Involvierung und negativen Anreizen zu beobachten. Korrelationen zwischen negativen Anreizen und der Internetnutzung sowie Geschlecht sind statistisch nicht signifikant.

Insgesamt zeigt sich, dass die Prävalenz der positiven und negativen Anreize zwischen den Gruppen mit Bildungsressourcen oder starkem politischem Interesse vernachlässigbar variiert. Die Mittelwerte streuen vergleichbar zwischen allen Gruppen. Zugleich zeigt sich innerhalb der Gruppen eine stärkere Heterogenität als erwartet: Teilsegmente in der Gruppe der Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und geringem Interesse stimmen durchaus den positiven Partizipationsanreizen zu, wenngleich das Niveau unterhalb der Vergleichsgruppen verbleibt (+ eine Standardabweichung). Gruppenunterschiede sind am ehesten für gemeinwohlorientierte Anreize zu konstatieren. Evident sind die Unterschiede für Bürger:innen, die weder über Bildungsressourcen noch entsprechendes Interesse verfügen.<sup>11</sup> Ferner zeigen sich Unterschiede in der Wahrnehmung negativer Anreize. Nicht alle Bürger:innen nehmen gleichermaßen ein Interesse am Partizipationsgegenstand wahr oder sind gewillt Zeit, für die Partizipation zu investieren. Ferner besteht kein wesentlicher Unterschied in der Rangfolge der Prävalenz zu positiven oder negativen Anreizen. Wenngleich die Prävalenz partiell variiert, sind zielgruppenspezifische Anreize nicht zu erkennen. Der nächste analytische Schritt ist die Überprüfung der Hypothesen unter Kontrolle von Drittvariablen.

---

<sup>11</sup> Diese Feststellung wird unterstrichen, wenn man den Anteil der Befragten betrachtet, die den Anreizen zustimmen oder sehr zustimmen. Der Anteil der Befragten mit hoher formaler Bildung und/oder politischem Interesse, der den gemeinwohlorientierten Anreizen zustimmt oder sehr zustimmt, liegt zwischen 31 Prozent und 37 Prozent. Demgegenüber stimmen lediglich 11 Prozent der Befragten aus der Gruppe ohne entsprechende Bildungsressourcen oder politischem Interesse zu oder sehr zu.



Anmerkung: Eigene Darstellung, N = 1131.

**Abbildung 5.3** Gruppierte Mittelwerte und Standardabweichung positiver und negativer Partizipationsanreize



### 5.4.2 Bivariate und multiple lineare Regressionsanalyse

Entsprechend der extrahierten Dimensionen der Anreizstruktur zur politischen Online-Konsultation, werden vier separate Hauptmodelle mittels multipler linearer Regression geschätzt (Wolf und Best 2010; Kühnel und Krebs 2014, 506 ff.). Methodisch ist von einem linearen Zusammenhang zwischen den Prädiktoren und den abhängigen Variablen der positiven und negativen Anreize auszugehen. Analytisch werden die Anreiztypen endogenisiert (siehe 5.3.4). Als Effektkoeffizienten werden die unstandardisierten b-Koeffizienten berichtet. Die Auswahl der Drittvariablen erfolgt auf der Grundlage des CVMs. Aufgrund des Erhebungsdesigns ist die statistische Kontrolle des Erhebungskontextes naheliegend, um aggregierte Niveauunterschiede zu modellieren. Hierfür wird die Referenzkategorie Hamburg-Altona mit der höchsten Zellbesetzung gewählt. Die Aufnahme ist demnach methodisch und nicht inhaltlich begründet. Effektkoeffizienten zeigen aggregierte Niveauunterschiede zwischen den Kontexten an. Wird lediglich der gerichtete Zusammenhang zwischen den Gruppen und der Prävalenz der Anreize geschätzt (Modell 1.1, 2.1, 3.1 und 4.1), entspricht die Konstante dem arithmetischen Mittel der Referenzgruppe der „üblichen Verdächtigen“. Negative respektive positive Effektkoeffizienten sind ein Indiz für soziale Selektionsmechanismen entsprechend der Kontrastierung von formalem Bildungsniveau und politischem Interesse. Die Diskussion der Modelle bezieht sich auf Tabelle 5.12.<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Entlang des gängigen Kriteriums der empirischen Sozialwissenschaften wurde eine Irrtumswahrscheinlichkeit von fünf Prozent, in der Abstufung der p-Wert von  $\leq 0,05$ ;  $\leq 0,01$  und  $\leq 0,001$  ausgewählt. Interpretiert werden allerdings auch Effektstärken mit einem p-Wert von  $\leq 0,1$ . Die Modelle wurden auf Anwendungsvoraussetzungen überprüft, dazu zählen Multikollinearität, Varianzhomogenität, Normalverteilung der Residuen und Unkorreliertheit der Residuen, siehe Diaz-Bone 2019, 202 ff. Die Bedingungen sind für alle Modelle hinreichend erfüllt.

Die Modelle 1.1 und 1.2 bestätigen teilweise die Prävalenzhypothese (H1a). Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse äußern im Vergleich zur Referenzgruppe eine schwächere Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen. Der Effekt ist bei Hinzunahme der Drittvariablen statistisch signifikant und substantiell. Konkret zeigt das Modell (1.2), dass die Prävalenz um 0,3 Skaleneinheiten für diese Gruppe (im Vergleich zur Referenzkategorie) sinkt. Auch für Bürger:innen, die über eine niedrige formale Bildung und über ein hohes politisches Interesse verfügen, können Unterschiede zur Referenzgruppe festgestellt werden. Allerdings heben sich diese Unterschiede auf, wenn das Modell um weitere Indikatoren der Ressourcenausstattung und politischer Involvierung erweitert wird. Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass sowohl die partizipationsrelevante Ressourcenausstattung als auch die politische Involvierung einen positiven Einfluss auf die Prävalenz gemeinwohlorientierter Anreize ausüben. Die Relevanz der Drittvariablen wird durch den Anstieg der erklärten Varianz unterstrichen. Der Anteil steigt von etwa 6 Prozent auf knapp 19 Prozent (adjustiertes  $R^2$ ).

Annahmen zur Ausdifferenzierung von selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen zeigen sich nicht entsprechend der Hypothese (H1.b). Im Gegenteil: Befragte, die sich nicht für Politik interessieren, aber über hohe Bildungsressourcen verfügen, stimmen selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen etwa 0,1 Skaleneinheiten stärker zu als die Referenzgruppe. Unter Kontrolle der Drittvariablen ist der Effektkoeffizient zwar weiterhin positiv, jedoch nicht statistisch signifikant ( $p = 0,14$ ). Gruppenunterschiede bezüglich Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung/niedrigem politischen Interesse bestehen im bivariaten Zusammenhang. Dabei sinkt die Prävalenz für diese Gruppe um  $-0,1$  Skaleneinheiten. Weitere Unterschiede konnten nicht festgestellt werden. Der Anteil erklärter Varianz ist mit ca. 5 Prozent als gering einzuschätzen. Ferner zeigt sich zwar eine negative und statistisch signifikante Assoziation zwischen niedrigen Bildungsressourcen sowie schwachem politischen Interesse und der Prävalenz sozialer Anreize (H1.c), bei Hinzunahme der Kontrollvariablen in Modell 3.2 hebt sich diese allerdings auf. Varianz in der Prävalenz sozialer Anreize kann durch die Kontrastierung zwischen formaler Bildung und politischem Interesse nicht erklärt werden. Im Gesamtmodell beträgt der Anteil erklärter Varianz etwa 4 Prozent. Insgesamt können die Ergebnisse des Schätzmodells lediglich geringfügig dazu beitragen, Gruppenunterschiede in der Prävalenz unterschiedlicher Partizipationsgründe zu erklären.

Der Effekt der Kontrollvariablen auf die positiven Anreize zeigt sich über alle Modelle als überwiegend robust und substanziell. Internetspezifische Ressourcen haben einen positiven Einfluss auf die Prävalenz gemeinwohlorientierter und selektiv-ergebnisbezogener Anreize. Geschlechterunterschiede konnten dagegen nicht festgestellt werden. Die Ergebnisse unterstützen die vorherigen Befunde (siehe Abschnitt 5.4.1), dass gemeinwohlorientierte Anreize und partiell selektiv-ergebnisbezogene Anreize einer stärkeren strukturellen Einbindung unterliegen, während soziale Anreize keiner sozioökonomischen oder -demografischen Ausdifferenzierung folgen. Relevant sind allerdings die weiteren Indikatoren der politischen Involvierung aus dem CVM. Bürger:innen, die Partizipation als wichtig erachten, stimmen allen drei positiven Anreizen stärker zu. Ferner beeinflusst die internale politische Selbstwirksamkeit die Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen statistisch signifikant. Bürger:innen die einen Vorteil aus gemeinwohlorientierten Anreizen ziehen, nehmen an, dass Partizipation einen Unterschied auf die politische Entscheidungsfindung ausübt. Der Effekt dieser internen Kontrollüberzeugung kann für die weiteren positiven Anreize nicht beobachtet werden, was die theoretische Interpretation eher unterstützt. Die Wahrnehmung der Partizipationsvorteile steigt allerdings, wenn Bürger:innen das politische System für responsiv halten. Im Umkehrschluss zeigt dieser Befund, dass Bürger:innen, die dem politischen System kritischer gegenüberstehen, eine geringere Partizipationsmotivation aufweisen. Auf diese Beobachtung werde ich in der Zusammenfassung der Ergebnisse nochmals eingehen. Ein Zusammenhang zwischen der sozialen Integration in Netzwerken und positiven Partizipationsgründen konnte nicht festgestellt werden. Bürger:innen, die sich in Vereinen oder Organisationen engagieren, unterscheiden sich in der Prävalenz nicht von anderen Bürger:innen in der Stichprobe. Dabei wäre ein Zusammenhang zu sozialen Anreizen durchaus plausibel: Wer stärker in sozialen Netzwerken integriert ist, hat nicht nur eine höhere Chance zur politischen Mobilisierung. Der Mechanismus „gefragt werden“ könnte mit einer höheren Prävalenz sozialer Anreize einhergehen. Die Effektrichtung des Koeffizienten unterstützt zwar diese Annahme, ist mit  $p = 0,20$  statistisch allerdings nicht signifikant.

Hypothese H1.d vermutet einen Zusammenhang zwischen der Verteilung von Bildungsressourcen sowie politischem Interesse und der Wahrnehmung negativer Anreize (Tabelle 5.13). Negative Anreize reflektieren in erster Linie ein schwächeres Interesse am Thema, weniger Zeit und Langeweile für beziehungsweise bei Teilnahme an einem Online-Konsultationsverfahren. Der Zusammenhang kann lediglich bivariat bestätigt werden. Im Vergleich zur Referenzgruppe, steigen negative Anreize um 0,1 respektive 0,3 Skalenpunkte, wenn Befragte kein Interesse an der Politik haben. Die Differenz ist dabei stärker, wenn Befragte zusätzlich über ein niedriges formales Bildungsniveau verfügen. Die Prävalenz negativer Anreize allein durch eine Gruppenzugehörigkeit zu erklären, kann bei Hinzunahme der Kontrollvariablen allerdings nicht aufrechterhalten werden. Dies ist in erster Linie auf Faktoren der politischen Involvierung zurückzuführen, da ein Zusammenhang zwischen sozioökonomischen und demografischen Merkmalen und negativen Anreizen nicht besteht. Die Wahrnehmung negativer Anreize ist niedriger, wenn Bürger:innen Partizipation für wichtig erachten und über Kontrollüberzeugungen zum politischen Einfluss verfügen. Dieser Effekt ist nicht für die Wahrnehmung politischer Responsivität zu verzeichnen. Bürger:innen, die in sozialen Netzwerken integriert sind, nehmen ebenfalls die negativen Anreize schwächer wahr, wenngleich die Effektstärke schwächer im Vergleich zur Wichtigkeit und internalen Selbstwirksamkeit ist.

**Tabelle 5.12** Ergebnisse aus drei Regressionsmodellen positiver Partizipationsanreize

	Modell 1 Gemeinwohlorientierte Anreize				Modell 2 Selektiv-ergebnisbezogene Anreize				Modell 3 Soziale Anreize			
	Modell 1.1		Modell 1.2		Modell 2.1		Modell 2.2		Modell 3.1		Modell 3.2	
	b	(S.E.)	b	(S.E.)	B	(S.E.)	b	(S.E.)	b	(S.E.)	b	(S.E.)
Konstante	3,586	*** (0,03)	0,902	*** (0,22)	2,616	*** (0,04)	1,115	*** (0,29)	2,713	*** (0,03)	1,204	*** (0,26)
Niedrige Bildung/ hohes pol. Interesse	-0,201	*** (0,07)	-0,093	(0,07)	-0,102	(0,09)	-0,015	(0,09)	0,027	(0,08)	0,062	(0,08)
Hohe Bildung/ niedriges pol. Interesse	-0,077	(0,04)	0,086	(0,05)	0,136	** (0,06)	0,102	(0,06)	-0,089	+	-0,012	(0,06)
Niedrige Bildung/ niedriges pol. Interesse	-0,623	*** (0,07)	-0,308	*** (0,07)	-0,172	* (0,08)	-0,110	(0,10)	-0,183	** (0,07)	-0,059	(0,09)
Internernutzung			0,066	*** (0,02)			0,104	*** (0,02)			0,002	(0,02)
Geschlecht: Männlich			-0,065	(0,04)			-0,072	(0,05)			-0,014	(0,04)
Wichtigkeit			0,335	*** (0,03)			0,193	*** (0,04)			0,206	*** (0,03)
Internale Selbstwirksamkeit			0,133	*** (0,03)			-0,053	(0,04)			0,033	(0,03)
Externale Selbstwirksamkeit			0,186	*** (0,02)			0,185	*** (0,03)			0,181	*** (0,03)
Mitgliedschaft			0,015	(0,01)			-0,016	(0,01)			0,017	(0,01)
Maßburg			-0,074	(0,05)			0,061	(0,07)			0,051	(0,06)

(Fortsetzung)

**Tabelle 5.12** (Fortsetzung)

	Modell 1 Gemeinwohlorientierte Anreize		Modell 2 Selektiv-ergebnisbezogene Anreize		Modell 3 Soziale Anreize		
	Modell 1.1		Modell 2.1		Modell 3.1		
	b	(S.E.)	b	(S.E.)	b	(S.E.)	
Offenburg	-0,116	(0,06)	+	-0,030	(0,08)	-0,004	(0,07)
HH-Ortensen	-0,010	(0,05)		0,147	(0,07)	0,017	(0,06)
W-Heckinghausen	0,083	(0,08)		0,181	(0,11)	0,066	(0,09)
Adjustiertes R <sup>2</sup>	0,06		0,01	0,05		0,00	0,04

Anmerkung: N = 1.131. Unstandardisierte b-Koeffizienten mit + p ≤ 0,1; \* p ≤ 0,05; \*\* p ≤ 0,01; \*\*\* p ≤ 0,001  
Referenzkategorien: hohe Bildung/ hohes pol. Interesse; weiblich; HH-Altoma. S.E. = *Standard Error*

Das freiwillige Engagement in Vereinen oder Organisationen könnte dazu führen, dass die Zeit für die Partizipation als geringfügiger wahrgenommen oder sich schneller für Themen interessiert wird. Indes ist der geringe Anteil erklärter Varianz von neun Prozent im Hauptmodell zu beachten. Es ist zu konstatieren, dass die Variation negativer Anreize entlang der Gruppen nicht in dem Maße besteht, wie durch die Theorie vermutet. Ein Selektionsmechanismus ist augenscheinlich nicht festzustellen, denn im Vergleich zur Gruppe der „üblichen Verdächtigen“ sind auch Bürger:innen mit niedrigem formalen Bildungsniveau oder niedrigerem politischen Interesse keiner systematischen Benachteiligung durch negative Anreize ausgesetzt. Dennoch sollte der Zusammenhang zur kognitiven politischen Involvierung beachtet werden. Im bivariaten Modell variiert die Zustimmung mit dem politischen Interesse, im multiplen Modell ist dies für die weiteren Indikatoren politischer Involvierung – Wichtigkeit und Selbstwirksamkeit – zu konstatieren. Es könnten hierbei Wechselwirkungen bestehen, sodass direkte Effekte des politischen Interesses nicht geschätzt werden können.

**Tabelle 5.13** Ergebnisse der Regressionsmodelle negativer Partizipationsanreize

	Modell 4 Negative Anreize					
	Modell 4.1			Modell 4.2		
	b		(S.E.)	b		(S.E.)
Konstante	2,411	***	(0,03)	4,261	***	(0,25)
Niedrige Bildung/ hohes pol. Interesse	-0,111		(0,08)	-0,122		(0,08)
Hohe Bildung/ niedriges pol. Interesse	0,166	**	(0,05)	-0,030		(0,06)
Niedrige Bildung/ niedriges pol. Interesse	0,320	***	(0,07)	0,055		(0,09)
Internetnutzung				0,014		(0,02)
Geschlecht: Männlich				0,057		(0,04)
Wichtigkeit				-0,241	***	(0,03)

(Fortsetzung)

**Tabelle 5.13** (Fortsetzung)

	Modell 4 Negative Anreize					
	Modell 4.1			Modell 4.2		
	b		(S.E.)	b		(S.E.)
Internale Selbstwirksamkeit				-0,201	***	(0,03)
Externale Selbstwirksamkeit				-0,015		(0,03)
Mitgliedschaft				-0,029	*	(0,01)
Marburg				-0,012		(0,06)
Offenburg				-0,023		(0,07)
HH-Ottensen				0,023		(0,06)
W-Heckinghausen				-0,161	+	(0,09)
Adjustiertes R <sup>2</sup>	0,02			0,09		

Anmerkung: N = 1.131. Unstandardisierte b-Koeffizienten mit +  $p \leq 0,1$ ; \*  $p \leq 0,05$ ; \*\*  $p \leq 0,01$ ; \*\*\*  $p \leq 0,001$

Referenzkategorien: hohe Bildung/ hohes pol. Interesse; weiblich; HH-Altona. S.E. = *Standard Error*

### 5.4.3 Schlussfolgerung zur Prävalenz von Partizipationsanreizen

Das Kapitel hat das Ziel, die variierende Prävalenz unterschiedlicher Partizipationsgründe und Partizipationshindernisse zu überprüfen. Hierzu wurde angenommen, dass die Zustimmung respektive Ablehnung im Zusammenhang mit der formalen Bildung und dem politischen Interesse steht. Die Überprüfung der Hypothesen erfolgt spezifiziert entlang des modifizierten Anreizmodells und den angenommenen Wirkungszusammenhängen aus Abbildung 5.2. In der Rundschau der Befunde zeigen sich Hinweise auf die partielle Annahme von Hypothese 1.a, während die Hypothesen H1.b – H1.d durch die Daten abgelehnt werden. Tabelle 5.14 bietet einen Überblick zu den untersuchten Hypothesen an. Insgesamt zeigt sich, dass die Prävalenz der Partizipationsgründe zwischen Bürger:innen variiert, Gruppenunterschiede aber nur partiell auf die Kontrastierung von formaler Bildung und politischem Interesse zurückzuführen sind. Überzufällige Gruppenunterschiede können für gemeinwohlorientierte und in der bivariaten Analyse für selektiv-ergebnisbezogene und soziale Anreize festgestellt werden.



Befragte mit niedrigen Bildungsressourcen und niedrigem politischen Interesse weisen im Vergleich zu den „üblichen Verdächtigen“ eine niedrigere Prävalenz für gemeinwohlorientierte Anreize auf. Zusätzlich spielen sowohl die erweiterte Ressourcenausstattung wie internetspezifische Fähigkeiten als auch die politische Involvierung eine relevante Rolle. Bedeutsam ist der Einfluss der politischen Selbstwirksamkeit. Die individuelle Überzeugung politischer Kompetenz erhöht die Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen. Der Effekt ist für die weiteren positiven Anreize nicht zu verzeichnen. Spezifiziert auf gemeinwohlorientierte Anreize, stellt dieser Befund eine Bestätigung von Hypothese 1.a durch die Daten dar.

Bürger:innen mit hoher formaler Bildung, die sich nicht für Politik interessieren, bewerten individuelle Vorteile durch selektiv-ergebnisbezogene Anreize stärker als die Referenzgruppe. Wer sich nicht für Politik interessiert, aber über ein hohes formales Bildungsniveau verfügt, erwartet eine individuelle Entschädigung (im Sinne eines materiellen Vorteiles oder einer potenziellen Positionsverbesserung) von der Partizipation. Für Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und schwachem politischen Interesse zeigt sich eine gegenläufige Effektrichtung. Im Vergleich zur Referenzgruppe sinkt die Prävalenz zu selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen. Dies deutet auf Unterschiede in der Bewertung hin, durch die Partizipation individuelle Vorteile zu realisieren: Entweder überschätzen Bürger:innen die Möglichkeit, materielle oder monetäre Vorteile zu erzielen, oder unterschätzen diese im Sinne einer Risikoaversion (Tutić 2020, S. 106). Ferner zeigt sich, dass Bürger:innen mit internetspezifischen Fähigkeiten einen höheren Anreiz zur Partizipation haben. Hiernach sinkt der Aufwand, wenn internetspezifische Fähigkeiten steigen, was wiederum die Prävalenz sowohl zu gemeinwohlorientierten als auch selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen beeinflusst. Dies verdeutlicht, dass beide Anreize Handlungsrestriktionen unterliegen, die durch das Internet bedingt werden. Wenngleich die Bedeutung der formalen Bildung für selektiv-ergebnisbezogene Anreize nicht direkt auftritt, so sind internetspezifische Fähigkeiten nicht zufällig in der Gesellschaft verteilt (Krueger 2002; Büchi und Vogler 2017). Die formale Bildung kann sowohl direkt als auch indirekt über diese Fähigkeiten wirken und beispielsweise einen Einfluss auf Online-Partizipation ausüben (Wähner 2019). Die Daten können Hypothese H1.b nicht bestätigen, insofern stellen selektiv-ergebnisbezogene Anreize kein niederschwelliges Partizipationsmotiv dar.

Bezüglich sozialer Anreize zeigt sich eine Ausdifferenzierung entlang von Bildungsressourcen und politischem Interesse ebenfalls nur in der bivariaten Analyse. Unabhängig von Bildungsressourcen, sinkt die Zustimmung, wenn Bürger:innen kein Interesse an Politik haben. Die Tendenz, dass soziale Anreize

um die mittlere Antwortkategorie variieren, könnte darauf hindeuten, dass sich die Befragten nicht sicher sind, ob mit einer sozialen Belohnung bei Online-Konsultationsverfahren zu rechnen sei. Ferner könnte die Zustimmung davon abhängen, ob die Befragten in Vereinen oder Organisationen engagiert sind. Wer in sozialen Netzwerken integriert ist, profitiert vermutlich eher von sozialer Belohnung beziehungsweise hat bereits in der Vergangenheit von sozialer Belohnung aufgrund von ehrenamtlichen Engagements profitiert (Poletti et al. 2019). Eine höhere Prävalenz zugunsten dieses externalen Anreizes wäre die Folge. Indes kann dieser Zusammenhang durch die Daten nicht bestätigt werden und auch Hypothese H1.c wird abgelehnt. Eher zeigt sich sowohl für selektiv-ergebnisbezogene als auch soziale Anreize eine statistisch signifikante Assoziation zur Wahrnehmung der Wichtigkeit politischer Partizipation und zur externalen Selbstwirksamkeit. Die Ergebnisse deuten auf eine statistische Unabhängigkeit der beiden Anreiztypen von Bildungsressourcen im Vergleich zu gemeinwohlorientierten Anreizen hin. Ausgehend von den „üblichen Verdächtigen“ unterliegen selektiv-ergebnisbezogene und soziale Anreize einer schwächeren soziodemografischen Verankerung. Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen könnten dabei von internetspezifischen Fähigkeiten profitieren, um stärkere Anreize zu erhalten.

Im Vergleich zu den „üblichen Verdächtigen“ konnten im bivariaten Modell Prävalenzunterschiede bezüglich negativer Anreize konstatiert werden. Bei Zunahme der Drittvariablen haben sich diese Gruppenunterschiede allerdings nicht behauptet. Erneut hat die kognitive politische Involvierung – Wichtigkeit der Partizipation und politische Selbstwirksamkeit – einen wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung der negativen Anreize. Das Modell bestätigt demnach nicht, dass Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und schwachem politischen Interesse negativen Anreizen stärker als die Vergleichsgruppe ausgesetzt sind, wenn für die politische Involvierung kontrolliert wird. Folglich wird die Hypothese H1.d durch die Daten abgelehnt. Vermutlich kann das Internet hier Gruppenunterschiede in der Wahrnehmung negativer Anreize ausgleichen, da weniger Ressourcen zur Online-Partizipation aufgebracht werden müssen. Diese Interpretation wird dadurch gestützt, dass die weiteren Indikatoren der Ressourcenausstattung keinen Effekt auf die Prävalenz negativer Anreize ausüben. Zugleich nimmt die Bedeutung der kognitiven politischen Involvierung zu.

**Tabelle 5.14** Übersicht Prävalenzhypothesen

Hypothesen: H1		Bestätigt	Abgelehnt
H1.a	Gemeinwohlorientierte Anreize	X	
H1.b	Selektiv-ergebnisbezogene Anreize		X
H1.c	Soziale Anreize		X
H1.d	Negative Anreize		X

Einen interessanten Nebenfund offenbart der Einfluss der externalen Selbstwirksamkeit auf die positiven und negativen Partizipationsanreize. Bürger:innen, die dem politischen System kritischer gegenüberstehen und das politische System tendenziell als weniger responsiv wahrnehmen, antizipieren weniger Vorteile aus der Online-Partizipation. Überraschend ist, dass die negativen Anreize nicht variieren, gleichermaßen ein Interesse an der Thematik oder ausreichend Zeit vorliegt. Der Erwartungshorizont, einen Vorteil aus politischer Online-Partizipation zu erhalten, scheint für Bürger:innen mit einer niedrigen Wahrnehmung politischer Responsivität bereits vorstrukturiert zu sein. Dies könnte auf internalisierte Vorbehalte zurückzuführen sein, sodass die Erwartungshaltung an Top-down organisierten Beteiligungsverfahren skeptischer und die Vorteile aus der Partizipation geringer ausfallen.

Insgesamt weisen die Hauptmodelle einen eher geringen Anteil erklärter Varianz auf.<sup>13</sup> Dies indiziert, dass Faktoren einen Einfluss auf die Prävalenz positiver und negativer Anreize ausüben, die durch das Erklärungsmodell und den entsprechenden Prädiktoren nicht bedacht werden. Eine Ausnahme bildet lediglich das Modell gemeinwohlorientierter Anreize mit zufriedenstellender Güte. Hierbei zeigt sich, dass die „üblichen Verdächtigen“ tendenziell von gemeinwohlorientierten Anreizen profitieren. Entlang der Kontrastierung von formaler Bildung und politischem Interesse bestätigt sich nur partiell eine Stratifikation der positiven und negativen Anreize. Die Kontrastierung von Bildungsressourcen und politischem Interesse zeigt eine stärkere Heterogenität innerhalb der Gruppen bezüglich der Ziele, die mit der Partizipation verfolgt werden, als theoretisch vermutet. Allerdings kann erst im nächsten Analyseschritt überprüft werden, ob die Prävalenz tatsächlich einen Einfluss auf die Partizipationsentscheidung ausübt.

<sup>13</sup> Zur Überprüfung der Robustheit wurden die vier Hauptmodelle für die Teilstichprobe aus Hamburg-Altona separat geschätzt. Relevante Unterschiede zur Schätzung der Gesamtstichprobe wurden nicht festgestellt, sodass die Hauptbefunde bestätigt werden konnten.

## 5.5 Überprüfung des Anreizmodells zur Erklärung der Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren

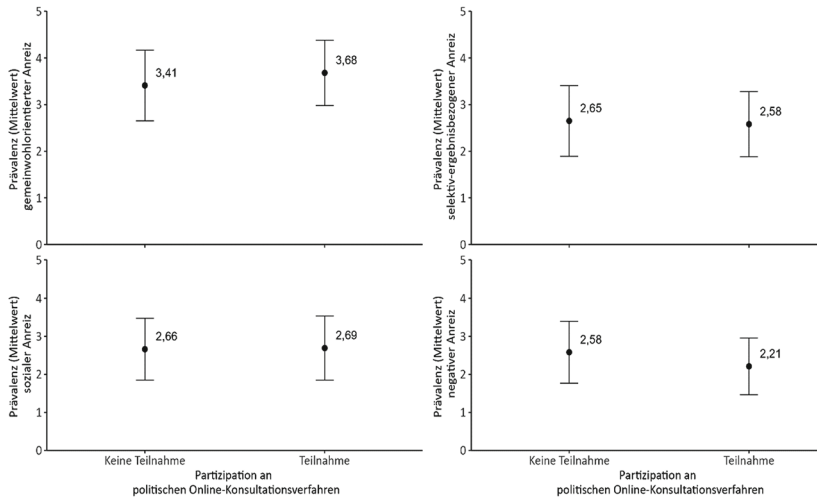
Die vorherigen Kapitel haben gezeigt, dass Bürger:innen ähnliche Ziele und Gründe mit der Teilnahme an einem Online-Konsultationsverfahren in Verbindung bringen. Unterschiede in der Prävalenz der Anreize können nur partiell durch die Kontrastierung von Bildungsressourcen und politischem Interesse erklärt werden. Im nachfolgenden Kapitel werden die Anreizhypothesen (H2.a – H2.d) sowie Strukturhypothese (H3) schrittweise überprüft. Das analytische Sample verändert sich im Vergleich zum vorherigen Kapitel nicht ( $N = 1.131$ ). Knapp 22 Prozent der Befragten haben an einem Online-Konsultationsverfahren teilgenommen (Tabelle 57 im Anhang). Zunächst wird die deskriptive Verteilung zwischen positiven und negativen Partizipationsanreizen und der Teilnahme an politischen Online-Konsultationsverfahren untersucht. Mittels bivariater und multipler logistischer Regressionsanalyse werden hiernach die Hypothesen getestet.

### 5.5.1 Partizipationsanreize im Vergleich

Anfangs wird überprüft, inwieweit Dimensionen der positiven und negativen Partizipationsanreize zwischen Teilnehmenden und nicht-Teilnehmenden politischer Online-Konsultationsverfahren variieren. In Bezug auf die Hypothesen sollte sich zeigen, dass die Teilnehmenden eine stärkere Zustimmung der Partizipationsvorteile und eine schwächere Zustimmung der negativen Anreize aufweisen.

Bei der Betrachtung der gemeinsamen Verteilung von positiven Anreizen und der Online-Konsultation zeigt sich ein differenziertes Bild zu den theoretischen Annahmen (Abbildung 5.4). Die Prävalenz gemeinwohlorientierter Partizipationsanreize ist für Teilnehmende ( $MW = 3,68$ ;  $SD = 0,7$ ) höher als für nicht-Teilnehmende ( $MW = 3,41$ ;  $SD = 0,7$ ). Die Mittelwertdifferenz beträgt ca. 0,3 Skaleneinheiten, die Streuung ist mit  $SD = 0,7$  vergleichbar. Die punktbiseriale Korrelation ist mit  $r = 0,14$  schwach, aber statistisch signifikant ( $p < 0,001$ ; siehe Tabelle 58 im Anhang). Zwischen nicht-Teilnehmenden und Teilnehmenden kann lediglich ein marginaler Mittelwertunterschied für die selektiv-ergebnisbezogenen Anreize bestimmt werden, der Korrelationskoeffizient ist folglich statistisch nicht signifikant ( $r = -0,03$ ;  $p > 0,05$ ). Bürger:innen, die an Online-Konsultationsverfahren partizipieren, unterscheiden sich bezüglich der selektiv-ergebnisbezogenen Anreize nicht von den politisch inaktiven Bürger:innen. Auch die mittlere Zustimmung zu sozialen Anreizen variiert nur

schwach zwischen teilnehmenden und nicht teilnehmenden Befragten ( $r = 0,01$ ;  $p > 0,05$ ). Es kann davon ausgegangen werden, dass die soziale Belohnung (oder Sanktionierung) keinen hinreichenden Nutzen darstellt und sich daher nicht zwischen den teilnehmenden und den nicht teilnehmenden Personen unterscheidet. Eine Ursache der nicht-Teilnahme ist in der stärkeren Wahrnehmung negativer Anreize zu verorten. Im Mittel bewerten die nicht-Teilnehmenden die negativen Anreize mit 2,58 Skaleneinheiten ( $SD = 0,8$ ). Die Differenz zu den Teilnehmenden beträgt knapp einen halben Skaleneinheit (Teilnehmende  $MW = 2,21$ ;  $SD = 0,7$ ) und die punktbiseriale Korrelation ist statistisch signifikant ( $r = -0,18$ ;  $p < 0,05$ ). Teilnehmende interessieren sich demnach stärker für den Partizipationsgegenstand, was mit einer geringeren Langeweile und einer stärkeren Bereitschaft Zeit zu investieren einhergeht.



Anmerkung: Eigene Darstellung.  $N = 1.131$ .

**Abbildung 5.4** Prävalenz positiver/negativer Partizipationsanreize nach Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren

In Abschnitt 5.4 wurde die Verteilung der Partizipationsmotive in Abhängigkeit von Bildungsressourcen und politischem Interesse untersucht. Ergänzend wird nun die Teilstichprobe der Bürger:innen betrachtet, die an Online-Konsultationsverfahren partizipiert haben ( $N = 247$ ; Tabelle 5.15). In allen

Gruppen äußern die Befragten die stärkste Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen. Wenngleich sich diese Zustimmung leicht unterscheidet, sind Gruppenunterschiede statistisch nicht signifikant ( $F = 0,635$ ;  $\eta^2 = 0,00$ ). Auch bei den selektiven ( $F = 0,629$ ;  $\eta^2 = 0,00$ ) und sozialen ( $F = 0,709$ ;  $\eta^2 = 0,00$ ) Anreizen gibt es keine statistisch signifikanten Unterschiede. Lediglich bei negativen Anreizen sind signifikante Gruppenunterschiede festzustellen ( $F = 4,092^{**}$ ;  $\eta^2 = 0,05$ ). Hierbei sind es die Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und niedrigem politischen Interesse, die negativen Anreizen stärker zustimmen ( $MW = 2,52$ ;  $SD = 0,6$ ). Dies ist aber weniger auf Bildungsressourcen als auf mangelndes politisches Interesse zurückzuführen, da die Differenz zwischen niedrigen Bildungsressourcen und niedrigem/hohem Interesse über einen halben Skalenpunkt beträgt. Wenngleich Gruppenunterschiede statistisch nicht signifikant sind, fällt auf, dass die Gruppe mit niedrigen Bildungsressourcen und niedrigem Interesse selektiv-ergebnisbezogene Anreize etwas stärker ( $MW = 2,86$ ;  $SD = 0,6$ ) und gemeinwohlorientierte Anreize etwas schwächer wahrnimmt ( $MW = 3,47$ ;  $SD = 0,7$ ). Für eine unterschiedliche Wahrnehmung selektiv-ergebnisbezogener Anreize spricht auch der Vergleich zu den nicht-Teilnehmenden (Tabelle 59 im Anhang). Unter den nicht-Teilnehmenden stimmen die meisten Personen den individuellen Vorteilen etwas stärker zu. Dies deutet darauf hin, dass Nicht-Teilnehmende die individuellen Vorteile als Gründe für die Partizipation betrachten, ohne selbst aktiv zu werden. Nur für Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse ist das Verhältnis umgekehrt, denn die Teilnehmenden ( $MW = 2,86$ ;  $SD = 0,6$ ) stimmen selektiven Anreizen knapp einen halben Skalenpunkt stärker zu als die nicht-Teilnehmenden ( $MW = 2,41$ ;  $SD = 0,8$ ).

Etwa zwei Drittel der Teilnehmenden teilen die Merkmale der „üblichen Verdächtigen“ (Tabelle 60 im Anhang). Wird der Anteil der Bürger:innen mit hoher formaler Bildung, die sich nicht für Politik interessieren, addiert, verfügen ca. 88 Prozent der Teilnehmende in der Stichprobe über hohe Bildungsressourcen. Der Anteil unter Teilnehmenden mit politischem Interesse und niedrigen Bildungsressourcen beträgt knapp sieben Prozent und unter 25 Teilnehmenden findet sich lediglich eine Person mit niedrigen Bildungsressourcen und politischem Desinteresse (4,5 Prozent). In Referenz zu allen anderen Befragten gibt es eine positive statistische Korrelation zwischen der Zugehörigkeit zu den „üblichen Verdächtigen“ und der Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren (Tabelle 61 im Anhang). Unabhängig von der formalen Bildung ist die Assoziation negativ, wenn Befragte sich nicht für Politik interessieren. Der Korrelationskoeffizient variiert gegen null, wenn Befragte sich für Politik interessieren, aber

nicht auf Bildungsressourcen zurückgreifen können.<sup>14</sup> Trotz des Interesses an Politik, können diese Befragten im Vergleich zu allen anderen Befragten nicht zusätzlich zur Teilnahme mobilisiert werden. Ohne Kontrolle von Drittvariablen zeigt sich, dass Befragte in der Stichprobe, die an Online-Konsultationsverfahren teilnehmen, gemeinwohlorientierte Anreize höher und negative Anreize schwächer wahrnehmen. Bezüglich selektiv-ergebnisbezogener und sozialer Anreize konnten lediglich marginale Unterschiede zwischen Teilnehmenden und nicht-Teilnehmenden konstatiert werden. Erst bei einer Ausdifferenzierung bezüglich des formalen Bildungsniveaus und des politischen Interesses zeigen sich schwache Unterschiede bei der Prävalenz zu selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen. Das Ergebnis wird dadurch eingeschränkt, dass die Zellbesetzung mit ( $n = 11$ ) gering ist. Zur Überprüfung der Hypothesen wird nun der Einfluss der Anreizstruktur unter Kontrolle von Drittvariablen geschätzt.

**Tabelle 5.15** Differenzierte Prävalenz der Anreize unter Teilnehmenden an Online-Konsultationsverfahren

	Hohe Bildung/ hohes pol. Interesse		Niedrige Bildung/ hohes pol. Interesse		Hohe Bildung/ niedriges pol. Interesse		Niedrige Bildung/ niedriges pol. Interesse	
	MW	SD	MW	SD	MW	SD	MW	SD
Gemeinwohlorientierte Anreize	3,72	0,6	3,65	0,8	3,62	0,6	3,47	0,7
Selektiv-ergebnisbezogene Anreize	2,53	0,9	2,68	1,0	2,63	0,8	2,86	0,6
Soziale Anreize	2,73	0,8	2,79	0,7	2,58	0,8	2,50	0,7
Negative Anreize	2,13	0,7	1,92	0,6	2,44	0,7	2,52	0,6

Anmerkung: N = 247

<sup>14</sup> Bezüglich der Kontrollvariablen wurden statistisch signifikante Korrelationen für die Internetnutzung, Wichtigkeit der Partizipation, internale Selbstwirksamkeit und Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen konstatiert, siehe Tabelle 62 im Anhang.

### 5.5.2 Bivariate und multiple logistische Regressionsmodelle

Im Zentrum der Arbeit steht die Frage, warum Bürger:innen an Online-Konsultationsverfahren teilnehmen. Der Entscheidungsprozess impliziert, dass Partizipation durch ein oder mehrere Motive hervorgerufen wird. Die abhängige Variable der Online-Partizipation hat die Ausprägungen „keine Teilnahme“ ( $y = 0$ ) und Teilnahme ( $y = 1$ ). Aufgrund der binären Ausprägungen der abhängigen Variablen wird die Eintrittswahrscheinlichkeit  $y = 1$  mittels logistischer Regression geschätzt (Menard 2002; Pampel 2021; Best und Wolf 2010). Die Analyse ist dabei wie folgt aufgebaut: Im ersten Schritt wird ein Modell der Anreizstruktur auf die abhängige Variable der politischen Online-Partizipation geschätzt (Modell 1). Im zweiten Schritt wird das Modell um die Kontrastierung von formalem Bildungsniveau und politischem Interesse erweitert (Modell 2). Als Referenzkategorie fungieren abermals die „üblichen Verdächtigen“ mit hohen Bildungsressourcen und starkem politischem Interesse. Sowohl die Anreizstruktur als auch die Gruppenzugehörigkeit werden in Modell 3 als Prädiktoren aufgenommen. Modell 4 kennzeichnet das Hauptmodell der Analyse unter Kontrolle der Drittvariablen. Der Hypothesentest bezieht sich auf dieses Modell. Das Vorgehen ist demnach weitestgehend simultan zur Analyse im vorherigen Kapitel.<sup>15</sup> In den Modellen werden die logarithmierten Odds, sogenannte

---

<sup>15</sup> Da im vorherigen Kapitel gezeigt wurde, dass Varianz in der Prävalenz der positiven und negativen Anreize durch entsprechende Variablen erklärt werden konnte, sind die Modelle auf Multikollinearität zu überprüfen. Der VIF (*Variance Inflation Factor*) schätzt die Stärke der Multikollinearität zwischen den Prädiktoren. Ein hoher VIF-Wert, typischerweise über 10, deutet darauf hin, dass die Varianz eines Prädiktors durch andere Modellvariablen erklärt wird. Alle Regressionsmodelle wurden mittels VIF überprüft, eine Verzerrung bezüglich Multikollinearität konnte nicht festgestellt werden.



Logits (im englischen auch häufig *Log Odds*) für die abhängige Variable berichtet.<sup>16</sup> Der erste Teil der logistischen Regressionsanalyse überprüft,<sup>17</sup> ob die Prävalenz der positiven und negativen Anreize einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit zur Online-Partizipation ausübt (Prävalenzhypothese). Bürger:innen, die den unterschiedlichen positiven Partizipationsgründen stärker zustimmen, sollten eine höhere Wahrscheinlichkeit zur Online-Partizipation aufweisen. Gleichfalls hemmen negative Anreize die Partizipationsmotivation, weshalb die Wahrscheinlichkeit sinken sollte. Der Zusammenhang bestätigt sich dadurch, dass die Logits der abhängigen Variablen steigen, wenn sich die Prävalenz der positiven Anreize erhöht. Umgekehrt sollten die Logits sinken, wenn die Wahrnehmung der negativen Anreize steigt.

In der bivariaten logistischen Regression zeigt sich ein statistisch signifikanter positiver Effekt gemeinwohlorientierter Anreize sowie ein statistisch signifikanter negativer Effekt negativer Anreize. Die Logits der selektiv-ergebnisbezogenen und sozialen Anreize variieren gegen null und sind statistisch nicht signifikant (Tabelle 63 im Anhang). Tabelle 5.16 dokumentiert den schrittweisen Aufbau der Regressionsmodelle. Die Ergebnisse der Modelle weichen partiell von der theoretischen Erwartung der Wirkungszusammenhänge ab. Im Modell 1 zeigen sich signifikante Effekte für alle positiven und negativen Anreize. Allerdings kann nur für gemeinwohlorientierte und negative Anreize die angenommene Effektrichtung

---

<sup>16</sup> Die Logit-Skala nimmt einen Wertebereich von  $-\infty$  bis  $+\infty$  an. Dies führt zur Eigenschaft der Logits, dass Odds zwischen 0 und 1 (was einer Wahrscheinlichkeit  $< 0,5$  entspricht) einen Wertebereich  $-\infty$  bis  $< 0$  annehmen. Im Gegenzug erhalten die Logits einen Wertebereich zwischen 0 bis  $+\infty$ , wenn die Odds zwischen 1 und  $+\infty$  liegen (was einer Wahrscheinlichkeit  $> 0,5$  entspricht), siehe Best und Wolf 2010, S. 830. Nur in Bezug auf die Logits und nicht in Bezug auf die Eintrittswahrscheinlichkeiten liegt ein linearer Zusammenhang vor. Der Einfluss der Effektkoeffizienten auf die Logits der abhängigen Variablen wird hinsichtlich der Effektrichtung und statistischen Signifikanz interpretiert. Auf den ersten Blick handelt es sich hierbei um eine oberflächliche Interpretation der Befunde, es sei allerdings darauf hingewiesen, dass bei der logistischen Regression spezifische Eigenschaften der Schätzung zu beachten sind. Dazu zählt, dass verschachtelte Modelle aufgrund unbeobachteter Heterogenität (Varianz der Fehlerterme) hinsichtlich der Effektkoeffizienten nicht miteinander verglichen werden können. Die zuweilen gängige Herangehensweise, die exponierten Logits, sogenannte Odds Ratios, heranzuziehen, wird in der entsprechenden Literatur kritisiert und abgelehnt, siehe Mood 2010; Breen et al. 2018; Best und Wolf 2012; Auspurg und Hinz 2011.

<sup>17</sup> Entlang des gängigen Kriteriums der empirischen Sozialwissenschaften wurde eine Irrtumswahrscheinlichkeit von fünf Prozent, in der Abstufung der p-Wert von  $\leq 0,05$ ;  $\leq 0,01$  und  $\leq 0,001$  ausgewählt. Interpretiert werden allerdings auch Effektstärken mit einem p-Wert von  $\leq 0,1$ .

konstatiert werden. Die Logits der Online-Partizipation steigen, wenn die Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen steigt. Der Koeffizient beträgt 0,570. Entgegen der theoretischen Annahme, sinkt die Partizipationswahrscheinlichkeit um  $-0,275$ , wenn die Zustimmung zu selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen steigt. Eine negative Effektrichtung weisen ebenfalls soziale Anreize auf, sodass die Logits um  $-0,209$  sinken: Je stärker Bürger:innen selektiv-ergebnisbezogene respektive soziale Ziele mit der Online-Partizipation verfolgen, desto niedriger die Partizipationswahrscheinlichkeit. Gleichfalls sinken die Logits um  $-0,457$ , wenn die Wahrnehmung negativer Anreize zunimmt.

In Modell 2 wird die Online-Partizipation in Abhängigkeit zur Gruppenzugehörigkeit geschätzt. Im Vergleich zur Referenzkategorie der „üblichen Verdächtigen“ zeigt die Analyse negative und statistisch signifikante Gruppenunterschiede. Wird zur Referenzkategorie (hohe formale Bildung/hohes politisches Interesse) die Bildungsressource variiert, sinken die Logits um  $-0,936$ ; wird das politische Interesse variiert, sinken die Logits um  $-1,015$ . Wenn sowohl Bildungsressourcen als auch politisches Interesse abnehmen, dann sinken die Logits um  $-1,673$ . In Tabelle 64 (im Anhang) sind die jeweiligen Differenzen der Gruppen bezüglich der vorhergesagten Partizipationswahrscheinlichkeit abgetragen.<sup>18</sup> Hierdurch wird deutlich, dass die Partizipationswahrscheinlichkeit für jede Gruppe im Vergleich zu den „üblichen Verdächtigen“ sinkt, sobald formale Bildung und/oder politisches Interesse variieren. Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit zur Partizipation verringert sich um 17 beziehungsweise 18 Prozentpunkten im Vergleich zur Referenzgruppe, wenn die Befragten entweder über eine hohe formale Bildung oder ein starkes politisches Interesse verfügen.<sup>19</sup> Für Bürger:innen ohne Bildungsressourcen oder politisches Interesse sinkt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit um 24 Prozentpunkte (deltaP).

In Modell 3 wird der Einfluss der positiven und negativen Anreize unter Kontrolle der Gruppenzugehörigkeit überprüft. Aufgrund unbeobachteter Heterogenität ist ein Vergleich der Effektkoeffizienten über unterschiedliche Modelle

---

<sup>18</sup> Ein gutes Erklärungsmodell kann, muss aber nicht zwangsläufig mit einer präzisen Vorhersage einhergehen. Umgekehrt können präzise Vorhersagemodelle einen defizitären Erklärungsgehalt aufweisen. Letzteres stellt eine methodische Herausforderung für Modelle des maschinellen Lernens dar, siehe Engel 2021.

<sup>19</sup> Hierdurch wird deutlich, dass der Unterschied zwischen den Logits der Gruppen nur zum marginalen Unterschied der Wahrscheinlichkeit führt (das Verhältnis zwischen Logits und Wahrscheinlichkeit ist nicht-linear). Diese tabellarische Darstellung ist allerdings nur für den Fall eines einzelnen Prädiktors sinnvoll, werden Modelle unter Kontrolle weiterer Variablen geschätzt, muss der Effektverlauf entweder visuell oder über AMEs erschlossen werden. Für Modell 2 sind die Differenzen zwischen den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (deltaP) und die AMEs annähernd identisch.

problematisch (Mood 2010; Best und Wolf 2012). Durch die Ableitung von *Average Marginal Effects* (AME) ist allerdings die korrekte Interpretation möglich.<sup>20</sup> Weiterhin sind die Koeffizienten der positiven und negativen Anreize statistisch signifikant. Allerdings entsprechen nur die Vorzeichen von gemeinwohlorientierten und negativen Anreizen den theoretischen Annahmen. Entsprechend der AMEs nimmt die Effektstärke der gemeinwohlorientierten Anreize von 0,09 AME-Punkten auf 0,06 AME-Punkten etwas ab. Steigt die Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen, dann steigt die Partizipationswahrscheinlichkeit im Mittel um 6 Prozentpunkte für durchschnittliche Befragte. Die Effektkoeffizienten von selektiv-ergebnisbezogenen, sozialen und negativen Anreizen sind weitestgehend unabhängig von der Aufnahme der Bildungsressourcen und politischem Interesse in das Modell. Allerdings nimmt die Differenz zur Referenzgruppe der „üblichen Verdächtigen“ für alle weiteren Gruppen ab. Für Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und schwachem politischem Interesse sinkt der AME von 0,24 Punkten auf 0,20 Punkte ab, wenn die Gruppenzugehörigkeit gemeinsam mit den Anreizen in einem Modell geschätzt wird. Dies lässt den Rückschluss zu, dass Bürger:innen aller Gruppen von spezifischen Partizipationsvorteilen profitieren, während sich der Effekt von negativen Anreizen auf alle Gruppen ähnlich oder stärker auf die „üblichen Verdächtigen“ auswirkt. Der direkte Effekt von Bildungsressourcen und politischem Interesse als Erklärungsfaktoren politischer Online-Konsultation nimmt demnach ab.

Modell 4 stellt das Hauptmodell zur empirischen Überprüfung der Hypothesen dar. Im Vergleich zu den Vormodellen, sinkt erneut die Effektstärke für gemeinwohlorientierte Anreize und steigt der Standardfehler an, wenn auf Drittvariablen kontrolliert wird. Der Koeffizient beträgt 0,311 mit einem p-Wert  $\leq 0,05$ . Dies ist hauptsächlich auf Zunahme von Prädiktoren der politischen Involvierung zurückzuführen. Der Effekt gemeinwohlorientierter Anreize entspricht der theoretischen Wirkungsannahme: Je stärker die Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen, desto höher die Partizipationswahrscheinlichkeit. Ferner zeigt sich unter Betrachtung der AMEs, dass sich für durchschnittliche Bürger:innen der

---

<sup>20</sup> Der AME drückt in einer Maßzahl den durchschnittlichen Effekt einer unabhängigen Variablen  $x_i$  auf die Eintrittswahrscheinlichkeit  $P(y = 1|x)$  aus. Ein kurzes Beispiel veranschaulicht die Interpretation: Ein *Average Marginal Effect* von 0,1 AME-Punkten bedeutet; wenn eine Einheit von  $x_i$  steigt, dann steigt  $y$  durchschnittlich um 10 Prozentpunkte über alle Fälle, siehe Breen et al. 2018, S. 48. Bei der Interpretation ist allerdings zu beachten, dass es sich um ein Durchschnittseffekt unter Ausklammerung des nicht-linearen Verlaufs der Wahrscheinlichkeitskurve handelt, siehe Best und Wolf 2012, S. 383. Die deutsche Bezeichnung „durchschnittlicher marginaler Effekte“ ist eher unüblich. Zur Berechnung wurde das margins-Package genutzt (Leeper 2021).

Stichprobe die Partizipationswahrscheinlichkeit im Mittel um 4 Prozentpunkte pro Zustimmungspunkt für gemeinwohlorientierte Anreize erhöht (AME = 0,04;  $p \leq 0,05$ ). Weiterhin sind selektiv-ergebnisbezogene Anreize ( $p \leq 0,1$ ) und soziale Anreize ( $p \leq 0,05$ ) statistisch signifikant mit politischer Online-Partizipation assoziiert. Die Effektrichtung ist konträr zur theoretischen Erwartung: Je höher die Zustimmung zu selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen oder sozialen Anreizen, desto niedriger die Partizipationswahrscheinlichkeit. Steigt die Zustimmung, dann sinken die Logits im Hauptmodell um  $-0,186$  beziehungsweise  $-0,218$ . Die Effekte betragen je 0,02 beziehungsweise 0,03 AME-Punkte. Wie erwähnt, widerspricht dieser Befund den theoretischen Annahmen, wonach die Wahrscheinlichkeit mit der Zustimmung steigen sollte. Der Koeffizient zeigt vielmehr an, dass die Teilnahme unabhängig von extrinsischen (selektiv-ergebnisbezogenen und sozialen) Anreizen motiviert ist. Ergänzend wurde angenommen, dass die Partizipationswahrscheinlichkeit sinkt, wenn die Wahrnehmung negativer Anreize steigt. Die Logits sprechen für den intendierten Wirkungsmechanismus. Erhöht sich die Zustimmung negativer Anreize um eine Einheit, dann sinken die Logits der abhängigen Variablen um  $-0,413$  ( $p < 0,001$ ). Der Effekt ist für alle Modelle, auch unter Kontrolle von Drittvariablen, statistisch signifikant. Die Effektstärke der negativen Anreize sinkt zwar bei Hinzunahme weiterer Modellvariablen, bleibt aber im Hauptmodell mit 0,05 AME-Punkten robust.

Gemäß der Erwartung über die Online-Partizipation der „üblichen Verdächtigen“ sinkt oder steigt die Partizipationswahrscheinlichkeit, wenn die Bildungsressourcen und/oder das politische Interesse variieren. Hierbei sollten sich Gruppenunterschiede zugunsten der Bürger:innen zeigen, die sowohl über Bildungsressourcen als auch politisches Interesse verfügen. Die Annahme bestätigt sich trotz Hinzunahme der Drittvariablen. Im Gegensatz zu den „üblichen Verdächtigen“ verringert sich die Partizipationswahrscheinlichkeit für Bürger:innen in den drei weiteren Gruppen. Allerdings gleichen sich die negativen Logits bei der Erweiterung der Modelle zunehmend an. So kann lediglich eine geringfügige Differenzierung festgestellt werden, wenn Bürger:innen entweder über eine hohe formale Bildung oder über politisches Interesse verfügen. Im Vergleich zur Referenzgruppe, sinkt die Partizipationswahrscheinlichkeit für Befragte mit hoher formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse durchschnittlich um 9 Prozentpunkte (AME = 0,09). Unabhängig des politischen Interesses beträgt die Differenz für Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung im Mittel 10 Prozentpunkte (AME = 0,10). Für diese Gruppen ist kein Unterschied in Referenz zu den „üblichen Verdächtigen“ in Abhängigkeit des politischen Interesses zu konstatieren. Der p-Wert für die Gruppe mit niedrigen Bildungsressourcen und niedrigem politischen Interesse beträgt  $p = 0,06$  und übersteigt

damit die gängige Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent. Dies ist vermutlich auf die geringe Zellbesetzung zurückzuführen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass sich die Gruppenunterschiede bei höherer Zellbesetzung deutlicher zeigen. Gleichzeitig ist die Differenz zu Bürger:innen mit hoher formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse nicht so deutlich, um die Schlussfolgerung zu unterstützen, dass Bildungsressourcen einen stärkeren Einfluss auf die Online-Partizipation ausüben als politisches Interesse. Für diese Gruppe verringert sich die Wahrscheinlichkeit durchschnittlich um 9 Prozentpunkte ( $AME = 0,09$ ). Die Ergebnisse verdeutlichen dennoch, dass die „üblichen Verdächtigen“, das heißt Bürger:innen mit hoher formaler Bildung und starkem politischem Interesse, eher an Online-Konsultationsverfahren teilnehmen als andere Bevölkerungsgruppen. Allein durch die Kontrastierung von formaler Bildung und politischem Interesse werden Mechanismen sozialer Stratifikation bei der Erklärung der Online-Beteiligung sichtbar.

Auf Grundlage des Hauptmodells werden nun die Einflüsse der Kontrollvariablen entlang sozioökonomischer und -demografischer Merkmale der Ressourcenausstattung, Prädiktoren der kognitiven politischen Involvierung und der Integration in Netzwerke durch die Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen beschrieben.<sup>21</sup> Die Dimensionen implizieren die Erklärung der Online-Partizipation durch das „können“, „wollen“ oder „gefragt werden“ des CVMs (Verba et al. 1995). Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass die Effekte der Kontrollvariablen kaum zwischen den Modellen variieren, was zugleich auf einen konstanten und substanziellen Einfluss der etablierten Erklärungsfaktoren hindeutet.

Bezüglich der ersten Dimension „können“, zeigen sich entlang sozioökonomischer und demografischer Charakteristiken gemischte Effekte: Eine stärkere Internetnutzung hat einen positiven und statistisch signifikanten Einfluss auf die Logits der abhängigen Variablen. Der Effekt ist unabhängig weiterer Modellvariablen, sodass die Chance zur Partizipation mit der Internetnutzung steigt. Genderdifferenzen können im Hauptmodell durch die Daten nicht nachvollzogen werden. Das Vorzeichen des Koeffizienten deutet allerdings auf eine Stratifikation zugunsten männlicher Befragter hin. Bezüglich sozialer Ungleichheitsdimensionen kann demnach geschlussfolgert werden, dass Selektionseffekte bezüglich der Intensität der Internetnutzung respektive internetspezifischen Fähigkeiten bestehen. Die zweite Dimension „wollen“ untersucht den Einfluss der

---

<sup>21</sup> Niveauunterschiede zwischen den Erhebungskontexten tragen ebenfalls zur Varianzaufklärung bei.

politischen Involvierung. Hierzu können statistisch signifikante und substanzielle Effekte festgestellt werden – unabhängig des politischen Interesses der Befragten. Der Effekt der Wahrnehmung der Wichtigkeit von politischer Partizipation ist statistisch signifikant und positiv. Etwas stärker ist der Einfluss der internalen politischen Selbstwirksamkeit. Hiernach steigt die Partizipationswahrscheinlichkeit, wenn die politische Selbstwirksamkeit steigt. Im Hauptmodell konnte kein Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der externalen politischen Selbstwirksamkeit und der Partizipationswahrscheinlichkeit beobachtet werden. Ferner zeigt sich, dass der Einfluss gemeinwohlorientierter Anreize abnimmt, wenn das Modell um Prädiktoren der kognitiven politischen Involvierung erweitert wird. Dies ist nicht überraschend, da bereits der Zusammenhang zwischen der politischen Involvierung und gemeinwohlorientierter Anreize identifiziert wurde (siehe Abschnitt 5.4.2). Neben Einflüssen der sozioökonomischen und -demografischen Charakteristiken sowie Einstellungsmerkmalen, bestätigen die Daten einen Zusammenhang zwischen der Dimension „gefragt werden“ und der Teilnahme. Entsprechend der theoretischen Erklärung führen Mitgliedschaften in Organisationen oder Vereinen zur Mobilisierung und Aktivierung und somit zur höheren Wahrscheinlichkeit der Teilnahme: Wer mindestens eine Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Organisation aufweist, hat eine statistisch signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, politisch im Internet aktiv zu werden.

Grundsätzlich leisten die Drittvariablen auf der Grundlage des CVMs einen wesentlichen Beitrag zur Güte des Erklärungsmodells (Tabelle 5.17).<sup>22</sup> Im Vergleich zur separaten Betrachtung der Anreizstruktur (Modell 1) oder der Gruppenvergleiche (Modell 2) verbessert sich die Modellgüte in einem gemeinsamen Schätzmodell (Modell 3). So steigen Nagelkerke- $R^2$  und Pseudo- $R^2$  auf 0,14 beziehungsweise 0,09, der AIC sinkt auf 1094. Mittels Log-Likelihood-Test bestätigt sich die signifikante Modellverbesserung sowohl zu Modell 1 als auch zu Modell 2 für die analysierte Stichprobe. Die Relevanz der zusätzlichen Variablen aus dem CVM wird durch die statistisch signifikante Verbesserung der Modellgüte bekräftigt. Im Hauptmodell steigen Nagelkerke- $R^2$  auf 0,21 und Pseudo- $R^2$  auf 0,14. Im Sinne der Sparsamkeit eines Erklärungsmodells unterliegt die zusätzliche Aufnahme der Variablen des Anreizmodells einer Begründungspflicht. Ein Erklärungsmodell mit positiven und negativen Anreizen sollte für die Stichprobe eine bessere Modellgüte als ein Modell ohne diese Prädiktoren aufweisen. Der Modellvergleich bestätigt, dass die Aufnahme der Anreizstruktur zur Modellgüte

---

<sup>22</sup> Ungleich zur linearen Regression können Nagelkerke- $R^2$  und Pseudo- $R^2$  nicht als Anteil erklärter Varianz interpretiert werden, siehe Best und Wolf 2010, S. 844. AIC nimmt einen theoretischen Wertebereich von 0 bis + unendlich ein, weshalb ein sinkendes AIC einen besseren Modellfit signalisiert.

**Tabelle 5.16** Ergebnisse der vier logistischen Regressionsmodelle zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
	b	(S.E.) AME	b	(S.E.) AME	b	(S.E.) AME	b	(S.E.) AME
Konstante	-0,926 ***	(0,57) 0,09	-0,741 ***	(0,09) 0,09	-0,063 **	(0,59) 0,13	-4,456 ***	(1,16) 0,14
Gemeinwohlorientierter Anreiz	0,570 ***	(0,13) 0,09			0,433 **	(0,13) 0,06	0,311 *	(0,14) 0,04
Selektiv-ergebnisbezogener Anreiz	-0,275 **	(0,09) -0,04			-0,219 *	(0,09) -0,03	-0,186 +	(0,10) -0,02
Sozialer Anreiz	-0,209 *	(0,10) -0,03			-0,212 *	(0,10) -0,03	-0,218 *	(0,10) -0,03
Negativer Anreiz	-0,457 ***	(0,10) -0,07			-0,468 ***	(0,10) -0,07	-0,413 ***	(0,11) -0,05
Niedrige Bildung/hohes pol. Interesse			-0,936 ***	(0,28) 0,16	-0,990 ***	(0,29) -0,15	-0,706 *	(0,31) -0,10
Hohe Bildung/niedriges pol. Interesse			-1,015 ***	(0,17) 0,17	-0,923 ***	(0,17) -0,15	-0,603 ***	(0,20) -0,09
Niedrige Bildung/niedriges pol. Interesse			-1,673 ***	(0,32) -0,24	-1,395 ***	(0,33) -0,20	-0,703 +	(0,37) -0,10
Internetnutzung							0,364 ***	(0,13)
Geschlecht: Männlich							0,045 0,296 *	(0,16) (0,13)
Wichtigkeit							0,328 ***	(0,12)
Internale Selbstwirksamkeit							-0,134 (0,11)	
Externale Selbstwirksamkeit							0,203 ***	(0,04)
Mitgliedschaft								

(Fortsetzung)

**Tabelle 5.16** (Fortsetzung)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
	b	(S.E.) AME	b	(S.E.) AME	b	(S.E.) AME	b	(S.E.) AME
Marburg							-0,298	(0,22)
Offenburg							-0,138	(0,26)
HH-Ottensen							0,479 *	(0,20)
W-Heckinghausen							-0,305	(0,36)
Nägerkerke-R2	0,08		0,08		0,14		0,21	
Pseudo-R2	0,05		0,05		0,09		0,14	

Anmerkung: N = 1.131. + p ≤ 0,1; \* p ≤ 0,05; \*\* p ≤ 0,01; \*\*\* p ≤ 0,001. S.E. = Standard Error; AME = Average Marginal Effect  
Referenzkategorien: hohe Bildung/ hohes pol. Interesse; weiblich; HH-Alttona



und hierdurch zur Erklärungskraft beiträgt. Die Modellgüte des Hauptmodells mit Anreizstruktur ist statistisch signifikant besser als die Modellgüte ohne positive und negative Anreize (der entsprechende Test ist statistisch signifikant und AIC steigt). Die Ergebnisse zum Vergleich der Modellgüte können als Bestätigung des intendierten Erklärungsmodells auf der Grundlage positiver und negativer Anreize gedeutet werden.

**Tabelle 5.17** Vergleich der Güte der unterschiedlichen logistischen Regressionsmodelle

Modell	Log-Likelihood	AIC	Modellvergleich	
			$\chi^2$	P-Wert
Modell 1	-562,01	1134,019		
Modell 2	-562,51	1133,027	1,0078	p = 0,315
Modell 3	-539,07	1094,132	Referenz: Modell 1	
			45,887	p < 0,001
			Referenz: Modell 2	
			46,895	p < 0,001
Hauptmodell	-508,28	1052,558	Referenz: Modell 3	
			61,574	p < 0,001
Hauptmodell ohne Anreizstruktur	-528,07	1078,550	Referenz: Hauptmodell	
			39,592	p < 0,001

Anmerkung: Ein p-Wert  $\leq 0,05$  signalisiert eine statistisch signifikante Verbesserung der Güte im Vergleich zum Referenzmodell

### 5.5.3 Schlussfolgerung für ein modifiziertes Anreizmodell zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren

Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass die Hinzunahme von positiven und negativen Partizipationsanreizen zwar einen Erklärungsbeitrag zur Varianz politischer Online-Partizipation leistet, die Effektrichtungen aber nur bedingt den

Wirkungszusammenhängen aus den Anreizhypothesen entsprechen.<sup>23</sup> Die Strukturhypothese zur politischen Partizipation der „un-/üblichen Verdächtigen“ kann dagegen vorläufig bestätigt werden.

Die Hypothese H2.a kann durch die Daten unterstützt werden. Bei einer stärkeren Zustimmung zu gemeinwohlorientierten Anreizen, steigt die Partizipationswahrscheinlichkeit. Varianz in der Prävalenz gemeinwohlorientierter Partizipationsanreize erklärt hiernach Variation in der Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren. Effekte der selektiv-ergebnisbezogenen sowie sozialen Anreize sind über alle Befragten hinweg statistisch signifikant und negativ. Dies steht im Gegensatz zu den Hypothesen H2.b und H2.c, die durch die Daten abgelehnt werden.

Die Ursachen für die negativen Koeffizienten müssen näher betrachtet werden: Im Vergleich zur separaten Schätzung der positiven und negativen Anreize (siehe Abschnitt zur bivariaten logistischen Regression sowie Tabelle 65 im Anhang) ändert sich zwar nicht die negative Effektrichtung selektiver und sozialer Anreize, doch sind die Koeffizienten erst im Hauptmodell (Modell 4) statistisch signifikant. Bezüglich selektiv-ergebnisbezogener Anreize ist dies mutmaßlich auf den Einfluss der gemeinwohlorientierten Anreize und für soziale Anreize zusätzlich auf negative Anreize zurückzuführen.<sup>24</sup> Die signifikanten/nicht-signifikanten Zusammenhänge in Abhängigkeit einer gemeinsamen oder unabhängigen Schätzung könnten darauf zurückzuführen sein, dass politisch inaktive Befragte dazu neigen, alle positiven Anreize mit der mittleren Antwortkategorie zu bewerten. Zusätzlich hat sich bei der deskriptiven Überprüfung gezeigt, dass selektiv-ergebnisbezogene und soziale Anreize kaum zwischen Teilnehmenden und nicht-Teilnehmenden variieren, während die Wahrnehmung der gemeinwohlorientierten (und negativen Anreize) zwischen beiden Gruppen auseinandergeht. Dementsprechend sind es die Differenzen in der Wahrnehmung gemeinwohlorientierter Anreize, die Partizipation hauptsächlich (positiv) beeinflussen. Dagegen spielen selektive und soziale Anreize vermutlich keine Rolle für die Partizipation, was in beiden Gruppen

---

<sup>23</sup> Die Robustheit der Modellschätzung wurde durch eine wiederholte Analyse mit der Stichprobe aus Hamburg-Altona überprüft. Die Effektkoeffizienten bestätigen das Hauptmodell, allerdings überschreiten einzelne Parameter die Irrtumswahrscheinlichkeit von  $p \leq 0,1$ . Da keine Bürger:innen in Altona die Merkmale niedriger formaler Bildung, niedriges politisches Interesse und Teilnahme aufweisen, konnte aufgrund des perfekten Zusammenhangs kein sinnvoller Koeffizient geschätzt werden.

<sup>24</sup> In einem linearen Regressionsmodell wurde der Einfluss der jeweiligen positiven und negativen Anreize untereinander geschätzt (hierzu ebenfalls die Korrelationstabelle im Anhang Tabelle 52). Die Ergebnisse zeigen statistisch signifikante Einflüsse. Der VIF der Modelle überschreitet allerdings nicht das Cut-Off Kriterium von  $> 10$ , wenngleich diese Kriterien mit Vorsicht verwendet werden müssen (Diaz-Bone 2019, 207).

zur Indifferenz im Antwortverhalten führt. Aufgrund der Verteilung von keiner Teilnahme/Teilnahme (etwa 80/20) führt dies zum negativen Effekt. In Summe unterstreichen die Modelle die Bedeutung gemeinwohlorientierter und negativer Anreize.

Es ist zu erörtern, warum selektive und soziale Anreize kaum zwischen Teilnehmenden und nicht-Teilnehmenden variieren. Der negative Effekt selektiv-ergebnisbezogener Anreize könnte mit der geringen Erwartung der Teilnehmenden zusammenhängen, individuell-materielle Vorteile zu erzielen. Bezüglich der konsultativen Online-Partizipation ist diese Bewertung nachvollziehbar, da die Verfahren nur bedingt den individuellen Vorteil fokussieren und eine direkte Transferleistung, beispielsweise eine monetäre Entschädigung eher nicht vorsehen. Weiterhin ist es möglich, dass selektiv-ergebnisbezogene Anreize kein Primärziel der Online-Partizipation darstellen: Da politisch aktive Bürger:innen eher formal hochgebildet und politisch interessiert sind, spielen diese Anreize eine untergeordnete Rolle, weil die antizipierten Vorteile nicht zu einer wesentlichen Positionsverbesserung beitragen. Der Befund von Gustafson und Hertting (2017), wonach politisch unterrepräsentierte Gruppen bevorzugt zur Durchsetzung von Eigeninteresse partizipieren, stimmt nur bedingt mit der untersuchten Stichprobe überein: Für die Identifizierung eines potenziellen Mobilisierungsmechanismus spricht, dass Teilnehmer:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und niedrigem politischen Interesse am stärksten den selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen zustimmen (siehe Abschnitt 5.5.1). Demgegenüber ist der negative Haupteffekt über alle Befragten aufzuführen. Allerdings verringert sich der Unterschied für diese Gruppe etwas stärker (0,04 AME-Punkte in Modell 3) zu den „üblichen Verdächtigen“, was partiell auf die Prävalenz respektive Präferenz zu selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen zurückgeführt werden könnte. Diese Interpretation unterliegt der Restriktion, dass die Zellbesetzung innerhalb der Gruppe von Teilnehmer:innen mit niedriger formaler Bildung und schwachem politischen Interesse mit  $N = 11$  äußerst gering ausfällt. Entsprechende Interaktionseffekte zwischen Bildungsressourcen/politisches Interesse und selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen können deshalb nicht modelliert werden, um divergierende Effektstärken zu überprüfen.

Ferner zeigen die Ergebnisse, dass die Partizipationswahrscheinlichkeit sinkt, wenn die Zustimmung zu sozialen Anreizen steigt. Hierbei könnte das Internet als hemmend betrachtet werden, da potenzielle soziale Belohnungen aus den klassischen Netzwerken keinen positiven Einfluss auf die Online-Partizipation ausübt. Soziale Belohnungsmechanismen aus der Offline-Welt scheinen sich nicht in die Online-Welt zu übertragen. Obwohl sich die Partizipationsverfahren auf die

lokale Ebene beziehen, ist keine Mobilisierung durch entsprechende Netzwerkressourcen zu konstatieren (Petermann 2020). Unter Umständen hätten Indikatoren, die auf spezifischen Belohnungssystemen von Online-Plattformen basieren (z. B. Zustimmungsindikatoren wie *likes* oder „gefällt mir“-Angaben), zu einem anderen Ergebnis geführt. Zuvorderst ist festzustellen, dass für Bürger:innen mit einer Präferenz für soziale Anreize Online-Konsultationsverfahren kein entsprechendes Motiv aktivieren. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass sowohl das Eigeninteresse als auch soziale Anreize als Partizipationsmotiv von den Teilnehmer:innen aufgrund sozialer Erwünschtheit (bewusst oder unbewusst) unterschätzt wird.

Die Ergebnisse schließen an vorherige Forschungsbefunde an, wonach Anreize, die tendenziell einem defizitären Trittbrettfahrer:in-Motiv unterliegen, Partizipation erklären und zur Partizipation aktivieren (Klein 2006; Schlozman et al. 1995). So stellt beispielsweise Klein (2006) fest, dass kollektive, moralische (entlang des GIM wird der Begriff altruistisch verwendet) und expressive Anreize die größte Bedeutung für den Parteibeitritt haben, während selektiv-ergebnisbezogene und soziale Anreize als eher untergeordnete Ziele auftreten (Klein 2006, S. 49). Bezüglich der Anreizstruktur weisen Online-Konsultationsverfahren demnach eine Ähnlichkeit zu Parteibeitrittsmotiven auf. Hierbei könnten die Initiierung durch Verwaltungen und die Charakterisierung als Top-down Verfahren sowie der Grad der Institutionalisierung eine Rolle spielen.

Hypothese 2.d wird durch die Daten vorläufig bestätigt, denn die Partizipationswahrscheinlichkeit sinkt, wenn die Wahrnehmung der negativen Anreize steigt. Bürger:innen beziehen das Themeninteresse, die Zeit oder einen fehlenden Unterhaltungswert in die Kalkulation der Partizipationsentscheidung ein. Der Effekt ist über alle Modelle robust und unabhängig von Drittvariablen wie der politischen Involvierung.

Ferner ist eine vorläufige Bestätigung der Strukturhypothese (H3) festzustellen, da die Kontrastierung zwischen Bildungsressourcen und politischem Interesse als Proxy-Messung für die soziale Stratifikation politischer Partizipation fungiert: Verglichen mit den „üblichen Verdächtigen“ sinkt die Partizipationswahrscheinlichkeit für alle anderen Bürger:innen. Zwischen den Bürger:innen, die über eine niedrige formale Bildung verfügen, können keine Differenzen festgestellt werden – unabhängig des politischen Interesses.<sup>25</sup> Dies würde gegen eine Mobilisierung politisch unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen sprechen, wenn das

---

<sup>25</sup> Dies bestätigt sich auch, wenn die Referenzkategorie gewechselt wird. Ein signifikanter Unterschied besteht stets zu den „üblichen Verdächtigen“ mit hoher formaler Bildung/hohem politischem Interesse. Unterschiede zwischen den anderen Gruppen bestehen dagegen nicht.

politische Interesse keinen Unterschied bezüglich der Partizipationswahrscheinlichkeit ausübt. Das Ergebnis ist allerdings unter der Restriktion der niedrigen Zellbesetzung beider Gruppen zu betrachten. Auch zeigen frühere Studien, dass das politische Interesse und die internale Selbstwirksamkeit interagieren und gemeinsam zur politischen Partizipation motivieren (Levy und Akiva 2019). Die Modelle würden folglich den Effekt des politischen Interesses unterschätzen.

Zusammenfassend zeigen die Befunde (Tabelle 5.18), dass die Mehrzahl der Bürger:innen nicht an Online-Partizipationsverfahren teilnimmt, um selektive Vorteile oder soziale Belohnung zu realisieren: Bürger:innen, die diese Ziele im Internet verfolgen, werden entweder andere Partizipationsformen wählen oder politisch inaktiv bleiben. Gleichzeitig unterstreicht das Erklärungsmodell, dass Bürger:innen negativen Anreizen ausgesetzt sind und diese, trotz der *low cost* Bedingungen des Internets, eine kognitive Barriere beziehungsweise Hürde darstellen und folglich die Partizipationswahrscheinlichkeit sinkt. Zugleich stellt das Internet Bedingungen zur Verfügung, um eine Teilnahme aus einer gemeinwohlorientierten Perspektive, das heißt einer intrinsischen Motivation, zu stimulieren. Dieses Ergebnis wird bei der Diskussion der Befunde erneut aufgegriffen. Nach wie vor profitieren die „üblichen Verdächtigen“ am ehesten von Online-Partizipationsverfahren, um Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung auszuüben. Nachfolgend werden die Ergebnisse mit den Partizipationsgründen von Bürger:innen verglichen, die an einem konkreten Online-Konsultationsverfahren auf der lokalen Ebene teilgenommen haben. Dieses Vorgehen entspricht einer Kreuzvalidierung der Befunde, um die Robustheit und Aussagekraft eines Anreizmodells politischer Online-Konsultation einzuschätzen.

**Tabelle 5.18** Überblick Anreizhypothesen und Strukturhypothese

Hypothesen: H2		Bestätigt	Abgelehnt
H2.a	Gemeinwohlorientierte Anreize	X	
H2.b	Selektiv-ergebnisbezogene Anreize		X
H2.c	Soziale Anreize		X
H2.d	Negative Anreize	X	
Hypothese: H3			
H3	Struktur „übliche Verdächtige“	X	

## 5.6 Kreuzvalidierung der Befunde

Neben Daten aus einer Bevölkerungsumfrage liegen ferner Informationen über eine prozessbegleitende Nachbefragung von Teilnehmenden konkreter Online-Konsultationsverfahren auf der lokalen Ebene vor. Hierbei wurden die Bürger:innen dezidiert gefragt, welche Gründe aus ihrer Sicht für oder gegen die Teilnahme am konkreten Partizipationsverfahren sprechen. Die Indikatoren zu den Partizipationsgründen oder -hindernissen entsprechen den Indikatoren aus der Bevölkerungsumfrage. Die Stichprobe beinhaltet  $N = 255$  Fälle. Ein Überblick zur Verteilung von Individualmerkmalen der Stichprobe findet sich in Abschnitt 4.4 sowie in Tabelle 37 im Anhang. Durch die Kreuzvalidierung wird überprüft, ob die vorherigen Befunde über maßgebliche positive und negative Anreize in einer neuen Stichprobe reproduziert werden können.

Im ersten Schritt werden die extrahierten latenten Konstrukte des modifizierten Anreizmodells aus Abschnitt 5.3 mittels konfirmatorischer Faktorenanalyse (CFA) überprüft. Bei der Anwendung einer CFA interessiert es, inwiefern die theoretisch abgeleitete Kovarianzmatrix von der empirischen Kovarianzmatrix abweicht (Arzheimer 2016; Weiber und Mühlhaus 2014; Steinmetz 2015). Im Vergleich zum explorativen Vorgehen (siehe Abschnitt 5.3.1), handelt es sich um eine theoriegeleitete Analyse, das heißt, die latenten Faktoren werden auf Basis des modifizierten Anreizmodells vorgegeben. Die Fallzahl der Stichprobe reduziert sich auf  $N = 219$ , da ausschließlich gültige Fälle in die Berechnung einbezogen werden.

In der Forschungsliteratur finden sich Gütekriterien mit Schwellenwerten, um Aussagen zu treffen, ob die theoretischen Annahmen zur Faktorstruktur Unterstützung in der empirischen Kovarianzmatrix erhalten oder ob das Messmodell abgelehnt werden muss.<sup>26</sup> Letzteres würde die Gültigkeit der empirischen Analyse einschränken. Die Faktorstruktur der explorativen Faktorenanalyse bildet die Grundlage für die konfirmatorische Faktorenanalyse. Das Grundmodell der Anreizstruktur (Tabelle 5.19) zeigt eine Abweichung der empirischen von der theoretischen Kovarianzmatrix aufgrund eines hochsignifikanten  $\chi^2$ -Tests an ( $\chi^2 = 106,878$ ;  $DF = 48$ ;  $p < 0,001$ ). Ein signifikanter  $\chi^2$ -Test ist allerdings gängig

---

<sup>26</sup> Zu den wesentlichen Gütekriterien zählen der  $\chi^2$ -Wert sowie die Fit-Indizes Root Mean Square Error of Approximation (RMSEA), der Comparative Fit-Index (CFI) sowie Standardized Root Mean Square Residual (SRMR). Weitere Informationsmaße sind das Akaike Information Criterion (AIC) und das Bayesian Information Criterion (BIC) (Arzheimer 2016, 62 ff.). Für einen Überblick zu unterschiedlichen Schwellenwerten in der Literatur, siehe Weiber und Mühlhaus 2014, S. 222.

und kann u. a. auf die Samplegröße zurückgeführt werden. In der Forschungsliteratur wird deshalb empfohlen, ein theoretisches Modell, trotz Abweichung der theoretischen und empirischen Kovarianzmatrix, nicht vorschnell abzulehnen (Arzheimer 2016, S. 63; Davidov 2009, S. 67). So sprechen die weiteren Gütekriterien für eine geeignete Passung des Modells. Die Gütekriterien quantifizieren die Abweichung zwischen empirischer und theoretischer Matrix. Dabei gilt, je geringer die Abweichung, desto geringer die Fehlspezifikation (Steinmetz 2015, S. 29). Für den RMSEA gelten Werte  $\leq 0,1$  als akzeptabel und Werte  $\leq 0,05$  als sehr gut (Arzheimer 2016, S. 64; Steinmetz 2015, S. 29). Mit 0,075 liegt der RMSEA im Anreizmodell im akzeptablen Bereich. Für den CFI werden Cutoff-Werte nahe 0,98 (Steinmetz 2015, S. 29) und mindestens  $\geq 0,90$  (Weiber und Mühlhaus 2014, S. 222) berichtet. Hier kann das Modell mit CFI = 0,940 einen hinreichenden Wert aufweisen. Als passabel gilt ein SRMR im Wertebereich  $\leq 0,08$  (Steinmetz 2015, S. 29) und mindestens  $\leq 0,1$  (Weiber und Mühlhaus 2014, S. 222). Auch der SRMR liegt im Annahmebereich mit 0,055, sodass die Modellgüte als insgesamt akzeptabel bewertet werden kann.<sup>27</sup> Fehlervarianz (Tabelle 66) und Varianz/Kovarianz-Matrix (Tabelle 67) des Anreizmodells werden im Anhang berichtet.

**Tabelle 5.19** Modellgüte der konfirmatorischen Faktorenanalyse an Daten der Nachbefragung

Modell	$\chi^2$	DF	p-Wert	RMSEA	CFI	SRMR
Anreizmodell	106,878	48	< 0,001	0,075	0,940	0,055

Anmerkung: N = 219

Ferner zeigt sich, dass alle Faktorladungen der latenten Konstrukte statistisch signifikant ( $p \leq 0,001$ ) und substanziell ( $\lambda \geq 0,5$ ) sind (Tabelle 68 im Anhang), das heißt Varianz der Einzelindikatoren kann durch die Varianz des latenten Konstrukts erklärt werden. Lediglich für die Indikatoren der negativen Anreize

<sup>27</sup> In der Forschungspraxis wird zuweilen vorgeschlagen, Modifikationsindizes zu betrachten, um potenzielle Verbesserungen des Modellfits zu überprüfen. In der Tat indizieren die Modifikationsindizes Korrelationen zwischen unterschiedlichen Fehlertermen der manifesten Indikatoren. Die Korrelationen sind ein Hinweis darauf, dass die entsprechenden Indikatoren gemeinsam variieren, unabhängig des latenten Konstrukts. Die Verbesserung der Modellgüte weist demnach auf Kovarianzen zwischen den Indikatoren hin, die durch die theoretischen Annahmen nicht abgedeckt sind. Allerdings handelt es sich bei der Modifikation der Modelle um ein Vorgehen, das eher daten- als theoriegetrieben erfolgt, da zusätzliche Schätzparameter und Pfade einbezogen werden, die gegebenenfalls theoretisch nicht begründet sind. Auf eine Modifikation wird daher verzichtet.

sind etwas niedrigere Faktorenladungen mit  $\lambda > 0,4$  zu verzeichnen. Dass die Dimensionen der Anreizstruktur nicht vollkommen unabhängig voneinander funktionieren, bestätigen die statistisch signifikanten Korrelationen ( $p < 0,001$ ) zwischen den latenten Konstrukten (Tabelle 67 im Anhang). Entsprechend der Erwartung korrelieren die gemeinwohlorientierten, selektiv-ergebnisbezogenen und sozialen Anreize positiv miteinander. Hinsichtlich der antizipierten negativen Anreize der Partizipation sind negative Korrelationen zu konstatieren: Steigt/fällt die Wahrnehmung von Vorteilen, dann steigt/fällt die Wahrnehmung der Nachteile der Online-Partizipation.

Entsprechend des modifizierten Anreizmodells werden Mittelwertindizes zu gemeinwohlorientierten, selektiv-ergebnisbezogenen, sozialen und negativen Anreizen berechnet (simultan zum Vorgehen in Abschnitt 5.3.2). Die deskriptive Verteilung der positiven und negativen Anreize sollte dabei einen Hinweis auf zentrale Partizipationsmotive anbieten.<sup>28</sup> Zusätzlich werden die Partizipationsmotive entlang der „un-üblichen Verdächtigen“ gruppiert. Hierfür werden ausschließlich vollständige Fälle betrachtet ( $N = 216$ ). Die Überprüfung der Zellenbesetzung zeigt, dass lediglich vier Befragte in der Stichprobe der Gruppe mit niedriger formaler Bildung und schwachem politischem Interesse zugeordnet werden können (entspricht ca. 2 Prozent in der Stichprobe (Tabelle 5.20). Einerseits verdeutlicht die absolute Häufigkeit die Unterrepräsentation dieser Bevölkerungsgruppe in lokalen Online-Konsultationsverfahren, andererseits sind Mittelwerte für diese Gruppe nur wenig aussagekräftig. Dagegen verfügen knapp 70 Prozent der Befragten sowohl über hohe Bildungsressourcen als auch über ein hohes politisches Interesse. Insgesamt haben ca. 90 Prozent der Teilnehmer:innen ein hohes formales Bildungsniveau.

---

<sup>28</sup> Das Vorgehen zur Validierung der Befunde über einen Vergleich der positiven und negativen Partizipationsanreize aus unterschiedlichen Stichproben ist angelehnt an das Vorgehen bei Klein (2006).



Im Mittel stimmen die Teilnehmenden den gemeinwohlorientierten Anreizen mit 3,7 Skalenpunkten zu, was die Bedeutung zur Online-Partizipation unterstützt. Eine untergeordnete Rolle nehmen selektiv-ergebnisbezogene Anreize ein. Diesen wird im Mittel mit 2,6 Skalenpunkten zugestimmt. Etwas stärker ist die Zustimmung zu sozialen Anreizen mit einem arithmetischen Mittelwert von 2,8 Skalenpunkten. Bei selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen besteht demnach eine Tendenz zur Ablehnung und bei sozialen Anreizen zur Indifferenz. Die deskriptive Verteilung zeigt abermals, dass Bürger:innen mit hoher formaler Bildung an Online-Konsultationsverfahren teilnehmen und gemeinwohlorientierte Anreize hierbei einen zentralen Partizipationsgrund darstellen. Dies unterstützt die Befunde der empirischen Analyse. Des Weiteren sind zwischen den Stichproben Unterschiede bezüglich negativer Anreize zu konstatieren: Die Wahrnehmung der negativen Anreize beträgt im Mittel 1,8 Skalenpunkte und ist damit etwa einen halben Skalenpunkt niedriger als die Wahrnehmung der Teilnehmenden aus der Bevölkerungsumfrage (und 0,8 Skalenpunkte niedriger als bei den Nicht-Teilnehmenden). Die Differenz und die tendenziell niedrige Zustimmung können durch das Interesse an der Thematik erklärt werden. Die Partizipationsverfahren hatten allesamt Aspekte der zukünftigen Verkehrsinfrastruktur als Gegenstand der Konsultation. Themeninteresse, Zeit und Langeweile variieren gemeinsam durch das latente Konstrukt der negativen Anreize, sodass eine Kongruenz zur Thematik mit der Bereitschaft einhergeht, die notwendige Zeit zur Online-Partizipation zu investieren. Vermutlich nehmen Bürger:innen mit hoher formaler Bildung eine höhere Betroffenheit mit der Thematik wahr. Im Bereich der Radverkehrsinfrastruktur gibt es entsprechende Befunde, die diesen Zusammenhang nahelegen (Hudde 2022). Insgesamt bestärkt die Verteilung der positiven und negativen Anreize unter den Teilnehmer:innen eines Online-Konsultationsverfahrens auf lokaler Ebene die Ergebnisse der vorherigen empirischen Analyse.

Die gruppierten Mittelwerte zur positiven und negativen Anreizstruktur offenbaren lediglich geringfügige Differenzen zwischen den Teilnehmer:innen. Die niedrigere Zustimmung zu selektiv-ergebnisbezogenen und stärkere Zustimmung zu sozialen Anreizen unter Bürger:innen, die über eine niedrigere formale Bildung und hohes politisches Interesse verfügen, spiegelt sich nur bedingt in den vorherigen Ergebnissen wider. Der Zusammenhang konnte in der Stichprobe der Bevölkerungsumfrage nicht beobachtet werden. Es könnte sich demnach um ein Spezifikum der prozessbegleitenden Nachbefragung handeln, zumal die Zellenbesetzung mit 15 Fällen eher gering ist. Ähnliches gilt für Bürger:innen in der Gruppe mit niedriger formaler Bildung und niedrigem politischen Interesse. In dieser Gruppe kennzeichnen sowohl gemeinwohlorientierte als auch selektiv-ergebnisbezogene Anreize die maßgeblichen Partizipationsgründe. Unter

Berücksichtigung der niedrigen Zellbesetzung zeigt sich, dass die Zustimmung zu individuellen Vorteilen durch selektive Anreize in dieser Gruppe am höchsten ist (MW = 3,12, SD = 0,6) und etwa einen halben Skaleneinheit über der durchschnittlichen Zustimmung aller Befragten liegt. Dies deckt sich mit dem deskriptiven Befund zur Prävalenz der „unüblichen Verdächtigen“ unter den Teilnehmer:innen aus der Bevölkerungsumfrage (siehe Abschnitt 5.5.1). Auch wenn unter Kontrolle von Drittvariablen keine entsprechenden Zusammenhänge festgestellt werden konnten, könnte dies auf einen möglichen Mobilisierungsmechanismus hindeuten, sodass gemeinwohlorientierte Anreize durch selektive Vorteile unterstützt werden.

Insgesamt unterstützt die Verteilung der positiven und negativen Partizipationsanreize der Nachbefragung die Befunde aus der Bevölkerungsumfrage. Systematische Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Stichproben konnten nicht konstatiert werden, was die Aussagekraft der Ergebnisse bestärkt.

**Tabelle 5.20** Lagemaße der Partizipationsanreize in der Nachbefragung

	Hohe Bildung/ hohes pol. Interesse		Niedrige Bildung/ hohes pol. Interesse		Hohe Bildung/ niedriges pol. Interesse		Niedrige Bildung/ niedriges pol. Interesse		Gesamt	
	MW	SD	MW	SD	MW	SD	MW	SD	MW	SD
Gemeinwohlorientierte Anreize	3,67	0,8	3,63	0,8	3,77	0,6	3,90	0,2	3,69	0,7
Selektiv- ergebnisbezogene Anreize	2,55	1,0	2,13	1,1	2,77	1,0	3,12	0,6	2,58	1,0
Soziale Anreize	2,77	0,9	2,97	1,1	2,88	0,9	2,75	0,2	2,81	0,9
Negative Anreize	1,75	0,7	1,69	0,7	1,84	0,7	1,75	0,5	1,77	0,6
N	150		15		47		4		216	
Anteil in %		69		7		22		2		100

Anmerkung: N = 216. Grundlage der Stichprobe ist die Nachbefragung; prozentuale Werte gerundet

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





# Diskussion – Gute Gründe reichen nicht

# 6

Die zentralen Ergebnisse der empirischen Analyse werden zusammengefasst und gemeinsam diskutiert, um Implikationen für das theoretische Erklärungsmodell im Allgemeinen und der Teilnahme an politischen Online-Konsultationsverfahren im Speziellen herauszuarbeiten. Verschiedene Handlungsoptionen und -empfehlungen für die Praxis werden abgeleitet. Hiernach wird die Generalisierbarkeit der empirischen Analyse diskutiert.

## 6.1 Zentrale Ergebnisse im Überblick

Entlang der bestehenden Forschung wurden positive und negative Partizipationsanreize identifiziert. Auf der Grundlage dieser theoretischen Vorüberlegungen konnten durch eine explorative Faktorenanalyse vier trennscharfe Dimensionen einer Anreizstruktur extrahiert werden (siehe Abschnitt 5.3). Die Ergebnisse wurden verwendet, um ein modifiziertes Anreizmodell zu entwickeln und die Wirkungszusammenhänge zu spezifizieren. Im nächsten Analyseschritt wurden die Anreiztypen endogenisiert und der Zusammenhang zu Bildungsressourcen und politischem Interesse untersucht (Prävalenzhypothesen; Abschnitt 5.4). Schließlich wurde Varianz in der Online-Partizipation durch Varianz in der Prävalenz der positiven und negativen Anreize erklärt (Anreizhypothesen; Abschnitt 5.5) und eine Mobilisierung zur Partizipation jenseits der „üblichen Verdächtigen“ überprüft (Strukturhypothese; Abschnitt 5.5).

Durch die explorative Faktorenanalyse hat sich gezeigt, dass Bürger:innen unterschiedliche Ziele durch die Online-Partizipation verfolgen, die wiederum auf gemeinsame latente Faktoren zurückzuführen sind. Indikatoren der kollektiven, moralischen und expressiv-affektiven Anreize bilden einen gemeinsamen, gemeinwohlorientierten Anreiztypen. Dieser Anreiztyp ist sowohl durch kollektive als auch intrinsische Partizipationsmotive charakterisiert. Hiervon sind selektiv-ergebnisbezogene Anreize abzugrenzen, die auf individuelle Vorteile rekurren. Als dritter Anreiztyp wurden soziale Anreize identifiziert. Hiernach sollte die soziale Belohnung (respektive Sanktionierung) durch Familie oder Freund:innen die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren incentivieren. Beide Anreiztypen spiegeln ein individualisiertes und persönliches Partizipationsmotiv wider. Zuletzt signalisieren negative Anreize eine individuelle Hürde oder Barriere aufgrund fehlender Zeit, fehlendem Themeninteresse oder Langweile bei der Partizipation. Die gemeinsame Varianz dieser drei Indikatoren deutet auf einen Faktor der individuellen Betroffenheit hin. Durch die konfirmatorische Faktorenanalyse wurde das modifizierte Anreizmodell, das auf diese Anreiztypen – gemeinwohlorientierte, selektiv-ergebnisbezogene, soziale und negative Anreize – rekurriert, empirisch auf Grundlage einer alternativen Stichprobe bestätigt (siehe Abschnitt 5.6).

Anschließend hat die Analyse der Prävalenz der modifizierten positiven und negativen Anreize gezeigt, dass die Wahrnehmung über partizipationsbezogene Vorteile oder Nachteile zwar sozial strukturiert ist, die Varianz aber nur geringfügig über die Kontrastierung von Bildungsressourcen und politischem Interesse erklärt werden kann. Eine Ausnahme bildet der gemeinwohlorientierte Anreiz: Die „üblichen Verdächtigen“ stimmen den gemeinwohlorientierten Anreizen stärker als die Vergleichsgruppen mit niedriger formaler Bildung zu. Unter Kontrolle der Drittvariablen zeigt sich, dass der Niveauunterschied für Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung und schwachem politischem Interesse weiterhin Bestand hat. Für selektiv-ergebnisbezogene und soziale Anreize konnte unter Kontrolle der Drittvariablen keine gemeinsame Variation konstatiert werden. Unabhängig von der formalen Bildung, nehmen Bürger:innen mit niedrigem politischem Interesse die negativen Anreize stärker wahr. Dieser Effekt hält der Kontrolle von Drittvariablen nicht stand, was in erster Linie auf Faktoren der

politischen Involvierung zurückzuführen ist. Die Daten bestätigen die Prävalenzhypothese für gemeinwohlorientierte Anreize (H1.a), dagegen wird die Hypothese für selektiv-ergebnisbezogene (H1.b), soziale (H1.c) und negative Anreize (H1.d) abgelehnt.

Summa summarum trägt das modifizierte Anreizmodell zur Varianzaufklärung politischer Online-Partizipation bei. Es zeigt sich, dass eine stärkere Prävalenz zu gemeinwohlorientierten Anreizen zu einer höheren Partizipationswahrscheinlichkeit führt. Zugleich sinkt die Partizipationswahrscheinlichkeit, wenn die negativen Anreize wie Desinteresse am Thema, fehlende Zeit oder Langeweile zunehmen. Entgegen der theoretischen Erwartung sinkt allerdings die Partizipationswahrscheinlichkeit, wenn Bürger:innen selektiv-ergebnisbezogene oder soziale Anreize mit der Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren verbinden. Zwar können beide Anreiztypen ein (theoretisch) hinreichendes Partizipationsmotiv aktivieren, Online-Konsultationsverfahren unterstützen diese Anreize allerdings unzureichend. Der negative Effekt kommt vermutlich dadurch zustande, dass sich Teilnehmende und nicht-Teilnehmende kaum in der Zustimmung dieser beiden Anreiztypen unterscheiden. Aufgrund des überproportionalen Anteils der nicht-Teilnehmenden in der Stichprobe schätzen die Modelle einen negativen Koeffizienten. Insgesamt führt die Hinzunahme des Anreizmodells auch unter Kontrolle von Drittvariablen zur verbesserten Modellgüte: Unabhängig von der individuellen Ressourcenausstattung, der politischen Involvierung sowie der Integration in Netzwerken, trägt das intendierte Erklärungsmodell zur höheren Varianzaufklärung bei. Durch die Daten wurde die Anreizhypothese für gemeinwohlorientierte (H2.a) und negative Anreize (H2.d) vorläufig bestätigt und für selektiv-ergebnisbezogene (H2.b) und soziale Anreize (H2.c) widerlegt. Zuletzt wurde durch die Daten bestätigt, dass die „üblichen Verdächtigen“ mit hohen Bildungsressourcen und politischem Interesse tatsächlich eher an Online-Partizipationsverfahren teilnehmen als die Vergleichsgruppen. Sowohl Bildung als auch politisches Interesse spielen weiterhin eine zentrale Rolle für die Mobilisierung zur politischen Beteiligung. Dieser Befund entspricht der theoretischen Annahme der Strukturhypothese (H3). Einen Überblick zu den überprüften Hypothesen findet sich in Tabelle 6.1.

**Tabelle 6.1** Überblick zu den überprüften Hypothesen der empirischen Analyse

	Hypothesen	Bestätigt	Abgelehnt
<b>H1</b>	<b>Prävalenzhypothesen</b>		
H1.a	Gemeinwohlorientierte Anreize	X	
H1.b	Selektiv-ergebnisbezogene Anreize		X
H1.c	Soziale Anreize		X
H1.d	Negative Anreize		X
<b>H2</b>	<b>Anreizhypothesen</b>		
H2.a	Gemeinwohlorientierte Anreize	X	
H2.b	Selektiv-ergebnisbezogene Anreize		X
H2.c	Soziale Anreize		X
H2.d	Negative Anreize	X	
<b>H3</b>	<b>Strukturhypothese</b>	X	

Die durch das CVM eruierten Drittvariablen üben substantielle Einflüsse auf die Erklärungskraft der Modelle aus und unterstreichen die Dimensionen „können“, „wollen“ und „gefragt werden“ (Verba et al. 1995, S. 15). Die zentralen Erkenntnisse werden zusammengefasst und eingeordnet. Die Internetnutzung hat einen statistisch signifikanten positiven Effekt auf die Wahrnehmung gemeinwohlorientierter und selektiv-ergebnisbezogener Anreize. Der direkte positive Effekt auf die Online-Partizipation unterstreicht die Bedeutung der Internetnutzung als Proxy der internetspezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen. Geschlechterdifferenzen konnten für Online-Konsultationsverfahren nicht direkt festgestellt werden, was auch vorherigen Befunden aus Evaluationsstudien entspricht (siehe Abschnitt 2.3.3). Die empirischen Ergebnisse von Schöttle (2019, S. 335) lassen allerdings vermuten, dass Männer eher durch die politische Einflussnahme zur Online-Partizipation motiviert sind als Frauen. In diese Richtung führen beispielsweise die Befunde von Gustafson und Hertting (2017), wonach Frauen eher aus Kompetenz- als aus Gemeinwohl-Motiven partizipieren. Aufgrund der Bedeutung gemeinwohlorientierter Anreize ist es also möglich, dass die Modelle Geschlechterdifferenzen unterschätzen. Entsprechende direkte Effekte konnten aber nicht festgestellt werden.

Die Indikatoren der politischen Involvierung haben einen substantiellen Einfluss auf die Wahrnehmung der Partizipationsanreize und auf die Online-Partizipation. Bürger:innen, die den Einbezug in den politischen Willensbildungsprozess als wichtig erachten, sich selbst als politisch kompetent beurteilen und das

politische System für responsiv halten, stimmen gemeinwohlorientierten Anreizen stärker und negativen Anreizen (mit Ausnahme der Responsivität) schwächer zu. Bürger:innen mit einem stärkeren Wunsch nach politischer Involvierung und mit stärkeren Kontrollüberzeugungen über eigene politische Kompetenzen und Fähigkeiten nehmen signifikant häufiger an Online-Konsultationsverfahren teil. Offen bleiben etwaige Interaktionsbeziehungen zum politischen Interesse, die in den Modellen nicht untersucht wurden.

Schließlich hat die soziale Integration durch Mitgliedschaften in Organisationen oder Vereinen keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Wahrnehmung positiver Anreize. Dagegen werden negative Anreize von Vereins- oder Organisationsmitgliedern etwas weniger stark wahrgenommen. Für jede der drei Dimensionen konnten Effekte sowohl auf die Prävalenz der Partizipationsanreize als auch auf die Online-Partizipation konstatiert werden, was die Bedeutung und Erklärungskraft des CVMs untermauert. Im nächsten Kapitel werden Implikationen der Ergebnisse für die Online-Partizipation thematisiert.

---

## **6.2 Implikationen der Ergebnisse für die Untersuchung von Online-Partizipation**

Nach einer Übersicht zu den zentralen Ergebnissen werden nun die Implikationen für die Forschung zur Online-Partizipation im Allgemeinen und zu Online-Konsultationsverfahren im Speziellen diskutiert. Zunächst werden die empirischen Ergebnisse unter Berücksichtigung des Anreizmodells beurteilt. Hiernach werden die Ergebnisse der Analyse hinsichtlich der Mobilisierungsfähigkeit zur Online-Partizipation betrachtet. Im Anschluss wird die präskriptive Frage nach „besseren“ Gründen beantwortet. Schlussendlich werden praktische Implikationen für Online-Konsultationsverfahren vorgeschlagen.

### **6.2.1 Interpretation der Ergebnisse entlang eines Anreizmodells politischer Online-Konsultation**

Die Theorie der rationalen Entscheidung bietet eine allgemeingültige Erklärung an, um Handlungsbedingungen und Handlungen zu verstehen. Auf dieser theoretischen Grundlage konnte ein Anreizmodell abgeleitet werden und empirisch am Gegenstand der politischen Online-Konsultation überprüft werden. Dabei zeigt sich, dass eine „weite“ Version der RCT zum Erkenntnisgewinn beiträgt, weil positive und negative Anreize sowohl theoretisch als auch empirisch einen



Erklärungsgehalt aufweisen. Dies zeigt sich insbesondere durch die Geltung gemeinwohlorientierter sowie negativer Anreize. Die Ergebnisse werden nun unter Berücksichtigung des intendierten Anreizmodells diskutiert.

Erstens konnte die theoretisch intendierte Komplexität eines Anreizmodells zunächst nicht durch die Daten unterstützt werden. Abweichungen, insbesondere zum *General Incentive Model* (Seyd und Whiteley 1992), sind bezüglich der (modifizierten) gemeinwohlorientierten und selektiv-prozessbezogenen Anreize zu konstatieren. Einerseits bilden kollektive, moralische und expressive Anreize einen gemeinsamen Anreiztypen der Gemeinwohlorientierung, der durch eine internale Motivation gekennzeichnet ist. Der Anreiztyp transzendiert instrumentelle Partizipationsziele, indem moralische und expressiv-affektive Anreize gemeinsam mit kollektiven Anreizen variieren. Bisherige Studien haben zwar die Bedeutung kollektiver und moralischer Anreize hervorgehoben, diese allerdings als analytisch distinkt betrachtet (Opp und Finkel 2001; Aitamurto et al. 2017). Die gemeinsame Variation in den Daten könnte ein Hinweis darauf sein, dass kollektive Anreize allein kein hinreichendes Partizipationsmotiv darstellen, sondern mit einem intrinsischen Verantwortungsgefühl oder affektiven Bindungen einhergehen müssen, um ein Trittbrettfahrer:in-Motiv zu überwinden. Andererseits konnte kein selektiv-prozessbezogener Anreiz identifiziert werden. Hierdurch konnte ein zentraler Anreiztyp, der von unterschiedlichen Studien als relevant eingeschätzt wurde (Gustafson und Hertting 2017; Aitamurto et al. 2017), durch die Daten nicht repliziert werden. Es ist anzunehmen, dass die Messung selektiver Anreize, die sich auf die Einbringung persönlicher Fähigkeiten oder Erzielung eines thematischen Sachverstandes beziehen, spezifischer das Online-Medium beachten sollten. Weiterführende Forschung sollte demnach an diese Befunde anknüpfen und die Messung weiterentwickeln. Auch ist es möglich, dass der „Spaß“ an der Diskussion analytisch von Kompetenzmotiven (Sachverstand und Fähigkeiten) getrennt werden muss (Aitamurto et al. 2017, S. 1256). Konzeptionell bietet sich hierbei der Rückgriff auf die Forschung zur *Gamification* in Online-Umwelten an (Hoffmann 2020), um durch spielerische Elemente einen selektiven Partizipationsanreiz zu stimulieren. Spaß an der Diskussion oder der Problemlösung, Zeitvertreib und Kreativität könnten entsprechende Anreize darstellen. Trotz der Abweichung zur intendierten Komplexität besteht Anschlussfähigkeit und Überschneidung zu in der Forschung verwendeten Anreiztypen (Clark und Wilson 1961; Wilson 1973; Schlozman et al. 1995; Gustafson und Hertting 2017).

Zweitens konnten zentrale Faktoren durch das Anreizmodell identifiziert werden, die zur politischen Online-Partizipation motivieren. Bürger:innen partizipieren aufgrund gemeinwohlorientierter Anreize, während negative Anreize

die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren hemmen. Der gemeinwohlorientierte Anreiz reflektiert das Bedürfnis nach politischer Einflussnahme, das gemeinsam mit Verantwortungs- und Bindungsgefühlen variiert. Einflussnahme kann hier auch mit Unzufriedenheit, zum Beispiel mit der gegenwärtigen Verkehrsinfrastruktur, einhergehen, sofern es sich um die Bereitstellung eines Kollektivguts handelt. Bemerkenswerterweise tritt das Bedürfnis nach Einflussnahme dabei unabhängig von der rechtlichen Unverbindlichkeit der Online-Konsultation auf (siehe Abschnitt 2.2.3). Die Teilnahme erfolgt aber nicht aus einem „symbolischen“ Charakter (Ritzi und Wagner 2016, S. 309), sondern aus einem genuin politischen Motiv (Kaase und Marsh 1979, S. 42). Der negative Anreiz reflektiert die individuelle Betroffenheit durch den Partizipationsgegenstand. Desinteresse am Thema geht mit einer geringeren Bereitschaft einher, notwendige Zeit zu investieren, und die Teilnahme wird eher als langweilig wahrgenommen. Im Umkehrschluss partizipieren Bürger:innen, weil sie das Thema interessiert, die Partizipation deshalb nicht als langweilig betrachten und bereit sind, Zeit in die Teilnahme einzubringen. Die Bedeutung der beiden Faktoren für Teilnehmer:innen an Online-Konsultationsverfahren schließt an Befunde vorheriger Studien an (Rottinghaus und Escher 2020; Gustafson und Hertting 2017). Beide Motive entkräften zu einem gewissen Grad die skeptische Perspektive deskriptiver Demokratietheorien auf die Rolle der Bürger:innen: Weder verfolgen Bürger:innen striktes, egoistisches Eigeninteresse noch sind die Teilnehmenden politisch uninformiert oder gleichgültig gegenüber dem Partizipationsgegenstand.

Dieser Befund hat allerdings einen nicht unerheblichen Preis: Gemeinwohlorientierte Anreize sind sozial stratifiziert und bilden Bedürfnisse statushoher Bürger:innen ab. Nach Maslow (1943) und Inglehart (1977) liegt die Interpretation nah, dass es sich bei gemeinwohlorientierten Anreizen um die Befriedigung postmaterialistischer Bedürfnisse handelt. Die grundlegenden (ökonomischen) Bedürfnisse statushoher Bürger:innen sind eher erfüllt, sodass postmaterielle Ziele durch die Partizipation verfolgt werden. Der postmaterialistische Charakter der gemeinwohlorientierten Anreize wird durch die Korrelation mit der Wahrnehmung der Wichtigkeit der politischen Involvierung von Bürger:innen unterstützt. Letzteres ist ebenfalls ein zentrales Merkmal postmaterialistischer Wertorientierung (Inglehart 1977, 21 ff.). Für alle Befragten konnte eine negative Assoziation zwischen Bildungsressourcen und gemeinwohlorientierten Anreize zwar nur bivariat festgestellt werden, in der Gesamtbewertung der Ergebnisse zeigt sich aber, dass die „üblichen Verdächtigen“ eher von positiven Anreizen profitieren, während negative Anreize annäherungsweise zwischen diesen Gruppen gleichverteilt sind. Denn in Bezug auf negative Anreize ist keine Verzerrung zugunsten der „üblichen Verdächtigen“ festzustellen. Dies ist insofern

überraschend, weil status-hohe Bürger:innen von spezifischen Themen der Infrastruktur wie dem Radverkehr tendenziell stärker betroffen sind (Hudde 2022). Dass die negativen Anreize nicht entsprechend der formalen Bildung variieren, könnte aber auf vorherige Selektionsmechanismen bei der Befragung hindeuten. Die Bedeutung der Gemeinwohlorientierung und Betroffenheit könnte teilweise durch die Gelegenheitsstruktur der lokalen Ebene bedingt werden. Vermutlich übt die unmittelbare Alltagserfahrung mit dem Partizipationsgegenstand einen Einfluss auf die Betroffenheit (reflektiert durch den negativen Anreiz) aus. Zugleich nehmen Bürger:innen nicht nur den eigenen politischen Einfluss, sondern auch die Responsivität auf der lokalen Ebene stärker wahr (McDonnell 2020). Allerdings ist der Einfluss der externalen Selbstwirksamkeit auf die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren unklar: Zwar steigt die Wahrnehmung positiver Anreize, wenn die Wahrnehmung der Responsivität steigt, aber ein Einfluss auf negative Anreize konnte genauso wenig beobachtet werden wie ein direkter Effekt auf die Partizipationswahrscheinlichkeit. Möglicherweise bezieht sich die Wahrnehmung der Responsivität eher auf höhere Ebenen des politischen Systems wie die Landes- oder Bundesebene. Insofern spielt diese für lokale Konsultationsverfahren keine Rolle.

Drittens zeigt sich, dass selektiv-ergebnisbezogene und soziale Anreize zwar distinkte Anreiztypen markieren, Bürger:innen, die diesen individualisierten oder persönlichen Motiven zustimmen, aber eine niedrigere Partizipationswahrscheinlichkeit aufweisen, insofern konnten nur marginale Unterschiede zwischen Teilnehmenden und nicht-Teilnehmenden konstatiert werden. Wie bereits umschrieben, unterliegen gemeinwohlorientierte Anreize einer stärkeren sozialen Stratifikation als selektiv-ergebnisbezogene, soziale oder negative Anreize. Gemeinwohlorientierte Anreize als Hauptgrund der Teilnahme reflektiert in erster Linie die Motivation der „üblichen Verdächtigen“, die über eine ausreichende materielle Ausstattung verfügen. Im Vergleich hierzu hätten sich aber deutlichere Befunde bezüglich der selektiv-ergebnisbezogenen Anreize zeigen müssen, um Mobilisierungspotenziale der Online-Partizipation der „unüblichen Verdächtigen“ zu identifizieren. Gustafson und Hertting (2017) schlussfolgern, dass das Eigeninteresse ein zentrales Motiv zur Teilnahme an Konsultationsverfahren für Gruppen darstellt, die politisch eher unterrepräsentiert sind. Unter der Berücksichtigung schwacher Hinweise, dass Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und niedrigem politischen Interesse tendenziell die selektiven Anreize etwas mehr betonen, kann dieser Befund nur unzureichend repliziert werden. Die Ergebnisse zu selektiv-ergebnisbezogenen Anreizen sind dahingehend zu interpretieren, dass Online-Konsultationsverfahren keine hinreichenden Motive zur

individuellen Positionsverbesserung aktivieren oder Bürger:innen keine Erwartung an eine Positionsverbesserung haben. Ähnliches gilt für soziale Anreize, die zu einer Verbesserung des sozialen Prestiges führen, da Beteiligung durch Freund:innen belohnt wird. Soziale Anreize, zumindest in der Operationalisierung der vorliegenden Arbeit, wirken allerdings nicht in die Online-Umwelt hinein. Die Bedeutung sozialer Anreize zeigt sich in Grundzügen beim Vergleich zwischen Bevölkerungs- und Nachbefragung, da in allen Gruppen die Zustimmung zu sozialen Anreizen in der Stichprobe der Nachbefragung etwas stärker ist. Insbesondere Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und hohem politischen Interesse weisen eine höhere Prävalenz auf. Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass die Konsultationsverfahren sowohl Online- als auch Offline-Elemente kombiniert haben. Letztere könnten die Wahrnehmung sozialer Anreize durch „soziale Informationen“ über andere Teilnehmer:innen positiv beeinflussen (Margetts et al. 2011). Soziale Informationen könnten auf Online-Plattformen dagegen defizitär sein, wenn die Online-Diskussion überwiegend anonym geführt wird, sodass stichhaltige Marker über die Beteiligung anderer Menschen fehlen. Ein ähnlicher Mechanismus wurde bereits für Mitgliedschaften in Organisationen und Vereinen vermutet, allerdings konnte kein statistisch signifikanter Effekt zwischen Mitgliedschaften und sozialen Anreizen festgestellt werden.

In der Gesamtbetrachtung bedeuten die Ergebnisse, dass Bürger:innen spezifische Partizipationsziele verfolgen und diese einen substanziellen Beitrag zur Erklärung der Teilnahme anbieten: Während gemeinwohlorientierte Anreize die Teilnahme positiv beeinflussen, hemmen negative Anreize, insbesondere durch eine mangelnde wahrgenommene Betroffenheit, die Partizipationswahrscheinlichkeit. Die empirische Analyse zeigt aber auch, dass „gute Gründe“ allein nicht ausreichen, um Variation in der Teilnahme aufzuklären. Online-Konsultationsverfahren sind in erster Linie durch gemeinwohlorientierte Anreize charakterisiert, gleichzeitig werden hierdurch Merkmale der „üblichen Verdächtigen“ wie hohe Bildungsressourcen und politisches Interesse reflektiert. Im nächsten Kapitel werden die Konsequenzen mit Blick auf die politische Mobilisierung erörtert und das Profil der Teilnehmenden (und nicht-Teilnehmenden) an Online-Konsultationsverfahren geschärft.

## 6.2.2 Politische Online-Partizipation jenseits der „üblichen Verdächtigen“?

Die Interpretation der empirischen Analyse steht im Zusammenhang mit der Frage, ob das Internet einen Einfluss auf die Mobilisierung von Bevölkerungsgruppen ausübt, die am ehesten dem Risiko politischer Apathie, Marginalisierung und fehlender Responsivität ausgesetzt sind. Als Fixpunkt fungiert die Normalisierungsthese, wonach die „üblichen Verdächtigen“ entsprechend den bekannten Stratifikationsmustern am wahrscheinlichsten partizipieren. Das Internet könnte dabei zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren motivieren, jenseits der Faktoren der politischen Involvierung und notwendigen Bildungsressourcen. Die empirischen Hinweise sind allerdings schwach und Bürger:innen mit politischem Interesse und niedrigen Bildungsressourcen sehen sich weiterhin strukturellen Hindernissen ausgesetzt.

Die empirische Analyse unterstreicht, dass die „üblichen Verdächtigen“ in Relation zu allen Vergleichsgruppen stärker zur politischen Online-Partizipation mobilisiert werden. Etwa zwei Drittel der Teilnehmenden an Online-Konsultationsverfahren verfügen über hohe Bildungsressourcen und hohes politisches Interesse. Bei der Diskussion der uni- und bivariaten Verteilung hat sich dieses Muster bereits herauskristallisiert (Abschnitt 5.2.3), sodass Personen mit niedriger Bildung nicht entsprechend ihrem Anteil in der Stichprobe Online partizipieren. In Anbetracht des Forschungsstandes zur Online-Partizipation ist das wenig überraschend. In der Konsequenz sind die „üblichen Verdächtigen“ überproportional hoch in Online-Konsultationsverfahren vertreten. Die Forschung hat gezeigt, dass Bürger:innen mit niedriger formaler Bildung einem höheren Risiko politischer Marginalisierung durch schwächere Responsivität ausgesetzt sind (Schäfer 2010). Personen, die nicht über eine hohe formale Bildung oder hohes politisches Interesse verfügen, sind etwa um den Faktor 4 in diesen Verfahren unterrepräsentiert. Der proportionale Anteil von Bürger:innen mit niedriger Bildung steigt, wenn ein hohes politisches Interesse besteht. Aus beiden Gruppen sind zwar Partizipierende vertreten, im Sinne der deskriptiven Repräsentation wird aber nicht der Anteil in der Bevölkerung respektive Stichprobe erreicht. Die soziale Selektivität folgt den Befunden zur unkonventionellen Partizipation, sodass die deskriptive Repräsentation schwächer ausgeprägt ist als in konventionellen Partizipationsformen (Ritzi und Wagner 2016; Schäfer 2010). Bezüglich des formalen Bildungsniveaus fungiert die Online-Partizipation demnach als „weapon of the strong“ (Schlozman et al. 2010).

Nach Verba könnten die Befunde für das normative Ideal politischer Gleichheit bisweilen eine untergeordnete Rolle spielen, wenn Bürger:innen aufgrund

politischen Desinteresses oder fehlender Betroffenheit nicht partizipieren (2003, S. 666–667). Gleichzeitig sind Bürger:innen in Online-Konsultationsverfahren mit niedrigen Bildungsressourcen auch dann tendenziell unterrepräsentiert, wenn diese ein Interesse an Politik haben (LRS = 0,1; siehe Abschnitt 5.2.3). Für eine Mobilisierung durch das Internet hätte gesprochen, wenn deutlichere Unterschiede zwischen Bürger:innen mit hohen Bildungsressourcen und niedrigem politischen Interesse zu verzeichnen wären. Stattdessen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass ressourcenbasierte Barrieren auch unter den Bedingungen des Internets stabil bleiben und neue Formen annehmen (van Deursen und van Dijk 2019).

Durch die Kontrastierung von Bildungsressourcen und politischem Interesse konnte gezeigt werden, dass Bürger:innen, die partizipieren „wollen“, auch im Internet stärkeren Teilnahme-Restriktionen unterliegen als Bürger:innen mit hohen Bildungsressourcen. Es ist nicht die fehlende Betroffenheit oder Zeit (negative Anreize sind annähernd gleichverteilt über die Gruppen), die die Online-Partizipation hemmen. Die Online-Konsultation erfordert spezifische Ausdrucksfähigkeiten, um Vorschläge oder Standpunkte zu formulieren, die wiederum durch Bildungsressourcen positiv beeinflusst werden. Ferner könnten die Befunde auf einen *second-level digital divide* hindeuten (van Deursen und van Dijk 2019). Einerseits beeinflussen internetspezifische Fähigkeiten die Online-Partizipation positiv. Andererseits könnte die Nutzung verschiedener Endgeräte im Zusammenhang mit Online-Konsultationsplattformen stehen. Aufgrund unterschiedlicher Funktionen (z. B. Kartenmarkierungen) und Diskussionsforen oder *Threads* sind die Plattformen in der Regel nicht für *Smartphones* optimiert. Auch könnte eine Vielzahl von Kommentaren zur Unübersichtlichkeit der Plattform führen, sodass die Teilnahme über einen Laptop oder Desktop-Computer einfacher ist. Bürger:innen, die ausschließlich das *Smartphone* als Internetzugang nutzen, könnten demnach weniger von Online-Plattformen profitieren als Bürger:innen, die eher oder zusätzlich über einen Laptop verfügen (Napoli und Obar 2014). Sodann gibt es empirische Hinweise auf einen *second-level digital divide*, da die Nutzung unterschiedlicher Endgeräte mit dem sozialen Status zusammenhängt beispielsweise Personen mit hoher formaler Bildung eher einen Laptop besitzen (van Deursen und van Dijk 2019). Napoli und Obar (2014, S. 323) folgern hieraus eine „mobile internet underclass“. Das Internet ermöglicht also nicht per se eine niederschwellige Teilnahme an Konsultationsverfahren. Neben den Einflüssen der generellen Internetnutzung markiert der Zugang über verschiedene Geräte eine Distinktionsgrenze. Dies könnte ebenfalls erklären, warum die Differenz zwischen Bürger:innen mit hoher formaler Bildung/niedrigem Interesse und niedriger formaler Bildung/hohem Interesse nur geringfügig ausfällt. Erstere

profitieren bei hoher Betroffenheit vom Partizipationsgegenstand trotz fehlendem politischen Interesse eher von der Opportunitätsstruktur des Internets als Letztere.

Die Diskussionsergebnisse sind nun nützlich, um das Profil der „üblichen Verdächtigen“ in politischen Online-Konsultationsverfahren zu schärfen: Teilnehmende an Online-Konsultationsverfahren zeichnen sich sowohl durch hohe Bildungsressourcen als auch durch politisches Interesse aus. Durch die regelmäßige Nutzung des Internets verfügen sie über digitale Fähigkeiten und Kompetenzen und profitieren so von der Zeit- und Ortsunabhängigkeit der Online-Plattform. Darüber hinaus nehmen die „üblichen Verdächtigen“ die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen als wichtig wahr, trauen sich zu, politische Prozesse zu verstehen und an politischen Diskussionen teilzunehmen. Zugleich sind sie durch Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen stärker sozial integriert, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, zur Partizipation aufgefordert zu werden. Die „üblichen Verdächtigen“ nennen als primäres Partizipationsziel die Gemeinwohlorientierung, das heißt die politische Einflussnahme und das Gefühl der Verpflichtung und Verbundenheit mit der Stadt oder Gemeinde und nehmen eine stärkere Betroffenheit durch den Partizipationsgegenstand wahr, die sich in Themeninteresse, weniger Langeweile und einer höheren Bereitschaft, Zeit für Partizipation zu investieren, ausdrückt.

Jenseits der zentralen Erklärungsfaktoren Bildungsressourcen und politisches Interesse sind die gemeinwohlorientierten und negativen Anreize zentral, um nachzuvollziehen, warum Bürger:innen teilnehmen – und warum nicht. Bürger:innen, die sich nicht an Online-Konsultationsverfahren beteiligen, bewerten die Möglichkeit der politischen Einflussnahme, das Gefühl gesellschaftlicher Verantwortung und die Verbundenheit grundsätzlich (und über alle Gruppen hinweg) niedriger als Teilnehmer:innen an diesen Verfahren. Nicht-Teilnehmende fühlen sich auch weniger von dem Partizipationsgegenstand betroffen, sodass Partizipation eher als langweilig betrachtet wird und diese Personen weniger gewillt sind, Zeit für die Partizipation zu investieren. Wenngleich direkte Effekte in den Regressionsmodellen nicht nachgewiesen werden konnten, deuten die deskriptiven Befunde auf mögliche Mobilisierungsmechanismen der „unüblichen Verdächtigen“ durch selektiv-ergebnisbezogene Anreize hin. Einerseits ist die Prävalenz nicht durch die Gruppenzugehörigkeit zu den „un-/üblichen Verdächtigen“ beeinflusst. Andererseits hat sich in der deskriptiven Analyse der Partizipationsmotive von Teilnehmenden gezeigt (Abschnitt 5.5.1), dass Bürger:innen mit niedrigen Bildungsressourcen und niedrigem politischem Interesse einer potenziellen Positionsverbesserung am stärksten zustimmen. Dieser Befund wird durch die Untersuchung der Stichprobe der Nachbefragung unterstrichen: Im Vergleich zu allen anderen Befragten stimmen die „unüblichen Verdächtigen“

dem selektiv-ergebnisbezogenen Anreiz am stärksten zu. Jenseits der Faktoren Bildung und Interesse könnte dieser Anreiz Bürger:innen motivieren, die am ehesten politischer Apathie und Marginalisierung ausgesetzt sind.

### 6.2.3 Gibt es „bessere“ Gründe zur Online-Partizipation?

Das entwickelte Anreizmodell rekurriert auf den theoretischen Rahmen der „guten Gründe“ (Beyer und Schnabel 2017, S. 75) einer individuellen Handlungsentscheidung. Damit wurde die Prämisse formuliert, dass Online-Partizipation durch die Antizipation von Vor- und Nachteilen bedingt ist. Die empirischen Ergebnisse bieten einen Hinweis an, dass Prävalenz und Einfluss von Partizipationsanreizen im Zusammenhang zur Sozialstruktur stehen. Neben der deskriptiven beinhaltet die Diskussion über ein Anreizmodell auch eine präskriptive Perspektive. Letztere wird nun beleuchtet, denn die Frage nach „guten“ Gründen legt analogisch die Frage nach „besseren“ Gründen nahe.

Aufgrund der Terminologie könnten gemeinwohlorientierte Anreize als wünschenswert und selektiv-ergebnisbezogene Anreize als egoistisch und damit gesellschaftlich als weniger wünschenswert beurteilt werden. Unabhängig der Diskussion von richtigen oder falschen Bedürfnissen eines „eindimensionalen Menschen“ (Marcuse 1967), sollten Werturteile über Anreiztypen nicht vorschnell getroffen werden. Einerseits hat die Arbeit gezeigt, dass Partizipationsziele sozial verankert und von der materiellen Basis abhängig sind. Andererseits, mit Verweis auf Mansbridge (1990), kann vom identifizierten Motiv nicht automatisch auf eine wünschenswerte Handlung geschlossen werden:

*Although most moral systems praise acts done for the good of others, acting from self-interest does not automatically generate either bad consequences or bad character. Nor do duty and love, which can produce tyrannical consequences and personalities, deserve only praise (Mansbridge 1990, S. 12).*

Im vorherigen Kapitel wurde argumentiert, dass selektiv-ergebnisbezogene Anreize vermutlich „unübliche Verdächtige“ zur Partizipation mobilisieren könnten. Hieran schließt sich allerdings die (definitorische) Frage an, inwiefern direkt-monetäre Anreize das Partizipationsmerkmal der Freiwilligkeit verletzen (Kaase und Marsh 1979, S. 42). Nicht nur auf selektive Anreize bezogen, sondern in der Gesamtbetrachtung ist ferner die Frage zu stellen, ob es gesellschaftlich wünschenswert ist oder zur Entmündigung führt, wenn Verwaltung und Politik



die Teilnahme durch *nudges* beeinflussen (Thaler und Sunstein 2008). Die Diskussion über libertär-paternalistische Eingriffe nimmt durch das Internet, *Apps* oder *Smartphones* und einhergehenden *User Experience Designs* an Bedeutung zu (Mühlhoff 2018; Montag 2022). Die Bewertung dürfte dabei umso kritischer ausfallen, je stärker sozialer Status und Ressourcen einen Einfluss auf die nicht-Beteiligung ausüben. Es stellt sich demnach eine Dilemma-Situation ein zwischen der Mobilisierung und Repräsentation auf der einen Seite und der Beeinflussung, Manipulation und *Nudging* auf der anderen Seite.

Obwohl es keine „besseren“ Gründe für Partizipation gibt, hat der Nachweis von „guten Gründen“, die über die instrumentelle Funktion der politischen Einflussnahme und Betroffenheit hinausgehen, eine wichtige Implikation: Eine rein instrumentelle Funktion der Online-Partizipation unterschlägt, dass gemeinwohlorientierte Anreize mit sozialen Verantwortungs- und Verbundenheitsgefühlen einhergehen. Pateman (1970, S. 108) hat darauf hingewiesen, dass Partizipation durch Partizipation gelernt wird und dass die Institutionalisierung politischer Einflussnahme einen wichtigen Beitrag zur Sozialisierung demokratischer Werte und Normen leistet. Politische Online-Konsultationsverfahren – trotz sozialer Stratifikation – können eine wichtige didaktische Funktion erfüllen, die über die Artikulation und Aggregation von Interessen oder Präferenzen hinausgeht.

## 6.2.4 Praktische Implikationen des Anreizmodells

Die empirischen Ergebnisse können genutzt werden, um praktische Implikationen für die Durchführung von Online-Konsultationsverfahren vorzuschlagen. Inklusion und die Mobilisierung von politikfernen oder marginalisierten Bevölkerungsgruppen sind wichtige Erfolgskriterien bei der Beurteilung von Konsultationsverfahren durch die Initiator:innen (Abschnitt 2.2.3).

Hierbei hat die Forschung bereits gezeigt, dass personalisierte Einladungen einen Einfluss auf die Mobilisierung ausüben, indem Informationskosten gesenkt werden (Rottinghaus und Escher 2020). Der Effekt könnte verstärkt werden, wenn gemeinwohlorientierte, selektiv-ergebnisbezogene und soziale Anreize adressiert werden: Für die Anbieter:innen von Online-Konsultationsverfahren dürfte die Aktivierung gemeinwohlorientierter Anreize den kostengünstigsten Mobilisierungspfad darstellen, wovon die „üblichen Verdächtigen“ zwar am ehesten profitieren, da jedoch die Zustimmung über alle Gruppen hoch ist, werden tatsächlich alle Bürger:innen angesprochen. Hierbei ist es wichtig, den politischen Einfluss hervorzuheben und an die Verantwortung als Bürger:in zu appellieren

einen Beitrag für die Gemeinschaft der Stadt oder Gemeinde zu leisten. Eine klassische Mobilisierung führt über die monetäre Incentivierung (Baron 2023). Es dürfte aber wenig praktikable sein, direkte finanzielle Beiträge an Bürger:innen auszuzahlen. Vermutlich könnten bereits Verlosungen von Gutscheinen dazu beitragen, einen selektiv-ergebnisbezogenen Anreiz zu aktivieren, um Bürger:innen jenseits partizipationsrelevanter Ressourcen zu mobilisieren und die Repräsentation der „unüblichen Verdächtigen“ zu fördern. Aber auch nicht-monetäre Anreize tragen zur Mobilisierung bei, wenn individuelle Vorteile oder Vorteile für bestimmte, abgrenzbare Zugehörigkeitsgruppen betont werden (Gustafson und Hertting 2017).

Die Aktivierung sozialer Anreize setzt spezifische Bedingungen voraus. Dies hängt mit fehlenden sozialen Informationen auf den Konsultationsplattformen zusammen. Wenn Beiträge auf einer Plattform nicht individuell zurechenbar sind (beispielsweise aufgrund anonymer Nutzer:innenprofile), sind soziale Belohnungsmechanismen eher unwirksam. Wie in der Praxis häufig unternommen und unter dem Stichwort „blended participation“ diskutiert (Kersting 2016, S. 111), stärkt die Einbindung der Online-Konsultationsverfahren in vor Ort Veranstaltungen vermutlich die Relevanz sozialer Anreize. Ferner hat der Effekt negativer Anreize gezeigt, dass der Partizipationsgegenstand beziehungsweise die Thematik beeinflusst, wer (nicht) an Online-Konsultationsverfahren teilnimmt. Beteiligungsangebote zur „Oper der Zukunft“ (siehe Abschnitt 1.1) sind vermutlich weniger geeignet, um jenseits der „üblichen Verdächtigen“ Bürger:innen zu motivieren und zu mobilisieren. Von Vorteil wiederum ist die lokale Ebene, die weniger abstrakte Problemlagen (höherer politischer Ebenen), sondern vielmehr die unmittelbare Lebenswelt der Bürger:innen betrifft. Diese sind wahrscheinlich eher kleinräumig als großräumig und beziehen sich auf nahegelegene Parkanlagen, Einkaufsmöglichkeiten oder Kindertagesstätten. Dies impliziert, dass die Zielsetzung der Konsultationsverfahren aus Perspektive der Initiator:innen (Politik oder Verwaltung) weniger auf Effizienz- als vielmehr auf Akzeptanzsteigerung und didaktische Potenziale der Partizipation fokussiert.

### 6.3 Limitation und Generalisierbarkeit eines Anreizmodells

Wie jede wissenschaftliche Untersuchung unterliegt auch die vorliegende Arbeit Limitationen, die die Generalisierbarkeit der Ergebnisse vermindert. Dies betrifft in erster Linie Fehlerquellen auf Mess- und/oder Repräsentationsebene (Groves 2011; Faulbaum 2014; Sen et al. 2021).

Kritisch zu bewerten ist die Erhebung von Partizipationsgründen (und -hindernissen) eingebettet in einer hypothetischen Situation eines Online-Konsultationsverfahrens zum Thema der Verkehrsinfrastruktur. An unterschiedlichen Stellen der Arbeit wurden potenzielle Fehlerquellen und Verzerrungen hierzu thematisiert, auszuschließen sind diese dadurch nicht. Weiterhin könnte das Konstrukt gemeinwohlorientierter Anreize durch die Indikatoren der kollektiven, moralischen und expressiven Anreize auf eine fehlende semantische Trennschärfe zurückgeführt werden. Auch die Operationalisierung expressiver Anreize über einen Einzelindikator kann zur fehlerbehafteten Messung führen. Zukünftige Forschung sollte stärker auf die Bedingungen des Internets für selektiv-prozessbezogene Anreize eingehen. Es ist nicht auszuschließen, dass selektiv-prozessbezogene Anreize eine Rolle zur Partizipationsentscheidung einnehmen, die durch das modifizierte Anreizmodell nicht berücksichtigt wurde. Das Ergebnis, dass sich die Indikatoren nicht in ein Faktorraster einordnen lassen, ist nicht gleichbedeutend damit, dass diese für die Entscheidung über eine Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren irrelevant sind. Ferner ist es möglich, dass die Erhebung der positiven und negativen Partizipationsanreize Effekten sozialer Erwünschtheit unterliegt (Klein 2006, S. 49). Oder, dass die Zustimmung zu Indikatoren gemeinwohlorientierter Anreize insbesondere dem (postmaterialistischen) Selbstbild der „üblichen Verdächtigen“ als politisch verantwortungsbewusste Bürger:innen mit Gemeinschaftssinn entspricht. Dies könnte dazu führen, dass selektiv-ergebnisbezogene oder soziale Anreize (bewusst oder unbewusst) unterschätzt werden.

Zudem beruht die Operationalisierung der „üblichen Verdächtigen“ auf einer einfachen Kreuztabellierung von formaler Bildung und politischem Interesse. Die Dichotomisierung der Ausprägungen geht dabei mit einem Informationsverlust einher. Auch sollten weitere Indikatoren der sozioökonomischen und kognitiven Ressourcenausstattung wie das Haushaltseinkommen oder der Migrationshintergrund zur prononcierten Betrachtung herangezogen werden. Aufgrund der Daten konnte das Alter der Befragten nicht in die Modelle aufgenommen werden (siehe Fußnote 45). Entsprechend der Studienlage ist allerdings von Mobilisierungsmechanismen zugunsten jüngerer Bürger:innen auszugehen (Di Gennaro 2006; Oser

et al. 2013). Zu einem begrenzten Anteil konnte dieser Effekt durch die Internetnutzung kontrolliert werden, da insbesondere jüngere Menschen das Internet nutzen und über entsprechende Fähigkeiten verfügen (Di Gennaro 2006; Escher 2013, S. 462). Des Weiteren könnte die vorherige Partizipationserfahrung (Online oder Offline) der „üblichen Verdächtigen“ einen relevanten Einflussfaktor für die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren darstellen. Frühere Ergebnisse deuten auf diesen Einfluss hin (Rottinghaus und Escher 2020). Da aber auch diese partizipatorische Erfahrungen von Bildungsressourcen und politischem Interesse abhängen, ist es fraglich, ob entsprechende Effekte separiert werden können oder die vorherige Partizipation lediglich sozioökonomische Merkmale reflektiert.

Trotz dieser Kritikpunkte hat sich allerdings auch gezeigt, dass die Hauptbefunde durch die alternative Stichprobe einer Nachbefragung von Online-Konsultationsverfahren reproduziert werden konnten. Ferner konnten Unterschiede (und Gemeinsamkeiten) zwischen Teilnehmenden und nicht-Teilnehmenden eruiert werden. Insofern bietet die empirische Analyse einen Erklärungsbeitrag an, da vorherige Studien zur Online-Konsultation (mit wenigen Ausnahmen) vorrangig Teilnehmende untersuchen. Die dargelegten Limitationen betreffen in erster Linie die Mess- und Konstruktebene des Anreizmodells. Potenzielle Fehlerquellen auf Repräsentationsebene werden nun diskutiert, denn die Datengrundlage der empirischen Analyse lässt nur eingeschränkt Aussagen über die deutsche Grundgesamtheit zu. Obwohl die Ergebnisse robust sind, wenn die Analyse nur in einer Kontexteinheit durchgeführt wird (siehe Fußnote 63 und Fußnote 73), ist die Übertragbarkeit auf die Grundgesamtheit kritisch zu hinterfragen.

Erstens wurden die Kontexteinheiten der Datenerhebung nicht zufällig ausgewählt, eine statistische Repräsentation ist nur innerhalb der Kontexte, aber nicht in der kumulierten Stichprobe gegeben. Außerdem hat die Datenerhebung in unterschiedlichen Zeiträumen stattgefunden. An dieser Stelle soll noch einmal auf die Zusammenführung der beiden Stichproben aus Hamburg-Ottensen hingewiesen werden. Hier wurden zwei Stichproben unabhängig voneinander gezogen und die Daten im Abstand von ca. einem Jahr erhoben. Für die Auswertung wurden beide Erhebungen zusammengefasst. Zweitens finden sich unter den untersuchten Kontexten keine ostdeutschen Städte. So unterscheidet sich weiterhin die ost- von der westdeutschen Population beispielsweise bei der Zufriedenheit mit der Demokratie (Westle 2022). Da insbesondere gemeinwohlorientierte Anreize einen Einfluss auf die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren ausüben, die direkt oder indirekt mit demokratisch-gesellschaftlichen Werten und Normen zusammenhängen, ist die Generalisierbarkeit der Effekte problematisch. Drittens könnte das spezifische *Framing* der Umfrage, nämlich individuelle Mobilitätsbedürfnisse

und die zukünftige Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur, zu Selektionseffekten führen (Faulbaum 2019, 135 ff.; Voogt und Saris 2005). Von spezifischen Themen des Individualverkehrs wie dem Radverkehr sind Bürger:innen mit hoher formaler Bildung stärker betroffen (Hudde 2022). Dies könnte die ohnehin verzerrte Repräsentation bei (schriftlichen) Bevölkerungsumfragen zugunsten von Hochgebildeten zusätzlich verstärken (Faulbaum 2019, 561 ff.). Umgekehrt führt die Unterrepräsentation von Bürger:innen mit niedrigerer formaler Bildung zu methodischen Problemen. So hat sich bei der Analyse gezeigt, dass die Zellbesetzung für Befragte mit niedrigen Bildungsressourcen und schwachem politischen Interesse gering ist. Es ist möglich, dass Effektkoeffizienten unterschätzt werden oder bei niedriger Fallzahl einen zu großen statistischen Fehler aufweisen, sodass Hypothesen voreilig abgelehnt werden. In der Konsequenz war es nicht möglich, separate Modelle für die jeweiligen Gruppen der „un-/üblichen Verdächtigen“ oder Interaktionseffekte zwischen Anreiztypen und Gruppenzugehörigkeit zu berechnen. Entsprechende Analysen hätten womöglich dazu beigetragen, divergierende Wirkungszusammenhänge unmittelbar offenzulegen.

Da Informationen über (potenzielle) Partizipationsmotive und Partizipationshandlungen der Bürger:innen aufgrund des Querschnittsdesigns lediglich für einen Zeitpunkt vorliegen, gehen spezifische Einschränkungen über die mögliche Kausalität der untersuchten Zusammenhänge einher. Neben der gängigen Forderung nach Panel-Befragungen könnte zukünftige Forschung eine Bevölkerungsumfrage mit experimentellen Elementen in Betracht ziehen (Masch und Rosar 2020). Dieser Vorschlag wird im nächsten Kapitel zu Forschungsdesideraten näher erläutert. Trotz der Limitationen können auf Grundlage der untersuchten Daten Rückschlüsse zur Stratifikation und (deskriptiven) Repräsentation politischer Online-Partizipation sowie zu partizipationsspezifischen Anreizen gezogen werden. Die Kumulation der unterschiedlichen Stichproben wurde damit begründet, dass weniger inferenzstatistische Aussagen als vielmehr Wirkungszusammenhänge im Fokus der Arbeit stehen und damit eine ausreichende Zellenbesetzung angestrebt wurde. Wie im vorherigen Absatz dargestellt, war dieses Vorgehen notwendig. Die Robustheit und Generalisierbarkeit der Ergebnisse muss schließlich durch zukünftige Forschung unter Beweis gestellt werden.

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





# Schluss – Bedeutung eines Anreizmodells für die politische Soziologie

# 7

Die vorliegende Arbeit hat das Dreiecksverhältnis zwischen Demokratie, Digitalisierung und Partizipation untersucht. Ein Mindestmaß an Teilhabe ist eine Grundvoraussetzung der Demokratie und politische Partizipation hat das Ziel, Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess auszuüben. Gleichfalls wird politische Partizipation als Möglichkeit betrachtet verschiedenen demokratischen Krisensymptomen entgegenzuwirken und demokratische Stabilität zu fördern. Durch die Digitalisierung besteht prinzipiell eine orts- und zeitunabhängige Möglichkeit zur politischen Teilhabe und neue Partizipationsformen haben sich über die vergangenen Jahre etabliert (Theocharis und van Deth 2016). Eine zentrale These lautet hierbei, dass das Internet zur demokratischen Repräsentation und zur politischen Gleichheit beiträgt. Von den Opportunitäten des Internets sollten in der Konsequenz nicht ausschließlich die „üblichen Verdächtigen“ profitieren, die durch soziale und demografische Merkmale wie ein hohes formales Bildungsniveau und politisches Interesse charakterisiert sind, sondern verstärkt die „unüblichen Verdächtigen“, die aufgrund deskriptiver Merkmale normativ und empirisch als politisch unterrepräsentiert gelten.

Der Fokus der Untersuchung wurde auf Top-down initiierte Online-Konsultationsverfahren gelegt, die vorrangig (aber nicht ausschließlich) auf der lokalen Ebene zur politischen Mitbestimmung konkreter Partizipationsgegenstände durchgeführt werden. Diese können sich beispielsweise um die Gestaltung nachhaltiger Mobilität oder andere infrastrukturellen Maßnahmen drehen. Die Relevanz des Untersuchungsgegenstandes resultiert einerseits aus der potenziellen Mobilisierung bisher unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen durch das Internet. Andererseits aus der praktischen Bedeutung dieser Partizipationsverfahren und der zunehmenden Forderung der Bürger:innen nach politischer Teilhabe. Die

vorliegende Arbeit hat deshalb die Frage nach der politischen Online-Partizipation jenseits der „üblichen Verdächtigen“ adressiert. Es war das vorrangige Ziel, ein allgemeines Anreizmodell politischer Online-Partizipation zu entwickeln und am Untersuchungsgegenstand der Top-down initiierten Online-Konsultation empirisch zu konkretisieren und zu testen. Dieses Vorgehen führt zur Identifizierung eines empirischen Anreizmodells und der Überprüfung der formulierten Hypothesen. Hervorzuheben sind die Entwicklung und Formulierung spezifischer Frage-Items zur Erhebung von Teilnahme-Gründen und -Hindernissen. Weiterhin wurden die Partizipationsmotive nicht ausschließlich von bereits politisch aktiven Bürger:innen erhoben, sondern auch von Bürger:innen, die nicht an diesen Verfahren teilnehmen. Die jeweiligen Messinstrumente können trotz der aufgezeigten Einschränkungen als reliabel und durch eine empirische Kreuzvalidierung als reproduzierbar angesehen werden.

Im vorherigen Kapitel wurden bereits Implikationen der Ergebnisse für die Online-Partizipationsforschung sowie Praxis der Online-Bürger:innenbeteiligung dargestellt. Das nächste Kapitel schließt an die zentralen Erkenntnisse an. Im Anschluss werden potenzielle Forschungsdesiderate diskutiert. Hiernach endet die Arbeit mit einer Einordnung der Ergebnisse für die politische Soziologie.

---

## **7.1      Rekapitulation und Beantwortung der Forschungsfrage**

Die forschungsleitende Frage, warum Bürger:innen an Online-Konsultationsverfahren teilnehmen, insbesondere diejenigen, die nicht über partizipationsrelevante Ressourcen verfügen, kann nun beantwortet werden. Die Ergebnisse des Anreizmodells haben gezeigt, dass Bürger:innen unterschiedliche Beweggründe äußern, die Vorteile oder Nachteile markieren, die mit der Partizipation einhergehen. Zu den Vorteilen (oder Partizipationsgründen) zählen gemeinwohlorientierte, selektiv-ergebnisbezogene und soziale Anreize. Dagegen werden negative Anreize (wie eine fehlende subjektiv-thematische Betroffenheit) als Hemmnis zur Partizipation wahrgenommen. In der Gesamtbetrachtung unterstützt die Empirie die Prävalenz- und Anreizhypothese bezüglich gemeinwohlorientierter und negativer Anreize. Bürger:innen partizipieren aufgrund einer Gemeinwohlorientierung und einer subjektiven Betroffenheit durch den Partizipationsgegenstand. Erstere unterliegt einer sozialen Stratifikation, während letztere annäherungsweise über die Bürger:innen der Stichprobe gleichverteilt ist. Hinsichtlich der Strukturhypothese lässt sich feststellen, dass Bildungsressourcen



ein Distinktionsmerkmal zur Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren darstellen. Bürger:innen, die nicht über partizipationsrelevante Ressourcen verfügen, sind auch im Internet mit stärkeren Restriktionen konfrontiert, was sich negativ auf die Partizipationsmotivation auswirkt.

Bezüglich der Frage nach einer Mobilisierung jenseits der „üblichen Verdächtigen“ sind die Befunde durchwachsen: Auf der einen Seite stimmen die Teilnehmer:innen unabhängig von Bildungsressourcen und politischem Interesse gemeinwohlorientierten Anreizen stärker als nicht-Teilnehmende zu. Auf der anderen Seite sind die Ergebnisse bezüglich selektiv-ergebnisbezogener Anreize, von denen am ehesten eine Mobilisierungsfunktion angenommen wurde, uneindeutig. Eine Mobilisierung durch das Internet, darauf lassen die empirischen Ergebnisse schließen, muss nach der Gesamtbetrachtung abgelehnt werden. Entgegen der theoretischen Erwartung, dass soziale Stratifikation abnimmt, wenn der Aufwand zur Partizipation durch das Internet sinkt, bleibt ein ungleicher Zugang zur Artikulation politischer Interessen oder Präferenzen bestehen. Die Ergebnisse bestätigen damit einmal mehr den Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Ungleichheit. Auch im Internet hängt die politische Partizipation von der materiellen Basis ab, die zugleich einen Einfluss darauf ausübt, welche Ziel- und Bedürfnisorientierung Bürger:innen mit politischer Partizipation verfolgen.

---

## 7.2 Weiterführende Forschung

Zukünftige und weiterführende Forschung könnte sowohl methodischen als auch theoretischen Problemstellungen und offenen Fragen nachgehen, um Robustheit und Erklärungsgehalt des Anreizmodells zu verbessern. In Bezug auf die analysierten Querschnittsdaten könnten in einer idealen Forschungswelt Feldexperimente zeigen, ob die Variation unterschiedlicher positiver und negativer Partizipationsanreize einen Einfluss auf die Teilnahmeentscheidung (und in der Konsequenz auf die Repräsentation zentraler Individualmerkmale) ausüben. So bietet es sich an, einen externalen Anreiz wie die Teilnahme an einer Verlosung (quasi-)experimentell zu variieren, um zu überprüfen, ob unterrepräsentierte und politisch marginalisierte Bevölkerungsgruppen durch einen monetären Vorteil zur Online-Partizipation mobilisiert werden können. Das Forschungsdesign hängt dabei von der Zusammenarbeit mit kommunalen Verwaltungen oder der kommunalen Politik sowie einem entsprechenden Ressourceneinsatz ab. Entsprechend sind vergleichende Studien in der Forschungspraxis eher selten (eine Ausnahme stellt die Studie von Rottinghaus und Escher (2020) dar). In einer realen Forschungswelt stellen Umfrageexperimente eine kostengünstige Alternative dar, um

Kausalmechanismen der Partizipationsentscheidung zu untersuchen. Umfrageexperimente verknüpfen dabei sowohl die experimentelle Variation von Stimuli als auch die potenziell repräsentative Stichprobe einer Umfrage (Auspurg und Liebe 2011; Liebe und Meyerhoff 2021; Wallander 2009). Befragten könnten hierfür unterschiedliche Vignetten vorgelegt werden, die unterschiedliche Handlungsoptionen und Partizipationsanreize aufzeigen. Durch die Variation der Eigenschaften kann schließlich Varianz in der Auswahl einer Handlungsoption erklärt werden (Auspurg und Liebe 2011).

Erkenntnisse darüber, warum Bürger:innen an Partizipationsverfahren teilnehmen, können darüber hinaus zum Verständnis beitragen, wie konkrete Partizipationsergebnisse bewertet und wahrgenommen werden (Strebel et al. 2019; Arnesen und Peters 2017; van der Does und Kantorowicz 2021). So gibt es empirische Hinweise darauf, dass insbesondere diejenigen Unzufriedenheit mit dem Online-Konsultationsverfahren äußern, die sich besonders aktiv auf der Plattform beteiligt haben (Escher und Rottinghaus 2023). Für die empirische Analyse wurde die zentrale abhängige Variable der politischen Online-Partizipation lediglich mit binärer Ausprägung (Teilnahme/keine Teilnahme) untersucht. Dabei ist es denkbar, dass motivationale Unterschiede von der Intensität der Teilnahme abhängen. Aus der Forschung ist bekannt, dass Unterschiede bezüglich der relevanten Anreize zwischen intensiven und weniger intensiven Partizipationsformen bestehen (Whiteley und Seyd 2002; Webb et al. 2019). Bürger:innen könnten sich an Online-Konsultationsverfahren unter *low cost* Bedingungen beteiligen, indem lediglich Beiträge gelesen oder bewertet werden. Für die Analyse wurden diese Bürger:innen als äquivalent zu hoch-aktiven Bürger:innen betrachtet, die beispielsweise viele Beiträge verfassen und veröffentlichen. Die Bedeutung unterschiedlicher Anreize könnte schließlich zwischen *low* und *high cost* Bedingungen variieren.

Die empirischen Ergebnisse zeigen ferner deutlich, dass Bildungsressourcen einen wesentlichen Einfluss auf die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren ausüben und bestätigen, dass das formale Bildungsniveau ein Distinktionsmerkmal zwischen politisch aktiven und inaktiven Bürger:innen darstellt. Die Kontrastierung von Bildungsressourcen und politischem Interesse fungiert demnach als guter Proxy, um den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und politischer Repräsentation aufzuzeigen. Nichtsdestotrotz handelt es sich hierbei um eine Vereinfachung komplexer Merkmale horizontaler und vertikaler Ungleichheitsdimensionen, die in zukünftigen Forschungsvorhaben sowohl theoretisch als auch methodisch weiterentwickelt werden sollten. Ein Blick auf internetspezifische Fähigkeiten und Kompetenzen sowie die Überprüfung der Hypothese, dass die Internetnutzung zu spezifischen politisch-gesellschaftlichen

Zwecken mit bestimmten Endgeräten (wie etwa Desktop-Computern) korreliert, erscheint dahingehend lohnend. Die Verfügbarkeit solcher Geräte dürfte zudem stark von sozioökonomischen und demografischen Merkmalen abhängen.

---

### **7.3 Einordnung der Ergebnisse für die politische Soziologie**

Ein Teil der Arbeit hat sich mit dem Rollenverständnis der Bürger:innen in unterschiedlichen Demokratietheorien auseinandergesetzt. Mit Blick auf die Gesamtbewertung der empirischen Analyse besteht für Schumpeter (2005) wenig Anlass zur Sorge, im Gegenteil: Die überwiegende Mehrheit, die an politischen Online-Konsultationsverfahren teilnimmt, verfügt über partizipationsrelevante Kompetenzen, ist in einem hohen Maße politisch interessiert und fühlt sich vom Partizipationsgegenstand betroffen. Diese optimistische Schlussfolgerung wird jedoch durch eine anhaltende soziale Stratifikation erkaufte: Die „üblichen Verdächtigen“ mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse sind eher und überproportional nicht nur im politischen System, sondern auch in Online-Konsultationsverfahren vertreten. Diejenigen Bürger:innen, die nicht über Bildungsressourcen verfügen, sind dagegen stärker dem Risiko politischer Apathie, Marginalisierung und schwächerer Responsivität ausgesetzt und auch in Online-Konsultationsverfahren nicht entsprechend ihrem Anteil an der Grundgesamtheit repräsentiert. Dies bestätigt die Kritik an deliberativen Partizipationsformen (Bächtiger et al. 2018; Hall 2007; Young 2001), die zwar einen inklusiven Zugang zum Diskurs intendieren, diesen aber nur unzureichend erfüllen. Zugleich unterstreicht der Befund eine Herausforderung des Grundsatzes politischer Gleichheit und Repräsentation: Bürger:innen, die sich für Politik interessieren, individuell betroffen sind und gemeinwohlorientierten Anreizen zustimmen, sind auch im Internet ressourcenbedingten Restriktionen ausgesetzt. Es bestätigt sich zugleich die Regelmäßigkeit, wonach die Stratifikation umso stärker zunimmt, je anspruchsvoller die Partizipation ist und je weniger Menschen an einer Partizipationsform teilnehmen. Dies betrifft insbesondere eine Partizipationsform wie die Online-Konsultation, die auf Selbstselektion der Teilnehmenden basiert (Schäfer 2012).

Für die allgemeine Erklärung politischer Partizipation, um den Blick am Ende der Arbeit zu weiten, können verschiedene Schlussfolgerungen angeboten werden. So lassen sich Rückschlüsse zwischen einem Anreizmodell politischer Online-Partizipation und einem soziologisch diagnostizierten Prozess des

sozialen Wandels ziehen (Beck 1986; Bürklin et al. 1996; Reckwitz 2017; Inglehart 1977). Da das empirische Anreizmodell insbesondere auf Indikatoren des *General Incentive Model* rekurriert, liegt der Bezug auf Parteimitgliedschaft und Parteiengagement nahe. Die Prävalenz der „üblichen Verdächtigen“ für gemeinwohlorientierte Anreize wurde als postmaterialistisches Bedürfnis dieser Bevölkerungsgruppe interpretiert. In Bezug auf parteipolitische Partizipation merken Bürklin et al. (1996) und Klein (2006) an, dass einerseits gesellschaftlicher Wertewandel zur Abnahme von Bindungsgefühlen (gegenüber Gruppen oder Parteien) und andererseits Individualisierungstendenzen zur Zunahme der „Orientierung an den jeweils eigenen Bedürfnissen und Wünschen“ führen (Klein 2006, S. 51). In der Konsequenz nehme der Anreiz zur Parteimitgliedschaft ab (Klein 2006, S. 51). Aufbauend auf dieser Diagnose kann die These formuliert werden, dass Online-Konsultationsverfahren als Substitut für stärker institutionalisierte Partizipationsformen wie die Parteimitgliedschaft fungieren, auch und insbesondere für Bürger:innen mit hoher formaler Bildung und hohem politischen Interesse. Die Online-Konsultation könnte hierbei als kostengünstigere Partizipationsalternative mit stärkerer Kongruenz zur individuellen Themenorientierung auftreten. Strukturell sind Gemeinsamkeiten zu verzeichnen wie die Bedeutung kollektiver, moralischer und expressiver Anreize, während selektive (prozess- und ergebnisbezogene) Anreize eine untergeordnete Rolle für beide Partizipationsformen spielen (Klein 2006). Folglich nimmt die Bedeutung postmaterialistischer Bedürfnisorientierung für die politische Partizipation zu und die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren erfüllt die Funktion, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Es lässt sich demnach spekulieren, dass die Ausdifferenzierung der Partizipationsformen, begünstigt durch das Internet, weiter zunimmt, da Bürger:innen diejenigen Partizipationsformen zur Artikulation politischer Interessen wählen, die am ehesten ihren Bedürfnissen entsprechen. Eine Mobilisierung von unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen ist nicht zu erwarten. Während individuelle Partizipationshürden bestehen bleiben und eine Reduzierung des Aufwands nur einen begrenzten Einfluss auf die Aktivierung hat, differenzieren sich eher die Bedürfnisorientierungen der „üblichen Verdächtigen“ weiter aus, wodurch sich wiederum neue Partizipationskanäle ergeben.

Mit einem Blick auf Spezifika der Online-Partizipation und speziell politischer Online-Konsultationsverfahren können weitere Rückschlüsse gezogen werden, die die politische Soziologie adressieren. Kern des theoretischen Erklärungsmodells stellt die Auseinandersetzung mit der *Rational Choice Theorie* in der jeweiligen „engen“ oder „weiten“ Ausgestaltung dar. Die Bedeutung gemeinwohlorientierter Anreize, das heißt von Anreizen, die sowohl kollektive als auch

individuelle Interessen widerspiegeln, zeigt, dass eine „enge“ Handlungserklärung, die auf einem strikten Kosten-Nutzen-Kalkül beruht, gemeinwohlorientierte Handlungsmotive systematisch unterschätzt. Bürger:innen handeln zwar eigennützig im Sinne der Nutzenmaximierung, aber beziehen nicht ausschließlich ihr strenges Eigeninteresse in die Handlungsentscheidung, sondern auch kollektiven Nutzen ein. Wenngleich politische Partizipation äquivalent und modellhaft als Austauschmarkt betrachtet werden kann, um Interdependenzen und individuelle Handlungsbedingungen zu identifizieren, greift das Menschenbild des *homo oeconomicus* zu kurz, um die Teilnahme an Online-Konsultationsverfahren befriedigend und umfänglich zu erklären. Politische Partizipation im Internet erfolgt nicht ausschließlich als Mittel zum Zweck, sondern erfüllt einen Selbstzweck der demokratischen Verantwortungs- und gesellschaftlichen Bindungsgefühle. Gleichfalls stärkt diese Deutung die Kernargumentation Patemans (1970), wonach Partizipation durch Partizipation erlernt wird insbesondere als für die „üblichen Verdächtigen“ zutreffend. Der sich hieraus resultierende Widerspruch zur ungleichen Partizipation lässt sich durch technische Bedingungen allerdings nicht ohne weiteres auflösen.

Es stellt sich gleichermaßen die Frage, ob die Effekte der gemeinwohlorientierten Anreize auf die Besonderheiten des Samples oder günstigen Bedingungen des Internets zurückzuführen sind. Für letzteres spricht, dass die Prävalenz gemeinwohlorientierter Anreize in allen vier Gruppen der „un-/üblichen Verdächtigen“ eine stärkere Zustimmung erreicht, wenngleich Unterschiede zwischen den Gruppen existieren. Sodann könnte es sich um Verteilungen handeln, die speziell für Online-Konsultationsverfahren gelten. Bedingungen der lokalen Eingebundenheit wirken sich hiernach vermutlich förderlich auf das Beteiligungsmotiv aus: So werden in der Regel Online-Konsultationsverfahren mit Bezug auf die lokale Ebene durchgeführt. Wie bereits in Abschnitt 6.2 diskutiert, hängen eine stärkere Wahrnehmung der politischen Selbstwirksamkeit sowie eine Gemeinwohlorientierung zusammen, die sich wiederum positiv auf die Partizipationsmotivation auswirken. Damit unterliegen lokale Online-Konsultationsverfahren Opportunitäten, die besonders förderlich für die Mobilisierung der Bürger:innen sind, wenngleich es sich in erster Linie um die „üblichen Verdächtigen“ handelt. Diese Beobachtung stärkt schlussendlich die Argumentation Patemans (1970), dass Partizipation nicht nur aus Partizipation resultiert, sondern gesellschaftlich wünschenswerte Orientierungen mit der politischen Partizipation einhergehen. In der Konsequenz handelt es sich bei der lokalen Ebene demnach tatsächlich um eine „Schule der Demokratie“.

Die Institutionalisierung politischer Partizipationsmöglichkeiten wie der Online-Konsultation kann demnach einen Beitrag zur demokratischen Sozialisierung und so zur demokratischen Stabilität leisten. Politische Apathie und Desinteresse markieren dabei keinen Naturzustand, sondern sind veränderbar, denn Beteiligungsmotive zwischen „üblichen“ und „unüblichen Verdächtigen“ unterscheiden sich weitaus weniger als vermutet. Diese zentrale Perspektive von Pateman (1970) wird durch die vorliegende Arbeit empirisch unterstützt, da demokratische Verantwortungs- und gesellschaftliche Bindungsgefühle mit dem Wunsch nach politischer Einflussnahme einhergehen. Demokratische Werte sind relevant für Partizipation und können durch Partizipation angeeignet werden. Eine Perspektive, die Partizipation ausschließlich als Mittel zum Zweck betrachtet, negiert diesen Aspekt vollkommen. Dabei sind Vermittlung und Unterstützung demokratischer Werte und Normen gesellschaftlich so dringend benötigt wie nie in den vergangenen Jahrzehnten.

**Open Access** Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



---

# Literaturverzeichnis

- Aichholzer, Georg; Allhutter, Doris; Strauß, Stefan (2016a): Comparing Output and Outcome of Citizen-Government Collaboration on Local Climate Targets. In: Georg Aichholzer, Herbert Kubicek und Lourdes Torres (Hg.): Evaluating e-Participation: Frameworks, Practice, Evidence. Heidelberg: Springer, S. 167–193.
- Aichholzer, Georg; Kubicek, Herbert; Torres, Lourdes (Hg.) (2016b): Evaluating e-Participation: Frameworks, Practice, Evidence. Heidelberg: Springer.
- Aitamurto, Tanja; Landemore, Hélène; Saldivar Galli, Jorge (2017): Unmasking the crowd: participants' motivation factors, expectations, and profile in a crowdsourced law reform. In: *Information, Communication & Society* 20 (8), S. 1239–1260.
- Allenspach, Dominik (2012): Der Effekt der Systemunterst utzung auf die politische Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Almond, Gabriel A.; Verba, Sidney (1972): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. 4. print. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Anderson, Benedict (1983): Imagined communities. Reflections on the origin and spread of nationalism. London: Verso.
- Anduiza, Eva; Gallego, Aina; Cantijoch, Marta (2010): Online Political Participation in Spain: The Impact of Traditional and Internet Resources. In: *Journal of Information Technology & Politics* 7 (4), S. 356–368.
- Arnesen, Sveinung; Peters, Yvette (2017): The Legitimacy of Representation: How Descriptive, Formal, and Responsiveness Representation Affect the Acceptability of Political Decisions. In: *Comparative Political Studies* 51 (7), S. 868–899.
- Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder Of Citizen Participation. In: *Journal of the American Institute of Planners* 35 (4), S. 216–224.
- Arzheimer, Kai (2016): Strukturgleichungsmodelle. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Auspurg, Katrin; Hinz, Thomas (2011): Gruppenvergleiche bei Regressionen mit binären abhängigen Variablen. Probleme und Fehleinschätzungen am Beispiel von Bildungschancen im Kohortenverlauf. In: *Zeitschrift für Soziologie* 40 (1), S. 62–73.
- Auspurg, Katrin; Liebe, Ulf (2011): Choice-Experimente und die Messung von Handlungsentscheidungen in der Soziologie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologischer Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63 (2), S. 301–314.
- Bächtiger, Andre; Dryzek, John S.; Mansbridge, Jane; Warren, Mark (2018): Deliberative Democracy: An Introduction. In: Andre Bächtiger, John S. Dryzek, Jane Mansbridge und

- Mark Warren (Hg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. Oxford: Oxford University Press, S. 1–32.
- Bächtiger, André; Niemeyer, Simon; Neblo, Michael; Steenbergen, Marco R.; Steiner, Jürg (2010): Disentangling Diversity in Deliberative Democracy: Competing Theories, Their Blind Spots and Complementarities\*. In: *Journal of Political Philosophy* 18 (1), S. 32–63.
- Bäck, Emma A.; Bäck, Hanna; Garcia-Albacete, Gema (2013): Protest Activity, Social Incentives, and Rejection Sensitivity. In: *Contention* 1 (1), S. 1–15.
- Baghal, Tarek Al; Kelley, Jennifer (2017): The Stability of Mode Preferences: Implications for Tailoring in Longitudinal Surveys. In: *methods, data, analyses* 10 (2), S. 1–24.
- Bale, Tim; Webb, Paul; Poletti, Monica (2018): Participating Locally and Nationally: Explaining the Offline and Online Activism of British Party Members. In: *Political Studies* 67 (3), S. 658–675.
- Bamberg, Sebastian; Davidov, Eldad; Schmidt, Peter (2008): Wie gut erklären „enge“ oder „weite“ Rational-Choice- Versionen Verhaltensveränderungen? In: Andreas Diekmann, Klaus Eichner, Peter Schmidt und Thomas Voss (Hg.): *Rational Choice: Theoretische Analysen und empirische Resultate: Festschrift für Karl-Dieter Opp zum 70. Geburtstag*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143–169.
- Barber, Benjamin R. (1984): *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*. Berkeley: University of California Press.
- Barberá, Pablo; Jost, John T.; Nagler, Jonathan; Tucker, Joshua A.; Bonneau, Richard (2015): Tweeting From Left to Right: Is Online Political Communication More Than an Echo Chamber? In: *Psychological Science* 26 (10), S. 1531–1542.
- Baringhorst, Sigrid (2019): Partizipation in invited and invented spaces des Internet – unpolitisch und postdemokratisch? In: Ines Engelmann, Marie Legrand und Hanna Marzinkowski (Hg.): *Politische Partizipation im Medienwandel*. Berlin (Digital Communication Research, 6), S. 29–51.
- Barnes, Samuel H.; Kaase, Max (1979): Political action mass participation in five Western democracies. Hg. v. Samuel H. Barnes und Max Kaase. Beverly Hills, Calif. u.a.: Sage.
- Baron, Daniel (2023): Was für ein Zufall? Stichprobentheoretische Anmerkungen und Folgerungen aus Simulationsergebnissen für den bundesweiten Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33 (3), S. 447–470.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Becker, Gary S. (1965): A Theory of the Allocation of Time. In: *The Economic Journal* 75 (299), S. 493–517.
- Becker, Gary S. (1976): *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago: University of Chicago Press.
- Beierlein, Constanze; Kemper, Christoph J.; Kovaleva, Anastassiya; Rammstedt, Beatrice (2012): Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzsкала (PEKS). In: *GESIS – Working Papers* 18, S. 1–24.
- Bertelsmann Stiftung (2019): *Gute Beteiligung stärkt die lokale Demokratie*. Gütersloh.
- Best, Henning (2007): Die Messung von Nutzen und subjektiven Wahrscheinlichkeiten: ein Vorschlag zur Operationalisierung der Rational Choice Theorie. In: *methods, data, analyses* 1 (2), S. 183–212.



- Best, Henning; Wolf, Christof (2010): Logistische Regression. In: Christof Wolf und Henning Best (Hg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 827–854.
- Best, Henning; Wolf, Christof (2012): Modellvergleich und Ergebnisinterpretation in Logit- und Probit-Regressionen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64, S. 377–395.
- Best, Samuel J.; Krueger, Brian S. (2005): Analyzing the representativeness of internet political participation. In: *Political Behavior* 27 (2), S. 183–216.
- Beyer, Heiko; Schnabel, Annette (2017): Theorien sozialer Bewegungen. Eine Einführung. Hg. v. Heiko Beyer und Annette Schnabel. Frankfurt: Campus Verlag.
- Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bieber, Christoph (2020): Ethik und Politikmanagement. In: Karl-Rudolf Korte und Martin Florack (Hg.): Handbuch Regierungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–12.
- Blank, Grant; Lutz, Christoph (2017): Representativeness of Social Media in Great Britain: Investigating Facebook, LinkedIn, Twitter, Pinterest, Google+, and Instagram. In: *American Behavioral Scientist* 61 (7), S. 741–756.
- Blank, Grant; Reisdorf, Bianca C. (2012): The Participatory Web. In: *Information, Communication & Society* 15 (4), S. 537–554.
- Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Hg. v. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin (WZBrief Zivilengagement, 5).
- Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1), S. 18–25.
- Borge, Rosa; Cardenal, Ana S. (2011): Surfing the Net: A Pathway to Participation for the Politically Uninterested? In: *Policy & Internet* 3 (1), S. 1–29.
- Bortz, Jürgen; Schuster, Christof (2010): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Boulianne, Shelley (2009): Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research. In: *Political Communication* 26 (2), S. 193–211.
- Boulianne, Shelley (2011): Stimulating or Reinforcing Political Interest: Using Panel Data to Examine Reciprocal Effects Between News Media and Political Interest. In: *Political Communication* 28 (2), S. 147–162.
- Boulianne, Shelley (2017): Mini-publics and Public Opinion: Two Survey-Based Experiments. In: *Political Studies* 66 (1), S. 119–136.
- Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Breen, Richard; Karlson, Kristian Bernt; Holm, Anders (2018): Interpreting and Understanding Logits, Probits, and Other Nonlinear Probability Models. In: *Annual Review of Sociology* 44 (1), S. 39–54.
- Brennan, Geoffrey; Lomasky, Loren (1997): Democracy and Decision. The pure Theory of Electoral Preference. Hg. v. Geoffrey Brennan und Loren E. Lomasky. Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Press.

- Brennan, Jason (2011): *The ethics of voting*. Princeton: Princeton University Press.
- Brennen, J. Scott; Kreiss, Daniel (2016): Digitalization. In: Klaus Bruhn Jensen, Eric W. Rothenbuhler, Jefferson D. Pooley und Robert T. Craig (Hg.): *The International Encyclopedia of Communication Theory and Philosophy*: Wiley, S. 1–11.
- Brunsting, Suzanne; Postmes, Tom (2002): Social Movement Participation in the Digital Age: Predicting Offline and Online Collective Action. In: *Small Group Research* 33 (5), S. 525–554.
- Büchi, Moritz; Vogler, Florian (2017): Testing a Digital Inequality Model for Online Political Participation. In: *Socius* 3, S. 1–13.
- Budde, David (2013): Formen der Repräsentation und ihre Legitimation: Die voraussetzungsvolle Anerkennung von Repräsentanten in der Politik. Freie Universität Berlin. Berlin (Working Paper / Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte, 3).
- Bühlmann, Marc (2013): Verbundenheit mit der Gemeinde. In: Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund (Hg.): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?* Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 329–358.
- Bürklin, Wilhelm (2013): Die Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998. Ein empirischer Test des Rational-Choice-Modells innerparteilicher Partizipation. In: Ulrich von Alemann, Martin Morlok und Tim Spier (Hg.): *Parteien ohne Mitglieder?* Baden-Baden: Nomos (46), S. 29–45.
- Bürklin, Wilhelm; Klein, Markus; Ruß, Achim (1996): Postmaterieller oder anthropozentrischer Wertewandel? Eine Erwiderung auf Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann. In: *PVS Politische Vierteljahresschrift* 37 (3), S. 517–536.
- Callegaro, Mario; Murakami, Michael H.; Tepman, Ziv; Henderson, Vani (2015): Yes–no Answers versus Check-all in Self-Administered Modes: A Systematic Review and Analyses. In: *International Journal of Market Research* 57 (2), S. 203–224.
- Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren E.; Stokes, Donald E. (1976): *The American Voter*. Chicago u.a.: University of Chicago Press.
- Campbell, Angus; Gurin, Gerald; Miller, Warren E. (1954): *The Voter Decides*. Evanston: Harper and Row.
- Cantijoch, Marta; San Martin, Josep (2009): Postmaterialism and Political Participation in Spain. In: *South European Society and Politics* 14 (2), S. 167–190.
- Chadwick, Andrew (2009): Web 2.0: New Challenges for the Study of E-Democracy in an Era of Informational Exuberance. In: *I/S: A Journal of Law and Policy for the Information Society* 5 (1), S. 9–41.
- Cho, Eunseong (2016): Making Reliability Reliable. In: *Organizational Research Methods* 19 (4), S. 651–682.
- Clark, Peter B.; Wilson, James Q. (1961): Incentive Systems: A Theory of Organizations. In: *Administrative Science Quarterly* 6 (2), S. 129–166.
- Cole, George D. H. (1913): *The World of Labour*. London: G. Bell & Sons.
- Cole, George D. H. (1921): *Selbstverwaltung in der Industrie*. Berlin: Engelmann.
- Coleman, James S. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: *American Journal of Sociology* 94, 95–120.
- Coleman, Stephen (2009): E-democracy: The history and future of an idea. In: Chrisanthi Avgerou, Robin Mansell, Danny Quah und Roger Silverstone (Hg.): *The Oxford Handbook of Information and Communication Technologies*: Oxford University Press, S. 362–382.

- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Crouch, Colin (2021): Postdemokratie revisited. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Dahl, Robert A. (1967): The City in the Future of Democracy. In: *The American Political Science Review* 61 (4), S. 953–970.
- Dahl, Robert A.; Tufte, Edward (1973): Size and democracy. Stanford: Stanford University Press.
- Dahl, Robert Alan (1989): Democracy and its critics. New Haven u.a.: Yale Univ. Pr.
- Datts, Mario; Schultze, Martin (2022): Social media and politics on the local level. In: *Policy & Internet* (14).
- Davidov, Eldad (2009): Measurement Equivalence of Nationalism and Constructive Patriotism in the ISSP: 34 Countries in a Comparative Perspective. In: *Political Analysis* 17 (1), S. 64–82.
- Davidov, Eldad; Meuleman, Bart; Ciecuch, Jan; Schmidt, Peter; Billiet, Jaak (2014): Measurement Equivalence in Cross-National Research. In: *Annual Review of Sociology* 40 (1), S. 55–75.
- de Marco, Stefano; Robles, Jose Manuel; Antino, Mirko (2014): Digital skills as a conditioning factor for digital political participation. In: *Communications* 39 (1).
- Decker, Frank; Lewandowsky, Marcel; Solar, Marcel (2013): Demokratie ohne Wähler. Neue Herausforderungen der politischen Partizipation. Bonn: Dietz.
- Di Gennaro, C. (2006): The Internet and the Public: Online and Offline Political Participation in the United Kingdom. In: *Parliam Aff* 59 (2), S. 299–313.
- Diaz-Bone, Rainer (2019): Statistik für Soziologen. 5. Auflage. München: UVK Verlag.
- Diekmann, Andreas (2010): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Diekmann, Andreas (2020): Rational-Choice-Theorie. Heuristisches Potential, Anwendungen und Grenzen. In: Andreas Tutić (Hg.): Rational Choice. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 325–349.
- Diekmann, Andreas; Voss, Thomas (2018): Rational-Choice-Rezeption in der deutschsprachigen Soziologie. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 663–682.
- Dinas, Elias; Gemenis, Kostas (2013): Revisiting the role of process incentives as a determinant of university students' protest. In: *European Political Science Review* 5 (2), S. 225–253.
- Downs, Anthony (1957): An economic theory of democracy. New York: Harper & Row.
- Dryzek, John S. (1996): Political Inclusion and the Dynamics of Democratization. In: *The American Political Science Review* 90 (3), S. 475–487.
- Dryzek, John S.; Bächtiger, André; Chambers, Simone; Cohen, Joshua; Druckman, James N.; Felicetti, Andrea et al. (2019): The crisis of democracy and the science of deliberation. In: *Science* 363 (6432), S. 1144–1146.
- Eder, Christina; Reinl, Ann-Kathrin (2022): Auswirkungen europäischer Krisen auf politisches Vertrauen in Ost- und Westdeutschland. In: Martin Elff, Kathrin Ackermann und Heiko Giebler (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland: Persistenz, Konvergenz oder Divergenz? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 55–88.

- Edwards, J. R.; Bagozzi, R. P. (2000): On the nature and direction of relationships between constructs and measures. In: *Psychological methods* 5 (2), S. 155–174.
- Eilders, Christiane; Gerlach, Frauke (2022): Bürgerbeteiligung zum öffentlich-rechtlichen Medienangebot. In: Frauke Gerlach und Christiane Eilders (Hg.): #meinfernsehen 2021. Bürgerbeteiligung: Wahrnehmungen, Erwartungen und Vorschläge zur Zukunft öffentlich-rechtlicher Medienangebote. Baden-Baden: Nomos, S. 21–36.
- Einstein, Katherine Levine; Palmer, Maxwell; Glick, David M. (2019): Who Participates in Local Government? Evidence from Meeting Minutes. In: *Perspectives on Politics* 17 (1), S. 28–46.
- Elsässer, Lea; Schäfer, Armin (2023): Political Inequality in Rich Democracies. In: *Annual Review of Political Science* 26 (1), S. 469–487.
- Elster, Jon (1989): Nuts and Bolts for the Social Sciences. Cambridge: Cambridge University Press.
- Engel, Uwe (2021): Causal and Predictive Modelling in Computational Social Science. In: Uwe Engel, Anabel Quan-Haase, Sunny Xun Liu und Lars Lyberg (Hg.): *Handbook of Computational Social Science, Volume 1. Theory, Case Studies and Ethics*. London: Routledge, S. 131–149.
- Ernst, Claus-Peter H. (2015): Hedonic and Utilitarian Motivations of Social Network Site Usage. In: Claus-Peter H. Ernst (Hg.): *Factors Driving Social Network Site Usage*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 11–28.
- Esau, Katharina; Frieß, Dennis; Eilders, Christiane (2017): Design Matters! An Empirical Analysis of Online Deliberation on Different News Platforms. In: *Policy & Internet* 9 (3), S. 321–342.
- Esau, Katharina; Frieß, Dennis; Eilders, Christiane (2019): Online-Partizipation jenseits klassischer Deliberation: Eine Analyse zum Verhältnis unterschiedlicher Deliberationskonzepte in Nutzerkommentaren auf Facebook-Nachrichtenseiten und Beteiligungsplattformen. In: Ines Engelmann, Marie Legrand und Hanna Marzinkowski (Hg.): *Politische Partizipation im Medienwandel*, Bd. 6. Berlin (Digital Communication Research, 6), S. 221–245.
- Escher, T.; Rottinghaus, B. (2023): Effects of online citizen participation on legitimacy beliefs in local government. Evidence from a comparative study of online participation platforms in three German municipalities. In: *Policy & Internet*, S. 1–36.
- Escher, Tobias (2010): Wi(e)der die „üblichen Verdächtigen“? Politische Beteiligung via Internet. In: Jens Wolling, Markus Seifert und Martin Emmer (Hg.): *Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess*. München: Nomos, S. 131–150.
- Escher, Tobias (2012): Does use of the Internet further democratic participation? A comparison of citizens' interactions with political representatives in the UK and Germany. Oxford: University of Oxford.
- Escher, Tobias (2013): Mobilisierung zu politischer Partizipation durch das Internet: Erwartungen, Erkenntnisse und Herausforderungen der Forschung. In: *Analyse & Kritik* 35 (2), S. 449–476.
- Escher, Tobias; Frieß, Dennis; Esau, Katharina; Sieweke, Jost; Tranow, Ulf; Dischner, Simon et al. (2017): Online Deliberation in Academia: Evaluating the Quality and Legitimacy of Cooperatively Developed University Regulations. In: *Policy & Internet* 9 (1), S. 133–164.

- Escher, Tobias; Rosar, Ulrich (2016): Der Einfluss von Online-Verfahren auf die Legitimität demokratischer Entscheidungen. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10 (2), S. 179–211.
- Facchini, Francois; Jaeck, Louis (2021): Populism and the rational choice model: The case of the French National Front. In: *Rationality and Society* 33 (2), S. 196–228.
- Faulbaum, Frank (2014): Total Survey Error. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 439–456.
- Faulbaum, Frank (2019): *Methodische Grundlagen der Umfrageforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Faulbaum, Frank; Prüfer, Peter; Rexroth, Margrit (2009): Was ist eine gute Frage? Die systematische Evaluation der Fragenqualität. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Feezell, Jessica T. (2016): Predicting Online Political Participation. In: *Political Research Quarterly* 69 (3), S. 495–509.
- Finkel, Steven E.; Muller, Edward N.; Opp, Karl-Dieter (1989): Personal Influence, Collective Rationality, and Mass Political Action. In: *The American Political Science Review* 83 (3), S. 885–903.
- Fishkin, James S. (2011): *When the people speak. Deliberative democracy and public consultation*. Oxford: Oxford University Press.
- Fokkema, Marjolein; Greiff, Samuel (2017): How Performing PCA and CFA on the Same Data Equals Trouble. In: *European Journal of Psychological Assessment* 33 (6), S. 399–402.
- Font, Joan; Pasadas, Sara; Fernández-Martínez, José Luis (2021): Participatory Motivations in Advisory Councils: Exploring Different Reasons to Participate. In: *Representation* 57 (2), S. 225–243.
- Fraenkel, Ernst (2015): *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Frey, Bruno S. (1997): Unerwünschte Projekte, Kompensation und Akzeptanz. In: *Analyse & Kritik* 19 (1), S. 3–14.
- Frieß, Dennis (2018): Orientierung im E-Wald. Definitionen und eine Systematisierung verschiedener E-Begriffe im Kontext digitalen Politik und Verwaltungshandelns. In: *Deutsche Verwaltungspraxis* 69 (11), S. 420–424.
- Frieß, Dennis; Eilders, Christiane (2015): A Systematic Review of Online Deliberation Research. In: *Policy & Internet* 7 (3), S. 319–339.
- Frieß, Dennis; Porten-Cheé, Pablo (2018): What Do Participants Take Away from Local eParticipation? In: *Analyse & Kritik* 40 (1), S. 1–30.
- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press.
- Fung, Archon (2006): Varieties of Participation in Complex Governance. In: *Public Administration Review* 66, S. 66–75.
- Gabriel, Oscar W. (1988): Politische Partizipation und kommunale Politik. Strukturen, Bestimmungsfaktoren und Folgen kommunalpolitischer Partizipation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 18 (29), S. 3–20.
- Gabriel, Oscar W. (2002): Bürgerbeteiligung in den Kommunen. In: *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 121–160.

- Gabriel, Oscar W. (2004): Politische Partizipation. In: Jan W. van Deth (Hg.): Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002–2003. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 317–338.
- Gabriel, Oscar W. (2013): Politische Partizipation. In: Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund (Hg.): Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 381–412.
- Gabriel, Oscar W.; Völkl, Kerstin (2008): Politische und soziale Partizipation. In: Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp (Hg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 268–298.
- Geißel, Brigitte (2008): Zur Evaluation demokratischer Innovationen – die lokale Ebene. In: Hubert Heinelt und Angelika Vetter (Hg.): Lokale Politikforschung heute. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 227–248.
- Geißel, Brigitte (2009): How to Improve the Quality of Democracy? Experiences with Participatory Innovations at the Local Level in Germany. In: *German Politics & Society* 27, S. 51–71.
- Geißel, Brigitte (2011): Partizipative Innovationen auf lokaler Ebene – Chance oder Gefahr für die politische Repräsentation von Armen und Fremden? In: Markus Linden und Winfried Thaa (Hg.): Krise und Reform politischer Repräsentation: Nomos, S. 194–215.
- Geißel, Brigitte (2012): Politische (Un-)Gleichheit und die Versprechen der Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (38–39), S. 32–37.
- Geißel, Brigitte; Neunecker, Martina; Kolleck, Alma (2015): Dialogorientierte Beteiligungsverfahren: Wirkungsvolle oder sinnlose Innovationen? Das Beispiel Bürgerhaushalt. In: *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 46 (1), S. 151–165.
- Geißel, Brigitte; Newton, Kenneth (Hg.) (2012): Evaluating Democratic Innovations. Curing the Democratic Malaise? London, New York: Routledge.
- Gerber, Alan; Green, Donald P.; Larimer, Christopher W. (2008): Social Pressure and Voter Turnout: Evidence from a Large-Scale Field Experiment. In: *The American Political Science Review* 102 (1), S. 33–48.
- Gerl, Katharina; Marschall, Stefan; Wilker, Nadja (2018): Does the Internet Encourage Political Participation? Use of an Online Platform by Members of a German Political Party. In: *Policy & Internet* 10 (1), S. 87–118.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. Hg. v. GESIS Datenarchiv. Köln.
- Gibson, Rachel; Cantijoch, Marta (2013): Conceptualizing and Measuring Participation in the Age of the Internet: Is Online Political Engagement Really Different to Offline? In: *The Journal of Politics* 75 (3), S. 701–716.
- Gil de Zúñiga, Homero; Ardèvol-Abreu, Alberto; Casero-Ripollés, Andreu (2021): WhatsApp political discussion, conventional participation and activism: exploring direct, indirect and generational effects. In: *Information, Communication & Society* 24 (2), S. 201–218.
- Gilens, Martin (2005): Inequality and Democratic Responsiveness. In: *The Public Opinion Quarterly* 69 (5), S. 778–796.
- Gilens, Martin (2012): Affluence and influence economic inequality and political power in America. New York: Russell Sage Foundation [u.a.].
- Goodin, Robert E. (2007): Enfranchising All Affected Interests, and Its Alternatives. In: *Philosophy & Public Affairs* 35 (1), S. 40–68.

- Graeb, Frederic; Bernhagen, Patrick (2023): Lokale Hauptwahl oder nationale Nebenwahl? In: *Politische Vierteljahresschrift*.
- Green, Donald P.; Shapiro, Ian (1999): Rational Choice. Eine Kritik am Beispiel von Anwendungen in der politischen Wissenschaft. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag (Scientia nova).
- Grönlund, Kimmo; Bächtiger, Andre; Setälä, Maija (Hg.) (2014): Involving Citizens in the Democratic Process. Colchester: ECPR Press.
- Groves, R. M. (2011): Three Eras of Survey Research. In: *The Public Opinion Quarterly* 75 (5), S. 861–871.
- Guess, Andrew M.; Nyhan, Brendan; Reifler, Jason (2020): Exposure to untrustworthy websites in the 2016 US election. In: *Nature Human Behaviour* 4 (5), S. 472–480.
- Gustafson, Per; Hertting, Nils (2017): Understanding Participatory Governance: An Analysis of Participants' Motives for Participation. In: *The American Review of Public Administration* 47 (5), S. 538–549.
- Gutmann, Amy (1999): Democratic Education. Princeton: Princeton University Press.
- Habermas, Jürgen (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Jürgen Habermas und Jürgen Luhmann (Hg.): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung? Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 101–141.
- Hall, Cheryl (2007): Recognizing the Passion in Deliberation: Toward a More Democratic Theory of Deliberative Democracy. In: *Hypatia* 22 (4), S. 81–95.
- Halupka, Max (2014): Clicktivism: A Systematic Heuristic. In: *Policy & Internet* 6 (2), S. 115–132.
- Hamlin, Alan; Jennings, Colin (2019): Expressive Voting. In: Roger D. Congleton, Bernard N. Grofman und Stefan Voigt (Hg.): The Oxford handbook of public choice. Oxford: Oxford University Press, S. 332–350.
- Han, Hahrie (2009): Moved to action: motivation, participation, and inequality in American politics. Stanford: Stanford University Press.
- Hardin, Russell (1982): Collective Action. Baltimore: Hopkins University Press.
- Heckhausen, Jutta; Heckhausen, Heinz (2018): Motivation und Handeln. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Heller, Ayline; Dilling, Marius; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2022): Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller und Elmar Brähler (Hg.): Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Unter Mitarbeit von David Aderholz. Originalausgabe. Gießen: Psychosozial-Verlag (Forschung Psychosozial), S. 161–185.
- Henn, Matt; Oldfield, Ben; Hart, James (2018): Postmaterialism and young people's political participation in a time of austerity. In: *The British journal of sociology* 69 (3), S. 712–737.
- Herfeld, Catherine (2020): Spielarten der Rational-Choice-Theorie. In: Andreas Tutić (Hg.): Rational Choice. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 59–86.
- Hirschman, Albert O. (1970): Exit, voice, and loyalty. Responses to decline in firms, organizations, and states. Cambridge: Harvard University Press.
- Hoffmann, C. P.; Lutz, C. (2023): The contextual role of privacy concerns in online political participation. In: *European Journal of Communication* 38 (4), S. 363–379.

- Hoffmann, Christian Pieter (2020): „Digital Divide“ und „Gamification“. Chancen, Formen und Grenzen der digitalen Partizipation. In: Astrid Lorenz, Christian Hoffmann und Uwe Hitschfeld (Hg.): Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen und Möglichkeiten. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 383–405.
- Hoffmann, Christian Pieter; Lutz, Christoph (2021): Digital Divides in Political Participation: The Mediating Role of Social Media Self-Efficacy and Privacy Concerns. In: *Policy & Internet* 13 (1), S. 6–29.
- Hoffmann, Hanna; Springer, Frederik (2019): The Individual-Level Determinants of German Party Membership. In: *German Politics* 28 (2), S. 242–261.
- Holec, Katharina; Escher, Tobias (2024): Umfragen der SÖF-Nachwuchsgruppe Partizipationsnutzen/CIMT. Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Düsseldorf.
- Hollstein, Bettina (2015): Ehrenamt verstehen. Eine handlungstheoretische Analyse. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Hooghe, Marc; Hosch-Dayican, Bengü; van Deth, Jan W. (2014): Conceptualizing political participation. In: *Acta Politica* 49 (3), S. 337–348.
- Hox, Joop J.; Leeuw, Edith D. de; Zijlmans, Eva A. O. (2015): Measurement equivalence in mixed mode surveys. In: *Frontiers in Psychology* 6, S. 1–11.
- Hsiao, Chun-Hua; Chang, Jung-Jung; Tang, Kai-Yu (2016): Exploring the influential factors in continuance usage of mobile social Apps: Satisfaction, habit, and customer value perspectives. In: *Telematics and Informatics* 33 (2), S. 342–355.
- Hudde, Ansgar (2022): Educational Differences in Cycling: Evidence from German Cities. In: *Sociology* 56 (5), S. 909–929.
- Huntington, Samuel P.; Nelson, Joan M. (1976): No Easy Choice. Political Participation in Developing Countries. Cambridge: Harvard University Press.
- Hurley, Amy E.; Scandura, Terri A.; Schriesheim, Chester A.; Brannick, Michael T.; Seers, Anson; Vandenberg, Robert J.; Williams, Larry J. (1997): Exploratory and Confirmatory Factor Analysis: Guidelines, Issues, and Alternatives. In: *Journal of Organizational Behavior* 18 (6), S. 667–683.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and postmodernization: Cultural, economic and political change in 43 societies. Princeton: Princeton University Press.
- Jensen, Jakob Linnaa (2013): Political Participation Online: The Replacement and the Mobilisation Hypotheses Revisited. In: *Scandinavian Political Studies* 36 (4), S. 347–364.
- Jers, Cornelia (2014): Konsumieren, Partizipieren und Produzieren im Web 2.0. Ein sozial-kognitives Modell zur Erklärung der Nutzungsaktivität. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Jost, Pablo; Ziegele, Marc (2022): How to get on top – the effect of rationality and incivility of user comments on their visibility in political online discussions on Facebook. In: *Communication Research Reports* 39 (4), S. 224–235.
- Kaase, Max (1997): Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Handbuch. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 159–174.
- Kaase, Max; Marsh, Alan (1979): Political action: A theoretical perspective. In: Samuel H. Barnes und Max Kaase: Political action mass participation in five Western democracies. Hg. v. Samuel H. Barnes und Max Kaase. Beverly Hills, Calif. u.a.: Sage, S. 27–56.



- Kaßner, Jan; Kersting, Norbert (2021): Neue Beteiligung und alte Ungleichheit? Politische Partizipation marginalisierter Menschen. Hg. v. Vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. Berlin (vhw – Schriftenreihe, 22).
- Keil, Silke I. (2012): Partizipation und Ungleichheit. In: Jan W. van Deth und Silke I. Keil (Hg.): Deutschlands Metamorphosen. Baden-Baden: Nomos, S. 173–209.
- Kelm, Ole; Philipps, Gerrit; Frieß, Dennis; Ziegele, Marc (2023): Politische Informationen und Diskussionen in Sozialen Medien 10, S. 1–16.
- Kersting, Norbert (2008): Beiräte und Kommissionen. Integration von Partikularinteressen. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107–122.
- Kersting, Norbert (2013): Online participation: from ‘invited’ to ‘invented’ spaces. In: *International Journal of Electronic Governance* 6 (4), S. 270–280.
- Kersting, Norbert (2014): Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In: Kathrin Voss (Hg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet. Wiesbaden: Springer VS, S. 53–87.
- Kersting, Norbert (2016): Politische Online-Beteiligung im internationalen Vergleich. Eine Revitalisierung politischer Beteiligung? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10 (2), S. 91–113.
- Kersting, Norbert; Busse, Stefan; Schneider, Sebastian H. (2013): Evaluationsbericht Bürgerhaushalt Jena. Hg. v. Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Münster und Halle.
- Klein, Markus (2002): Wählen als Akt expressiver Präferenzoffenbarung: Eine Anwendung der Conjoint-Analyse auf die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 21. September 1997. Frankfurt am Main: Lang.
- Klein, Markus (2006): Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 47 (1), S. 35–61.
- Klein, Markus (2018): Mehr Demokratie, weniger Beteiligung? Die Zerstörung der lokalen Beteiligungskultur in Hessen während des „Jahrzehnts der Demokratisierungsnovellen“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49 (1), S. 148–171.
- Klein, Markus (2020): Partizipation im Rahmen der parteienstaatlichen Demokratie. In: Thorsten Faas: Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung Handbuch für Wissenschaft und Studium. 1. Auflage. Hg. v. Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel und Jürgen Maier. Baden-Baden: Nomos, S. 376–392.
- Knödler, Gernot (2022): Autos raus – Platz zum Leben. In: *taz, die Tageszeitung* 2022, 25.05.2022. Online verfügbar unter <https://taz.de/Verkehrswende-in-Hamburg!/5853641/>, zuletzt geprüft am 12.12.2023.
- Knoke, David (1988): Incentives in Collective Action Organizations. In: *American Sociological Review* 53 (3), S. 311–329.
- Kollock, Peter (1999): The Economies of Online Cooperation: Gifts and Public Goods in Cyberspace. In: Marc A. Smith und Peter Kollock (Hg.): Communities in Cyberspace. London: Routledge, S. 220–239.
- König, Pascal D.; Wenzelburger, Georg (2020): Opportunity for renewal or disruptive force? How artificial intelligence alters democratic politics. In: *Government Information Quarterly* 37 (3), S. 1–11.

- Kost, Andreas (2006): Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10, S. 25–31.
- Kost, Andreas (2019): Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (Grundsatzartikel). In: Andreas Kost und Marcel Solar (Hg.): *Lexikon Direkte Demokratie in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 39–48.
- Krause, Johannes (2018): Schönheitshandeln. Der Einfluss des Habitus auf die Bearbeitung des Körpers. Wiesbaden: Springer VS.
- Kreckel, Reinhard (2004): *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Campus.
- Krick, Eva (2021): Demokratisierung durch Partizipation? Die Mehrebenenbeteiligung an der Endlagersuche in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 62 (2), S. 281–306.
- Krohne, Heinz Walter (2020): Motiv. In: Daniela Klimke, Rüdiger Lautmann, Urs Stäheli, Christoph Weischer und Hanns Wienold (Hg.): *Lexikon zur Soziologie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 519.
- Kroneberg, Clemens (2011): *Die Erklärung sozialen Handelns: Grundlagen und Anwendung einer integrativen Theorie*. 1. Aufl. Hg. v. Clemens Kroneberg. Wiesbaden: VS-Verl.
- Kroneberg, Clemens; Kalter, Frank (2012): Rational Choice Theory and Empirical Research: Methodological and Theoretical Contributions in Europe. In: *Annual Review of Sociology* 38 (1), S. 73–92.
- Krueger, Brian S. (2002): Assessing the Potential of Internet Political Participation in the United States. In: *American Politics Research* 30 (5), S. 476–498.
- Krueger, Brian S. (2006): A Comparison of Conventional and Internet Political Mobilization. In: *American Politics Research* 34 (6), S. 759–776.
- Kubicek, Herbert (2011): Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung: eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen. Gütersloh: Bertelsmann.
- Kubicek, Herbert (2014): Staatliche Beteiligungsangebote im Internet – Ein Überblick. In: Kathrin Voss (Hg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden: Springer VS, S. 265–298.
- Kubicek, Herbert (2016): Evaluating Public (e-)Consultation Processes. In: Georg Aichholzer, Herbert Kubicek und Lourdes Torres (Hg.): *Evaluating e-Participation: Frameworks, Practice, Evidence*. Heidelberg: Springer, S. 83–108.
- Kubicek, Herbert; Aichholzer, Georg (2016): Closing the Evaluation Gap in e-Participation Research and Practice. In: Georg Aichholzer, Herbert Kubicek und Lourdes Torres (Hg.): *Evaluating e-Participation: Frameworks, Practice, Evidence*. Heidelberg: Springer, S. 11–45.
- Kubicek, Herbert; Lippa, Barbara; Westholm, Hilmar (2009): *Medienmix in der Bürgerbeteiligung: Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene*. Baden-Baden: Nomos.
- Kuhn, Sebastian (2013): Lokale Orientierungen. In: Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund (Hg.): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?* Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 35–66.
- Kühnel, Steffen; Krebs, Dagmar (2014): *Statistik für die Sozialwissenschaften. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. 7. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

- Kunz, Volker; Gabriel, Oscar W. (2000): Soziale Integration und politische Partizipation. In: Ulrich Druwe, Steffen Kühnel und Volker Kunz (Hg.): Kontext, Akteur und strategische Interaktion: Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 47–74.
- Lane, Daniel S.; Thorson, Kjerstin; Xu, Yu (2021): Uninterested and unequal?: examining SES-based gaps in youth political behavior on social media. In: *Information, Communication & Society*, S. 1–19.
- Leeper, Thomas J. (2021): margins: Marginal Effects for Model Objects.
- Legrand, Marie; Kessler, Sabrina Heike; Eisenreich, Camilla (2019): Politische Inhalte liken, teilen und im Internet lesen: Zum Begriffsverständnis von politischer Online-Partizipation. In: Ines Engelmann, Marie Legrand und Hanna Marzinkowski (Hg.): Politische Partizipation im Medienwandel. Berlin (Digital Communication Research, 6), S. 53–76.
- Leitgöb, Heinz; Wolbring, Tobias (2021): Die Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenerhebung im digitalen Zeitalter. Entwicklungen, Möglichkeiten, Herausforderungen. In: Tobias Wolbring, Heinz Leitgöb und Frank Faulbaum (Hg.): Sozialwissenschaftliche Datenerhebung im digitalen Zeitalter. Wiesbaden: Springer VS, S. 7–44.
- Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2018): Wie Demokratien sterben und was wir dagegen tun können. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Levy, Brett L. M.; Akiva, Thomas (2019): Motivating Political Participation Among Youth: An Analysis of Factors Related to Adolescents' Political Engagement. In: *Political Psychology* 40 (5), S. 1039–1055.
- Liebe, Ulf; Meyerhoff, Jürgen (2021): Mapping potentials and challenges of choice modelling for social science research. In: *Journal of Choice Modelling*, S. 100270.
- Lijphart, Arend (1997): Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma Presidential Address, American Political Science Association, 1996. In: *The American Political Science Review* 91 (1), S. 1–14.
- Lilleker, Darren G.; Koc-Michalska, Karolina (2017): What Drives Political Participation? Motivations and Mobilization in a Digital Age. In: *Political Communication* 34 (1), S. 21–43.
- Lindenberg, Siegwart (2001a): Intrinsic Motivation in a New Light. In: *Kyklos* 54 (2–3), S. 317–342.
- Lindenberg, Siegwart (2001b): Social Rationality versus Rational Egoism. In: Jonathan Turner (Hg.): *Handbook of Sociological Theory*. New York: Kluwer Academic/Plenum, S. 635–668.
- Lindenberg, Siegwart (2008): Social Rationality, Semi-Modularity and Goal-Framing: What Is It All About? In: *Analyse & Kritik* 30 (2), S. 669–687.
- Lutz, Christoph; Hoffmann, Christian Pieter; Meckel, Miriam (2014): Beyond just politics: A systematic literature review of online participation. In: *First Monday* 19 (7), S. 1–36.
- Mansbridge, Jane (Hg.) (1990): *Beyond Self-Interest*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Mansbridge, Jane (1995): Does Participation Make Better Citizens? In: *The Good Society* 5 (2), S. 1–7.
- Mansbridge, Jane (1999): Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent “Yes”. In: *The Journal of Politics* 61 (3), S. 628–657.
- Marcuse, Herbert (1967): *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Neuwied: Luchterhand.

- Margetts, Helen; John, Peter; Escher, Tobias; Reissfelder, Stéphane (2011): Social information and political participation on the internet: an experiment. In: *Eur. Pol. Sci. Rev.* 3 (3), S. 321–344.
- Marien, Sofie; Hooghe, Marc; Quintelier, Ellen (2010): Inequalities in Non-Institutionalised forms of Political Participation: A Multi-Level Analysis of 25 Countries. In: *Political Studies* 58 (1), S. 187–213.
- Marschall, Stefan; Möltgen-Sicking, Katrin (2020): Online-partizipation von Bürgerinnen und Bürgern. In: Tanja Klenk, Frank Nullmeier und Götrik Wewer (Hg.): *Handbuch Digitalisierung in Staat und Verwaltung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 279–290.
- Masch, Lena; Rosar, Ulrich (2020): Umfragen als Erhebungsinstrument in der politischen Kommunikationsforschung. In: Isabelle Borucki, Katharina Kleinen-von Königslöw, Stefan Marschall und Thomas Zerback (Hg.): *Handbuch Politische Kommunikation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–10.
- Maslow, Abraham H. (1943): A theory of human motivation. In: *Psychological Review* 50 (4), S. 370–396.
- McDonnell, Joshua (2020): Municipality size, political efficacy and political participation: a systematic review. In: *Local Government Studies* 46 (3), S. 331–350.
- Menard, Scott (2002): *Applied Logistic Regression analysis*. Thousand Oaks, CA: Sage (Quantitative applications in the Social Sciences, 07–106).
- Merkel, Wolfgang (Hg.) (2015a): *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang (2015b): *Die Herausforderungen der Demokratie*. In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 7–42.
- Milbrath, Lester W. (1965): *Political participation. How and why do people get involved in politics?* Chicago: Rand McNally.
- Milbrath, Lester W.; Goel, Madan L. (1977): *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?* Chicago: Rand McNally.
- Montag, Christian (2022): *Du gehörst uns! Die psychologischen Strategien von Facebook, TikTok, Snapchat & Co – und wie wir uns vor der großen Manipulation schützen*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Mood, Carina (2010): Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It. In: *European Sociological Review* 26, S. 67–82.
- Morozov, Evgeny (2011): *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom*. New York: PublicAffairs.
- Morozov, Evgeny (2022): *Potenziale der Digitalisierung jenseits von Markt und Staat*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (10–11), S. 4–9.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mühlhoff, Rainer (2018): *Digitale Entmündigung und User Experience Design. Wie digitale Geräte uns nudgen, tracken und zur Unwissenheit erziehen*. In: *Leviathan* 46 (4), S. 551–574.
- Nanz, Patrizia; Fritsche, Miriam (2012): *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Napoli, Philip M.; Obar, Jonathan A. (2014): *The Emerging Mobile Internet Underclass: A Critique of Mobile Internet Access*. In: *The Information Society* 30 (5), S. 323–334.

- Niedermayer, Oskar (1989): Innerparteiliche Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Niedermayer, Oskar (2009): Der Wandel des parteipolitischen Engagements der Bürger. In: Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle (Hg.): Wähler in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 82–134.
- Niedermayer, Oskar (2018): Parteimitgliedschaften im Jahre 2017. In: *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49 (2), S. 346–371.
- Nienhaus, Sarah-Michelle; Mütschele, Henri (2022): Argumentation und Narration als zentrale Bestandteile deliberativer Diskurse. In: Frauke Gerlach und Christiane Eilders (Hg.): #meinfernsehen 2021. Bürgerbeteiligung: Wahrnehmungen, Erwartungen und Vorschläge zur Zukunft öffentlich-rechtlicher Medienangebote. Baden-Baden: Nomos, S. 237–250.
- Norris, Pippa (Hg.) (1999): *Critical citizens. Global support for democratic government.* Oxford: Oxford University Press.
- Norris, Pippa (2001): *Digital divide: Civic engagement, information poverty, and the Internet worldwide.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa (2002): *Democratic phoenix. Reinventing political activism.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, Pippa (2007): *Democratic phoenix. Reinventing political activism.* Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Obermaier, Magdalena; Haim, Mario; Reinemann, Carsten (2014): Emotionen bewegen? Ein Experiment zur Wirkung von Medienbeiträgen mit Emotionalisierungspotenzial auf Emotionen, politische Partizipationsabsichten und weiterführende Informationssuche. In: *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft* 62 (2), S. 216–235.
- Ockenfels, Axel; Raub, Werner (2010): Rational and fair. In: Gert Albert und Steffen Sigmund (Hg.): *Soziologische Theorie kontrovers.* Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (50), S. 119–136.
- Oliver, J. Eric (1999): The Effects of Metropolitan Economic Segregation on Local Civic Participation. In: *American Journal of Political Science* 43 (1), S. 186.
- Olson, Kristen; Smyth, Jolene D.; Wood, Heather M. (2012): Does Giving People Their Preferred Survey Mode Actually Increase Survey Participation Rates? An Experimental Examination. In: *The Public Opinion Quarterly* 76 (4), S. 611–635.
- Olson, Mancur (2004): *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen.* Tübingen: Mohr Siebeck.
- Opp, Karl-Dieter (1983): *Die Entstehung sozialer Normen. Ein Integrationsversuch soziologischer, sozialpsychologischer und ökonomischer Erklärungen.* Tübingen: Mohr (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften).
- Opp, Karl-Dieter (1999): Contending Conceptions of the Theory of Rational Action. In: *Journal of Theoretical Politics* 11 (2), S. 171–202.
- Opp, Karl-Dieter (2001): Collective Political Action. In: *Analyse & Kritik* 23, S. 1–20.
- Opp, Karl-Dieter (2018): Die Theorie rationalen Handelns. In: Oliver Decker (Hg.): *Sozialpsychologie und Sozialtheorie: Band 1: Zugänge.* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 61–76.
- Opp, Karl-Dieter; Finkel, Steven E. (2001): Politischer Protest, Rationalität und Lebensstile. Eine empirische Überprüfung alternativer Erklärungsmodelle. In: Achim Koch, Martina Wasmer und Peter Schmidt (Hg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*

- Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73–108.
- Oser, Jennifer; Grinson, Amit; Boulianne, Shelley; Halperin, Eran (2022): How Political Efficacy Relates to Online and Offline Political Participation: A Multilevel Meta-analysis. In: *Political Communication* 39 (5), S. 607–633.
- Oser, Jennifer; Hooghe, Marc; Marien, Sofie (2013): Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. In: *Political Research Quarterly* 66 (1), S. 91–101.
- Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Otto, Lukas; Bacherle, Patrick (2011): Politisches Interesse Kurzskaala (PIKS) – Entwicklung und Validierung. In: *Politische Psychologie* 1 (1), S. 19–35.
- Pampel, Fred C. (2021): Logistic regression: a primer. Thousand Oaks, CA: Sage (Quantitative applications in the Social Sciences).
- Pape, Madeleine; Lim, Chaeyoon (2019): Beyond the “Usual Suspects”? Reimagining Democracy With Participatory Budgeting in Chicago. In: *Sociol Forum* 34 (4), S. 861–882.
- Pateman, Carole (1970): Participation and Democratic Theory. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pattie, Charles; Seyd, Patrick; Whiteley, Paul (2003): Citizenship and Civic Engagement: Attitudes and Behaviour in Britain. In: *Political Studies* 51 (3), S. 443–468.
- Petermann, Sören (2020): Personal and Social Resources as Incentives for Local Political Protest. In: *The Sociological Quarterly*, S. 1–20.
- Peters, Yvette; Ensink, Sander J. (2015): Differential Responsiveness in Europe: The Effects of Preference Difference and Electoral Participation. In: *West European Politics* 38 (3), S. 577–600.
- Pfanzelt, Hannah; Spies, Dennis C. (2019): The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. In: *Political Research Quarterly* 72 (1), S. 34–48.
- Pitkin, Hanna Fenichel (1967): The Concept of Representation. Berkeley: University of California Press.
- Poletti, Monica; Webb, Paul; Bale, Tim (2019): Why do only some people who support parties actually join them? Evidence from Britain. In: *West European Politics* 42 (1), S. 156–172.
- Porst, Rolf (2014): Fragebogen. Ein Arbeitsbuch. Wiesbaden: Springer VS.
- Price, Michael E.; Cosmides, Leda; Tooby, John (2002): Punitive sentiment as an anti-free rider psychological device. In: *Evolution and Human Behavior* 23 (3), S. 203–231.
- Przepiorka, Wojtek (2020): Soziale Dilemmas. In: Andreas Tutić (Hg.): Rational Choice. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 181–199.
- Przeworski, Adam (2020): Krisen der Demokratie. Deutsche Erstausgabe. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.
- Quandt, Thorsten (2018): Dark Participation. In: *Media and Communication* 6 (4), S. 36–48.
- Quandt, Thorsten; Klapproth, Johanna (2023): Dark participation: Conception, reception, and extensions. In: Christian Strippel, Sünje Paasch-Collberg, Martin Emmer und Joachim Trebbe (Hg.): Challenges and perspectives of hate speech research. Berlin: Freie

- Universität Berlin, Institute for Media and Communication Studies (Digital Communication Research, volume 12), S. 251–270.
- Quintelier, Ellen; van Deth, Jan W. (2014): Supporting Democracy: Political Participation and Political Attitudes. Exploring Causality Using Panel Data. In: *Political Studies* 62 (S1), S. 153–171.
- R Core Team (2023): R: A Language and Environment for Statistical Computing. Vienna, Austria. Online verfügbar unter <https://www.R-project.org/>.
- Radtke, Jörg (2022): Schnell oder demokratisch? Dilemmata demokratischer Beteiligung in der Nachhaltigkeitstransformation. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (21–22), S. 35–40.
- Rathje, Steve; van Bavel, Jay J.; van der Linden, Sander (2021): Out-group animosity drives engagement on social media. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 118 (26), 1–9.
- Raub, Werner (2020): Sozialwissenschaftliche Erklärungen als rationale Modelle. In: Andreas Tutić (Hg.): *Rational Choice*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 26–58.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Reddig, Melanie; Tranow, Ulf (2014): Präferenzbildung und Sozialstruktur: Bourdieus Praxistheorie und Lindenbergers Theorie sozialer Rationalität im Vergleich. In: *Zeitschrift für Soziologie* 43 (4), S. 302–318.
- Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann (1980): Nine second-order national elections—a conceptual framework for the analysis of European Election results. In: *European Journal of Political Research* 8 (1), S. 3–44.
- Remer, Uwe (2020): Partizipative und deliberative Demokratie auf lokaler Ebene. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Riker, William H.; Ordeshook, Peter C. (1968): A Theory of the Calculus of Voting. In: *The American Political Science Review* 62 (1), S. 25–42.
- Ritzi, Claudia (2016): Postdemokratie. In: Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi und Gary S. Schaal (Hg.): *Zeitgenössische Demokratietheorie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 199–223.
- Ritzi, Claudia; Kaßner, Jan (2019): Evaluationsleitfaden für Beteiligungsverfahren: Vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw – Schriftenreihe, 11).
- Ritzi, Claudia; Wagner, Aiko (2016): Symbolisch oder echt? Die politische Beteiligung junger Erwachsener in Deutschland online und offline. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 47 (2), S. 304–326.
- Ritzi, Claudia; Wagner, Aiko (2018): Kritik auf neuen Wegen. Die politische Beteiligung junger und alter „critical citizens“ im Vergleich. In: *Politische Vierteljahresschrift* 59 (3), S. 549–576.
- Rohrbach, Katharina Maria Therese (2013): Partizipation in politischen Parteien: Eine empirische Analyse des Parteibeitritts, der Aktivität und des Parteiaustritts. Hg. v. Katharina Rohrbach. Frankfurt am Main: Lang.
- Roßteutscher, Sigrid (2009): Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In: V. Kaina und A. Römmele (Hg.): *Politische Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163–180.
- Rottinghaus, Bastian; Escher, Tobias (2020): Mechanisms for inclusion and exclusion through digital political participation: Evidence from a comparative study of online consultations in three German cities. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30 (2), S. 261–298.

- Ruess, Christina; Hoffmann, Christian Pieter; Boulianne, Shelley; Heger, Katharina (2021): Online political participation: the evolution of a concept. In: *Information, Communication & Society*, S. 1–18.
- Ruhnau, Uwe-Jens (2023): Die neue Oper – mehr als eine halbe Milliarde nur an Zinsen. In: *Rheinische Post* 2023, 09.08.2023. Online verfügbar unter [https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/neue-oper-duesseldorf-mehr-als-eine-halbe-milliarde-an-zinsen\\_aid-94922027](https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/neue-oper-duesseldorf-mehr-als-eine-halbe-milliarde-an-zinsen_aid-94922027), zuletzt geprüft am 13.12.2023.
- Ryan, Richard M.; Deci, Edward L. (2000): Intrinsic and Extrinsic Motivations: Classic Definitions and New Directions. In: *Contemporary Educational Psychology* 25 (1), S. 54–67.
- Rydin, Yvonne; Pennington, Mark (2000): Public Participation and Local Environmental Planning: The collective action problem and the potential of social capital. In: *Local Environment* 5 (2), S. 153–169.
- Ryfe, David M. (2005): Does Deliberative Democracy Work? In: *Annual Review of Political Science* 8 (1), S. 49–71.
- Schäfer, Andreas; Merkel, Wolfgang (2020): Emanzipation oder Reaktion: Wie konservativ ist die deliberative Demokratie? In: *Politische Vierteljahresschrift* 61 (3), S. 449–472.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4 (1), S. 131–156.
- Schäfer, Armin (2012): Consequences of social inequality for democracy in Western Europe. In: *Z Vgl Polit Wiss* 6 (S2), S. 23–45.
- Schäfer, Armin; Schoen, Harald (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: *Leviathan* 41 (1), S. 94–120.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Schäfer, Constantin (2019): Die Effekte von politischem Interesse und Wissen auf das Wahlverhalten euroskeptischer Bürger bei Europawahlen. In: Bettina Westle und Markus Tausendpfund (Hg.): *Politisches Wissen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Politisches Wissen), S. 237–262.
- Scheerder, Anique; van Deursen, Alexander; van Dijk, Jan (2017): Determinants of Internet skills, uses and outcomes. A systematic review of the second- and third-level digital divide. In: *Telematics and Informatics* 34 (8), S. 1607–1624.
- Schlozman, Kay; Brady, Henry; Verba, Sidney (2018): *Unequal and Unrepresented. Political Inequality and the People’s Voice in the New Gilded Age*. Princeton: Princeton University Press.
- Schlozman, Kay Lehman; Verba, Sidney; Brady, Henry E. (1995): Participation’s Not a Paradox: The View from American Activists. In: *British Journal of Political Science* 25 (01), S. 1–36.
- Schlozman, Kay Lehman; Verba, Sidney; Brady, Henry E. (2010): Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. In: *Perspectives on Politics* 8 (02), S. 487–509.
- Schmidt, Manfred G. (2019): *Demokratietheorien*. Eine Einführung. 6. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2000): *Politische Kommunikation und Wählerverhalten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.



- Schnabel, Annette (2003): Die Rationalität der Emotionen. Die neue deutsche Frauenbewegung als soziale Bewegung im Blickfeld der Theorie rationaler Wahl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schnabel, Annette (2005): Gefühlvolle Entscheidungen und Entscheidende Gefühle. Emotionen als Herausforderung für Rational Choice-Theorien. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (2), S. 278–307.
- Schneider, Sebastian H. (2018): Bürgerhaushalte in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schneider, Sebastian H.; Busse, Stefan (2019): Participatory Budgeting in Germany – A Review of Empirical Findings. In: *International Journal of Public Administration* 42 (3), S. 259–273.
- Schneider, Silke L. (2016): Die Konzeptualisierung, Erhebung und Kodierung von Bildung in nationalen und internationalen Umfragen. Hg. v. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Mannheim (GESIS Survey Guidelines).
- Schöttle, Sabrina (2019): Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit. Eine empirische Studie mit Gender-Fokus. Wiesbaden: Springer VS.
- Schreiner, Christian (2021): Sozialwahlen online. In: Frank Bätge, Klaus Effing, Katrin Möltgen-Sicking und Thorben Winter (Hg.): Politische Partizipation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 413–436.
- Schuessler, Alexander A. (2000): A Logic of Expressive Choice. Princeton: Princeton University Press.
- Schumpeter, Joseph A. (2005): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 8. Aufl. Tübingen u.a.: Francke (UTB).
- Schwander, Hanna; Schäfer, Armin (2019): ‘Don’t play if you can’t win’: does economic inequality undermine political equality? In: *European Political Science Review* 11 (3), S. 395–413.
- Seim, Jonathan (2021): Der Wert politischer Partizipation. Ein Überblick. In: Frank Bätge, Klaus Effing, Katrin Möltgen-Sicking und Thorben Winter (Hg.): Politische Partizipation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 95–111.
- Seim, Jonathan (2022): Repräsentativität oder Diversität? Eine Evaluation der Teilnehmerschaft des Online-Beteiligungsverfahrens #meinfemsehen2021. In: Frauke Gerlach und Christiane Eilders (Hg.): #meinfemsehen 2021. Bürgerbeteiligung: Wahrnehmungen, Erwartungen und Vorschläge zur Zukunft öffentlich-rechtlicher Medienangebote. Baden-Baden: Nomos, S. 267–286.
- Sen, Indira; Flöck, Fabian; Weller, Katrin; Weiß, Bernd; Wagner, Claudia (2021): A Total Error Framework for Digital Traces of Human Behavior on Online Platforms. In: *The Public Opinion Quarterly* 85 (S1), S. 399–422.
- Seyd, Patrick; Whiteley, Paul (1992): Labour’s grass roots. The politics of party membership. Oxford: Clarendon Press.
- Shapiro, Ian (1999): Enough of deliberation: Politics is about interests and power. In: Stephen Macedo (Hg.): *Deliberative Politics: Essays on Democracy and Disagreement*. Oxford University Press.
- Simon, Herbert A. (1985): Human Nature in Politics: The Dialogue of Psychology with Political Science. In: *The American Political Science Review* 79 (2), S. 293–304.
- Smets, Kaat; van Ham, Carolien (2013): The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout. In: *Electoral Studies* 32 (2), S. 344–359.

- Smith, Graham (2009): Democratic innovations designing institutions for citizen participation. Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Press (Theories of institutional design).
- Smyth, Jolene; Olson, Kristen; Kasabian, Alian (2014): The Effect of Answering in a Preferred Versus a Non-Preferred Survey Mode on Measurement. In: *SRM* 8 (3), S. 137–152.
- Smyth, Jolene D.; Dillman, Don A.; Christian, Leah Melani; Stern, Michael J. (2006): Comparing Check-All and Forced-Choice Question Formats in Web Surveys. In: *The Public Opinion Quarterly* 70 (1), S. 66–77.
- Solt, Frederick (2008): Economic Inequality and Democratic Political Engagement. In: *American Journal of Political Science* 52 (1), S. 48–60.
- Spier, Tim; Klein, Markus; Alemann, Ulrich von; Hoffmann, Hanna; Laux, Annika; Nonnenmacher, Alexandra; Rohrbach, Katharina (Hg.) (2011): Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stark, Toralf (2019): Demokratische Bürgerbeteiligung außerhalb des Wahllokals. Umbrüche in der politischen Partizipation seit den 1970er-Jahren. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2011): Ergebnisse des Zensus 2011. Online verfügbar unter <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, zuletzt geprüft am 12.12.2023.
- Steenbergen, Marco R.; Bächtiger, André; Spöndli, Markus; Steiner, Jürg (2003): Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. In: *Comparative European Politics* 1 (1), S. 21–48.
- Steinbach, Malte (2021): Beschäftigte kommunaler Verwaltungen im Kontext politischer Partizipation: Anforderungen, Identitäten und Strategien. In: Frank Bätge, Klaus Effing, Katrin Möltgen-Sicking und Thorben Winter (Hg.): Politische Partizipation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 193–217.
- Steinbach, Malte; Wilker, Nadja; Schöttle, Sabrina (2020): E-participation on the local level – A census survey approach for researching its implementation. In: *Journal of Information Technology & Politics* 17 (1), S. 12–32.
- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Steinmetz, Holger (2015): Lineare Strukturgleichungsmodelle. Eine Einführung mit R. München und Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Stigler, George J.; Becker, Gary S. (1977): De Gustibus Non Est Disputandum. In: *The American Economic Review* 67 (2), S. 76–90.
- Strebel, Michael; Kübler, Daniel; Marcinkowski, Frank (2019): The importance of input and output legitimacy in democratic governance: Evidence from a population-based survey experiment in four West European countries. In: *European Journal of Political Research* 58 (2), S. 488–513.
- Stromer-Galley, Jennifer (2007): Regular Issue. In: *Journal of Deliberative Democracy* 3 (1). <https://doi.org/10.16997/jdd.50>.
- Teorell, Jan (2006): Political participation and three theories of democracy: A research inventory and agenda. In: *European Journal of Political Research* 45 (5), S. 787–810.
- Teorell, Jan; Torcal, Mariano; Montero, José Ramón (2007): Political Participation: Mapping the Terrain. In: Jan van Deth, José Ramon Montero und Anders Westholm (Hg.): Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Perspective, Bd. 17: Routledge, S. 334–357.
- Thaler, Richard H.; Sunstein, Cass R. (2008): Nudge: improving decisions about health, wealth, and happiness. New Haven: Yale University Press.

- Theocharis, Yannis (2011a): The influence of postmaterialist orientations on young british people's offline and online political participation. In: *Representation* 47 (4), S. 435–455.
- Theocharis, Yannis (2011b): Young people, political participation and online postmaterialism in Greece. In: *New Media & Society* 13 (2), S. 203–223.
- Theocharis, Yannis (2015): The Conceptualization of Digitally Networked Participation. In: *Social Media + Society* 1 (2).
- Theocharis, Yannis; Boulianne, Shelley; Koc-Michalska, Karolina; Bimber, Bruce (2022): Platform affordances and political participation: how social media reshape political engagement. In: *West European Politics*, S. 1–24.
- Theocharis, Yannis; Cardenal, Ana; Jin, Soyeon; Aalberg, Toril; Hopmann, David Nicolas; Strömbäck, Jesper et al. (2021a): Does the platform matter? Social media and COVID-19 conspiracy theory beliefs in 17 countries. In: *New Media & Society*, 1–26.
- Theocharis, Yannis; Moor, Joost de; van Deth, Jan W. (2021b): Digitally Networked Participation and Lifestyle Politics as New Modes of Political Participation. In: *Policy & Internet* 13 (1), S. 30–53.
- Theocharis, Yannis; van Deth, Jan W. (2016): The continuous expansion of citizen participation: a new taxonomy. In: *European Political Science Review*, S. 1–24.
- Thewes, Christoph (2018): Verzerrte Beteiligung. Legitimation von Volksentscheiden am Beispiel Stuttgart 21. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70 (1), S. 53–86.
- Tranow, Ulf (2012): Das Konzept der Solidarität. Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs. Springer VS, Wiesbaden.
- Tranow, Ulf (2014): Kooperative Normsetzung im Internet. Partizipationsbedingungen aus handlungstheoretischer Perspektive. In: *Momentum Quarterly* 3 (2), S. 75–92.
- Tranow, Ulf (2022): Gruppensolidarität zwischen Rationalität und Ritualität. In: *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaft* 8 (1), S. 13–44.
- Tutić, Andreas (2020): Entscheidungstheorie. In: Andreas Tutić (Hg.): *Rational Choice*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 89–111.
- Tversky, Amos; Kahneman, Daniel (1981): The Framing of Decisions and the Psychology of Choice. In: *Science* 211 (4481), S. 453–458.
- van den Berg, Annelieke C.; Giest, Sarah; Groeneveld, Sandra (2024): How young adults explain their intention to participate in online direct citizen participation. In: *Public Administration* (1–18).
- van der Does, Ramon; Kantorowicz, Jaroslaw (2021): Why do citizens (not) support democratic innovations? The role of instrumental motivations in support for participatory budgeting. In: *Research & Politics* 8 (2), 1–9.
- van Deth, Jan W. (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Dirk Berg-Schlosser und Ferdinand Müller-Rommel (Hg.): *Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167–187.
- van Deth, Jan W. (2009): Politische Partizipation. In: V. Kaina und A. Römmele (Hg.): *Politische Soziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 141–161.
- van Deth, Jan W. (2013a): Politisches Interesse. In: Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund (Hg.): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?* Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 271–296.

- van Deth, Jan W. (2013b): Sind Partizipierende die besseren Demokraten? In: Silke I. Keil und S. Isabell Thaidigsmann (Hg.): *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 35–52.
- van Deth, Jan W. (2014): A conceptual map of political participation. In: *Acta Politica* 49 (3), S. 349–367.
- van Deursen, Alexander Jam; van Dijk, Jan Agm (2019): The first-level digital divide shifts from inequalities in physical access to inequalities in material access. In: *New Media & Society* 21 (2), S. 354–375.
- van Zomeren, Martijn (2016): Building a Tower of Babel? Integrating Core Motivations and Features of Social Structure into the Political Psychology of Political Action. In: *Political Psychology* 37 (S1), S. 87–114.
- Verba, Sidney (2003): Would the Dream of Political Equality Turn out to Be a Nightmare? In: *Perspectives on Politics* 1 (4), S. 663–679.
- Verba, Sidney; Scholzman, Kay L.; Brady, Henry E. (1995): *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Vetter, Angelika (1997): *Political Efficacy — Reliabilität und Validität*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Vetter, Angelika (2002): Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Voogt, Robert; Saris, Willem (2005): Mixed mode designs: finding the balance between nonresponse bias and mode effects. In: *Journal of Official Statistics* (21), S. 367–388.
- Voss, Kathrin (2014a): Grassrootskampagnen und E-Petitionen als Mittel zivilgesellschaftlicher Partizipation. In: Kathrin Voss (Hg.): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden: Springer VS, S. 149–160.
- Voss, Kathrin (Hg.) (2014b): *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden: Springer VS.
- Voss, Thomas (2020): Von den britischen Klassikern zur Verhaltensökonomik: Eine kurze Geschichte der Rational-Choice-Theorie. In: Andreas Tutić (Hg.): *Rational Choice*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 3–25.
- Wagner, Claudia; Garcia, David; Jadidi, Mohsen; Strohmaier, Markus (2021): It's a Man's Wikipedia? Assessing Gender Inequality in an Online Encyclopedia. In: *ICWSM* 9 (1), S. 454–463.
- Wagner, Sabine (2019): *Lokales Demokratie-Update: Wirkung dialogorientierter und direkt-demokratischer Bürgerbeteiligung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Wähler, Marco (2019): *Internetspezifische Ressourcen als Prädiktor politischer (Online-) Partizipation*. Düsseldorf: Unveröffentlichte Masterarbeit.
- Walgrave, Stefaan; Wouters, Ruud; Ketelaars, Pauline (2021): Mobilizing Usual versus Unusual Protesters. Information Channel Openness and Persuasion Tie Strength in 71 Demonstrations in Nine Countries. In: *The Sociological Quarterly*, S. 1–26.
- Wallander, Lisa (2009): 25 years of factorial surveys in sociology: A review. In: *Social Science Research* 38 (3), S. 505–520.
- Warren, Mark (1992): Democratic Theory and Self-Transformation. In: *The American Political Science Review* 86 (1), S. 8–23.

- Webb, Paul; Bale, Tim; Poletti, Monica (2019): Social networkers and careerists: Explaining high-intensity activism among British party members. In: *International Political Science Review*, 1–16.
- Weber, Mathias; Viehmann, Christina; Ziegele, Marc; Schemer, Christian (2020): Online Hate Does Not Stay Online – How Implicit and Explicit Attitudes Mediate the Effect of Civil Negativity and Hate in User Comments on Prosocial Behavior. In: *Computers in Human Behavior* 104, S. 106192.
- Weber, Max (1964[1922]): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch (Studienausgabe).
- Weiber, Rolf; Mühlhaus, Daniel (2014): *Strukturgleichungsmodellierung*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Westle, Bettina (2022): 30 Jahre deutsche Einheit: Orientierungen gegenüber der Demokratie in Ost und West – nach wie vor geteiltes Land? In: Martin Elff, Kathrin Ackermann und Heiko Giebler (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Wahlen und politische Einstellungen), S. 1–53.
- Whiteley, Paul; Larsen, Erik; Goodwin, Matthew; Clarke, Harold (2019a): Party activism in the populist radical right: The case of the UK Independence Party. In: *Party Politics* 27 (4), S. 644–655.
- Whiteley, Paul; Poletti, Monica; Webb, Paul; Bale, Tim (2019b): Oh Jeremy Corbyn! Why did Labour Party membership soar after the 2015 general election? In: *The British Journal of Politics and International Relations* 21 (1), S. 80–98.
- Whiteley, Paul; Seyd, Patrick (1996): Rationality and party activism: Encompassing tests of alternative models of political participation. In: *European Journal of Political Research* 29 (2), S. 215–234.
- Whiteley, Paul; Seyd, Patrick (2002): *High-Intensity Participation. The Dynamics of Party Activism in Britain*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Whiteley, Paul; Seyd, Patrick; Richardson, Jeremy (1994a): *True Blues: The Politics of Conservative Party Membership*. Oxford: Clarendon Press.
- Whiteley, Paul; Seyd, Patrick; Richardson, Jeremy; Bissell, Paul (1994b): Explaining Party Activism: The Case of the British Conservative Party. In: *British Journal of Political Science* 24 (1), S. 79–94.
- Wilker, Nadja (2019): *Online-Bürgerbeteiligung und politische Repräsentation*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Willeck, Claire; Mendelberg, Tali (2022): Education and Political Participation. In: *Annual Review of Political Science* 25 (1), S. 89–110.
- William Revelle (2023): psych: Procedures for Psychological, Psychometric, and Personality Research. Evanston, Illinois. Online verfügbar unter <https://CRAN.R-project.org/package=psych>.
- Wilson, James Q. (1973): *Political organizations*. New York, NY: Basic Books.
- Wolf, Christof; Best, Henning (2010): Lineare Regressionsanalyse. In: Christof Wolf und Henning Best (Hg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 607–638.
- Wolff, Hans-Georg; Bacher, Johann (2010): Hauptkomponentenanalyse und explorative Faktorenanalyse. In: Christof Wolf und Henning Best (Hg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 333–365.

- Wurthmann, L. Constantin (2022): Wertorientierungen und Wahlverhalten. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Young, Iris Marion (1996): Communication and the other: Beyond deliberative democracy. In: Seyla Benhabib (Hg.): Democracy and difference: Contesting the bounds of the political. Princeton: Princeton University Press.
- Young, Iris Marion (1997): Deferring Group Representation. In: *Nomos* 39, S. 349–376.
- Young, Iris Marion (2001): Activist challenges to deliberative democracy. In: *Political theory* 29 (5), S. 670–690.
- Zuboff, Shoshana (2019): Surveillance Capitalism – Überwachungskapitalismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24–26, S. 4–9.